

BERICHT ÜBER DIE SOLVABILITÄT UND FINANZLAGE 2020

www.bawagpsk-versicherung.at



Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	5
ERKLÄRUNG DES VORSTANDS	6
ZUSAMMENFASSUNG	7
A. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS	27
A.1. Geschäftstätigkeit	27
A.1.1. Generali Versicherung AG	28
A.1.2. P.S.K. Beteiligungsverwaltungs GmbH	28
A.1.3. Die Strukturelle Position des Versicherungsunternehmens in der Gruppe	30
A.1.4. Informationen zu verbundenen Unternehmen	30
A.1.5. Organigramme und Strukturen	31
A.1.6. Wesentliche Geschäftsbereiche und wesentliche Regionen	32
A.1.7. Wesentliche Ereignisse in der Berichtsperiode, die sich auf das Unternehmen ausgewirkt haben	33
A.2. Versicherungstechnische Leistung	36
A.2.1. Versicherungstechnisches Ergebnis der Geschäftsbereiche	38
A.3. Anlageergebnis	43
A.3.1. Marktkonditionen	43
A.3.2. Entwicklung des Kapitalanlagenbestands	44
A.3.3. Entwicklung des Anlageergebnisses	45
A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	47
A.4.1. Leasingvereinbarungen	47
A.5. Sonstige Angaben	48
B. GOVERNANCE-SYSTEM	49
B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System	49
B.1.1. Information zur allgemeinen Governance des Unternehmens	49
B.1.2. Veränderungen im Governance-System (Materielle Änderungen in der Berichtsperiode)	56
B.1.3. Vergütungspolitik	56
B.1.4. Informationen über wesentliche Transaktionen mit Aktionären, Personen, die massgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben und Mitgliedern des Vorstandes oder Aufsichtsrates	61
B.1.5. Information über die Einbindung der Governance-Funktionen in die Organisationsstruktur sowie über die Berichterstattung	61
B.1.6. Informationen über Befugnisse, Ressourcen und Unabhängigkeit der Governance-Funktionen	64
B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	65
B.2.1. Beschreibung der spezifischen Anforderungen des Unternehmens an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben	65
B.2.2. Beschreibung der Vorgehensweise des Unternehmens bei der Bewertung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit der Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben	65

INHALTSVERZEICHNIS

B.3.	Risikomanagement-System	67
B.3.1.	Beschreibung des Risikomanagement-Systems	67
B.3.2.	Umsetzung des risikomanagement-Systems	68
B.3.3.	Risikomanagement-Funktion	72
B.3.4.	Unternehmseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	72
B.4.	Das interne Kontrollsystem (IKS)	75
B.4.1.	Grundlagen des internen Kontrollsystems	75
B.4.2.	Information zur Umsetzung der Compliance-Funktion	76
B.5.	Informationen zur Umsetzung der internen Revisionsfunktion	77
B.5.1.	Umsetzung und Grundsätze der internen Revision im Unternehmen	77
B.5.2.	Unabhängigkeit der internen Revision im Unternehmen	78
B.5.3.	Wesentliche Prozesse der internen Revision im Unternehmen	79
B.6.	Versicherungsmathematische Funktion	80
B.6.1.	Information zur Versicherungsmathematischen Funktion: Organisationsstruktur und Entscheidungsprozess im Unternehmen sowie Status und Ressourcen	80
B.7.	Auslagerung	81
B.7.1.	Allgemeine Information	81
B.7.2.	Information zu Internen Regelwerken	81
B.8.	Sonstige Angaben	92
B.8.1.	Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems unter Berücksichtigung des inhärenten Risikos vor dem Hintergrund der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftstätigkeit	92
B.8.2.	Weitere wesentliche Informationen betreffend des Governance-Systems	92
C.	RISIKOPROFIL	93
C.1.	Versicherungstechnisches Risiko	96
C.1.1.	Versicherungstechnisches Risiko Lebensversicherung	96
C.2.	Marktrisiko	100
C.2.1.	Risikoexponierung und Risikobewertung	100
C.2.2.	Risikokonzentrationen	103
C.2.3.	Risikomanagement und Risikominderung	103
C.2.4.	Risikosensitivitäten	105
C.3.	Kreditrisiko	106
C.3.1.	Risikoexponierung und Risikobewertung	106
C.3.2.	Risikokonzentrationen	108
C.3.3.	Risikomanagement und Risikominderung	108
C.3.4.	Risikosensitivitäten	109
C.4.	Liquiditätsrisiko	109
C.4.1.	Risikoexponierung und Risikobewertung	109
C.4.2.	Risikokonzentrationen	109
C.4.3.	Risikomanagement und Risikominderung	109
C.4.4.	Risikosensitivitäten	110
C.5.	Operationelles Risiko	110
C.5.1.	Risikoexponierung und Risikobewertung	110
C.5.2.	Risikomanagement und Risikominderung	112
C.5.3.	Risikokonzentrationen	114

C.6. Andere wesentliche Risiken	114
C.6.1. Risikoexponierung, Risikobewertung, Risikomanagement, Risikominderung und Risikokonzentration	114
C.7. Sonstige Angaben	116
D. BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE	119
D.1. Vermögenswerte	119
D.1.1. Grundsätzliche Prinzipien der Bewertung in der Solvenzbilanz	121
D.1.2. Solvabilität II – Abweichungen zu IFRS/IAS Bewertungsmethoden	124
D.1.3. Grundsätzliche Prinzipien zur Ermittlung der Werte im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss	125
D.1.4. Änderungen des Ansatzes und der Bewertungsbasis oder von Schätzungen in der Solvenzbilanz während der Berichtsperiode	125
D.1.5. Erläuterung der wesentlichen Unterschiede zwischen den Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen bei der Bewertung im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss und in der Solvenzbilanz	125
D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen	140
D.2.1. Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz und bei deren Ermittlung verwendete Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen	140
D.2.2. Wesentliche Änderungen der bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz zugrunde gelegten relevanten Annahmen gegenüber dem Vorangehenden Berichtszeitraum	142
D.2.3. Angaben zum Grad der Unsicherheit, mit dem der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen behaftet ist	142
D.2.4. Wesentliche Unterschiede zwischen den Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen bei der Bewertung für die Solvenzbilanz und der Bewertung im Jahresabschluss	144
D.2.5. Matching-Anpassung gemäß Art. 77 b der Richtlinie 2009/138/EG	145
D.2.6. Volatilitätsanpassung gemäß Art. 77 d der Richtlinie 2009/138/EG	145
D.2.7. Übergangsmaßnahme bei risikofreien Zinssätzen gemäß Art. 308 c der Richtlinie 2009/138/EG	145
D.2.8. Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Art. 308 d der Richtlinie 2009/138/EG	145
D.2.9. Angaben zu den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen und gegenüber Zweckgesellschaften	145
D.3. Sonstige Verbindlichkeiten	146
D.3.1. Grundsätzliche Prinzipien der Bewertung in der Solvenzbilanz	147
D.3.2. Solvency II – Abweichungen zu IFRS/IAS Bewertungsmethoden	147
D.3.3. Grundsätzliche Prinzipien zur Ermittlung der Werte im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss	148
D.3.4. Änderungen des Ansatzes und der Bewertungsbasis oder von Schätzungen in der Solvenzbilanz während der Berichtsperiode	148
D.3.5. Erläuterung der wesentlichen Unterschiede zwischen den Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen bei der Bewertung im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss und in der Solvenzbilanz	148
D.4. Alternative Bewertungsmethoden	157
D.5. Sensitivitätsanalyse – Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	160
D.6. Sonstige Angaben	160

INHALTSVERZEICHNIS

E. KAPITALMANAGEMENT	161
E.1. Eigenmittel	161
E.1.1. Angaben zu den vom Unternehmen beim Management seiner Eigenmittel zugrunde gelegten Ziele, Richtlinien und Prozesse	161
E.1.2. Information zur Struktur, Höhe und Qualität der Eigenmittel	163
E.1.3. Anrechnungsfähiger Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung	172
E.1.4. Anrechnungsfähiger Betrag der Basiseigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung	173
E.1.5. Überleitung des Eigenkapitals gem. UGB/VAG auf die Eigenmittel gem. Solvabilität II	173
E.1.6. Übergangsmaßnahmen zur Einführung von Solvabilität II	174
E.1.7. Wesentliche Bestandteile der Ergänzenden Eigenmittel	177
E.1.8. Beschreibung der Positionen, die von den Eigenmitteln abzuziehen sind	177
E.2. Solvenzkapitalanforderung (SCR) und Mindestkapitalanforderung (MCR)	178
E.2.1. Solvenzkapitalanforderung (SCR)	178
E.2.2. Solvenzkapitalanforderung aufgeteilt nach Risiken	178
E.2.3. Information über vereinfachte Berechnungen bei der Solvenzkapitalanforderung	180
E.2.4. Information über unternehmensspezifische Parameter bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	181
E.2.5. Information über etwaige Kapitalaufschläge auf die Solvenzkapitalanforderung	181
E.2.6. Berechnung der Mindestkapitalanforderung (MCR)	181
E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der SCR	182
E.4. Unterschiede zwischen Standardformel und internen Modellen (IM)	182
E.5. Nichteinhaltung der MCR und der SCR	184
E.6. Sonstige Informationen	184
F. ANNEX	185
F.1. Meldebögen	185
F.2. Glossar	198
F.3. Abkürzungsverzeichnis	209

Einleitung

Die Erstellung des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage (Solvency and Financial Condition Report, SFCR) erfolgt im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (Solvency II bzw. Solvabilität II) (RRL 2009/138/EG), der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit (DV EU/2015/35) und damit verbundenen Leitlinien. Der SFCR ist einerseits der Öffentlichkeit via Unternehmenshomepage zur Verfügung zu stellen, andererseits ist er im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Meldewesens der Österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) zu übermitteln.

Das Ziel des SFCR ist die Transparenz in der Versicherungsbranche zu erhöhen, indem Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen der Öffentlichkeit zumindest jährlich einen Bericht zu ihrer Solvenz- und Finanzlage offenlegen.

Das Dokument wird vom Gesamtvorstand abgenommen und vom Aufsichtsrat geprüft.

Der konkrete Inhalt des SFCR wird durch die DV EU/2015/35 festgelegt. Das gegenwärtige Dokument folgt der Struktur, die im Annex XX des DV EU/2015/35 gegeben ist.

Der Bericht ist in folgende Bereiche gegliedert.

- ▶ Zusammenfassung
- ▶ Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis
- ▶ Governance-System
- ▶ Risikoprofil
- ▶ Bewertung für Solvabilitätszwecke
- ▶ Kapitalmanagement

Die Berichtswährung entspricht der für die Erstellung des Jahresabschlusses verwendeten Währung, i.e. EUR.

Alle Beträge werden in Tausend Euro (Tsd. EUR) angegeben.

Zur leichteren Lesbarkeit wurde die männliche Form personenbezogener Hauptwörter gewählt. Im Text sind immer Frauen und Männer, ohne jegliche Diskriminierung, gleichwertig angesprochen oder gemeint.

Im Text wird, nach der erstmaligen Erwähnung einer Firma und nach der Definition der Abkürzung in einem Klammersausdruck, nicht mehr der volle Firmenwortlaut ausgeschrieben. Gleiches gilt für Eigennamen, spezifische Fachbezeichnungen und dergleichen.

Aufgrund von Rundungen kann es in dem vorliegenden Dokument bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben zu geringfügigen Abweichungen kommen.

ERKLÄRUNG DES VORSTANDS

Erklärung des Vorstands

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der Bericht über die Solvabilität und Finanzlage im Einklang mit der Richtlinie 2009/138/EG („Solvency II – Rahmenrichtlinie“), der Durchführungsverordnung, Delegierten Verordnung (EU) 2015/35 und damit verbundenen Leitlinien sowie dem Versicherungsaufsichtsgesetz erstellt wurde und, dass der Bericht ein möglichst getreues Bild über die Solvabilität und Finanzlage des Unternehmens vermittelt.

Wien, 07. April 2021


BAWAG P.S.K. Versicherung AG
Der Vorstand



Dr. Martin Sturzlbaum
Vorsitzender des Vorstands



Mag. (FH) Roswitha Hönigsperger
Mitglied des Vorstands



Guy Cowley
Mitglied des Vorstands

Zusammenfassung

WICHTIGE KENNZAHLEN

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung absolut	Veränderung relativ
Gebuchte Prämien	189.522	210.131	-20.609	-9,8 %
Verdiente Prämien	187.466	208.169	-20.703	-9,9 %
Gesamtbetrag der für die Erfüllung der Solvenzkapitalanforderung (SCR) anrechnungsfähigen Eigenmittel	171.290	195.534	-24.244	-12,4 %
SCR	71.807	70.362	1.445	2,1 %
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	238,5 %	277,9 %		-39,4 %-Pkt.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Die BAWAG P.S.K. Versicherung AG („BAWAG PSK Versicherung“) bietet ihren Kunden Lebensversicherungsprodukte, die dem persönlichen Bedarf entsprechend die Bereiche Vorsorge, Absicherung und Veranlagung/Kapitalbildung umfassen, über ihren exklusiven Vertriebspartner, die BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG („BAWAG PSK Bank“), österreichweit an.

Die Generali Versicherung AG („Generali Versicherung“) hält 75 % minus einer Stimme der Anteile an der BAWAG PSK Versicherung (Stand: 31.12.2020), die damit Teil der Generali Gruppe Österreich ist. Mit einem Marktanteil von mehr als 15 % ist die Generali Österreichs drittgrößte Versicherungsgruppe. Die drei Versicherungsunternehmen – Generali Versicherung, BAWAG PSK Versicherung und Europäische Reiseversicherung – bieten ein komplettes Spektrum an Versicherungs- und Vorsorgeprodukten, die durch umfassende Assistancedienstleistungen ergänzt werden.

Die BAWAG PSK Versicherung gehört über den Mehrheitseigentümer, der Generali Versicherung, zum Konzern der Assicurazioni Generali S.p.A., Triest, und ist in deren Konzernabschluss einbezogen.

Die Kooperation der BAWAG PSK Versicherung mit ihrem exklusiven Vertriebspartner, der BAWAG PSK Bank bleibt weiterhin aufrecht. Die BAWAG PSK Versicherung ist ausschließlich in der Sparte Lebensversicherung tätig und zeichnet Risiken in der Kapitalversicherung, einschließlich der index- und fondsgebundenen Versicherung und der Risikoversicherung. Mit der Entwicklung innovativer Risikoversicherungen bietet die BAWAG PSK Versicherung ihren Kunden die Möglichkeit biometrische Risiken bedarfsgerecht abzusichern.

Die COVID-19 Krise hatte naturgemäß auch auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung Auswirkungen. Gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers wurden Vertriebsaktivitäten und Frequenzen in den Filialen der BAWAG PSK Bank auf ein Minimum reduziert. Sowohl im ersten als auch im zweiten Lockdown wurden die KundInnen der BAWAG PSK Bank mit notwendigen Services bedient. Dies hatte insoweit Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung, als das Neugeschäftsvolumen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 deutlich rückläufig ist.

Dies betrifft sowohl die kapitalbildende Lebensversicherung als auch die Risikoversicherung. Im ersten Lockdown war die Kundenfrequenz in der BAWAG PSK Bank, dem exklusiven Vertriebspartner, wesentlich

ZUSAMMENFASSUNG

eingeschränkt und auf Kundenseite war eine verhaltene Nachfrage nach Neukrediten zu verzeichnen, was insgesamt das Neugeschäftsvolumen der Gesellschaft nachhaltig reduziert hat.

Korrespondierend dazu sind die Provisionsaufwendungen zurückgegangen. Das Unternehmen passt sich laufend an das Neugeschäftsvolumen der Bank an – bei sinkendem Volumen durch Kostensenkungen. Dazu werden auch weitere Maßnahmen gesetzt. Bei den Leistungen konnte die BAWAG PSK Versicherung in diesem Geschäftsjahr weder erhöhte Ablebensleistungen noch erhöhte Rückkaufsleistungen feststellen. Die Ablebensleistungen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um -15,6 % gegenüber dem Vorjahresvergleich gefallen, die Rückkaufsleistungen liegen mit -0,5 % auf dem Niveau des Vorjahresvergleichszeitraums. Das Unternehmen hat im Geschäftsjahr 2020 über ausreichend Liquidität verfügt, bzw. konnte ausreichend Liquidität generieren, um die Leistungen und Kosten zu decken.

Auch 2021 wird die Pandemie die Geschäftsentwicklung beeinflussen. Die BAWAG PSK Versicherung und die Generali Versicherung haben hierfür notwendige Weichen gestellt, wie z.B. bei Digitalisierung oder Kommunikation. Bei Aus- und Fortbildung verwenden wir z.B. virtuelle Schulungsräume und nutzen Kommunikationstools wie MS Teams, Skype und andere.

Auch 2021 wird der Fokus auf fondsgebundener Versicherung und Risikolebensversicherungen liegen. Das Neugeschäft in der klassischen Lebensversicherung liegt nicht mehr im Fokus. Durch das Abreifen der bestehenden Bestände sinkt die durchschnittliche Garantieverzinsung. Damit konnte das Unternehmen sein Portfolio erfolgreich in Richtung einer verminderten Garantibelastung entwickeln.

In der BAWAG PSK Versicherung erfolgt die Veranlagung auf Grundlage eines Asset Liability Managements, welche die Veranlagungsziele, insbesondere unter Beachtung der (langfristigen) Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen, dem Risiko, Ertrag, Zeithorizont und Liquiditätsbedarf setzt. Im Jahr 2020 lag ein besonderer Fokus darauf die Zahlungsströme der Kapitalanlagen besser an die Zahlungsströme der Verbindlichkeiten anzupassen. Die mittlere Kapitalbindungsdauer der Aktivseite wurde daher verlängert, um das Portfolio robuster gegenüber Zinsänderungsrisiken zu machen. Im Jahr 2021 wird der Saldo aus Prämien, Leistungen und Betriebsaufwendungen und jener der Rückzahlungen und Zinsen aus Kapitalanlagen voraussichtlich nahezu ausgeglichen sein. Somit besteht kurzfristig kaum Notwendigkeit für Neuveranlagungen im aktuell äußerst herausfordernden Zinsumfeld.

Das Portfolio der BAWAG PSK Versicherung weist eine gute Bonität auf, lediglich ca. 1 % der festverzinslichen Wertpapiere und Darlehen haben ein Non-Investment Grade Rating. Wertpapiere, deren Marktwert für längere Zeit unter dem Anschaffungswert liegt, werden regelmäßig geprüft, ob Hinweise auf drohende Zahlungsausfälle bei den jeweiligen Emittenten vorliegen. Zudem nimmt die Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR, welche wesentliche Teile des Portfolios im Rahmen eines Einzelkundenmandats verwaltet, regelmäßig Kreditrisikobeurteilungen vor. Keiner der Emittenten im Portfolio war im Krisenjahr 2020 unmittelbar von Insolvenz betroffen, die mittelfristigen Auswirkungen der COVID-19 Krise auf die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen muss jedoch genau beobachtet werden, ist aber derzeit noch nicht abschätzbar.

Im Geschäftsjahr 2020 hatte die BAWAG PSK Versicherung 161.674 Kunden, was einen Rückgang von 9,1 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (2019: 177.924).

Aus produkttechnischer Sicht lag weiterhin ein starker Schwerpunkt auf der fondsgebundenen Lebensversicherung und auf neuen, bzw. innovativen Risikoversicherungsprodukten. Damit soll die Konzentration auf ein nachhaltig ausgewogenes und diversifiziertes Produktportfolio vorangetrieben und ein langfristiges, effizientes Wachstum des Unternehmens sichergestellt werden.

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die BAWAG PSK Versicherung ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 15.462 Tsd. EUR (2019: 14.283 Tsd. EUR). Im Wesentlichen ist die Verbesserung auf das höhere Kapitalanlageergebnis aufgrund realisierter Gewinne, den niedrigeren technischen Zins und den geringeren Aufwand für Gewinnbeteiligung zurückzuführen. Die Mengenkomponente der Entwicklung im technischen Bereich ist auf den abreifenden Bestand, vor allem in der klassischen Lebensversicherung, zurückzuführen.

Prämien

Die gebuchten Prämien erreichten im Jahr 2020 189.522 Tsd. EUR und sind im Vergleich zum Vorjahr um -9,8% zurückgegangen.

Der Rückgang kommt vorwiegend aus den Verträgen gegen Einmalprämie -15.182 Tsd. EUR, bzw. -20,2%, in der Versicherung mit Gewinnbeteiligung liegt der Prämienrückgang bei -16.125 Tsd. EUR, bzw. -77,9% und in der Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung ist ein Prämienrückgang von -12.274 Tsd. EUR oder -36,9% zu verzeichnen. Die Prämien in der index- und fondsgebundenen Versicherung konnten um 13.217 Tsd. EUR, bzw. 62,0% erhöht werden. Bei den Verträgen gegen laufende Prämien ist ein Rückgang in Höhe von -5.427 Tsd. EUR oder -4,0% zu verzeichnen, die Prämien in der Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung sinken um -5.575 Tsd. EUR, bzw. -5,7%, die Prämien in der Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung sinken um -402 Tsd. EUR, bzw. -8,3%. Allein die Prämien in der index- und fondsgebundenen Versicherung steigen um 549 Tsd. EUR oder +1,7%.

Leistungen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden 306.462 Tsd. EUR Leistungen gebucht. 68,3% davon entfallen auf Erlebensleistungen, 19,1% auf Rückkaufsleistungen, 7,0% auf Rentenleistungen und 5,6% auf Ablebensleistungen.

Im Jahr 2020 wurden um 36.039 Tsd. EUR mehr Leistungen als im Vergleichsjahr 2019 gebucht. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Erlebensleistungen Einmaleralag um 35.107 Tsd. EUR (2019: Anstieg um 28.009 Tsd. EUR). Verantwortlich dafür sind insbesondere die abreifenden Einmaleralagsprodukte in der Versicherung mit Gewinnbeteiligung.

Veränderung der Deckungsrückstellung

Im Geschäftsjahr 2020 kam es zu einer Auflösung der versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 119.274 Tsd. EUR (2019: 29.061 Tsd. EUR). Diese Veränderung setzt sich wie folgt zusammen:

- ▶ Veränderung der Deckungsrückstellung (inkl. Zinszusatzrückstellung [„ZZR“]): Auflösung in Höhe von 120.341 Tsd. EUR (2019: 28.586 Tsd. EUR)
- ▶ Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen: Zuführung in Höhe von -1.067 Tsd. EUR (2019: Auflösung 474 Tsd. EUR)

Die Veränderung der Deckungsrückstellung zeigt, im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019, insgesamt eine um 91.755 Tsd. EUR höhere Auflösung, bzw. geringere Dotierung. In der Versicherung mit Gewinnbeteiligung müssen, im Wesentlichen auf Grund des abreifenden Bestands in der Versicherung gegen Einmaleralag, mehr Rückstellungen aufgelöst werden. In der klassischen Lebensversicherung standen im Geschäftsjahr 2020 den Sparprämien in Höhe von 74.646 Tsd. EUR (2019: 92.924 Tsd. EUR) Leistungen in Höhe von 234.287 Tsd. EUR (2019: 183.939 Tsd. EUR) gegenüber.

ZUSAMMENFASSUNG

In der Index- und fondsgebundenen Versicherung wird im Geschäftsjahr 2020 weniger Deckungsrückstellung als im Geschäftsjahr 2019 dotiert. Neben den Sparprämien in Höhe von 63.764 Tsd. EUR (2019: 50.075 Tsd. EUR) und den Leistungen in Höhe von 55.740 Tsd. EUR (2019: 65.923 Tsd. EUR), der Mengenkomponente, geht auch die Kursentwicklung der Fondsanteile in die Veränderung der Deckungsrückstellung ein, die Preiskomponente. In beiden Jahren war eine positive Fondsperformance zu verzeichnen, im Geschäftsjahr 2020 lag diese mit 6.266 Tsd. EUR allerdings unter jener aus dem Geschäftsjahr 2019 mit 43.309 Tsd. EUR.

Anlageergebnis

Das Anlageergebnis, i.e. die Summe aus laufendem, realisiertem und nicht-realisiertem Ergebnis, beläuft sich im Geschäftsjahr 2020 auf 43.491 Tsd. EUR und ist gegenüber dem Geschäftsjahr 2019 rückgängig. Während das laufende und nicht-realisierte Ergebnis rückgängig ist, ist das realisierte Ergebnis deutlich gestiegen.

Die Einzelheiten zu den Ergebnissen der Geschäftstätigkeit werden in Abschnitt „A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis“ dargelegt.

Sonstige Angaben

Es sind keine weiteren, wesentlichen Angaben zu machen.

GOVERNANCE-SYSTEM

Die BAWAG PSK Versicherung hat ein Governance-System etabliert, das ein solides und vorsichtiges Management des Versicherungsgeschäfts ermöglicht. Das Governance-System der Gesellschaft entspricht der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeit und unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung.

Die Gesellschaft verfügt über eine klare Unternehmensstrategie und eine zweckentsprechende Aufbau- und Ablauforganisation mit einer transparenten Zuweisung und Trennung der Zuständigkeiten, definierten Berichtswegen und Informationsflüssen, ein internes Kontrollsystem sowie vier Governance-Funktionen. Die BAWAG PSK Versicherung hat als Aktiengesellschaft folgende Organe:

- ▶ Hauptversammlung
- ▶ Aufsichtsrat
- ▶ Vorstand

Innerhalb der Organe bestehen folgende Ausschüsse:

- ▶ Personalausschuss des Aufsichtsrates
- ▶ Vergütungsausschuss

Die Leitlinie Governance-System regelt die Implementierung eines Governance-Systems gemäß Solvency II und VAG und die Umsetzung der Leitlinien der Gesellschaften der internationalen Generali Gruppe über das System der internen Regelwerke. Die Leitlinie regelt insbesondere die wesentlichen Grundsätze des aufsichtsrechtlichen Systems der Unternehmensführung bestehend aus:

- ▶ den Governance-Funktionen (Risikomanagement, Compliance, interne Revision, versicherungsmathematische Funktion)
- ▶ dem internen System von Regelwerken (Leitlinien, Richtlinien, Fachanweisungen)
- ▶ dem internen Kontrollsystem
- ▶ den Berichts- und Informationssystemen
- ▶ Notfallplänen

Die gesetzlichen Anforderungen an die Ausstattung der Governance-Funktionen an Autorität, Ressourcen, Qualifikation, Wissen und operationeller Unabhängigkeit werden auch im Rahmen der jeweiligen unternehmensinternen spezifischen Policies (Leitlinien) entsprechend geregelt und sind in der Aufbauorganisation berücksichtigt.

Gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen haben Versicherungsunternehmen sicherzustellen, dass alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder Governance- oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, jederzeit über ausreichende Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten (fachliche Qualifikation) sowie zuverlässig und integer sind (persönliche Zuverlässigkeit).

Auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben wurden in der Generali Group die „Fit & Proper Group Policy“ und daraus abgeleitet in der BAWAG PSK Versicherung die „Richtlinie zur Fit & Proper Group Policy“ im Sinne einer Präzisierung der gesetzlichen Bestimmungen sowie der „Fit & Proper Group Policy“ erlassen, mit dem Ziel, die Einhaltung der im Versicherungsaufsichtsgesetz enthaltenen Bestimmungen zur fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sicherzustellen (§§ 120 ff VAG).

Veränderungen im Governance-System

In der Berichtsperiode fanden keine materiellen Änderungen im Governance-System statt.

RISIKOMANAGEMENT SYSTEM

Ein wesentlicher Bestandteil des Governance-Systems der BAWAG PSK Versicherung ist das Risikomanagement-System. Rechtliche Anforderungen an das Risikomanagement-System ergeben sich aus § 110 VAG.

Das Risikomanagement-System der Gesellschaft ist derart gestaltet, dass die eingegangenen und potentiellen Risiken kontinuierlich auf Einzel- und aggregierter Basis sowie ihre Wechselwirkungen erkannt, gemessen, überwacht, gesteuert und berichtet werden. Gegenstand des Risikomanagement-Systems sind alle erkennbaren internen und externen Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist. Diese lassen sich unterteilen in Risiken, die in die Berechnung der SCR einfließen sowie weitere, die bei dieser Berechnung nicht oder nicht vollständig erfasst werden. Das Risikomanagement-System deckt insbesondere die folgenden Bereiche ab:

- ▶ Risikozeichnung und Rückstellungsbildung
- ▶ Asset-Liability-Management (ALM)
- ▶ Kapitalanlagen, insbesondere Derivate und ähnliche Verpflichtungen
- ▶ Liquiditäts- und Konzentrationsrisikomanagement
- ▶ Risikomanagement operationeller Risiken
- ▶ Rückversicherung und andere Risikominderungsstechniken

ZUSAMMENFASSUNG

Bestimmung der Solvenzkapitalanforderung

Der Genehmigungsprozess um die Erweiterung des genehmigten partiellen internen Modells um das Risikomodul „operationelles Risiko“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich – mit der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde – abgeschlossen werden. Somit wird die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß § 175 VAG 2016 für die BAWAG PSK Versicherung AG ab dem 31.12.2020 mit Hilfe eines genehmigten (vollständigen) internen Modells bestimmt.

Risikostrategie

Das Kernelement der Risikostrategie ist das sogenannte Risikotragfähigkeitskonzept. Unter Risikotragfähigkeit versteht man die Fähigkeit, Verluste aus Risiken zu absorbieren, ohne dass daraus eine unmittelbare Gefahr für die Existenz des Unternehmens entsteht. Zum Risikotragfähigkeitskonzept gehören auch die Methoden und mathematischen Modelle, mit denen die potentiellen Verluste aus den quantifizierbaren materiellen Risiken bemessen werden können und die Höhe der anrechenbaren Eigenmittel ermittelt werden kann.

Die Berechnung der SCR erfolgt in der BAWAG PSK Versicherung mit dem genehmigten internen Modell. Dort werden die modellierten Risiken und das zu deren Bedeckung benötigte Risikokapital bestimmt. Als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung und somit die Risikotragfähigkeit des Unternehmens dient die Solvenzquote, das Verhältnis der Eigenmittel der Gesellschaft zum SCR.

Die Risikostrategie bezieht sich unmittelbar auf die Auswirkungen der mit der Geschäftsstrategie verbundenen Risiken und spiegelt damit die wesentlichen Grundsätze des unternehmerischen Handelns wider. Als Bankversicherer richtet die BAWAG PSK Versicherung ihre risikostrategischen Elemente vor allem an den aufgelisteten strategischen Eckpunkten aus:

- ▶ Zusammenarbeit mit der BAWAG PSK Bank
- ▶ Produkt-Mix
- ▶ an den Grundsätzen der internen Organisationsstruktur

Im Folgenden werden die wesentlichen risikostrategischen Elemente der BAWAG PSK Versicherung dargestellt:

- ▶ Enge Kooperation mit der BAWAG PSK Bank als Vertriebskanal
- ▶ Produktvielfalt im Leben-Bereich (Breite Abdeckung biometrischer Risiken) als Kern der Risikodiversifikation
- ▶ SAA basierend auf einer vorsichtigen und breit diversifizierten, passivseitig getriebenen Investmentstrategie, siehe dazu auch Prudent Person Principle im Kapitel C.2.3.
- ▶ Steuerung des Geschäfts im Ansinnen eines, bezüglich Marktchancen, Garantien und Risiken, optimalen Produktmixes, der im Einklang mit den Kunden- und Unternehmensinteressen steht und die Interessen des Vertriebspartners Bank berücksichtigt
- ▶ Konsequente Ausrichtung der Produkte auf Kundengruppen und Produktsortimente der Bank
- ▶ Konzentration auf den österreichischen Markt zur Reduzierung beziehungsweise Vermeidung von Währungs- und Rechtsrisiken
- ▶ Augenmerk auf den Risikoselektions-Prozess (Gesundheitsprüfung) zur Vermeidung von Antiselektion
- ▶ Bündelung von Know-How und Nutzung von Skaleneffekten zur Reduzierung und Absicherung operationeller Risiken
- ▶ Vermeidung von Reputationsrisiken sowie Sicherstellung schneller, vollständiger und transparenter Abwicklung im Falle des Risikoeintritts

Die BAWAG PSK Versicherung ist in das sogenannte Group Risk Appetite Framework (RAF), das von allen Versicherungsunternehmen der Generali Group verabschiedet wurde, eingebunden. Ziel des RAF ist die Festlegung des Risikoappetits und der Risikopräferenzen. Dies erfolgt über die Definition von quantitativen Indikatoren zur Begrenzung der Risikoübernahme (Toleranzgrenzen) und über die Etablierung von Prozessen zur Integration des Risikoappetits in die Entscheidungsprozesse. Hierfür wurden Toleranzgrenzen, sogenannte Limits, festgelegt, die gewährleisten sollen, dass das Risikoprofil innerhalb des festgelegten Risikoappetits sowie der regulatorischen Anforderungen bleibt.

Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)

§ 111 VAG fordert die Durchführung einer unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, „ORSA“) sowie eine entsprechende Berichterstattung. Dies beinhaltet mindestens einmal jährlich eine Beurteilung des vollständigen Risikoprofils zum gewählten Stichtag sowie innerhalb der Mittelfristplanung. Insbesondere muss überprüft werden, inwieweit die vorhandenen Eigenmittel ausreichen, um alle Risiken, das heißt sowohl quantifizierbare als auch qualitative, mittelfristig zu bedecken. Die Ergebnisse des internen Modells werden im Rahmen des Validierungsprozesses auf Angemessenheit geprüft.

Durch den ORSA-Prozess wird der Vorstand bei der Sicherstellung eines effektiven Risikomanagement-Systems und bei der Operationalisierung der Risikostrategie unterstützt. Im ORSA-Bericht werden die wesentlichen Ergebnisse des ORSA-Prozesses beschrieben und der Aufsichtsbehörde übermittelt.

Governance-Funktionen

Die BAWAG PSK Versicherung ist, wie jedes Versicherungsunternehmen das in den Geltungsbereich des VAG fällt, verpflichtet, Governance-Funktionen einzurichten.

Die eingerichtete Risikomanagement-Funktion ist so strukturiert, dass sie die Umsetzung des Risikomanagement-Systems erleichtert.

Die Compliance-Funktion beobachtet, identifiziert und beurteilt das Risiko, das aus der Nichteinhaltung oder mangelnden Befolgung von Gesetzen, Verordnungen und internen Regeln resultiert. Die Compliance-Funktion identifiziert, beurteilt und bewertet auch die möglichen Auswirkungen der Änderung des Rechtsumfelds auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens.

Die Interne Revisions-Funktion ist eine vom Vorstand eingerichtete unabhängige und objektive Funktion, die die Gesetzmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Geschäftsbetriebes sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und der anderen Bestandteile des Governance-Systems prüft und bewertet. Die Interne Revisions-Funktion führt zu diesem Zwecke Prüfungs- und Beratungstätigkeiten durch, um den Vorstand mit Analysen, Empfehlungen, Maßnahmen und Informationen bezüglich der geprüften Prozesse zu unterstützen.

Die Versicherungsmathematische Funktion koordiniert und validiert die mindestens quartalsweise Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz, die ab 01.01.2021 in der Abteilung Actuarial Calculations der Generali Versicherung AG durchgeführt wird. Bis zum 31.12.2020 wurde die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz durch eine von der Validierung getrennten Einheit innerhalb der Versicherungsmathematischen Funktion durchgeführt. Dadurch ist die Unabhängigkeit der Tätigkeiten der Versicherungsmathematischen Funktion von der Kalkulation sichergestellt.

ZUSAMMENFASSUNG

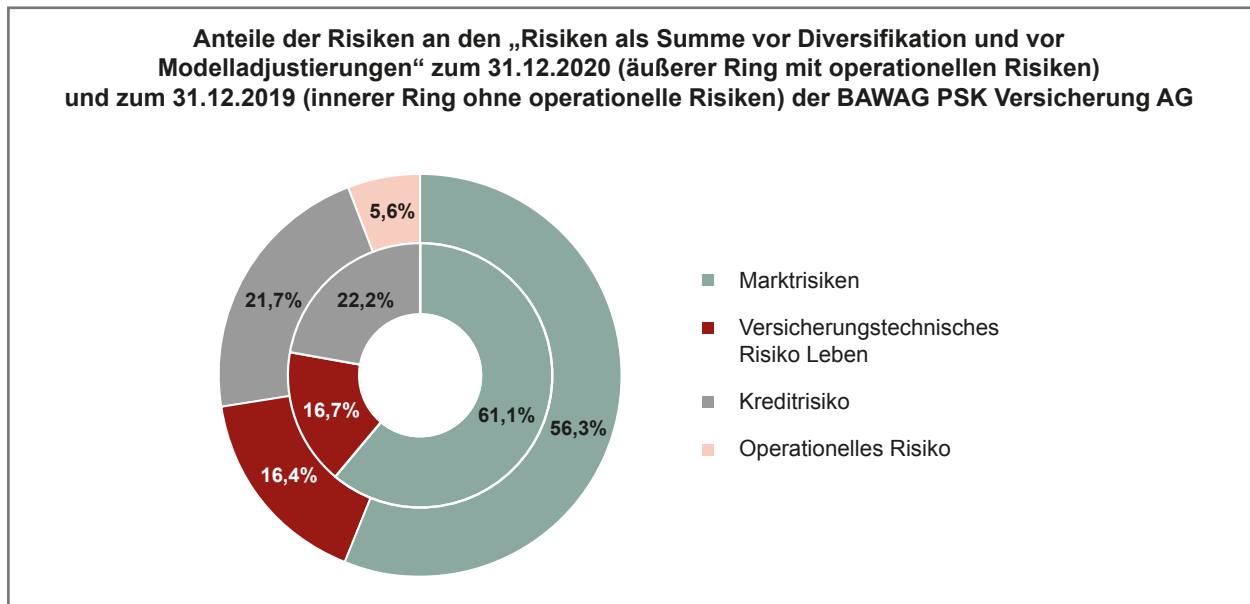
Der Chief Compliance Officer hat dem Gesamtvorstand in der Vorstandssitzung vom 25. März 2021 die Ergebnisse der jährlichen Überprüfung des Governance-Systems vorgelegt. Die Überprüfung der Einhaltung der relevanten einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (RRL 2009/138/EG, DV EU/2015/35, VAG) ergab, dass diese vollumfänglich umgesetzt sind.

RISIKOPROFIL

Für die Bestimmung des Risikoprofils verwendet die BAWAG PSK Versicherung verschiedene als adäquat betrachtete Risikobewertungsmethoden. Für die quantifizierbaren Säule 1 Risiken (Pillar 1 Risks) erfolgt die Berechnung der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung mit dem genehmigten internen Modell der Assicurazioni Generali S.p.A. (Generali Gruppe). Die Solvenzkapitalanforderung SCR („Solvency Capital Requirement“) ist jenes Kapital, das ein Versicherungsunternehmen bereitstellen muss, um im nächsten Geschäftsjahr seinen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5 % nachkommen zu können. Das zugrundeliegende Risikomaß entspricht dem 1-jährigen Value at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5%, was auch als 200-Jahresereignis bezeichnet wird (0,5 % = 1/200). Mit dem internen Modell für die SCR-Berechnung sollen die materiellen quantifizierbaren Risiken erfasst werden, denen die Unternehmen in der Generali Gruppe ausgesetzt sind. Als auf die Gruppe zugeschnittenes Berechnungsverfahren eignet sich das interne Modell besser als das Standardmodell, um das individuelle Risikoprofil der BAWAG PSK Versicherung zu beschreiben. Darüber hinaus werden alle übrigen, schwer bzw. nicht modellierbaren Risiken über den qualitativen Risikomanagement-Prozess und teilweise über zusätzliche spezielle Risikobewertungsmethoden berücksichtigt und bewertet.

	Risikokategorie	Regelwerk	Risikobewertungsmethode
SÄULE I RISIKEN	Marktrisiko	Group Investment Governance Policy Lokale Kapitalanlagenrichtlinie	
	Kreditrisiko	Group Investment Governance Policy	
	Versicherungs- technisches Risiko Leben	Life Underwriting and Group Reser- ving Policy	internes Modell der Assicurazioni Generali S.p.A.
	Operationelles Risiko	Operational Risk Management Group Policy Compliance Management System Group Policy	
NICHT-SÄULE I RISIKEN	Liquiditätsrisiko	Liquidity Risk Management Group Policy	Group Liquidity Risk Model
	Sonstige Risiken	Risk Management Group Policy Lokale Leitlinie Risikomanagement ORSA Reporting Guideline	MRSA (Main Risk Self Assess- ment); Emerging Risk Assessment

Im Risikoprofil der BAWAG PSK Versicherung nehmen die Marktrisiken die dominierende Rolle ein. Ein weiteres wesentliches Risiko ist das Spreadrisiko innerhalb des Kreditrisikos. Die versicherungstechnischen Risiken machen rund ein Sechstel der Risiken aus. Die Risikostrategie der BAWAG PSK Versicherung würdigt alle erhobenen Risiken entsprechend ihres Wesentlichkeitsgrades.



Das Risikoprofil bezogen auf die Risiken der BAWAG PSK Versicherung (siehe obige Darstellung) bleibt gegenüber dem Jahresende 2019 recht stabil. Die COVID-19 Krise hat das Jahr 2020 geprägt. Unternehmen wurden branchenübergreifend mit den Folgen der Pandemie konfrontiert. Für das Jahr 2021 und die Folgejahre sind die Auswirkungen von COVID-19 schwer absehbar. Als Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die Generali Österreich ihr Business Continuity Management, in welches die BAWAG PSK Versicherung AG eingebunden ist, aktiviert und eine Task Force zum Umgang mit dem Corona Virus in der Generali Österreich eingerichtet. Die Task Force überwacht laufend die Entwicklung der Situation und sorgt für ein koordiniertes Vorgehen bei den umzusetzenden Maßnahmen.

Gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers wurden Vertriebsaktivitäten und Frequenzen in den Filialen der BAWAG PSK Bank auf ein Minimum reduziert. Sowohl im ersten als auch im zweiten Lockdown wurden die KundInnen der BAWAG PSK Bank mit notwendigen Services bedient. Dies hatte insoweit Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung, als das Neugeschäftsvolumen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 deutlich rückläufig ist. Dies betrifft sowohl die kapitalbildende Lebensversicherung als auch die Risikoversicherung.

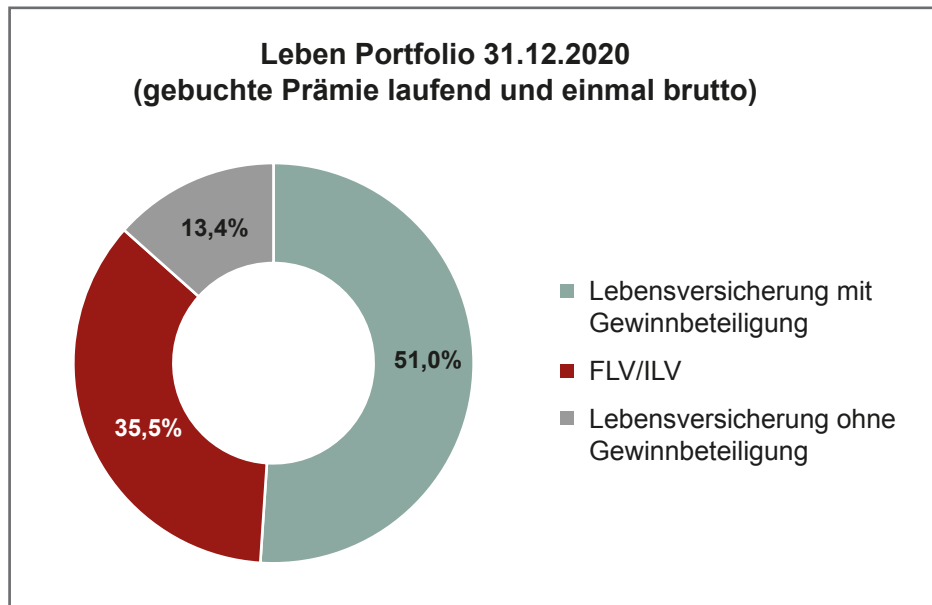
Die COVID-19 Krise hatte im Geschäftsjahr keine Auswirkungen auf die Solvenz des Unternehmens. Die Solvenzquote liegt weiterhin deutlich über allen Limits des Limitsystems. Die Risikotragfähigkeit der BAWAG PSK Versicherung kann der Sensitivitätsanalyse im Kapitel C.2 entnommen werden.

Versicherungstechnische Risiken

Das Portfolio der BAWAG PSK Versicherung besteht größtenteils aus langfristigen Versicherungsverträgen. Kurzfristige Todesfallversicherungen spielen eine untergeordnete Rolle.

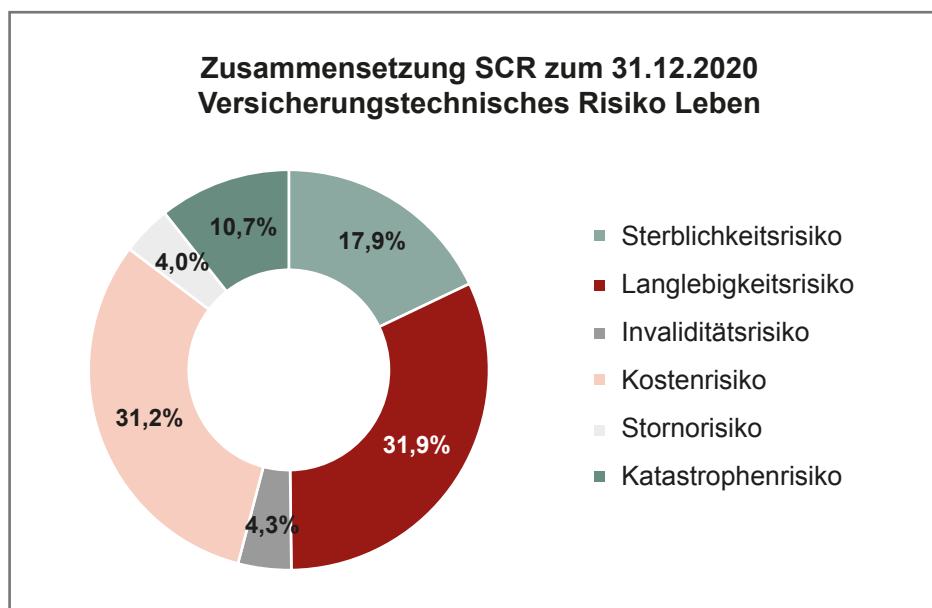
ZUSAMMENFASSUNG

Die folgende Grafik zeigt die Aufteilung des Versicherungsgeschäfts in die einzelnen „Lines of Business“ anhand der prozentuellen Aufteilung der gebuchten Prämien:



Gegenüber Jahresende 2019 hat sich der Geschäftsmix der BAWAG PSK Versicherung 2020 zugunsten der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung (Risikoversicherungen, rund +10,0 Prozentpunkte) geändert (Rückgang Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung um rund 5,3 Prozentpunkte, Rückgang Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung um rund 4,7 Prozentpunkte).

Die folgende Darstellung zeigt die aus der SCR Berechnung resultierende prozentuelle Aufteilung des versicherungstechnischen Risikos Leben vor Diversifikation in die Einzelrisiken für die BAWAG PSK Versicherung:



Die biometrischen Risiken wie Sterblichkeits-, Langlebigkeits- und Invaliditätsrisiko bestehen darin, dass die tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulatorischen abweichen. Das Sterblichkeits- und das Langlebigkeitsrisiko haben in der BAWAG PSK Versicherung einen wesentlichen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken vor Diversifikation.

Das Kostenrisiko resultiert daraus, dass die kalkulierten Kosten die tatsächlichen Kosten unter Umständen nicht decken. Das Kostenrisiko deckt somit das Risiko steigender Kosten und einer steigenden Inflation ab. Die betrachtete Kostenbasis sind Verwaltungskosten einer Versicherung sowie Kosten zur Verwaltung von Fondsvermögen. Das Kostenrisiko hat einen wesentlichen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken der BAWAG PSK Versicherung vor Diversifikation.

Das Katastrophenrisiko deckt das Risiko von Katastrophenszenarien (z.B. Pandemie) ab. Es hat einen eher geringen prozentuellen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken vor Diversifikation.

Die BAWAG PSK Versicherung hält einen bezüglich der wesentlichen Kriterien wie Alter, Gesundheit oder Lebensumstände gut diversifizierten Kundenbestand und hat daher keine wesentlichen Risikokonzentrationen im versicherungstechnischen Risiko.

Zur Überwachung der Risiken werden die Risikoverläufe sowie die Rechnungsgrundlagen für die Kalkulation der Prämien und versicherungstechnischen Rückstellungen fortlaufend überprüft.

Zur Risikominderung setzt die BAWAG PSK Versicherung die Zedierung von Risikoanteilen an Rückversicherungsunternehmen ein. Grundsätzlich erfolgt die Rückversicherung via obligatorische Rückversicherungsverträge zentralisiert über die Generali Gruppe. Die BAWAG PSK Versicherung ist über einen Rückversicherungsvertrag mit der Generali Versicherung darin integriert.

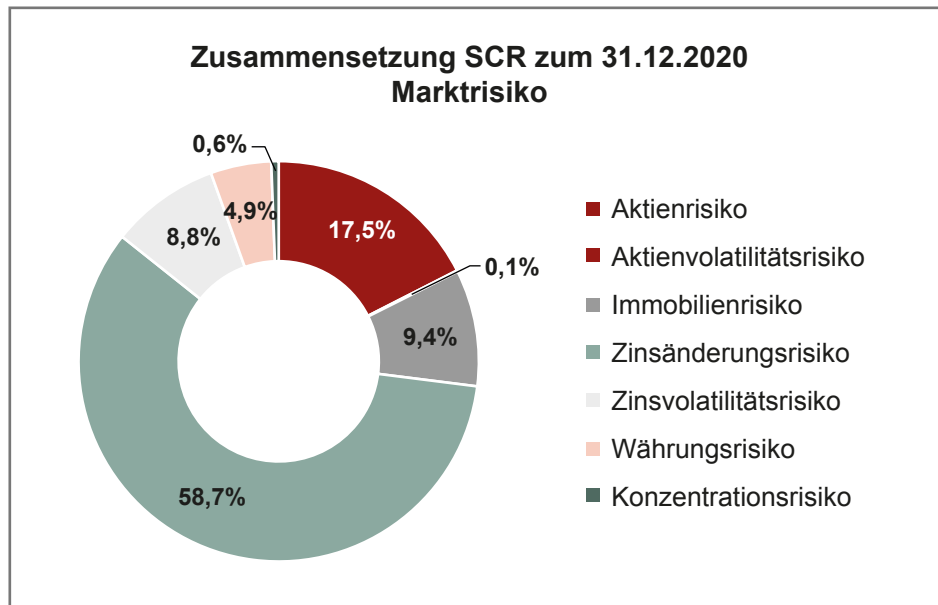
Eine wesentliche Rolle beim Management des Risikoprofils der versicherungstechnischen Risiken Lebensversicherung nimmt das in der BAWAG PSK Versicherung etablierte Produkt Komitee Leben ein. Das Produkt Komitee Leben ist jedenfalls bei Ausrollung eines neuen Produktes, bei wesentlichen kalkulatorischen Änderungen bzw. Neuerschließung von Vertriebswegen durchzuführen und dient unter anderem der Identifikation von Risiken im Produkteinführungsprozess und der Beratung und Unterstützung beim Management dieser Risiken. Aufgabe des Produkt Komitees ist auch die Überprüfung der Auswirkung auf die Solvenzkapitalanforderung und der Konsistenz mit dem Risikoappetit, welcher über Limiten für die Solvenzquote – das Verhältnis zwischen verfügbaren und gemäß Solvenzkapitalanforderung benötigten Eigenmitteln – unternehmenseigen, jedoch Gruppenanforderungen folgend, festgelegt ist.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ergibt sich aus der zeitlichen Variabilität der Marktpreise, welche ausgehend von einer aktuellen Stichtagsbewertung die Marktwerte von Finanzinstrumenten oder Verbindlichkeiten und in weiterer Folge die Eigenmittel des Unternehmens in der Zukunft negativ beeinflussen können. Marktrisiken bestehen aus Aktien- und Aktienvolatilitätsrisiko, Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiko, Immobilien-, Währungs- und Konzentrationsrisiko.

ZUSAMMENFASSUNG

Die folgende Darstellung zeigt die aus der SCR Berechnung resultierende prozentuelle Aufteilung des Marktrisikos vor Diversifikation in die Einzelrisiken für die BAWAG PSK Versicherung:



Die BAWAG PSK Versicherung steht der zentralen Anforderung gegenüber, für ihre Kunden eine angemessene Rendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Risiken zu erwirtschaften. Daher erfolgt auch das Management der Kapitalanlagen, die vor allem den Marktrisiken unterliegen, nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht (Prudent Person Principle). Die gesamte Anlagetätigkeit ist außerdem an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens ausgerichtet

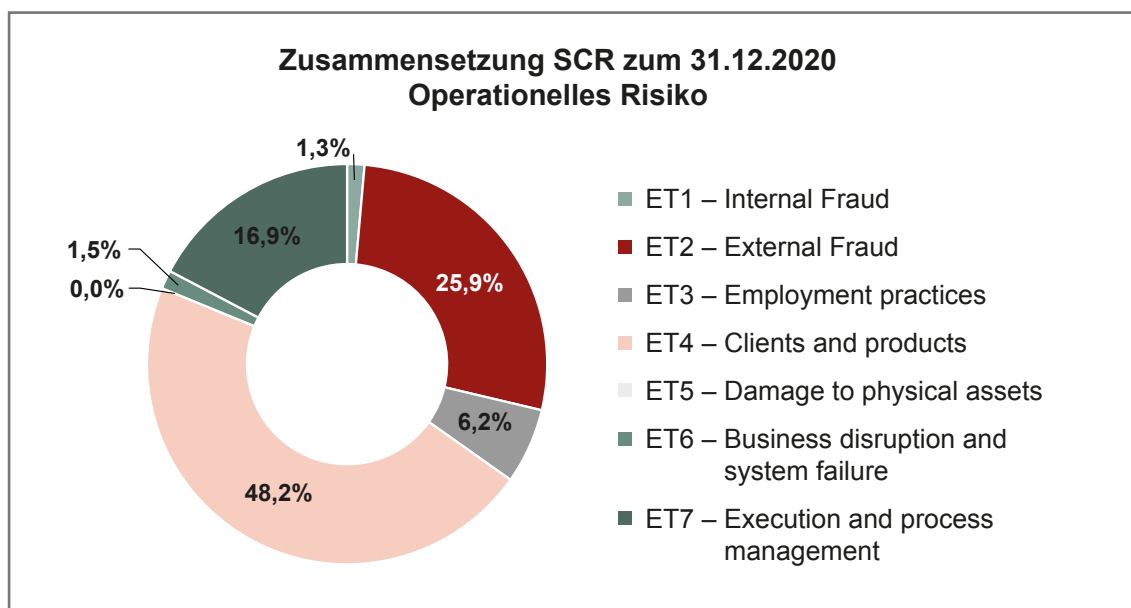
- ▶ Beim Management des Anlagerisikos auf Einzelinvestmentebene wird sichergestellt, dass die einzelnen Investments unabhängig von externen Einschätzungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Weise bewertet werden können. Zusätzlich wird im Rahmen der gruppenweiten Bewertungsrichtlinien sichergestellt, dass keine externe Bewertung ungeprüft übernommen wird.
- ▶ Für zu erwerbende Non Standard Investments ist ein Due Diligence Verfahren zu durchlaufen, wobei anhand einer Checkliste die Auswirkungen auf Qualität, Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Investments geprüft werden.
- ▶ Für Vermögenswerte, die nicht am regulierten Markt notiert sind, kommen interne, vom Risikomanagement vorgegebene Bewertungsmodelle und Inputparameter zum Einsatz.
- ▶ Um das Ziel einer nachhaltig adäquaten, sicherheitsorientierten Verzinsung zu erreichen, wird unter Berücksichtigung von Risikostrategie und Risikotragfähigkeit, der Wettbewerbssituation sowie aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen in jährlichem Rhythmus eine auf die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen abgestimmte Kapitalanlagenstruktur (SAA - Strategic Asset Allocation) ermittelt.

Als weitere risikomindernde Maßnahme hat die BAWAG PSK Versicherung auch in 2020 die fondsgebundene Lebensversicherung, bei der der Kunde die Marktrisiken selbst trägt, forciert.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiterbedingten, systembedingten oder externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst zudem auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Die folgende Darstellung zeigt die Zusammensetzung der Kapitalanforderung (SCR) für das operationelle Risiko für die BAWAG PSK Versicherung zum 31. Dezember 2020:



Während in den Vorjahren das operationelle Risiko mit der Standardformel „gesamthaft“, d.h. nicht auf Ebene von Unterrisikokategorien wie „Interner Betrug“, „Externer Betrug“, etc., berechnet wurde, erfolgte zum 31.12.2020 die SCR Berechnung mit dem internen Modell.

In der Folge werden die Event Types beschrieben, die den größten Einfluß auf die Solvenzkapitalanforderung haben, i.e. External Fraud, Clients and Products und Execution and process management:

- ▶ Unter External Fraud (= „Externer Betrug“) fallen vorsätzliche und rechtswidrige externe Betrugsrisiken, hierzu zählen v.a. auch Cyberattacken. Mit zunehmender Digitalisierung und Vernetzung mit dem Internet (Internet der Dinge) können Cyberrisiken eine ernsthafte Bedrohung darstellen. Deshalb hat die BAWAG PSK Versicherung das Risiko einer Cyberattacke als eines der Top operationellen Risiken bewertet.
- ▶ Unter Clients and products (= „Vertriebsrisiken“) können Schäden infolge der Verletzung von Gesetzen/rechtlichen Pflichten oder z.B. Vorschriften aufgrund fahrlässiger Nichteinhaltung einer Verschwiegenheitspflicht gegenüber Kunden oder dem Markt im Allgemeinen sowie fehlerhafte/ungültige Vertragsbedingungen gezählt werden. Mit einem Anteil von 46,4% am SCR des operationellen Risikos (vor Diversifikation) stellt diese Risikokategorie das dominante operationelle Risiko für die BAWAG PSK Versicherung dar. Zu den in dieser Kategorie am höchst bewerteten Risiken/Szenarien zählen „Verletzung von Datenschutzbestimmungen (und damit verbundener Strafen durch die Behörde)“, „Fehlverkauf“, sowie „Veränderte Auslegung der rechtlichen Rahmenbedingungen“, welche sich insbesondere auf langlebige Lebensversicherungsprodukte beträchtlich auswirken kann.

ZUSAMMENFASSUNG

- ▶ Execution and process management (= „Prozessrisiken“) beinhaltet Schäden aus mangelhafter Planung, Steuerung oder Durchführung/Abschluss von Prozessen oder operationellen Praktiken bzw. aus Unstimmigkeiten mit Geschäftspartnern und Lieferanten.

Operationelle Risiken sind ein unvermeidlicher Bestandteil der täglichen Geschäftstätigkeit und werden bei der BAWAG PSK Versicherung durch das Interne Kontrollsystem (IKS) gesteuert und begrenzt. Dieses Instrumentarium wird laufend optimiert und weiterentwickelt. Darüber hinaus sind die Vorstände und alle Mitarbeiter der Gesellschaft an den „Code of Conduct“ gebunden, der verbindliche Verhaltensregeln statuiert und damit die Grundlage zur Wahrung der Integrität der BAWAG PSK Versicherung bildet.

Rechtsrisiken, welche sich u.a. in den ET-Kategorien Clients and products (= „Vertriebsrisiken“) und Execution and process management (= „Prozessrisiken“) wiederfinden werden in der BAWAG PSK Versicherung aktiv gemanagt, indem die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene kontinuierlich beobachtet wird.

Im Rahmen des Managements von Sicherheitsrisiken im IT-Bereich sowie von Cyberrisiken, welche in External Fraud (= „Externer Betrug“) Bedeutung finden, sind zahlreiche Maßnahmen im Unternehmen etabliert. Im Bereich der IT-Sicherheit ist die BAWAG P.S.K. Versicherung AG als Mitnutzer der IT-Infrastruktur der Generali Versicherung AG in deren Sicherheitskonzept eingebunden. Zu allen Applikationen und der Infrastruktur existieren Notfallpläne, die regelmäßig getestet werden. Die Prävention ist ein entscheidender Aspekt der IT-Sicherheit. Dazu zählen neben technischen Präventionsmaßnahmen und der Etablierung eines Beobachtungssystems, welches zentral alle sicherheitsrelevanten Ereignisse der technischen Systeme zusammenfasst und hinsichtlich Relevanz der Bedrohung priorisiert und aufbereitet, vor allem auch interne Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen, die helfen sollen die täglichen Cyber-Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Das Cyberrisikomanagement ist somit ein fester Bestandteil des Risikomanagements.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten kommt neben der Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen in Solvabilität II eine große Bedeutung zu. Dies ist vor allem auf den großen Einfluss auf die Höhe der Eigenmittel zurückzuführen (die Basiseigenmittel werden in Art. 88 RRL 2009/138/EG als Residualgröße von ökonomisch bewerteten Aktiva und Passiva zuzüglich der nachrangigen Verbindlichkeiten eines Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmens definiert).

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden in der Solvenzbilanz wie folgt bewertet:

- ▶ Vermögenswerte werden mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- ▶ Verbindlichkeiten werden mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten wird keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens vorgenommen.

Folgende Annahmen der internationalen Rechnungslegung gelten auch für Solvabilität II:

- ▶ Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden unter der Annahme der Unternehmensfortführung bewertet.
- ▶ Einzelne Vermögenswerte werden von dem Versicherungsunternehmen und Rückversicherungsunternehmen gesondert bewertet.
- ▶ Einzelne Verbindlichkeiten werden von dem Versicherungsunternehmen und Rückversicherungsunternehmen gesondert bewertet.
- ▶ Wesentlichkeitsgrundsatz gemäß Art. 291 der DV EU/2015/35 – Informationen sind dann als wesentlich zu betrachten, wenn fehlende oder fehlerhafte Angaben den Entscheidungsprozess oder das Urteil der Nutzer des Dokuments, einschließlich der Aufsichtsbehörden, beeinflussen könnten.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Verwendung anerkannter versicherungs- und finanzmathematischer Methoden und steht in einem angemessenen Verhältnis zu Art, Umfang sowie Komplexität der Versicherungsverpflichtungen des Unternehmens. Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen ergibt sich aus der Summe des besten Schätzwerts und der Risikomarge.

KAPITALMANAGEMENT

Das Kapitalmanagement der Gesellschaft erfolgt in Übereinstimmung mit den regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen.

Das Kapitalmanagement der Gesellschaft umfasst folgende Prozesse:

- ▶ Klassifizierung und regelmäßige Überprüfung der Eigenmittel
- ▶ Ausgabe/Begebung von Eigenmitteln entsprechend dem Capital Management Plan (CMP)

Die Dividendenpolitik findet bei der Analyse der Eigenmittel Beachtung

In Übereinstimmung mit „EIOPA Final Report on Public Consultation No. 14/017 on Guidelines on system of governance“ und der „Capital Management Group Policy“ erstellt die Gesellschaft einen Capital Management Plan („CMP“), der dem Vorstand zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Geschäftsplanungshorizont der Gesellschaft umfasst in jedem Jahr die folgenden 3 Jahre.

Der CMP umfasst die Entwicklung des Eigenkapitals über den Planungshorizont und beachtet eventuelle Kapitalerhöhungen, Rückzahlungen und Tilgungen, Dividenden, den Einfluss von Übergangsmaßnahmen, sofern solche angewendet werden, und zeigt relevante, wesentliche Themen der Kapitalposition des Unternehmens auf.

Der CMP wird zumindest einmal jährlich im Zeitrahmen der strategischen Planung erstellt, so dass er Ende November vorgelegt werden kann. Der aktuelle CMP berichtet die Kapitalposition ausgedrückt als Solvenzquote für die Planjahre bis und inklusive 2023.

Ziel des CMPs ist es, eine umfassende Sicht auf die Kapitalanforderung des Unternehmens zu geben, wobei auf Details zur Eigenmittelzusammensetzung, mit besonderem Hinweis auf die Generierung von Eigenmitteln, die über die geforderten Eigenmittel hinausgehen, und die Nachhaltigkeit der Dividendenzahlungen eingegangen wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Im aktuell gültigen Plan werden ab dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 Risikokapitalien des vollen internen Modells für die Risikomarge sowie die Volatilitätsanpassung für den Best Estimate der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten angewendet.

Über den Planungshorizont weist die BAWAG PSK Versicherung eine solide Solvency II Quote aus, die Quote ist über alle Planjahre höher als 200 %. Die verfügbaren und anrechenbaren Eigenmittel sinken, was den Entwicklungen der Zinskurven nach der COVID-19 Krise geschuldet ist. Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die gekündigt wurden, sind mit ihren jeweils geringeren Werten angesetzt und angerechnet worden.

Die Solvency II Kapitalanforderung sinkt in den Planjahren gegenüber dem Jahresabschluss 2019 auf Grund einer Erhöhung des Diversifikations-Benefits, gegründet auf Anpassungen im Kapitalanlageportfolio und der Anwendung des vollen internen Modells, das das operationelle Risiko umfasst.

Die wesentlichen Kapitaloptimierungsinitiativen umfassen die Konzentration des Neugeschäfts auf die sonstige Lebensversicherung, i.e. die Risikoversicherung, und die fondsgebundene Versicherung sowie die Anwendung des vollen internen Modells, inklusive des operationellen Risikos

Ziele des Kapitalmanagements:

- ▶ Sicherstellung der Überdeckung des SCR
- ▶ Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Dividendenzahlungen über den Geschäftsplanungshorizont
- ▶ Schaffung eines umfassenden Überblicks über die verfügbaren Eigenmittel sowie die Zusammensetzung der Eigenmittel
- ▶ Effiziente Prozesse zur Klassifizierung, Überwachung und Aufnahme von Eigenmitteln („Own Funds“)

Anrechenbare Eigenmittel

Das Unternehmen weist zum Jahresende 2020 anrechenbare Eigenmittel in Höhe von 171.290 Tsd. EUR (2019: 195.534 Tsd. EUR) aus.

Anrechnungsfähiger Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Limite	angerechnet	Limite	angerechnet
SCR	71.807		70.362	
Tier 1 – mindestens 50 %	35.904	171.290	35.181	195.534
Tier 2		0		0
Tier 3 – maximal 15 %	10.771	0	10.554	0
Summe		171.290		195.534

Anwendung von Übergangsmaßnahmen zur Erleichterung der Einführung von Solvabilität II – in den Jahren bis und inklusive 2009 hat die BAWAG PSK Versicherung insgesamt acht Ergänzungskapitalanleihen im Nominale von insgesamt 30.907 Tsd. EUR begeben, die sie, sofern anrechenbar, als Basiseigenmittel anrechnet.

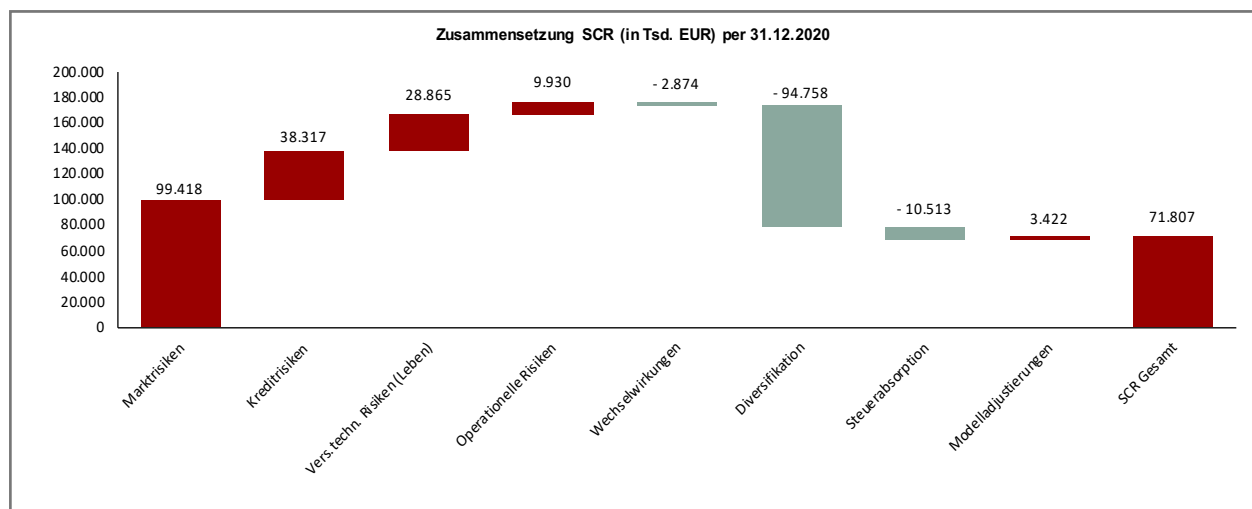
Solvenzkapitalanforderung

Die Solvenzkapitalanforderung („SCR“) der BAWAG PSK Versicherung beträgt zum 31. Dezember 2020 (Ende der Berichtsperiode) 71.807 Tsd. EUR und wurde mit dem genehmigten internen Modell berechnet. Gegenüber dem Vorjahreswert hat sich die SCR um +2,1 % erhöht.

Der Genehmigungsprozess um die Erweiterung des genehmigten partiellen internen Modells um das Risikomodul „operationelles Risiko“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich – mit der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde – abgeschlossen werden. Somit wird die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß § 175 VAG 2016 für die BAWAG PSK Versicherung ab dem 31.12.2020 mit Hilfe eines genehmigten (vollständigen) internen Modells bestimmt.

Bei der zugrundeliegenden maßgeblichen risikofreien Zinskurve wird im internen Modell analog zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II (Technical Provisions) eine Volatilitätsanpassung (Volatility Adjustment) gemäß Art. 77d RRL 2009/138/EG sowie im Rahmen der Kreditrisikomodellierung zusätzlich eine dynamische Volatilitätsanpassung eingesetzt. Im Falle eines Kreditschocks ändert sich die Volatilitätsanpassung und wirkt damit risikomindernd auf das Kreditrisiko.

Die größten Auswirkungen auf die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung mit dem internen Modell gegenüber der Standardformel haben dabei die unterschiedliche Kalibrierung des Stornorisikos und der höhere Diversifikationseffekt. Aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsweise (Unterschiede zwischen Standardformel und internem Modell werden in Kapitel E.4 erläutert) lassen sich die beiden Resultate jedoch nicht vergleichen.



ZUSAMMENFASSUNG

Mindestkapitalanforderung

Die Mindestkapitalanforderung wird gemäß Art. 129 RRL 2009/138/EG bestimmt. Sie beträgt per 31. Dezember 2020 32.313 Tsd. EUR für die BAWAG PSK Versicherung. Sie wird gemäß Art. 249 und 251 der DV EU/2015/35 als MCR Linear berechnet. Sie muss jedoch mindestens 3.700 Tsd. EUR betragen und gemäß Art. 248 DV EU/2015/35 zwischen $0,25 \cdot \text{SCR}$ (MCR Floor) und $0,45 \cdot \text{SCR}$ (MCR Cap) liegen.

Für die BAWAG PSK Versicherung zeigen die Komponenten zur Bestimmung der MCR folgende Werte:

Beiträge zur MCR

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
MCR Linear	55.164	55.635
MCR Cap	32.313	31.663
MCR Floor	17.952	17.591

Aufgrund der Berechnungsregeln kommt die MCR damit auf 32.313 Tsd. EUR zu liegen, da die MCR Linear über dem MCR Cap zu liegen kommt. Gegenüber dem Vorjahreswert (2019) von 31.663 Tsd. EUR hat sich die MCR somit um 650 Tsd. EUR (+2,1 %) erhöht.

Die BAWAG PSK Versicherung weist per 31. Dezember 2020 eine Solvenzquote von 238,5 % und eine Mindestkapitalanforderung oder Minimum Capital Requirement (MCR)-Bedeckungsquote von 530,1 % aus. Sie hält somit sowohl die MCR als auch die SCR ein.

Unterschiede zwischen Standardformel und Internen Modellen (IM)

Um die Komplexität ihres Geschäfts und die spezifischen Risikoprofile der mit ihr verbundenen Gesellschaften adäquater erfassen und abbilden zu können, hat die Assicurazioni Generali S.p.A. ein internes Modell entwickelt.

Anders als in der Standardformel (mehrstufiger Aggregationsmechanismus) wird im internen Modell die Aggregation zum Gesamtrisiko in einem Schritt durchgeführt. Die Diversifikationseffekte im internen Modell resultieren aus der unternehmensindividuellen Exponierung gegenüber den Risikofaktoren und deren Abhängigkeitsstruktur und werden nicht wie in der Standardformel pauschal mittels Korrelationsmatrizen vorgegeben. Die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern wird wie in der Standardformel bestimmt und dazu addiert. In der Kategorisierung der Risiken gibt es jedoch wesentliche Unterschiede.

Die versicherungstechnischen Risiken der Lebensversicherung werden in der Standardformel durch die EIOPA auf dem Bestand eines angenommenen durchschnittlichen europäischen Lebensversicherers kalibriert. Im Unterschied dazu werden im internen Modell Verteilungen auf dem unternehmenseigenen Bestand gebildet, wodurch die spezifischen Ausprägungen wie Altersstruktur, Geschlechterverteilung oder die Zeichnungspolitik berücksichtigt werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Auch bei den Marktrisiken werden in der Standardformel Stressfaktoren vorgegeben, die auf einem angenommenen durchschnittlichen Investmentportfolio kalibriert werden. Im internen Modell kann durch die stärkere Granularität bei der Bildung von Assetklassen das unternehmensindividuelle Portfolio besser abgebildet werden. Dies erlaubt eine genauere Bewertung der Marktrisiken.

Anders als in der Standardformel wird das Forderungsausfallsrisiko auch für das Anleihenportfolio bestimmt. Zudem werden europäische Staatsanleihen nicht als risikolos betrachtet, wie dies in der Standardformel der Fall ist. Durch die höhere Granularität bei der Aufteilung in Anleiheklassen sowie der spezifischen Kalibrierung der zur Risikoberechnung verwendeten Verteilungen ergibt sich ein realistischeres Bild des Kreditrisikos als in der Standardformel.

Während das operationelle Risiko mit der Standardformel „gesamthaft“ berechnet wird, wird das operationelle Risiko mit dem internen Modell sehr granular anhand eines sehr detaillierten „OpRisk (and Compliance Risk) Event-Type“-Katalog bestimmt.

Volatilitätsanpassung gem. Art. 77 d der RRL 2009/138/EG

Die Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Diskontierung gemäß Art. 77d der RRL 2009/138/EG wurde auf den gesamten modellierten Versicherungsbestand angewendet.

Die Auswirkung dieser Maßnahme bei Zinssätzen auf die Solvabilität des Unternehmens ist im Anhang dargestellt (Meldebogen S.22.01 – Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen).

Auswirkungen von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null
Versicherungstechnische Rückstellungen	1.998.212	10.165	2.065.751	7.762
Basiseigenmittel	171.290	-9.595	195.534	-7.249
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	171.290	-9.595	195.534	-7.249
SCR	71.807	56.057	70.362	51.779
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	171.290	-9.595	195.534	-7.249
MCR	32.313	22.850	31.663	23.301

ZUSAMMENFASSUNG

Die folgende Tabelle zeigt die Solvabilitätsquoten, SCR und MCR, mit und ohne Volatilitätsanpassung.

Auswirkungen von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Werte nach Verringerung der Volatilitätsanpassung	Veränderung durch die Verringerung der Volatilitätsanpassung
SCR	71.807	56.057	127.864	78 %
MCR	32.313	22.850	55.164	71 %
Gesamtbetrag der für die Erfüllung des SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	171.290	-9.595	161.695	-6 %
SCR Quote	238,5 %		126,5 %	-47 %
MCR Quote	530,1 %		293,1 %	-45 %

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Im ersten Kapitel des SFCR wird über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das betriebliche Umfeld berichtet. Dazu gehören Name und Sitz

- ▶ des Unternehmens,
- ▶ des Wirtschaftsprüfers,
- ▶ der Anteilseigner und
- ▶ der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Die Beteiligung der BAWAG PSK Versicherung wird angeführt, ein Organigramm der Gesellschaft gezeigt und eine Übersicht über die Struktur der internationalen Generali Gruppe, bzw. die Stellung der BAWAG PSK Versicherung in der internationalen Generali Gruppe gegeben. Weiters werden die wesentlichen Geschäftsbereiche, in denen die BAWAG PSK Versicherung tätig ist, aufgezeigt und, sollte es zu besonderen Ereignissen im Geschäftsjahr gekommen sein, werden diese erörtert.

Die Erläuterung des Ergebnisses der Risikoübernahme pro Geschäftsbereich der BAWAG PSK Versicherung sowie des Ergebnisses aus Anlagetätigkeit stellen weitere Schwerpunkte dar.

Sollten wesentliche Erträge und Aufwendungen im sonstigen Ergebnis verbucht sein, werden diese erläutert.

Zum Abschluss dieses ersten Kapitels wird auf die Leasingverhältnisse eingegangen.

A.1. GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die BAWAG PSK Versicherung AG mit Sitz in Österreich, 1220 Wien, Kratochwjlestraße 4, <https://www.bawagpsk-versicherung.at/lebensversicherung/>, ist eine Aktiengesellschaft. Es handelt sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB sowie um ein Unternehmen von öffentlichem Interesse gemäß § 189a UGB.

Die Gesellschaft wird von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht mit Sitz in Österreich, 1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 5, <https://www.fma.gv.at/>, beaufsichtigt.

Als externer Abschlussprüfer wurde durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. mit Sitz in Österreich, 1220 Wien, Wagramer Straße 19, <http://www.ey.com/at/de/home>, beauftragt.

Die BAWAG PSK Versicherung hat ein Grundkapital von 12.000 Tsd. EUR (2019: 12.000 Tsd. EUR), das in 100.000 Namensstückaktien aufgeteilt ist.

Die Anteile an der Gesellschaft werden per 31. Dezember 2020 von den folgenden Eigentümern gehalten:

- ▶ 74.999 Namensstückaktien, das sind 75 % minus einer Stimme: Generali Versicherung mit Sitz in Österreich, 1010 Wien, Landskronngasse 1-3
- ▶ 25.001 Namensstückaktien, das sind 25 % plus einer Stimme: P.S.K. Beteiligungsverwaltung GmbH mit Sitz in Österreich, 1100 Wien, Wiedner Gürtel 11

Die Anteile entsprechen jeweils dem Stimmrecht.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.1.1. GENERALI VERSICHERUNG AG

Die Generali Versicherung wird von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht beaufsichtigt.

Die Generali Versicherung wird zu 74,99 % von der Generali Beteiligungsverwaltung GmbH sowie zu 25,01 % von der Generali Beteiligungs- und Vermögensverwaltung GmbH gehalten, die sich wiederum zu 100 % im Eigentum der Generali Beteiligungsverwaltung GmbH befindet.

Mit einem Marktanteil von mehr als 15 % ist die Generali Österreichs drittgrößte Versicherungsgruppe. Die drei Versicherungsunternehmen – Generali Versicherung, BAWAG PSK Versicherung und Europäische Reiseversicherung – bieten ein komplettes Spektrum an Versicherungs- und Vorsorgeprodukten, die durch umfassende Assistancedienstleistungen ergänzt werden. (Quelle: <https://www.generali.at/ueber-uns/generali-oesterreich/gesellschaften/>, Stand 16.03.2021)

Die oberste Muttergesellschaft der Generali Versicherung ist die Assicurazioni Generali S.p.A. (internationale Generali Gruppe) mit Sitz in Italien, 34132 Triest, Piazza Duca degli Abruzzi 2.

A.1.1.1. ASSICURAZIONI GENERALI S.P.A.

Die Assicurazioni Generali S.p.A. hat folgende Aktionäre (Quelle: <https://www.generali.com/investors/reports-and-presentations/report-archive>, Annual Integrated Report and Consolidated Financial Statements 2020, S. 54, Stand: 16.03.2021):

- ▶ 27,44 % der Aktien werden von wesentlichen Aktionären gehalten:
 - ▶ 12,97 % Mediobanca Group
 - ▶ 5,65 % Caltagirone Group
 - ▶ 4,84 % Del Vecchio Group
 - ▶ 3,98 % Benetton Group
- ▶ 40,72 % werden von institutionellen Investoren gehalten.
- ▶ 23,90 % werden von Kleinaktionären gehalten.
- ▶ 7,78 % werden von sonstigen Investoren, wie beispielsweise Stiftungen, Treuhandgesellschaften, religiösen Einrichtungen oder Wohltätigkeitsinstitutionen, gehalten.
- ▶ 0,16 % werden von nicht identifizierten Aktionären gehalten.

Die internationale Generali Gruppe wird von der italienischen Aufsichtsbehörde Istituto per la Vigilanza sulle Assicurazioni (IVASS) mit Sitz in Italien, 00187 Roma, Via del Quirinale 21, <https://www.ivass.it/>, beaufsichtigt.

A.1.2. P.S.K. BETEILIGUNGSVERWALTUNGS GMBH

Die P.S.K. Beteiligungsverwaltung GmbH ist zu 100 % im Besitz der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft mit Sitz in Österreich, 1100 Wien, Wiedner Gürtel 11.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

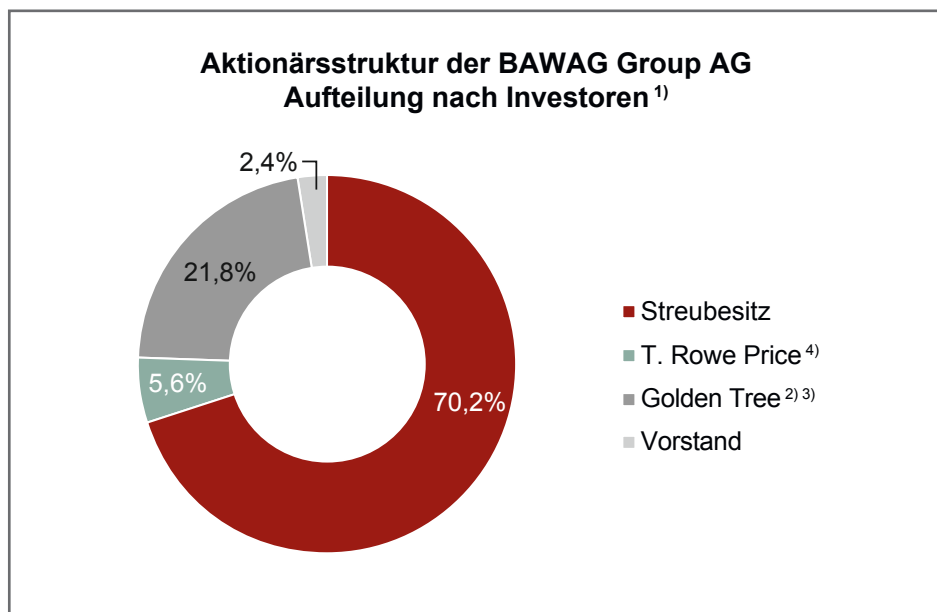
A.1.2.1. BAWAG P.S.K. BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT UND ÖSTERREICHISCHE POSTSPARKASSE AG

Die BAWAG PSK Bank ist die wesentliche operative Tochtergesellschaft der BAWAG Group AG und eine der größten, ertragsstärksten und am besten kapitalisierten Banken in Österreich mit einer landesweit bekannten Marke. Sie verfolgt ein einfaches und transparentes Geschäftsmodell, das auf niedriges Risiko, Effizienz sowie regional auf Österreich und andere westeuropäische Staaten ausgerichtet ist. Rund zwei Drittel der Kundenkredite stammen aus Österreich. Die BAWAG P.S.K. wird unter den Aspekten Sicherheit und Zuverlässigkeit mit einer soliden Bilanzstruktur, einem niedrigen Leverage und einer starken Kapitalausstattung gesteuert. Die Bereitstellung von einfachen, transparenten und erstklassigen Produkten und Dienstleistungen, die den Bedürfnissen ihrer Kunden entsprechen, steht in allen Geschäftsbereichen im Zentrum der Strategie. (Quelle: <https://www.bawaggroup.com/BAWAGGROUP/group/DE/beteiligungen>, Stand: 17.02.2021)

Die BAWAG PSK Bank wird von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht beaufsichtigt. (Quelle: https://www.bawagpsk.com/BAWAGPSK/PK/weitere_services/277012/impressum.html, Stand: 17.02.2021)

A.1.2.2. BAWAG GROUP AG

Die BAWAG Group AG wird von der Österreichischen Finanzmarktaufsicht und der Europäischen Zentralbank mit Sitz in Deutschland, 60314 Frankfurt am Main, Sonnemannstrasse 22, <http://www.bankingsupervision.europa.eu>, beaufsichtigt.



(Quelle: <https://www.bawaggroup.com/linkableblob/BAWAGGROUP/405226/f75ba8e012ac40b937ed5983e08dbe90/aktionarsstruktur-pdf-data.pdf>, Stand: 19.03.2021)

- 1) Darstellung auf Basis der Anzahl der Aktien aus den aktuellsten Beteiligungsmeldungen
- 2) Entherrschungsvertrag mit der BAWAG Group AG abgeschlossen.
- 3) Fonds und Accounts, die oder deren Anteile an der BAWAG Group Gegenstand eines Vermögensverwaltungsvertrags mit GoldenTree Asset Management LP sind
- 4) Fonds und Accounts, die Gegenstand eines Vermögensverwaltungsvertrags mit T. Rowe Price Group, Inc. und deren Tochtergesellschaften sind

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.1.2.3. GOLDENTREE ASSET MANAGEMENT L.P.

GoldenTree, mit Sitz in New York, NY 10022, 300 Park Avenue , 21st Floor, wurde im Jahr 2000 gegründet und ist einer der größten unabhängigen Vermögensverwalter. Das Unternehmen verwaltet ein Vermögen von mehr als 40 Mrd. US-Dollar. (Quelle: <https://www.goldentree.com/>, Stand: 17.02.2021)

A.1.2.4. T. ROWE PRICE GROUP, INC. (FREE FLOAT)

T. Rowe Price Group, Inc., mit Sitz in Baltimore, Maryland 21202, 100 East Pratt Street, United States., wurde 1937 gegründet und ist eine globale Investmentmanagementgesellschaften mit einem verwalteten Vermögen (Assets under Management) von 1,46 Billionen US-Dollar per 31. Januar 2021. (Quelle <https://troweprice.gcs-web.com/>, Stand: 17.02.2021)

A.1.3. DIE STRUKTURELLE POSITION DES VERSICHERUNGSUNTERNEHMENS IN DER GRUPPE

Ab 1. Januar 2018 wurde die Generali Gruppe Österreich, zu der die BAWAG PSK Versicherung gehört, der Region CEE der Assicurazioni Generali zugeordnet. Damit werden ab diesem Geschäftsjahr die Vorgaben seitens der Gruppe nicht mehr durch die Region EMEA sondern durch die Region ACEER (Austria, CEE & Russia) an die Gesellschaft herangetragen.

Die internationale Generali Gruppe führt im Annual Integrated Report folgende Referenzmärkte an:

- ▶ Italienische Republik
- ▶ Bundesrepublik Deutschland
- ▶ Französische Republik
- ▶ ACEER: (Republik Österreich, Tschechische Republik, Republik Polen, Ungarn, Slowakische Republik, Republik Serbien, Montenegro, Rumänien, Republik Slowenien, Republik Bulgarien und Republik Kroatien, Russland),
- ▶ International: (Königreich Spanien, Schweizerische Eidgenossenschaft, Nord- und Süd-Amerika, Südeuropa, Asien)

(Quelle: <https://www.generali.com/investors/reports-and-presentations/report-archive>, Annual Integrated Report and Consolidated Financial Statements 2020, S. 66 ff, Stand: 16.03.2021)

A.1.4. INFORMATIONEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die BAWAG PSK Versicherung hält 60,00% am Grundkapital der HSR Verpachtung GmbH mit Sitz in Österreich, 1010 Wien, Landskronergasse 1-3. Die Anteile an der HSR Verpachtung GmbH wurden mit der Intention erworben, sie langfristig zu halten. Sie dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb.

Die Anteile am Kapital der Gesellschaft entsprechen jeweils den Stimmrechten.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Information zu verbundenen Unternehmen

Angaben in Tsd. EUR	Anteil am Kapital/je Aktienkategorie per 31.12.	Letzter Jahresabschluss	Eigenkapital	Jahresüberschuss/-fehlbetrag (inkl. Verschmelzungsverlust)
HSR Verpachtung GmbH, Wien, Österreich				
per 31.12.2019	60,00 %	2018	11.133	816
per 31.12.2020	60,00 %	2019	11.158	1.025

A.1.4.1. ENTWICKLUNG DER ANTEILE UND DARLEHEN AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Entwicklung der Anteile an verbundenen Unternehmen

Angaben in Tsd. EUR	Anteile an verbundenen Unternehmen	Darlehen an verbundene Unternehmen
HSR Verpachtung GmbH, Wien, Österreich		
Stand per 31.12.2019	26.141	12.635
Zugänge/Abgänge	0	0
Zuschreibungen/Abschreibungen	0	0
Stand per 31.12.2020	26.141	12.635

A.1.5. ORGANIGRAMME UND STRUKTUREN

A.1.5.1. ORGANIGRAMM DER BAWAG PSK VERSICHERUNG

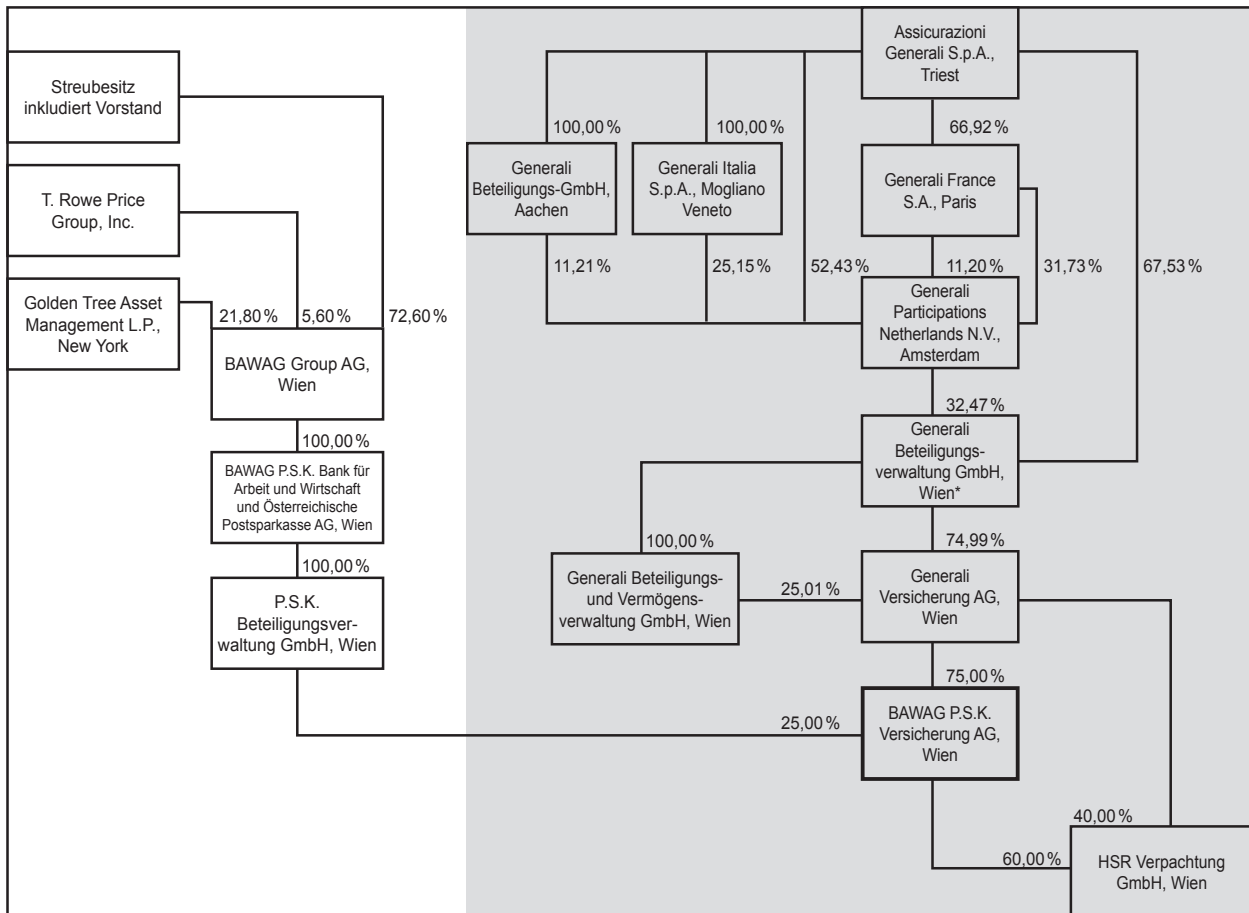


Ab 1. Jänner 2021 übernimmt Herr DI Werner Eglseer die Leitung der Governance Funktion Versicherungsmathematische Funktion.

Die Risikomanagement-Funktion als auch Versicherungsmathematische Funktion werden durch teilent-sendete Experten aus der Generali Versicherung wahrgenommen.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.1.5.2. SIMPLIFIZIERTE GRUPPENSTRUKTUR EINSCHLIESSLICH INDIREKT QUALIFIZIERTER BETEILIGTER AM UNTERNEHMEN



* Mit Wirkung vom 23. Jänner 2020 hat die Transocean Holding Corporation, New York ihren gesamten Geschäftsanteil an der Generali Beteiligungsverwaltung GmbH an die Assicurazioni Generali S.p.A, Triest, abgetreten

Die abgebildeten Anteile verstehen sich auf zwei Kommastellen genau gerundet.

Der Gruppenaufbau wird im Kapitel A.1.3. erläutert.

A.1.6. WESENTLICHE GESCHÄFTSBEREICHE UND WESENTLICHE REGIONEN

Die BAWAG PSK Versicherung ist ausschließlich in der Sparte Lebensversicherung tätig und zeichnet Risiken in der Kapitalversicherung, einschließlich der index- und fondsgebundenen Versicherung und der Risikoversicherung.

Die BAWAG PSK Versicherung gliedert die Geschäftsbereiche wie folgt:

- ▶ Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung
 - ▶ Klassische Lebensversicherung gegen laufende Prämie oder gegen Einmaleralg
 - ▶ Ablebens- oder Risikoversicherung gegen laufende Prämie
- ▶ Index- und fondsgebundene Lebensversicherung
 - ▶ Fondsgebundene Lebensversicherung gegen laufende Prämie oder gegen Einmaleralg

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

- ▶ Indexgebundene Lebensversicherung gegen Einmaleralag
- ▶ Zukunftsvorsorge mit staatlicher Förderung gegen laufende Prämien
- ▶ Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung
- ▶ Ablebens- oder Risikoversicherung gegen laufende Prämie oder gegen Einmaleralag

Die BAWAG PSK Versicherung ist mit ihrem exklusiven Vertriebspartner BAWAG PSK Bank in Österreich tätig.

Es wird in diesem Bericht keine weitere Aufsplittung auf geographische Regionen vorgenommen, da die Risiken in der Lebensversicherung innerhalb Österreichs nicht differieren. Für das gesamte Bundesgebiet werden einheitliche Sterbetafeln verwendet.

A.1.7. WESENTLICHE EREIGNISSE IN DER BERICHTSPERIODE, DIE SICH AUF DAS UNTERNEHMEN AUSGEWIRKT HABEN

Die Kooperation der BAWAG PSK Versicherung mit ihrem exklusiven Vertriebspartner, der BAWAG PSK Bank bleibt weiterhin aufrecht. Mit der Entwicklung innovativer Risikoversicherungen bietet die BAWAG PSK Versicherung ihren Kunden die Möglichkeit, biometrische Risiken bedarfsgerecht abzusichern.

Die COVID-19 Krise hatte naturgemäß auch auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung Auswirkungen. Gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers wurden Vertriebsaktivitäten und Frequenzen in den Filialen der BAWAG PSK Bank auf ein Minimum reduziert. Sowohl im ersten als auch im zweiten Lockdown wurden die KundInnen der BAWAG PSK Bank mit notwendigen Services bedient. Dies hatte Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung insoweit, als das Neugeschäftsvolumen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 deutlich rückläufig ist.

Dies betrifft sowohl die kapitalbildende Lebensversicherung als auch die Risikoversicherung. Im ersten Lockdown war die Kundenfrequenz in der BAWAG PSK Bank, dem exklusiven Vertriebspartner, wesentlich eingeschränkt und auf Kundenseite war eine verhaltene Nachfrage nach Neukrediten zu verzeichnen, was insgesamt das Neugeschäftsvolumen der Gesellschaft nachhaltig reduziert hat.

Korrespondierend dazu sind die Provisionsaufwendungen zurückgegangen. Das Unternehmen passt sich laufend an das Neugeschäftsvolumen der Bank an – bei sinkendem Volumen durch Kostensenkungen. Dazu werden auch weitere Maßnahmen gesetzt. Bei den Leistungen konnte die BAWAG PSK Versicherung in diesem Geschäftsjahr weder erhöhte Ablebensleistungen noch erhöhte Rückkaufsleistungen feststellen. Die Ablebensleistungen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um –15,6% gegenüber dem Vorjahresvergleich gefallen, die Rückkaufsleistungen liegen mit –0,5% auf dem Niveau des Vorjahresvergleichszeitraums. Das Unternehmen hat im Geschäftsjahr 2020 über ausreichend Liquidität verfügt, bzw. konnte ausreichend Liquidität generieren, um die Leistungen und Kosten zu decken.

Auch 2021 wird die Pandemie die Geschäftsentwicklung beeinflussen. Die BAWAG PSK Versicherung und die Generali Versicherung haben hierfür notwendige Weichen gestellt, wie z.B. bei Digitalisierung oder Kommunikation. Bei Aus- und Fortbildung verwenden wir z.B. virtuelle Schulungsräume und nutzen Kommunikationstools wie MS Teams, Skype und andere.

Auch 2021 wird der Fokus auf fondsgebundener Versicherung und Risikolebensversicherungen liegen. Das Neugeschäft in der klassischen Lebensversicherung liegt nicht mehr im Fokus. Durch das Abreifen der bestehenden Bestände sinkt die durchschnittliche Garantieverzinsung. Damit konnte das Unternehmen sein Portfolio erfolgreich in Richtung einer verminderten Garantibelastung entwickeln.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

In der BAWAG PSK Versicherung erfolgt die Veranlagung auf Grundlage eines Asset Liability Managements, welche die Veranlagungsziele, insbesondere unter Beachtung der (langfristigen) Verpflichtungen aus Versicherungsverträgen, dem Risiko, Ertrag, Zeithorizont und Liquiditätsbedarf setzt. Im Jahr 2020 lag ein besonderer Fokus darauf die Zahlungsströme der Kapitalanlagen besser an die Zahlungsströme der Verbindlichkeiten anzupassen. Die mittlere Kapitalbindungsdauer der Aktivseite wurde daher verlängert, um das Portfolio robuster gegenüber Zinsänderungsrisiken zu machen. Im Jahr 2021 wird der Saldo aus Prämien, Leistungen und Betriebsaufwendungen und jener der Rückzahlungen und Zinsen aus Kapitalanlagen voraussichtlich nahezu ausgeglichen sein. Somit besteht kurzfristig kaum Notwendigkeit für Neuveranlagungen im aktuell äußerst herausfordernden Zinsumfeld.

Das Portfolio der BAWAG PSK Versicherung weist eine gute Bonität auf, lediglich ca. 1 % der festverzinslichen Wertpapiere und Darlehen haben ein Non-Investment Grade Rating. Wertpapiere, deren Marktwert für längere Zeit unter dem Anschaffungswert liegt, werden regelmäßig geprüft, ob Hinweise auf drohende Zahlungsausfälle bei den jeweiligen Emittenten vorliegen. Zudem nimmt die Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR, welche wesentliche Teile des Portfolios im Rahmen eines Einzelkundenmandats verwaltet, regelmäßig Kreditrisikobeurteilungen vor. Keiner der Emittenten im Portfolio war im Krisenjahr 2020 unmittelbar von Insolvenz betroffen, die mittelfristigen Auswirkungen der COVID-19 Krise auf die Zahlungsfähigkeit der Unternehmen muss jedoch genau beobachtet werden, ist aber derzeit noch nicht abschätzbar.

Im Geschäftsjahr 2020 hatte die BAWAG PSK Versicherung 161.674 Kunden, was einen Rückgang von 9,1 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (2019: 177.924).

Aus produkttechnischer Sicht lag weiterhin ein starker Schwerpunkt auf der fondsgebundenen Lebensversicherung und auf neuen, bzw. innovativen Risikoversicherungsprodukten. Damit soll die Konzentration auf ein nachhaltig ausgewogenes und diversifiziertes Produktportfolio vorangetrieben und ein langfristiges, effizientes Wachstum des Unternehmens sichergestellt werden.

Im Geschäftsjahr 2020 erzielte die BAWAG PSK Versicherung ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 15.462 Tsd. EUR (2019: 14.283 Tsd. EUR).

Im Wesentlichen ist die Verbesserung auf das höhere Kapitalanlageergebnis aufgrund realisierter Gewinne, den niedrigeren technischen Zins und den geringeren Aufwand für Gewinnbeteiligung zurückzuführen. Die Mengenkomponekte der Entwicklung im technischen Bereich ist auf den abreifenden Bestand, vor allem in der klassischen Lebensversicherung, zurückzuführen.

Mit der Strategie 2021 hat die BAWAG PSK Versicherung klare Ziele definiert: Die BAWAG PSK Versicherung will ein lebenslanger Partner für ihre Kunden sein. Sie bietet diesen personalisierte, innovative Lösungen an. Um diese Ziele zu erreichen, basiert die Strategie 2021 auf drei Säulen: Profitables Wachstum, der Kunde im Mittelpunkt sowie neue Einfachheit.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Eine Strategie um NACHHALTIGES WACHSTUM zu generieren



Die Strategie der BAWAG PSK Versicherung baut auf dem Leitbild der Generali Gruppe Österreich auf und richtet sich umfassend nach den strategischen Anforderungen des einzigen Vertriebspartners, der BAWAG PSK Bank, aus.

Die erste Säule „Profitables Wachstum“ konzentriert sich auf einen bedarfsorientierten und kundenorientierten Verkauf. Dabei spielen der Ausbau und die Optimierung des Produktportfolios eine entscheidende Rolle. Des Weiteren wird die BAWAG PSK Versicherung Ihren Vertriebspartner in den verschiedensten Vertriebskanälen mit den passenden Produkten servizieren.

Die zweite Säule „Der Kunde im Mittelpunkt“ bedeutet, dass sich die BAWAG PSK Versicherung als Lifetime Partner ihrer Kunden versteht. Aus diesem Grund werden auch die Produkte der BAWAG PSK Versicherung stetig ausgebaut, um den Kunden nach einer umfassenden Risikoanalyse maßgeschneiderte Versicherungslösungen sowohl im Bereich Lebensversicherungen als auch im Bereich Nicht-Lebensversicherungen anzubieten.

Die dritte Säule „Neue Einfachheit“ bedeutet ein neues Kundenerlebnis aller BAWAG PSK Versicherung Kunden. Im Bereich Digitalisierung erlebt der Kunde der neuen BAWAG PSK Bank Filiale Versicherungslösungen im Rahmen des digitalen Beratungsprozesses neu. Weitere Digitalisierungsschritte und ein noch smarteres Kundenerlebnis folgen innerhalb der Strategieperiode.

Das Fundament dieser drei Säulen beruht auf unseren motivierten und qualifizierten Mitarbeitern, einem kontinuierlichen Change Management und dem Engagement für Nachhaltigkeit.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHE LEISTUNG

Die BAWAG PSK Versicherung hat im Geschäftsjahr 2020 ein positives versicherungstechnisches Ergebnis in Höhe von 15.220 Tsd. EUR (2019: 14.931 Tsd. EUR) nach lokalen Rechnungslegungsstandards gem. UGB/VAG sowie Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (VU-RLV) erzielt.

Dies setzt sich aus dem unten dargestellten Ergebnis aus Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen gem. den quantitativen Reportinganforderungen und insbesondere gem. Durchführungsverordnungen EU/2015/2452 sowie EU/2017/2190, einzelnen technischen Positionen, die gem. dieser nicht in diese Darstellung aufgenommen wurden und dem Kapitalanlageergebnis zusammen.

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

Angaben in Tsd. EUR	Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensversicherung		Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung		Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Gebuchte Prämien	96.050	117.703	67.342	53.573	23.986	36.426	187.378	207.702
Gebuchte Prämien	96.713	118.413	67.360	53.594	25.449	38.125	189.522	210.131
Rückversicherungsabgabe	-663	-710	-18	-21	-1.463	-1.699	-2.144	-2.430
Verdiente Prämien	96.172	118.067	67.285	53.608	24.009	36.493	187.466	208.169
Abgegrenzte Prämien	96.836	118.778	67.303	53.629	25.472	38.192	189.611	210.599
Rückversicherungsabgabe	-663	-710	-18	-21	-1.463	-1.699	-2.144	-2.430
Leistungen im Eigenbehalt	-234.107	-183.712	-55.657	-65.906	-16.088	-19.919	-305.851	-269.537
Leistungen	-234.287	-183.939	-55.740	-65.923	-16.434	-20.561	-306.462	-270.423
Anteil Rückversicherung	181	227	83	17	347	642	611	886
Veränderung versicherungstechnische Rückstellungen	133.185	62.249	-17.636	-30.951	3.725	-2.236	119.274	29.061
Veränderung versicherungstechnische Rückstellungen	133.185	62.249	-17.636	-30.951	3.725	-2.236	119.274	29.061
Anteil Rückversicherung	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe Kosten	-16.382	-19.483	-4.456	-6.126	-7.292	-5.673	-28.130	-31.282
Kosten	-16.319	-19.044	-4.434	-5.878	-7.286	-5.742	-28.040	-30.664
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	-62	-439	-22	-247	-6	69	-91	-618
Prämien, Forderungen und Aufwendungen	-21.130	-22.879	-10.464	-49.375	4.354	8.665	-27.241	-63.589

Das Ergebnis aus Prämien, Forderungen und Aufwendungen ist in diesem, wie auch im vorangegangenen Geschäftsjahr negativ, was in der Lebensversicherung nicht ungewöhnlich ist, da, anders als in der Darstellung des technischen Ergebnisses nach UGB/VAG, in der Solvency II Darstellung in der Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen die Aufwendungen für den technischen Zins für das gewinnberechtigte Geschäft, nicht aber die Kapitalerträge des technischen Geschäfts, inkludiert sind.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Jahr 2020 wurde eine Steigerung des Ergebnisses aus Prämien, Forderungen und Aufwendungen um 36.348 Tsd. EUR im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Während in der Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung und in der Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung keine wesentlichen Veränderungen des Ergebnisses zu verzeichnen sind, zeigt die fondsgebundene Lebensversicherung eine wesentliche Verbesserung des Ergebnisses von -49.375 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2019 auf -10.464 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2020. Diese Entwicklung liegt im Wesentlichen an den höheren Prämieinnahmen, den geringeren Leistungen und der geringeren Erhöhung der Deckungsrückstellung im Vergleich zum Geschäftsjahr 2020. Auf die Veränderung der Deckungsrückstellung der index- und fondsgebundenen Versicherung wirken auch die nicht realisierten Gewinne und Verluste der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Versicherung, die im Geschäftsjahr 2020 wesentlich unter jenen des Geschäftsjahres 2019 lagen.

Eine detailliertere Darstellung, insbesondere die wesentlichen Veränderungen je Geschäftsbereich, i.e. Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung, index- und fondsgebundene Lebensversicherung und Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung, finden Sie in den folgenden Unterkapiteln.

Die in der Tabelle dargestellten Positionen umfassen:

Verdiente Prämie	<ul style="list-style-type: none"> + Verrechnete Prämie – Abgegebene Rückversicherungsprämien ± Prämienüberträge ± Stornoreserve
Leistungen	<ul style="list-style-type: none"> – Erlebensleistungen – Ablebensleistungen – Renten – Rückkäufe + Anteil der Rückversicherer
Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellung	<ul style="list-style-type: none"> ± Deckungsrückstellung inkl. ZZR ± Pauschalrückstellungen ± Drohverlustrückstellungen
Kosten	<ul style="list-style-type: none"> – Provisionen – Schadenbearbeitung, Schadenverhütung, Schadenreserve – Geschäftsaufbringungskosten – Verwaltungskosten – Asset Management Kosten
Sonstiges versicherungstechnische Aufwände	<ul style="list-style-type: none"> – Sonstige versicherungstechnische Aufwände – Finanzierungskosten der Rückversicherung

Für die Überleitung auf das technische Ergebnis, wie im Jahresabschluss nach UGB/VAG dargestellt, sind folgende Positionen zusätzlich zu berücksichtigen.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Überleitung auf das technische Ergebnis nach UGB/VAG

Angaben in Tsd. EUR	Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019
Prämien, Forderungen und Aufwendungen	-27.241	-63.589
Sonstige versicherungstechnische Erträge	118	1.336
RfB, freie RfB und Direktgutschriften	-10.225	-11.327
Kapitalanlagenergebnis	46.302	45.201
Nicht-realisierte GuV der ILV/FLV	6.266	43.309
Nicht realisierte Gewinne ILV/FLV	11.623	43.730
Nicht realisierte Verluste ILV/FLV	-5.357	-421
Zwischenergebnis	42.460	78.519
Versicherungstechnisches Ergebnis nach UGB/VAG	15.220	14.931

Gemäß § 3 Abs. 2 LV-GBV können auf die Mindestgewinnbeteiligung Überdotierungen aus früheren Geschäftsjahren angerechnet werden. Der anrechnungsfähige und angerechnete Betrag per 31. Dezember 2020 betrug 0 Tsd. EUR (2019: 1.204 Tsd. EUR).

Im Geschäftsjahr 2020 ist ein Aufwand für RfB, freie RfB und Direktgutschriften in Höhe von 10.225 Tsd. EUR zu verzeichnen (2019: Aufwand in Höhe von 11.327 Tsd. EUR).

Das Kapitalanlagenergebnis weicht vom UGB/VAG Jahresabschluss in Höhe der Asset Management Kosten von 585 Tsd. EUR (2019: 490 Tsd. EUR) ab. Es handelt sich um eine Umgliederung. In der oben dargestellten Tabelle sind die Asset Management Kosten in der Position „Kosten“ enthalten, im Jahresabschluss nach UGB/VAG sind dieselben im Kapitalanlagenergebnis, das in das technische Ergebnis übertragen wird, inkludiert. Das Wachstum des Kapitalanlagenergebnisses basiert vorwiegend auf dem, im Vergleich zum Vorjahr, verbesserten realisierten sowie buchmäßigen Ergebnis. Eine detaillierte Darstellung nach Assetklassen ist im Kapitel A.3.3. „Entwicklung des Anlageergebnisses“ zu finden.

Die Kursentwicklung der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung ist in der Position „Nicht-realisierte GuV der ILV/FLV“ enthalten und wird im Kapitel A.2.1.3 erläutert.

A.2.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHES ERGEBNIS DER GESCHÄFTSBEREICHE

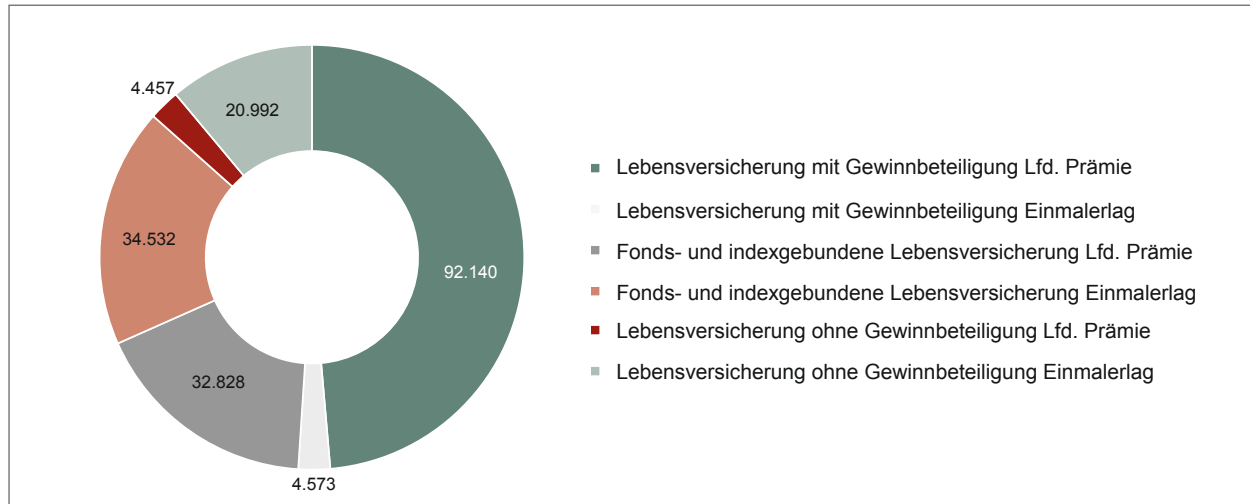
A.2.1.1. PRÄMIEN

Die gebuchten Prämien erreichten im Geschäftsjahr 2020 189.522 Tsd. EUR (2019: 210.131 Tsd. EUR). Davon entfallen

- ▶ 51,0% (2019: 56,4%) auf die Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung,
- ▶ 35,5% (2019: 25,5%) auf die index- und fondsgebundene Lebensversicherung und
- ▶ 13,4% (2019: 18,1%) auf die Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Gebuchte Prämien in Tsd. EUR



Gebuchte Prämien

Angaben in Tsd. EUR	Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensversicherung		Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung		Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Gebuchte Prämien	96.713	118.413	67.360	53.594	25.449	38.125	189.522	210.131
Einmalerlag	4.573	20.698	34.532	21.315	20.992	33.266	60.098	75.279
Lfd. Prämie	92.140	97.715	32.828	32.279	4.457	4.859	129.425	134.852

Die gebuchten Prämien brutto sind im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Insgesamt wurden um 20.609 Tsd. EUR oder 9,8 % weniger Prämieinnahmen verzeichnet.

Der Rückgang kommt vorwiegend aus den Verträgen gegen Einmalprämie -15.182 Tsd. EUR, bzw. -20,2 %, in der Versicherung mit Gewinnbeteiligung liegt der Prämienrückgang bei -16.125 Tsd. EUR, bzw. -77,9 % und in der Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung ist ein Prämienrückgang von -12.274 Tsd. EUR oder -36,9 % zu verzeichnen. Die Prämien in der index- und fondsgebundenen Versicherung konnten um 13.217 Tsd. EUR, bzw. 62,0 % erhöht werden. Bei den Verträgen gegen laufende Prämien ist ein Rückgang in Höhe von -5.427 Tsd. EUR oder -4,0 % zu verzeichnen, die Prämien in der Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung sinken um -5.575 Tsd. EUR, bzw. -5,7 %, die Prämien in der Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung sinken um -402 Tsd. EUR, bzw. -8,3 %. Allein die Prämien in der index- und fondsgebundenen Versicherung steigen um 549 Tsd. EUR oder +1,7 %.

A.2.1.2. LEISTUNGEN

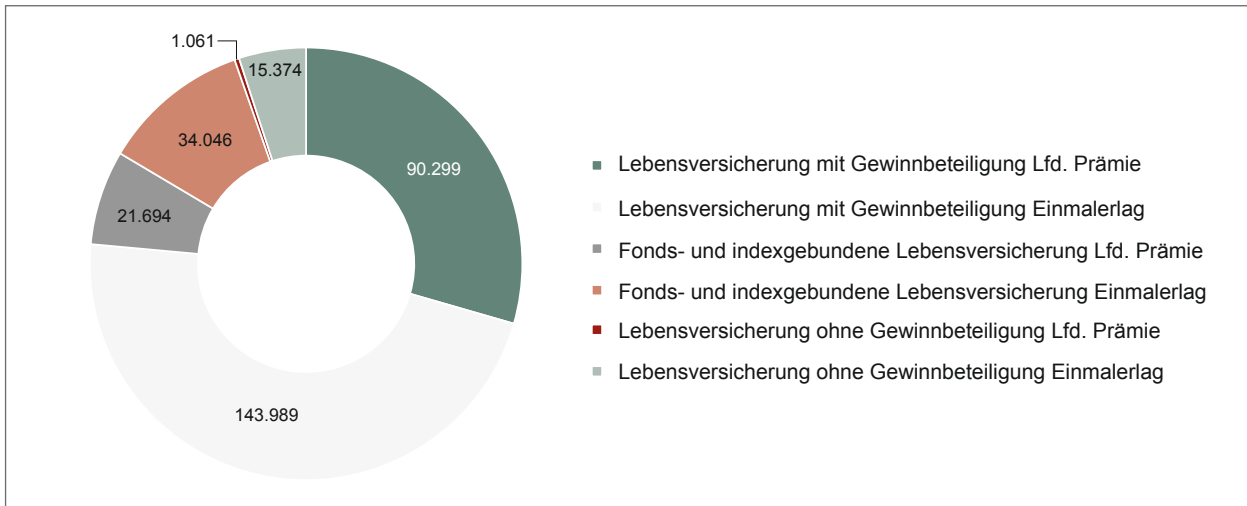
Die Leistungen an die Kunden setzen sich zusammen aus:

- ▶ Erlebensleistungen: 209.299 Tsd. EUR bzw. 68,3 % (2019: 168.581 Tsd. EUR bzw. 62,3 %)
- ▶ Rückkaufsleistungen: 58.628 Tsd. EUR bzw. 19,1 % (2019: 58.910 Tsd. EUR bzw. 21,8 %)
- ▶ Rentenleistungen: 21.322 Tsd. EUR bzw. 7,0 % (2019: 22.538 Tsd. EUR bzw. 8,3 %)
- ▶ Ablebensleistungen: 17.213 Tsd. EUR bzw. 5,6 % (2019: 20.394 Tsd. EUR bzw. 7,5 %)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Nach Geschäftsbereichen ergibt sich folgende Darstellung:

Leistungen in Tsd. EUR



Leistungen

Angaben in Tsd. EUR	Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensversicherung		Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung		Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Leistungen	234.287	183.939	55.740	65.923	16.434	20.561	306.462	270.423
Ableben – Lfd. Prämie	4.020	4.880	781	369	654	1.146	5.455	6.396
Ableben – Einmaleralag	2.544	2.824	1.091	2.456	8.123	8.718	11.758	13.998
Erleben – Lfd. Prämie	53.247	50.718	8.047	4.964	0	0	61.294	55.683
Erleben – Einmaleralag	117.576	70.687	30.430	42.211	0	0	148.005	112.898
Rückkauf – Lfd. Prämie	32.339	30.774	12.866	13.329	407	354	45.612	44.457
Rückkauf – Einmaleralag	3.240	1.517	2.525	2.594	7.250	10.342	13.016	14.453
Rente – Lfd. Prämie	693	568	0	0	0	0	693	568
Rente – Einmaleralag	20.629	21.970	0	0	0	0	20.629	21.970

Die Position Aufwendungen für Versicherungsfälle gem. UGB/VAG umfasst neben den angegebenen Leistungen lt. Tabelle auch den Anteil der Rückversicherung sowie die Schadenverhütungs- und Schadenbearbeitungskosten.

Im Jahr 2020 wurden um 36.039 Tsd. EUR mehr Leistungen als im Vergleichsjahr 2019 gebucht. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Erlebensleistungen Einmaleralag um 35.107 Tsd. EUR (2019: Anstieg um 28.009 Tsd. EUR). Verantwortlich dafür sind insbesondere die abreifenden Einmaleralagsprodukte in der Versicherung mit Gewinnbeteiligung.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.2.1.3. VERÄNDERUNG DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN

Im Geschäftsjahr 2020 kam es zu einer Auflösung der versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 119.274 Tsd. EUR (2019: 29.061 Tsd. EUR).

Diese Veränderung setzt sich wie folgt zusammen:

- ▶ Veränderung der Deckungsrückstellung (inkl. Zinszusatzrückstellung [ZZR]):
Auflösung in Höhe von 120.341 Tsd. EUR (2019: 28.586 Tsd. EUR)
- ▶ Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen:
Zuführung in Höhe von -1.067 Tsd. EUR (2019: Auflösung 474 Tsd. EUR)

Die Veränderung der Deckungsrückstellung zeigt, im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019, insgesamt eine um 91.755 Tsd. EUR höhere Auflösung, bzw. geringere Dotierung. In der Versicherung mit Gewinnbeteiligung müssen, im Wesentlichen auf Grund des abreifenden Bestands in der Versicherung gegen Einmalerlag, mehr Rückstellungen aufgelöst werden. In der klassischen Lebensversicherung standen im Geschäftsjahr 2020 den Sparprämien in Höhe von 74.646 Tsd. EUR (2019: 92.924 Tsd. EUR) Leistungen in Höhe von 234.287 Tsd. EUR (2019: 183.939 Tsd. EUR) gegenüber.

In der index- und fondsgebundenen Versicherung wird im Geschäftsjahr 2020 weniger Deckungsrückstellung als im Geschäftsjahr 2019 dotiert. Neben den Sparprämien in Höhe von 63.764 Tsd. EUR (2019: 50.075 Tsd. EUR) und den Leistungen in Höhe von 55.740 Tsd. EUR (2019: 65.923 Tsd. EUR), der Mengenkomponente, geht auch die Kursentwicklung der Fondsanteile in die Veränderung der Deckungsrückstellung ein, die Preiskomponente. In beiden Jahren war eine positive Fondsp performance zu verzeichnen, im Geschäftsjahr 2020 lag diese mit 6.266 Tsd. EUR allerdings unter jener aus dem Geschäftsjahr 2019 mit 43.309 Tsd. EUR.

Im Geschäftsjahr 2020 kommt es zu einer höheren Dotierung um -1.541 Tsd. EUR der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen als im Jahr zuvor. Diese beinhalten Pauschalrückstellungen für biometrische und operationale Risiken, die im Rahmen von Expertenrunden identifiziert wurden. Die Analyse und Bewertung der identifizierten Risiken hinsichtlich der Schätzung von Schadenshöhen, Eintrittswahrscheinlichkeiten und des voraussichtlichen Zeithorizonts basiert in der Regel auf dem jeweils zugrundeliegenden betroffenen Bestand, auf der Überleitung von Erfahrungswerten aus vergleichbaren bereits angefallenen oder potentiellen Verlustfällen und der Experteneinschätzung über den voraussichtlichen Abwicklungszeitraum. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem marktüblichen Zins vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit, wenn bekannt, bzw. vom Zeitpunkt ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme auf den Bilanzstichtag diskontiert.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen

Angaben in Tsd. EUR	Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensversicherung		Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung		Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Deckungsrückstellung	133.134	59.558	-16.518	-28.735	3.725	-2.236	120.341	28.586
Deckungsrückstellung exkl. ZZR	137.228	62.896	-16.518	-28.735	4.091	-1.964	124.800	32.197
ZZR	-4.093	-3.338	0	0	-366	-272	-4.459	-3.610
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	51	2.691	-1.118	-2.217	0	0	-1.067	474
Gesamte Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen	133.185	62.249	-17.636	-30.951	3.725	-2.236	119.274	29.061

A.2.1.4. KOSTEN

Die Kosten exkl. der sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Kosten

Angaben in Tsd. EUR	Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung		Index- und fondsgebundene Lebensversicherung		Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung		Gesamt	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Kosten	-16.319	-19.044	-4.434	-5.878	-7.286	-5.742	-28.040	-30.664
Provisionen	-9.342	-11.525	-117	-134	-3.946	-6.572	-13.405	-18.231
Schadenverhütungskosten	0	0	0	0	0	0	0	0
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	-39	16	-9	6	-3	2	-51	23
Funktionskosten	-6.938	-7.534	-4.307	-5.750	-3.338	828	-14.583	-12.456
Schadenbearbeitungskosten	-1.735	-1.228	-686	-1.113	-260	318	-2.681	-2.023
Geschäftsaufbringungskosten	-774	-2.070	-1.645	-1.837	-2.536	-588	-4.954	-4.495
Verwaltungskosten	-4.069	-3.949	-1.813	-2.493	-480	993	-6.362	-5.448
Asset Management Kosten	-360	-288	-164	-306	-62	105	-585	-490

Mit 52,0 % (2019: 40,5 %) haben die Funktionskosten den höchsten Anteil an den Kosten, gefolgt von den Provisionen mit 47,8 % (2019: 59,5 %).

Der Rückgang der Prämien im Neugeschäft zeichnet sich auch in einem Rückgang der davon berechneten Provisionen ab. Die Funktionskosten liegen über dem Wert des Vorjahres.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.3. ANLAGEERGEBNIS

A.3.1. MARKTKONDITIONEN

Österreichs Wirtschaft ist im Jahr 2020 der Corona Krise zum Opfer gefallen und sieht sich, wie viele andere Länder auch, mit der schlimmsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert. Im gesamten Jahr 2020 ging die österreichische Wirtschaftsleistung real um 6,6% zurück. Auch im Jahr 2021 wird die Wirtschaft weiterhin im Bann der Pandemie-Geschehnisse stehen, wenngleich Wirtschaftsforscher, abhängig von weiteren Lockdowns, mit einer deutlichen Konjunkturerholung rechnen - die Bandbreite liegt zwischen 2,5% und 4,5%. Erst im 2. Halbjahr 2022 wird, Prognosen zufolge, die heimische Wirtschaft ihr Vorkrisenniveau erreichen können. Die Arbeitslosenrate stieg trotz flächendeckender Kurzarbeit auf 5,3% an.

Global wird von einem Wirtschaftsrückgang von 4,4% für das Jahr 2020 ausgegangen, wobei für 2021 eine Erholung von 5,2% prognostiziert wird. Im europäischen Raum wird vor allem die Peripherie stark in Mitleidenschaft gezogen. Im Jahr 2020 erwartet die EU für den Euroraum einen Konjunkturunbruch von 7,3%. Spanien (-11,1%), Griechenland (-10,0%), Frankreich (-9,3%) und Italien (-9,0%) verzeichnen dabei die größten Kontraktionen. Trotz fiskalischer Hilfsprogramme wird die Arbeitslosigkeit im Euroraum von 7,4% auf 8% ansteigen. Vor allem im vom Tourismus gekennzeichnete Süden bereiten die hohen Arbeitslosenzahlen Sorgen (Spanien 15,8% und Griechenland 16,7%). In den USA erreichte die Zahl der Arbeitslosen ein historisches Rekordniveau von über 36 Millionen, die Arbeitslosenrate stieg auf 13,3% an, ehe sie sich zum Jahresende auf 6,7% erholte. Dank großzügiger Direktzahlungen an US Bürger und deren Konsumverhalten wird in den USA ein vergleichsweise geringerer Wirtschaftseinbruch von 2,4% für 2020 erwartet.

Weltweit reagierten die Zentralbanken mit beispiellosen Hilfsprogrammen in Form von Anleihen-Kaufprogrammen und Zinssenkungen. Die Europäische Zentralbank (EZB) lancierte das Pandemic Emergency Purchase Programm in Höhe von 1.850 Mrd. EUR, während die US-Notenbank (Fed) Kredithilfen in Höhe von 2.300 Mrd. USD zur Verfügung stellte. Weiters senkte die Fed ihren Leitzins auf 0-0,25% und kündigte ein flexibles Inflationsziel von durchschnittlich 2% an. EZB-Präsidentin Lagarde gab bekannt, ebenfalls eine Revision des Inflationsziels zu prüfen sowie die Möglichkeit die Ziele der EZB zu erweitern.

Zu Beginn des Jahres 2020 wurden wieder neue Renditentiefstände verzeichnet. Die Corona Krise führte auch an den Rentenmärkten zu erheblichen Verwerfungen und Turbulenzen. Eine Flucht in sichere Staatsanleihen und eine sprunghafte Spreadausweitung in der Peripherie im März waren die Folge (ITA: 135bp auf 280bp, PT: 67bp auf 170bp, ESP 67bp auf 146bp). Im Jahresverlauf wurde dann eine deutliche Erholung verzeichnet, sodass sich die Spreads wieder auf dem Niveau von Ende 2019 bewegen. Die österreichische Staatsanleihenkurve unterschritt 2020 erneut ihr Allzeittief Niveau und erreichte mit einer Rendite von -0,48% für zehnjährige Bundesanleihen abermals einen historischen Tiefpunkt. Vor allem lange Laufzeiten rentieren deutlich unter ihrem Vorjahresniveau. Beispielsweise lag die Effektivverzinsung der 100jährigen österreichischen Staatsanleihe zum Jahresende lediglich bei 0,48%.

Die Entwicklung an den Aktienmärkten war im Jahresverlauf von starken Schwankungen gekennzeichnet. Nach dem schnellsten 30%-igen Einbruch der Geschichte trotzten die Aktienmärkte dem mageren realwirtschaftlichem Ausblick. So fiel beispielsweise der ATX zu Beginn der Pandemie um fast 50% von seinem zuvor erreichten Jahreshoch zurück. Über das Jahr erholten sich die Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks wieder, zuletzt kräftig befördert von Nachrichten über die erfolgreiche Entwicklung von COVID-19 Impfstoff. Allerdings blieb die Entwicklung im Euroraum hinter jener in den USA zurück. Der US-Aktienmarkt legte über das Jahr um 16,3% zu, der europäische Markt zeigte sich mit einem Verlust (EuroStoxx 50: -5,1%) deutlich schwächer. In dieser Konstellation gewann der Euro über das Jahr deutlich an Wert gegenüber dem US-Dollar.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.3.2. ENTWICKLUNG DES KAPITALANLAGENBESTANDS

Der Gesamtbestand der Kapitalanlagen exkl. anteilige Zinsen der klassischen Lebensversicherung inkl. Risikoversicherung hat sich im Jahresabschluss nach UGB/VAG im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 um -7,3% verringert und betrug per 31. Dezember 2020 1.423.633 Tsd. EUR (2019: 1.536.099 Tsd. EUR).

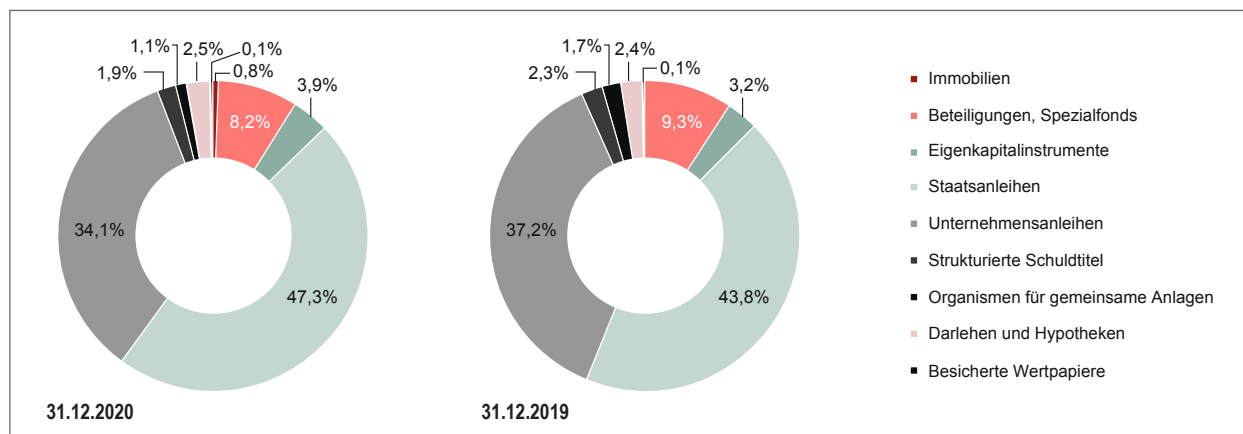
Die Anlagekategorien umfassen:

- ▶ Immobilien
 - ▶ Direkt gehaltene fremdgenutzte Immobilien
- ▶ Beteiligungen, Spezialfonds
 - ▶ Anlagen in verbundene Unternehmen, i.e. Anteile in Tochtergesellschaften und Spezialfonds
- ▶ Eigenkapitalinstrumente
 - ▶ Aktien, umfasst sind gelistete und nicht gelistete Aktien im Direktbestand
- ▶ Staatsanleihen, Unternehmensanleihen und Strukturierte Schuldtitel
 - ▶ Anleihen, i.e. Staats- und Unternehmensanleihen sowie Bundesdarlehen der Republik Österreich
- ▶ Organismen für gemeinsame Anlagen
 - ▶ Investmentfondsanteile, umfasst sind Anteile in Rentenfonds, rentenlastige Fonds, Aktien- und Immobilienfonds
- ▶ Darlehen und Hypotheken
 - ▶ Darlehen, beinhalten Hypothekendarlehen, Darlehen an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen kein Beteiligungsverhältnis besteht sowie Polizzendarlehen
- ▶ Besicherte Wertpapiere
 - ▶ Besicherte Wertpapiere, die vorwiegend einem Kreditrisiko ausgesetzt sind

Wie in der folgenden Grafik ersichtlich, haben sich die Anteile der einzelnen Kapitalanlagekategorien im Geschäftsjahr 2020 im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 nur geringfügig verschoben. Während sich der Anteil der Staatsanleihen um 3,5%-Punkte erhöhte, sanken jene der Unternehmensanleihen um 3,1%-Punkte und der strukturierten Schuldtitel um 0,4%-Punkte. Der Anteil der Eigenkapitalinstrumente erhöhte sich aufgrund von Investments in Immobiliengesellschaften (3.235 Tsd. EUR) bzw. Private Equity Vehikel (3.802 Tsd. EUR teilen sich in 5.315 Tsd. EUR Kapitalabrufe und -1.513 Tsd. EUR Kapitalrückzahlungen auf) der Generali Gruppe von 3,2% auf 3,9%. Im Jahr 2020 wurde eine Immobilie gekauft, zum Jahresende beträgt der Buchwert 11.575 Tsd. EUR (2019: 0 Tsd. EUR) bzw. ihr Anteil 0,8% der gesamten Kapitalanlagen. Aufgrund von Verkäufen waren die Kategorien Beteiligungen, als auch Spezialfonds, sowie Organismen für gemeinsame Anlagen (-0,7 %-Punkte) rückläufig.

Die Prozentangaben in der Tabelle beziehen sich auf die Bestandswerte nach UGB/VAG und VU-RLV.

Kapitalanlageergebnis nach Assetklassen



GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Neuinvestments erfolgten in Staatsanleihen 69.830 Tsd. EUR (2019: 0 Tsd. EUR), Unternehmensanleihen 30.426 Tsd. EUR (2019: 32.216 Tsd. EUR), besicherte Schuldverschreibungen 17.771 Tsd. EUR (2019: 9.589 Tsd. EUR) sowie strukturierte Schuldtitel 5.172 Tsd. EUR (2019: 7.377 Tsd. EUR) zu einer durchschnittlichen Rendite von 1,0%. Darüber hinaus wurden Anleihefonds in Höhe von 7.225 Tsd. EUR (2019: 6.845 Tsd. EUR) erworben.

Die Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung betragen per 31. Dezember 2020 577.043 Tsd. EUR (2019: 562.592 Tsd. EUR).

A.3.3. ENTWICKLUNG DES ANLAGEERGEBNISSES

Erträge und Aufwendungen nach Assetklassen

Angaben in Tsd. EUR	Laufendes Ergebnis				Realisiertes Ergebnis				Nicht-realisiertes Ergebnis			
	31.12.2020		31.12.2019		31.12.2020		31.12.2019		31.12.2020		31.12.2019	
Immobilien	22	0,1%							-109	33,2%		
Beteiligungen, Spezialfonds	1.200	3,4%	2.431	6,0%	7.174	87,6%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Eigenkapitalinstrumente	342	1,0%	707	1,7%	0	0,0%	364	34,5%	-233	71,1%	6	0,3%
Staatsanleihen	18.350	51,5%	20.173	49,4%	860	10,5%	342	32,3%	25	-7,8%	26	1,2%
Unternehmensanleihen	13.111	36,8%	14.402	35,3%	1.338	16,3%	-48	-4,5%	44	-13,5%	53	2,4%
Strukturierte Schuldtitel	756	2,1%	1.284	3,1%	-20	-0,2%	17	1,6%	0	0,0%	205	9,5%
Organismen für gemeinsame Anlagen	409	1,1%	375	0,9%	-1.158	-14,1%	381	36,1%	-56	17,0%	1.874	86,6%
Darlehen und Hypotheken	1.412	4,0%	1.410	3,5%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Besicherte Wertpapiere	23	0,1%	23	0,1%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Gesamt	35.624	100,0%	40.805	100,0%	8.194	100,0%	1.057	100,0%	-327	100,0%	2.163	100,0%

Die Summe aus laufendem, realisiertem sowie nicht-realisiertem Ergebnis beläuft sich auf 43.491 Tsd. EUR (2019: 44.025 Tsd. EUR). Die Differenz zum Kapitalanlagenergebnis, wie zu Beginn des Kapitels A.2. dargestellt, in Höhe von 46.302 Tsd. EUR (2019: 45.201 Tsd. EUR) ergibt sich aus den Zinserträgen sowie aus Zinsaufwendungen für Bankkonten und Derivate, Zinsaufwendungen für begebene nachrangige Verbindlichkeiten und Zinsaufwendungen aus der Diskontierung langfristiger Rückstellungen sowie aus übrigen finanziellen Erträgen und Aufwendungen. Diese Positionen belaufen sich auf 2.810 Tsd. EUR (2019: 1.177 Tsd. EUR).

Es gibt keine Gewinne oder Verluste, die direkt in das Eigenkapital gebucht werden.

Die BAWAG PSK Versicherung hat keine Kredite in handelbare Wertpapiere und andere Finanzinstrumente umgewandelt. Es gibt somit weder Angaben zu Verbriefungen, noch zu außerbilanziellen Posten.

A.3.3.1. LAUFENDES ERGEBNIS

Das unter der Überschrift laufendes Ergebnis ausgewiesene Ergebnis umfasst im Wesentlichen die Zinsen, Amortisation von Anleihen, Dividenden und Fondsausschüttungen sowie Mieten abzüglich der Verwaltungsaufwendungen.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

Im Jahr 2020 wurden laufende Erträge aus Kapitalanlagen von 35.624 Tsd. EUR (2019: 40.805 Tsd. EUR) erwirtschaftet, welche im Wesentlichen direkt bzw. indirekt gehaltenen Anleiheninvestments zuzurechnen sind. Direkt gehaltene Staats- und Unternehmensanleihen, strukturierte Schuldtitel, besicherte Wertpapiere sowie Darlehen und Hypothekendarlehen erzielten Erträge von 33.651 Tsd. EUR (2019: 37.292 Tsd. EUR). Darüber hinaus beliefen sich die Ausschüttungen von Anleihefonds auf 263 Tsd. EUR (2019: 10 Tsd. EUR). Aus dem Spezialfonds wurde 2020 keine Ausschüttung getätigt (2019: 1.831 Tsd. EUR). Die Tochtergesellschaft HSR Verpachtung GmbH schüttete im Jahr 2020 1.200 Tsd. EUR (2019: 600 Tsd. EUR) an die BAWAG PSK Versicherung aus. Erträge aus Aktien- und Asset Allocation Fonds beliefen sich auf 146 Tsd. EUR (2019: 366 Tsd. EUR).

Im Jahr 2020 erfährt das laufende Ergebnis einen Rückgang von -5.180 Tsd. EUR. Auf Grund des abrei-fenden Bestands ist die Bilanzsumme der Kapitalanlagen auch rückläufig. Die größten Veränderungen gab es bei Beteiligungen/Spezialfonds (-1.231 Tsd. EUR), Staatsanleihen (-1.823 Tsd. EUR), sowie Unternehmensanleihen (-1.291 Tsd. EUR). Das laufende Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten und strukturierten Schuldtiteln war ebenfalls rückläufig (-364 Tsd. EUR bzw. -528 Tsd. EUR).

Liegen die relevanten Anschaffungskosten bei festverzinslichen Wertpapieren mit fixem Rückzahlungsbetrag über bzw. unter dem Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag über die Restlaufzeit unter Anwendung der Effektivzinsmethode verteilt. Die daraus resultierenden Abschreibungen betragen im Geschäftsjahr 2020 1.034 Tsd. EUR (2019: 1.178 Tsd. EUR), die Zuschreibungen exkl. Zero-Bonds 910 Tsd. EUR (2019: 1.266 Tsd. EUR) und sind unter dem Posten „Erträge aus Kapitalanlagen und Zinserträge“ ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag zwischen den höheren fortgeführten Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbe-trag (Agio) zum Abschlussstichtag beträgt 10.803 Tsd. EUR (2019: 8.232 Tsd. EUR), jener aus niedrigeren fortgeführten Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Disagio) 4.227 Tsd. EUR (2019: 5.308 Tsd. EUR).

A.3.3.2. REALISIERTES ERGEBNIS

Das realisierte Ergebnis umfasst die Gewinne und Verluste aus dem Verkauf von Kapitalanlagen und aus der Auflösung der Passiven Rechnungsabgrenzung im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen.

Der Saldo aus realisierten Kursgewinnen und -verlusten, belief sich auf +8.194 Tsd. EUR (2019: +1.057 Tsd. EUR) und wurde überwiegend aus Verkäufen von Anteilen des Spezialfonds (7.174 Tsd. EUR, 2019: 0 Tsd. EUR), sowie Staats- (860 Tsd. EUR, 2019: 342 Tsd. EUR) und Unternehmensanleihen (1.338 Tsd. EUR, 2019: -48 Tsd. EUR) erzielt. Bei Investmentfonds wurden netto Verluste in Höhe von -1.158 Tsd. EUR (2019: +381 Tsd. EUR) realisiert.

A.3.3.3. NICHT-REALISIERTES ERGEBNIS

Das nicht-realisierte Ergebnis umfasst planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen auf Immobilien, die Gewinne und Verluste aus Zu- und Abschreibungen auf Wertpapiere auf Grund von Kurs- oder Wäh-rungsänderungen sowie die Auflösung der Passiven Rechnungsabgrenzung aus Kursrückgängen.

Die nicht-realisierten Kursgewinne und -verluste beliefen sich auf -327 Tsd. EUR (2019: 2.163 Tsd. EUR), wovon -109 Tsd. EUR auf die planmäßige Abschreibung der Immobilie entfielen, sowie -233 Tsd. EUR (2019: +6 Tsd. EUR) aus Eigenkapitalinstrumenten.

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.4. ENTWICKLUNG SONSTIGER TÄTIGKEITEN

Im Ergebnis, das nicht die Versicherungstechnik oder die Kapitalveranlagung betrifft, gibt es keine sonstigen wesentlichen Erträge und/oder Aufwendungen, wie beispielhaft, Erträge und/oder Aufwendungen im Zusammenhang mit Tätigkeiten aus allfälligen, mit der Vertragsversicherung in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Geschäften (vgl. § 6 Abs. 3 VAG).

A.4.1. LEASINGVEREINBARUNGEN

Die BAWAG PSK Versicherung zahlt Mieten für Büro- und Lagerflächen sowie Garagenstellplätze an die Generali Gruppe Österreich und hat Miet- und Leasingvereinbarungen sowie Auslagerungs- und Dienstleistungsverträge, in der Hauptsache mit dem Mehrheitseigentümer, Generali Versicherung, bzw. deren Tochtergesellschaften, und mit der BAWAG PSK Bank, geschlossen. Im Wesentlichen sind folgende Miet-, Leasing- und Dienstleistungsverhältnisse umfasst:

- ▶ Mieten von Büroräumen und PKW Stellplätze
- ▶ Leasingvereinbarungen für PKW
- ▶ der Lizenzvertrag für die Marke „BAWAG PSK“
- ▶ die Auslagerungs- und Dienstleistungsvereinbarungen im Informations-Technologie (IT) Bereich (Hard- und Software)

A.4.1.1. MIETE FÜR BÜRORÄUME

Die An- bzw. Vermietung der Büroräume erfolgt im Generali Konzern, die BAWAG PSK Versicherung mietet von der Generali Versicherung. Gegenstand der Miete sind Büro- und Lagerflächen sowie Garagenstellplätze. Die Miete umfasst

- ▶ die Mietkosten,
- ▶ die Haus-Betriebskosten und
- ▶ die Nutzer-Betriebskosten.

Das Mietverhältnis endet am 31.12.2023 (24:00 Uhr), ohne dass es einer Kündigung bedarf. Das Mietverhältnis kann mit einer Frist von 12 Monaten jeweils mit Wirkung zum 31.12. (24:00 Uhr) des betreffenden Jahres gekündigt oder teilgekündigt werden.

Auf die reine Miete entfielen im Geschäftsjahr 2020 225 Tsd. EUR (2019: 256 Tsd. EUR), auf die Haus-Betriebskosten 90 Tsd. EUR (2019: 108 Tsd. EUR) und auf die Nutzer-Betriebskosten 127 Tsd. EUR (2019: 154 Tsd. EUR).

A.4.1.2. MIETE FÜR KFZ EINSTELLPLÄTZE

Der Mietvertrag wurde zwischen der BAWAG PSK Versicherung und der SOZIALBAU gemeinnützige Wohnungsaktiengesellschaft geschlossen. Gegenstand der Miete sind PKW Stellplätze. Angemietet wird eine bestimmte Anzahl an PKW Stellplätzen, das Mietverhältnis hat am 1. Februar 2010 begonnen und ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Das Mietverhältnis kann von jedem Vertragspartner zu jedem Monatsletzten unter Einhaltung einer Frist von einem Monat ohne Angabe von Gründen schriftlich gekündigt werden. Die Teilkündigung von einzelnen PKW-Stellplätzen ist unter den im Mietvertrag genannten Bedingungen zulässig. Der Gesamtaufwand im Geschäftsjahr 2020 betrug 7,5 Tsd. EUR (2019: 7 Tsd. EUR).

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND GESCHÄFTSERGEBNIS

A.4.1.3. LEASINGVEREINBARUNGEN FÜR PKW

Die BAWAG PSK Versicherung sieht vor, für bestimmte Mitarbeitergruppen Dienstfahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Dies ist in einer Vergaberichtlinie für Dienstfahrzeuge geregelt.

Zu Ende des Geschäftsjahres 2020 waren 3 Leasingfahrzeuge angemietet.

Die Gesamtleasingkosten exkl. Serviceleistungen im Geschäftsjahr 2020 betragen 22 Tsd. EUR (2019: 26 Tsd. EUR).

A.4.1.4. LIZENZVEREINBARUNG MIT DER BAWAG PSK BANK

Die BAWAG PSK Versicherung hat mit der BAWAG PSK Bank eine umfassende Kooperationsvereinbarung geschlossen, der Lizenzvertrag ist in deren Anhang aufgenommen. Auf Basis dieses Vertrages führt sie die Bezeichnung „BAWAG P.S.K.“ im Firmenwortlaut. Dafür ist eine Lizenzgebühr zu entrichten, die jährlich angepasst wird. Basis für die betragsmäßige Anpassung sind die gebuchten Prämien.

A.4.1.5. AUSLAGERUNGS- UND DIENSTLEISTUNGSVERTRAG FÜR IT-LEISTUNGEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat einen Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag für IT Leistungen mit der Generali Versicherung als Auftragnehmer geschlossen. Dieser Vertrag gilt mit Wirkung ab 1. Januar 2016 und ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Vertragspartner können den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahres kündigen. Der Vertrag ist am 28. Juni 2016 der FMA zur Kenntnis gebracht worden. Die Kenntnisnahme der FMA erfolgte am 13. Januar 2017.

Die ausgelagerten Dienstleistungen in der automatisierten Datenverarbeitung und Informationstechnologie umfassen:

- ▶ Software-Dienstleistungen, z.B.: Werknutzungsrechte an Generali Software, Beschaffung von Nutzungsrechten an Fremd-Software, Entwicklung, Anpassung und Wartung von Software, sowie Supportleistungen;
- ▶ Anwendungsbetrieb- und Infrastruktur-Dienstleistungen, wie z.B.: allgemeine Rechenzentrums-Services, Beratungstätigkeiten, Bereitstellung von Hardware und Systemsoftware;
- ▶ Installation einer Rechenzentrums-Dienstleistung und deren Test;
- ▶ IT Risk and Security Function

Die Gesamtaufwendungen für die von der Generali Versicherung bezogenen IT Dienstleistungen exkl. der auf Stundenbasis abgerechneten Projekte betragen im Geschäftsjahr 2020 1.192 Tsd. EUR (2019: 1.141 Tsd. EUR).

A.5. SONSTIGE ANGABEN

Die Geschäftstätigkeit der BAWAG PSK Versicherung wurde in den vorangehenden Kapiteln ausführlich beschrieben und erläutert. Es sind keine weiteren, wesentlichen Angaben zu machen.

B. Governance-System

Im zweiten Kapitel des SFCR erhalten Sie Informationen zu den allgemeinen Governance Regelungen, i.e.

- ▶ zur Aufbauorganisation, den Rollen und Verantwortlichkeiten sowie
- ▶ zur Vergütungspolitik,
- ▶ zu wesentlichen Transaktionen mit Aktionären, Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben und Mitgliedern des Aufsichtsrats
- ▶ zur Einbindung der Governance-Funktionen in die Organisationsstruktur sowie über die Berichterstattung und
- ▶ zu Befugnissen, Ressourcen und zur Unabhängigkeit der Governance-Funktionen.

Im folgenden Unterkapitel wird auf die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit eingegangen. Beschrieben wird, welche spezifischen Anforderungen an Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde die BAWAG PSK Versicherung an die Personen stellt, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselfunktionen innehaben. Darüber hinaus wird aufgezeigt, wie die BAWAG PSK Versicherung die fachlichen Qualifikationen und die persönliche Zuverlässigkeit des im vorangegangenen Satz genannten Personenkreises bewertet.

Es folgt die Beschreibung des Risikomanagement-Systems, des internen Kontrollsystems, Informationen zur Umsetzung der Compliance-Funktion und der internen Revisions-Funktion sowie Informationen zur versicherungsmathematischen Funktion.

Die Auslagerung ist ein umfangreiches Unterkapitel für die BAWAG PSK Versicherung, da sie generell und zur Hebung von Synergie-Effekten, bzw. zur Vereinheitlichung von Prozessen Aufgaben und Funktionen in Gruppengesellschaften ausgelagert hat.

Abgeschlossen wird das Kapitel zum Governance-System mit der Bewertung der Angemessenheit des Governance-Systems unter Berücksichtigung des inhärenten Risikos vor dem Hintergrund der Art, des Umfangs und der Komplexität der Geschäftstätigkeit.

B.1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM GOVERNANCE-SYSTEM

B.1.1. INFORMATION ZUR ALLGEMEINEN GOVERNANCE DES UNTERNEHMENS

Struktur des Management- und Aufsichtsorgans des Unternehmens, Beschreibung von Rollen und Verantwortlichkeiten, Details zur Aufgabentrennung und Komitees zur Steuerung des Unternehmens

Die BAWAG PSK Versicherung hat als Aktiengesellschaft folgende Organe:

- ▶ Hauptversammlung
- ▶ Aufsichtsrat
- ▶ Vorstand

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches, Aktien- und Versicherungsaufsichtsgesetzes sowie die unmittelbar anwendbaren Rechtsakte der Europäischen Union und die Richtlinien und Mindeststandards der Aufsichtsbehörden. Dazu zählen z.B. auch die European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) Leitlinien zum Governance System.

GOVERNANCE-SYSTEM

In Hinblick darauf, dass die Gesellschaft zur internationalen Generali Gruppe gehört, sind zudem auch die sich aus der Gruppenaufsicht ergebenden internen Regelwerke der Assicurazioni Generali S.p.A. zu beachten, soweit diese nicht in Widerspruch zu den vorgenannten Grundlagen stehen.

Die ordentliche Hauptversammlung findet einmal im Jahr statt und beschließt z.B. die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates und entscheidet über die Gewinnverwendung. Die Vertreter der Aktionäre sind in der Hauptversammlung stimmberechtigt.

Die Grundlagen zur Bestellung und Funktionsweise des Aufsichtsrats sind im AktG geregelt. Die wichtigste Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand zu überwachen (§ 95 Abs. 1 AktG). Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss festzustellen, den Vorschlag für die Gewinnverwendung und den Lagebericht zu prüfen, und der Hauptversammlung darüber zu berichten. Ferner prüft der Aufsichtsrat den SFQR. Der Aufsichtsrat vertritt die Gesellschaft gegenüber dem Vorstand. Weitere Spezifikationen über die Funktion und Aufgaben des Aufsichtsrates sind in der Satzung sowie in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates geregelt.

Der Vorstand der Gesellschaft ist für die Führung der Geschäfte der Gesellschaft und die Einhaltung der geltenden Vorschriften und der anerkannten Grundsätze eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes alleine verantwortlich. Interne Regelwerke der internationalen Generali Gruppe, oder Entscheidungen anderer Gesellschaftsorgane oder von Funktionen der Muttergesellschaft, oder die Auslagerung von Aufgaben und Funktionen entbinden den Vorstand nicht von seiner alleinigen Verantwortung. Der Vorstand beschließt den SFQR, derselbe wird erst danach veröffentlicht.

Der Vorstand hat im Sinne des 5. Hauptstücks des VAG ein wirksames Governance-System für die Gesellschaft einzurichten, das eine solide und vorsichtige Geschäftsleitung gewährleistet und das der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft angemessen ist. Weiters hat der Vorstand die Wirksamkeit dieses Systems auch regelmäßig zu überprüfen. Zu diesem Zweck hat der Vorstand eine Unternehmensstrategie für die Gesellschaft zu erstellen und eine zweckentsprechende Aufbau- und Ablauforganisation mit einer klaren Zuweisung und Trennung der Zuständigkeiten, definierten Berichtswegen und Informationsflüssen, ein IKS sowie die vier Governance-Funktionen einzurichten. Eine Spezifikation der Funktion und der Aufgaben des Vorstandes ist für die BAWAG PSK Versicherung in der Satzung und in Folge in der Geschäftsordnung des Vorstandes geregelt. In der Ressortaufteilung werden die konkreten Zuständigkeitsbereiche den einzelnen Vorständen zugeordnet.

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam oder durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Gesamtprokuristen vertreten. Die Erteilung jeder Einzelvertretungsbefugnis für den gesamten Geschäftsbetrieb ist laut Satzung (§ 6 Abs. 2) ausgeschlossen. Zusätzlich zu den gesetzlichen Regelungen bedürfen bestimmte weitere Geschäfte und Transaktionen lt. Satzung und Geschäftsordnung der Zustimmung des Aufsichtsrates. Für das operative Tagesgeschäft ist ein Befugnis- und Ermächtigungssystem (Unterschriftenregelung) in Kraft.

GOVERNANCE-SYSTEM

In der folgenden Tabelle werden die Organe der Gesellschaft und ihre wichtigsten Zuständigkeiten dargestellt:

Organe und Zuständigkeiten der BAWAG PSK Versicherung			
Bezeichnung	Mitglieder	Geregelt in	Zuständigkeiten/Aufgaben (auszugsweise)
Hauptversammlung (HV)	Aktionäre der BAWAG PSK Versicherung	AktG und VAG Satzung der BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Entlastung der Mitglieder des Vorstandes und der Mitglieder des Aufsichtsrates – Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates – Entscheidung über die Verwendung des Bilanzgewinnes – Wahl des Abschlussprüfers
Aufsichtsrat (AR)	Alfred Leu, Vorsitzender (bis 23.06.2020) Mag. Gregor Pilgram, Vorsitzender (ab 23.06.2020 bis 24.11.2020) Mag. Enver Sirucic, Vorsitzender (ab 24.11.2020) Mag. Gregor Pilgram, Vorsitzender-Stellvertreter (ab 24.11.2020) Mag. Klaus Wallner, Vorsitzender-Stellvertreter (bis 24.11.2020) Mag. Klaus Wallner (ab 24.11.2020) Mag. Werner Rodax (ab 24.11.2020) David O’Leary (bis 24.11.2020) Arno Schuchter Satyen Shah (bis 15.04.2020) Eli Maxwell Hantgan, BSc. (ab 15.04.2020 bis 24.11.2020) <u>Vom Betriebsrat delegiert:</u> Dietmar Sedlmayer MMag. Vera Karova Günter Rada	AktG und VAG Satzung der BAWAG PSK Versicherung Geschäftsordnung (GO) des AR BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Bestellung und Abberufung von Vorständen auf Vorschlag des Personalausschusses – Überwachung der Tätigkeit des Vorstandes – Entscheidung über Zustimmung zu Geschäften lt. § 95 Abs. 5 AktG sowie zu zustimmungspflichtigen Geschäften lt. internen Regelungen (z.B. Geschäftsordnung des Vorstandes) – Feststellung des Jahresabschlusses – Bildung von Ausschüssen (z.B. Personalausschuss)
Vorstand (VS)	Dr. Martin Sturzlbaum, Vorsitzender Mag. (FH) Roswitha Hönigsperger Guy Cowley	AktG und § 106 VAG Satzung der BAWAG PSK Versicherung GO des Vorstands der BAWAG PSK Versicherung Ressortaufteilung des VS der BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Führung der Geschäfte der Gesellschaft nach den Bestimmungen der Gesetze, der Satzung und der Geschäftsordnung des Vorstandes unter eigener Verantwortung – Vorlage eines Geschäftsberichts und Jahresabschlusses sowie Vorschlag für Gewinnverwendung an den Aufsichtsrat – Die Verteilung der Zuständigkeiten erfolgt gemäß Ressortaufteilung; es gilt jedoch trotzdem die gemeinschaftliche Verantwortung für den Gesamtvorstand.

GOVERNANCE-SYSTEM

Ressortaufteilung des Vorstands der BAWAG PSK Versicherung per 31.12.2020

Name	Funktion	Geregelt in	Fachliche Zuständigkeit
Dr. Martin Sturzlbaum	Vorsitzender des Vorstandes, Chief Executive Officer (CEO), Chief Financial Officer (CFO)	Ressortaufteilung für den Vorstand der BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Koordination der Arbeit des Vorstandes – Finanzen: Rechnungswesen, Controlling, Cash-Management, Vermögensverwaltung – Personal – Recht – Compliance – Geldwäscherei (§23 Abs.(4) FM-GwG) – Interne Revision – Datenschutz – Risikomanagement – Versicherungsmathematische Funktion – Öffentlichkeitsarbeit – Beschwerdemanagement
Mag. (FH) Roswitha Hönigsperger	Ordentliches Vorstandsmitglied, Chief Insurance Officer (CIInsO)	Ressortaufteilung für den Vorstand der BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Versicherungstechnik Leben (inkl. Aktuariat) – Produktmanagement: Produktentwicklung und -überwachung – Service-Center (inkl. Polizzierung und Bestandsverwaltung, Leistung, Versicherungsrecht) – Rückversicherung – Informatik
Guy Cowley	Ordentliches Vorstandsmitglied, Chief Sales Officer (CSO)	Ressortaufteilung für den Vorstand der BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Vermögensveranlagung: Investment- und Asset Management – Vertrieb: Leben und Nichtleben inkl. Vertriebscontrolling – Marketing

B.1.1.1. ORGANIGRAMM DER BAWAG PSK VERSICHERUNG



Ab 1. Jänner 2021 übernimmt Herr DI Werner Eglseer die Leitung der Governance-Funktion Versicherungsmathematische Funktion.

Innerhalb der Organe bestehen folgende Ausschüsse:

- ▶ Personalausschuss des Aufsichtsrates
- ▶ Vergütungsausschuss

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick zu Mitgliedern und Aufgaben der Ausschüsse:

Ausschüsse der Organe der BAWAG PSK Versicherung			
Bezeichnung	Mitglieder	Geregelt in	Aufgaben (auszugsweise)
Personalausschuss des Aufsichtsrates	Alfred Leu, Vorsitzender (bis 23.06.2020) Mag. Gregor Pilgram (ab 23.06.2020 bis 24.11.2020) Mag. Enver Sirucic, Vorsitzender (ab 24.11.2020) Mag. Gregor Pilgram, Vorsitzender-Stellvertreter (ab 24.11.2020) Mag. Klaus Wallner, Vorsitzender-Stellvertreter (bis 24.11.2020)	Satzung BAWAG PSK Versicherung, Geschäftsordnung des AR BAWAG PSK Versicherung	<ul style="list-style-type: none"> – Regelung der Beziehungen zwischen Vorstand und der Gesellschaft (z.B. Vergütung, Pensionszusagen, Abschluss oder Auflösung von Dienstverträgen, Genehmigung der Geschäftsordnung und Ressortaufteilung des Vorstandes) – Nachfolgeplanung von Mitgliedern des Vorstandes sowie Vorbereitung der Neubestellung oder Verlängerung – Vorlage eines Wahlvorschlages an das Plenum des Aufsichtsrates
Vergütungsausschuss	Dr. Martin Sturzlbaum, Vorsitzender Mag. (FH) Roswitha Hönigsperger Guy Cowley Dr. Christof Müller	Geschäftsordnung des Vergütungsausschusses	<ul style="list-style-type: none"> – Kontrolle der Einhaltung der lokalen Vergütungsleitlinie – Überwachung und Anpassung der lokalen Vergütungsleitlinie – Jährliche Überprüfung des variablen Vergütungssystems und der Abfertigungspolitik

GOVERNANCE-SYSTEM

Innerhalb des Vorstandes selbst gibt es keine rein mit Vorstandsmitgliedern besetzten Ausschüsse. Es sei jedoch an dieser Stelle auf die Erläuterung der Komitee-Struktur im Rahmen des Governance-Systems verwiesen, wo Vorstände gemeinsam mit den Leitern der Governance-Funktionen und anderen leitenden Mitarbeitern tätig sind.

Entsprechend den allgemeinen Governance-Anforderungen gemäß der RRL 2009/138/EG verfügt die BAWAG PSK Versicherung über Leitlinien zur Definition der jeweiligen Aufgaben, Prozesse, Verantwortlichkeiten und Berichtsverfahren. Die Leitlinien wurden von der Assicurazioni Generali S.p.A., Triest, vorgegeben und, entsprechend einem definierten Implementierungs- und Validierungsprozess, von den Vorständen der BAWAG PSK Versicherung beschlossen.

Die Leitlinie Governance System regelt die Implementierung eines Governance-Systems gemäß Solvency II und VAG und die Umsetzung der Leitlinien der Gesellschaften der internationalen Generali Gruppe über das System der internen Regelwerke. Die Leitlinie regelt insbesondere die wesentlichen Grundsätze des aufsichtsrechtlichen Systems der Unternehmensführung bestehend aus:

- ▶ den Governance-Funktionen (Risikomanagement, Compliance, Interne Revision, Versicherungsmathematische Funktion)
- ▶ dem internen System von Regelwerken (Leitlinien, Richtlinien, Fachanweisungen)
- ▶ dem internen Kontrollsystem
- ▶ den Berichts- und Informationssystemen
- ▶ Notfallplänen

Weiters wird die Rangordnung interner Regelwerke, das Verhältnis zwischen Regelwerken der internationalen Gruppe und internen Regelwerken der Gesellschaft, die Einführung neuer und die Änderung bestehender interner Regelwerke sowie die Umsetzung interner Regelwerke und die Handhabung von Interessenkonflikten definiert.

In Umsetzung der RRL 2009/138/EG und des § 108 VAG sind in der BAWAG PSK Versicherung folgende Governance-Funktionen etabliert:

- ▶ Risikomanagement-Funktion
- ▶ Compliance-Funktion
- ▶ Interne Revisions-Funktion
- ▶ Versicherungsmathematische Funktion

Die Aufgaben, Rolle und Arbeitsweise der Governance-Funktionen wird in eigenen internen Regelwerken der Gesellschaft bzw. der Assicurazioni Generali S.p.A. geregelt.

GOVERNANCE-SYSTEM

In der folgenden Tabelle wird eine Übersicht der Hauptaufgaben der Governance-Funktionen gegeben, die mittels Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag an die Generali Versicherung ausgelagert wurden.

Hauptaufgaben und Zuständigkeiten der Governance-Funktionen in der BAWAG PSK Versicherung			
Bezeichnung	Name	Geregelt in	Aufgaben
Risikomanagement-Funktion**	Dr. Marcela Martinovicova	§ 112 VAG	– Umsetzung des Risikomanagementsystems im Sinne des § 110 VAG
Versicherungsmathematische Funktion*	Mag. Reinhard Göth*	§ 113 VAG	<ul style="list-style-type: none"> – Koordinierung der Berechnung der vers. techn. Rückstellungen gem. gesetzlichen Erfordernissen – Gewährleistung der Angemessenheit der verwendeten Methoden und Basismodelle und der getroffenen Annahmen – Bewertung der Hinlänglichkeit und der Qualität der Daten sowie Vergleich der besten Schätzwerte mit Erfahrungswerten – Information des Vorstandes über die Verlässlichkeit und Angemessenheit der Berechnung – Überwachung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen – Stellungnahme zur Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit von Rückversicherungsvereinbarungen – Mitwirkung bei der Umsetzung des Risikomanagementsystems gem. § 110 VAG
Compliance-Funktion	Mag. Johannes Krebs, Chief Compliance Officer	§ 118 VAG	<ul style="list-style-type: none"> – Beratung des Vorstandes in Bezug auf die Einhaltung der für den Betrieb der Vertragsversicherung geltenden Vorschriften – Beurteilung der möglichen Auswirkungen von Änderungen des Rechtsumfelds auf die Tätigkeit des Versicherungsunternehmens – Identifizierung und Beurteilung des mit der Nicht-Einhaltung der rechtlichen Vorgaben verbundenen Risikos (Compliance-Risiko)
Interne Revisions-Funktion	Mag. Sabine Voith	§ 119 VAG	<ul style="list-style-type: none"> – Prüfung der Gesetzmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Geschäftsbetriebes des Versicherungsunternehmens – Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und der anderen Bestandteile des Governance-Systems

* Ab 01.01.2021 wird die Versicherungsmathematische Funktion durch teiletsendete Experten aus der Generali Versicherung unter der Leitung von Herrn DI Werner Eglseer wahrgenommen.

** Die Risikomanagement-Funktion wird durch teiletsendete Experten aus der Generali Versicherung wahrgenommen.

GOVERNANCE-SYSTEM

B.1.2. VERÄNDERUNGEN IM GOVERNANCE-SYSTEM (MATERIELLE ÄNDERUNGEN IN DER BERICHTSPERIODE)

In der Berichtsperiode fanden keine materiellen Änderungen im Governance-System statt.

B.1.3. VERGÜTUNGSPOLITIK

B.1.3.1. GRUNDSÄTZE DER VERGÜTUNGSPOLITIK MIT ERLÄUTERUNG DER BEDEUTUNG FESTER UND VARIABLER VERGÜTUNGSBESTANDTEILE

Die Vergütungsstrategie beruht auf den folgenden Grundsätzen:

- ▶ Die Vergütung entspricht der jeweils übertragenen Verantwortung, den damit verbundenen Kompetenzen, Fertigkeiten, Fähigkeiten und dem spezifischen Hintergrund sowie den markt- und branchenüblichen Anforderungen im Hinblick auf das Vergütungsniveau und Vergütungssystem im Einklang mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen.
- ▶ Die Vergütung erfolgt in Übereinstimmung mit der Unternehmens- und Risikostrategie bzw. dem Risikoprofil der BAWAG PSK Versicherung und den festgelegten Zielen, insbesondere im Hinblick auf die langfristigen Interessen und die langfristige Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Die Vergütungspolitik fördert ein solides, nachhaltiges und wirksames Risikomanagement und darf nicht zur Übernahme von Risiken ermutigen, die die Risikotoleranzschwellen der Gesellschaft übersteigen. Die Verbindung von Vergütung und Risiko soll mit der Einführung von Mindestniveaus für die Solvabilitätsquote und mit der Einführung von Risikozielgrößen in den Zielvereinbarungen gestärkt werden.
- ▶ Das Ziel der Vergütungspolitik ist es, bezüglich der Markttrends und -verfahren wettbewerbsfähig zu sein, um die besten Talente auf dem Markt gewinnen und langfristig an das Unternehmen binden zu können.
- ▶ Die Vergütungspolitik ist so gestaltet, dass die Wertschätzung von Verdienst und Leistung bezogen auf Ergebnisse, Verhaltensweisen und Werte gewährleistet wird.
- ▶ Die Anreizsysteme der variablen Komponente verknüpfen Ergebnisse mit Vergütung, wobei die Beurteilung der Ergebnisse nicht ausschließlich in Bezug auf die Erreichung quantitativer Ziele sondern auch in Bezug auf das Verhalten auf dem Weg zu diesen Zielen und dessen Übereinstimmung mit den Werten des Unternehmens geprüft werden.
- ▶ Die Ziele sowie die Beurteilung der Leistung erfolgt für definierte Zielgruppen auf kurzfristiger jährlicher Basis (Bonussysteme, Short Term Incentive Plan kurz „STIP“) und für definierte Zielgruppen auf langfristiger, mehrjähriger Basis (Long Term Incentive Plan kurz „LTIP“).
- ▶ Die Gewichtung und Struktur der variablen Vergütungskomponente ist so gestaltet, dass Anreize für die Erreichung langfristiger, nachhaltiger Ziele, unter gebührender Berücksichtigung des unternehmensspezifischen Risikorahmens, im Zeitverlauf bestehen und Verhaltensweisen entgegengewirkt wird, die zu einer übermäßigen Risikoexposition führen.
- ▶ Alle im Anreizsystem verwendeten Ziele werden vorab festgelegt, so dass die jährlichen Leistungskennzahlen mit denjenigen in den langfristigen Plänen konsistent sind.
- ▶ Die BAWAG PSK Versicherung legt großen Wert auf klare Governance und Compliance auf Grundlage der rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Prozesse und Funktionen müssen klar definiert sein und von den relevanten Gremien genehmigt werden.
- ▶ Die BAWAG PSK Versicherung vergütet ihre Mitarbeiter nach dem Gesamtvergütungskonzept. Es werden finanzielle Vergütungsbestandteile (wie z.B. Grundgehalt, STI, LTI) aber auch nicht-finanzielle Komponenten wie z.B. Anerkennung, Übertragung von Verantwortung, Entwicklung und Karriere, Qualität der Arbeitsbedingungen und Work-Life Balance der Mitarbeiter berücksichtigt.

Folgende Komponenten können Teil der Gesamtvergütung der Mitarbeiter der Gesellschaft sein:

- ▶ fixe Vergütung
- ▶ variable Vergütung für definierte Zielgruppen der Gesellschaft
- ▶ Sonderleistungen

Darüber hinaus wurde eine Claw Back-Klausel für variable Vergütungsbestandteile definiert.

FIXE VERGÜTUNG

Grundsätzlich erhalten Mitarbeiter eine fixe Vergütung, die so gewichtet sein muss, dass die übernommene Funktion und Verantwortung unter Berücksichtigung der Erfahrung des jeweiligen Positionsinhabers und der erforderlichen Fähigkeiten sowie der Qualität des Beitrags zur Erzielung von Geschäftsergebnissen abgegolten wird und gleichzeitig marktadäquat ist. Dies gilt unabhängig davon, ob bzw. welchem Kollektivvertrag Mitarbeiter unterliegen.

Gelangt ein Kollektivvertrag zur Anwendung (Kollektivvertrag für Angestellte des Innendienstes der Versicherungsunternehmen bzw. Kollektivvertrag für Angestellte des Außendienstes der Versicherungsunternehmen), so findet bei der Bemessung der fixen Vergütung der jeweils zur Anwendung gelangende Kollektivvertrag, insbesondere im Hinblick auf die Funktion sowie Einstufung, Berücksichtigung.

VARIABLE VERGÜTUNG

Mit der variablen Vergütung sollen definierte Mitarbeitergruppen durch eine direkte Verknüpfung von Anreizen mit quantitativen und qualitativen Vorgaben, die auf Unternehmens- und Personenebene festgelegt sind, zur Erreichung von nachhaltigen Geschäftszielen motiviert werden.

Entsprechend den Vorgaben der DV EU/2015/35 Art. 275 Abs. 1 und 2 variiert der Anteil der variablen Vergütung je nach organisatorischer Ebene, der Möglichkeit der Beeinflussung der Unternehmensergebnisse und den Auswirkungen der jeweiligen Funktion auf das Geschäft. Bei der Höhe der variablen Vergütung wird entsprechend den Vorgaben der Verordnung bei den entsprechenden Zielgruppen auch auf das Verhältnis der fixen und variablen Bestandteile derart geachtet, dass der Anteil der fixen Komponente genügend hoch ist, dass eine flexible Politik bezüglich der variablen Komponente möglich ist und auch ganz auf die Zahlung einer variablen Komponente verzichtet werden kann.

Folgende Zielgruppen der BAWAG PSK Versicherung nehmen an einer variablen Vergütung teil:

- ▶ Vorstandsmitglieder
- ▶ Abteilungsleiter
- ▶ Gruppenleiter Innendienst
- ▶ Definierte Spezialisten Innendienst
- ▶ Mitarbeiter Vertrieb

Die Höhe der maximal erreichbaren variablen Vergütung ist je nach Zielgruppe unterschiedlich gestaltet. Die tatsächlich zur Auszahlung gelangende Höhe der variablen Vergütung ist von der jeweiligen Zielerreichung abhängig und kann bei Nichterreichen der Ziele auch bei null liegen. Die Ziele können jährlich insbesondere einer neuen Gewichtung und einer Gesamtbetrachtung bestimmter Kategorien unterzogen oder an die Erreichung bestimmter Schwellwerte gebunden werden, sodass eine Anpassung beispielsweise an geänderte wirtschaftliche Verhältnisse ermöglicht wird.

Die Ziele werden in einem strukturierten und nachvollziehbaren Prozess jährlich von den jeweils verantwortlichen Vorgesetzten bzw. Gremien festgelegt bzw. vereinbart. In der Folge besteht ein strukturierter Zielkommunikations-, Zielverfolgungs- und Zielerreichungsprozess. Die Auszahlung der variablen Vergütung erfolgt nach Vorliegen der einschlägigen Kennziffern sowie Prüfung und Feststellung und Bestätigung der Zielerreichung durch die jeweils zuständigen Gremien bzw. Vorgesetzten. Die Auszahlung der variablen Vergütung erfolgt jeweils im Folgejahr des Bezug habenden Jahres, insbesondere unter Berücksichti-

GOVERNANCE-SYSTEM

gung der Vorgaben der DV EU/2015/35 (Art. 275 Abs. 1 und 2). Für die definierten Zielgruppen entsprechend der Verordnung EU/2015/35 und gemäß der Vergütungsrichtlinie der BAWAG PSK Versicherung erfolgt die Auszahlung der variablen Vergütung zu 60 % nach Feststellung und Bestätigung für jenes Jahr, auf das sich die variable Vergütung bezieht (erste Teilzahlung), zu je 13 % (zweite und dritte Teilzahlung) und zu 14 % (vierte Teilzahlung) in den darauffolgenden Jahren.

Die Ziele sind so gestaltet, dass die Übernahme von unangemessenen Risiken im Hinblick auf das Risikoprofil der Gesellschaft nicht belohnt wird, sowie die Geschäftsstrategie, die Ziele und Werte des Unternehmens gewahrt, Interessenskonflikte hinten gehalten und die Interessen des Unternehmens langfristig und nachhaltig gestaltet und gewahrt werden.

Die Ziele sind sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur und berücksichtigen sowohl die Leistung des Einzelnen, als auch jene seines Bereiches und des Unternehmens und können generell, oder aber auch individuell gewichtet werden.

Quantitative Ziele sind meist unmittelbar an Werttreibern orientiert und in finanziellen Kennzahlen ausgedrückt. Qualitative Ziele beschreiben Maßnahmen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie werden über bestimmte Kenngrößen oder auch über finanzielle Kennzahlen definiert.

Grundsätzlich werden bei der Zielvereinbarung kollektive und individuelle Erfolgskriterien herangezogen. Ein Teil der variablen Vergütung wird auf Basis der kollektiven Erfolgskriterien bzw. des Unternehmensergebnisses (z.B. Unternehmensziele) definiert. Die Gewichtung der Unternehmensziele gibt Auskunft darüber, mit welchem Anteil die einzelnen Ziele des Unternehmensergebnisses in die Zielvereinbarung eingehen, sie kann je nach der Zielgruppe zwischen 0-60 % betragen. Der verbleibende Teil der variablen Vergütung wird auf Basis der individuellen Erfolgskriterien (z.B. aktionale, individuelle, Führungs- und Managementziele) definiert. Diese Ziele können sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur sein.

Es besteht kein Anspruch auf variable Vergütungsbestandteile im Fall einer signifikanten Verschlechterung der Kapital- und Finanzlage des Unternehmens. Diese Regelung gilt für sämtliche Funktionen, für die variable Vergütungsbestandteile vorgesehen sind.

SONDERLEISTUNGEN

Zu den Sonderleistungen zählen zum Beispiel der Dienstwagen und die Betriebliche Altersvorsorge.

Für die Mitarbeiter leistet der Arbeitgeber einen Arbeitgeberbeitrag in eine Pensionskasse gemäß der jeweils geltenden Betriebsvereinbarung. Für Mitglieder des Vorstandes erfolgt die Leistung auf Grundlage einer Einzelvereinbarung im Sinne des § 3 Abs. 2 Betriebspensionsgesetz (BPG).

Definierten Mitarbeiterkreisen wird ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt. Die Festlegung erfolgt im Rahmen einer vom Vorstand beschlossenen Richtlinie.

AUSSERORDENTLICHE VERGÜTUNG BZW. LEISTUNGEN

Als außerordentliche Maßnahme zur Gewinnung und Bindung von hochkarätigen Managern auf dem Markt können spezifische Vereinbarungen getroffen und zusätzliche Leistungen gewährt werden. Diese außerordentlichen Vergütungen bzw. Leistungen sind ihrem Wesen nach Ausnahmen, unterliegen im Anwendungsfall strikten Governance- und Genehmigungsprozessen.

Derartige außerordentliche Vergütungen bzw. Leistungen können beispielsweise sein: ein Eintrittsbonus aufgrund des Verlustes von Vergütungen bei einem vorherigen Arbeitgeber, variable Elemente, Dienstwohnung, Versicherungen oder sonstige markt- bzw. branchenübliche Zusatzleistungen.

Es können auch Sonderprämien in Verbindung mit außerordentlichen Leistungen und/oder Ergebnissen ausgezahlt werden, die ausreichend signifikant sind, sodass sie erhebliche Auswirkungen auf den Wert und die Volumina des Geschäfts und/oder die Rentabilität des Unternehmens haben und damit eine solche zusätzliche Vergütung rechtfertigen.

CLAW BACK

Grundsätzlich werden bei vorsätzlichem Fehlverhalten, grober Fahrlässigkeit, Nichterreichen der vorgegebenen Ziele oder einer signifikanten Verschlechterung der Kapital- und Finanzlage des Unternehmens keine Anreize in Form der erfolgs- bzw. leistungsbezogenen variablen Vergütungsanteile ausbezahlt. Jegliche variable Vergütungsbestandteile können zurückgefordert werden, wenn sich später herausstellt, dass die Ziele aufgrund von strafrechtlich oder verwaltungsstrafrechtlich relevantem vorsätzlichem Fehlverhalten oder grober Fahrlässigkeit erreicht wurden.

HEDGING STRATEGIEN, VERGÜTUNGS- UND HAFTUNGSBEZOGENE VERSICHERUNGEN

Gemäß dem europäischen Rechtsrahmen (Solvency II) muss die BAWAG PSK Versicherung die Begünstigten der Vergütungspolitik dazu verpflichten, keine persönliche Absicherungs- oder Versicherungsstrategien (so genanntes „Hedging“) zu nutzen, welche die Risikoanpassungseffekte, die in die variablen Vergütungsmechanismen eingebaut sind, ändern oder untergraben könnten.

B.1.3.2. INFORMATIONEN ÜBER INDIVIDUELLE UND KOLLEKTIVE ERFOLGSKRITERIEN, AN DIE AKTIENOPTIONEN, AKTIEN UND VARIABLE VERGÜTUNGSBESTANDTEILE GEKNÜPFT SIND

Grundsätzlich werden bei der Zielvereinbarung kollektive und individuelle Erfolgskriterien herangezogen. Ein Teil der variablen Vergütung wird auf Basis der kollektiven Erfolgskriterien bzw. des Unternehmensergebnisses (z.B. Unternehmensziele) definiert. Die Gewichtung der Unternehmensziele gibt Auskunft darüber, mit welchem Anteil die einzelnen Ziele des Unternehmensergebnisses in die Zielvereinbarung eingehen und kann je nach der Zielgruppe zwischen 0–60 % betragen. Der verbleibende Teil der variablen Vergütung wird auf Basis der individuellen Erfolgskriterien (z.B. aktionale, individuelle, Führungs- und Managementziele) definiert. Diese Ziele können sowohl quantitativer als auch qualitativer Natur sein.

ZIELKATEGORIEN FÜR DIE VORSTANDSMITGLIEDER

KURZFRISTIGER ANREIZ

Die variable Vergütung für Vorstände umfasst unter Berücksichtigung der oben angeführten Grundsätze ein kurzfristiges Anreizsystem (auch „STIP“).

Zusätzlich kann für Vorstandsmitglieder auch ein langfristiger Anreiz („LTIP“) vorgesehen werden.

LANGFRISTIGER ANREIZ

Der langfristige Anreizplan („Long Term Incentive Plan“ kurz „LTIP“) wird auf Konzernebene von der Assicurazioni Generali S.p.A. entsprechend den Vorgaben der Verordnung (EU) 2015/35 gestaltet. Die Zielgruppe umfasst Führungskräfte bzw. Positionen mit erheblicher Komplexität und bedeutenden Auswirkungen (maßgeblichen Einfluss auf das Risikoprofil) auf die Generali Gruppe im Allgemeinen. Der Plan ist

GOVERNANCE-SYSTEM

darauf ausgelegt, für den erfassten Personenkreis langfristig auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Ziele und Leistungen zu fördern.

Derzeit ist der CEO der BAWAG PSK Versicherung von dieser Regelung im Rahmen seiner Funktion als CInsO Life & Health der Generali Versicherung erfasst. Dieser langfristige Anreizplan wird unter Aufsicht der Assicurazioni Generali S.p.A. gemäß den Regeln für langfristige Anreizpläne geführt.

VARIABLE VERGÜTUNG FÜR ABTEILUNGSLEITER

Die maximal zu erreichende variable Vergütung beträgt bis zu 35 % der Bemessungsgrundlage (Jahresfixum).

VARIABLE VERGÜTUNG FÜR GRUPPENLEITER IM INNENDIENST

Die maximal zu erreichende variable Vergütung dieser Gruppe beträgt bis zu 7,5 % der Bemessungsgrundlage (Jahresfixum).

VARIABLE VERGÜTUNG FÜR MITARBEITER VERTRIEB

Die maximal zu erreichende variable Vergütung dieser Gruppe beträgt bis zu 40 % der Bemessungsgrundlage (Jahresfixum).

B.1.3.3. BESCHREIBUNG DER HAUPTCHARAKTERISTIKA VON ZUSATZPENSIONS- UND VORRUHESTANDSREGELUNGEN FÜR VORSTANDS- UND AUFSICHTSRATSMITGLIEDER UND INHABER VON SCHLÜSSELPOSITIONEN

In der Gesellschaft ist ein beitragsorientiertes Pensionskassensystem eingerichtet, in dessen Rahmen mit der Bonus Pensionskassen AG Pensionskassenverträge abgeschlossen wurden. Für Dienstnehmer wurden entsprechende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Mit Vorstandsmitgliedern und leitenden Angestellten wird jeweils eine entsprechende Einzelvereinbarung (Vereinbarung gemäß Vertragsmuster iSd Betriebspensionsgesetzes) gemäß § 3 Abs. 2 BPG abgeschlossen, sofern nicht direkte Leistungszeugnisse bestehen.

Neben den Arbeitgeberbeiträgen können auch Arbeitnehmerbeiträge gemäß den gesetzlichen Bestimmungen geleistet werden.

Je nach Beendigungsart sind unterschiedliche Leistungen aus der Pensionskasse vorgesehen: Alterspension ab Vollendung des für Frauen gemäß ASVG geltenden Regelpensionsalters unter der Voraussetzung der Beendigung des Anstellungsverhältnisses, Alterspension nach Arbeitgeberkündigung ab Vollendung des 60. Lebensjahres sowie im Fall der Nichtverlängerung des Vorstandsmandates seitens des Arbeitgebers ab Mandatsende, frühestens jedoch ab Vollendung des 55. Lebensjahres. Berufsunfähigkeitspension gebührt bei Ausscheiden aus dem Anstellungsverhältnis wegen des Eintrittes einer Berufsunfähigkeit und soweit ein gesetzlicher Anspruch auf Berufsunfähigkeitspension besteht. Im Fall der Alters- und Berufsunfähigkeitspensionen ergibt sich die Höhe der Pension aus der Verrentung des Guthabens des Pensionskontos des Anwartschaftsberechtigten zum Zeitpunkt des Anfalls der Alters- bzw. Berufsunfähigkeitspension gemäß genehmigtem Geschäftsplan der Pensionskasse. Witwenpension gebührt bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, wie der aufrechten Ehe im Zeitpunkt des Ablebens des Anwartschafts- oder Leistungsberechtigten und der Eheschließung vor dem Anfall der jeweiligen Versorgungsleistung des Leistungsberechtigten, sofern ein Anspruch auf eine Pensionsleistung gemäß den Bestimmungen des ASVG besteht. Waisenpension gebührt den Kindern, sofern ein Anspruch gemäß den Bestimmungen des ASVG besteht. Die Höhe der Witwenpension beträgt 60 % der vom Leistungsberechtigten bezogenen Versor-

gungsleistung bzw. bei Anfall in der Anwartschaftsphase 60 % der Berufsunfähigkeitspension, auf die der verstorbene Anwartschaftsberechtigte Anspruch gehabt hätte. Die Waisenpension beträgt unter definierten Voraussetzungen, wie Lebensalter, Selbsterhaltungsfähigkeit, 20 % der vom Leistungsberechtigten bezogenen Versorgungsleistung, für Vollwaisen 40 %. Bei Anfall der Waisenpension in der Anwartschaftsphase beträgt die Leistung 20 % bzw. 40 % der Berufsunfähigkeitspension, auf die der verstorbene Anwartschaftsberechtigte Anspruch gehabt hätte. Dabei besteht bei den Hinterbliebenenpensionen eine betragsmäßige Begrenzung mit der Höhe der Leistungen auf die der Anwartschafts- bzw. Leistungsberechtigte Anspruch gehabt hätte.

Für die Aufsichtsratsmitglieder in deren Funktion als Aufsichtsrat bestehen keine Zusatzpensions- und Vorruhestandsregelungen.

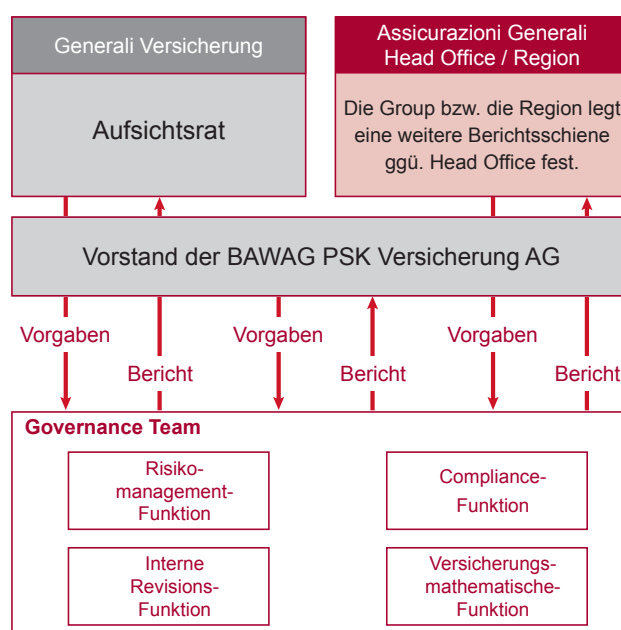
B.1.4. INFORMATIONEN ÜBER WESENTLICHE TRANSAKTIONEN MIT AKTIONÄREN, PERSONEN, DIE MASSGEBLICHEN EINFLUSS AUF DAS UNTERNEHMEN AUSÜBEN UND MITGLIEDERN DES VORSTANDES ODER AUFSICHTSRATES

Im Berichtszeitraum haben Personen, die maßgeblichen Einfluss auf das Unternehmen ausüben, sowie Mitglieder des Vorstandes bzw. des Aufsichtsrates keine wesentlichen, marktunüblichen Transaktionen mit dem Unternehmen getätigt.

Hinsichtlich Transaktionen mit Aktien bzw. Anteilen der Assicurazioni Generali S.p.A. wurden von oben genanntem Personenkreis im Berichtszeitraum keine Käufe, jedoch Verkäufe in cumulo in Höhe von EUR 219.887,1 getätigt.

B.1.5. INFORMATION ÜBER DIE EINBINDUNG DER GOVERNANCE-FUNKTIONEN IN DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR SOWIE ÜBER DIE BERICHTERSTATTUNG

In der folgenden Grafik sind die Governance-Struktur der BAWAG PSK Versicherung und die Zusammenarbeit der Governance-Funktionen schematisch dargestellt:



GOVERNANCE-SYSTEM

Für jede der Governance-Funktionen gibt es eine gruppenweit gültige Policy, die für die BAWAG PSK Versicherung gültig gesetzt und in Form von spezifischen Leitlinien und Richtlinien konkretisiert wurde. In der Leitlinie Governance System wird das Zusammenwirken der Governance-Funktionen im Allgemeinen geregelt. Hier ist z.B. festgehalten, dass der Vorstand vor einer Beschlussfassung oder Durchführung einer wesentlichen Maßnahme die Stellungnahme der Governance-Funktionen – betreffend rechtlicher Fragestellungen jedenfalls Compliance – einholen kann. Die Stellungnahme der Governance-Funktionen ist gemeinsam und schriftlich abzugeben.

Die Governance-Funktionen haben jeweils im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs die gesetzlich und unternehmensintern erforderlichen Berichtslinien eingerichtet und nehmen ihre beratende Funktion ebenfalls wahr. Die Governance-Funktionen haben dem Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung im September Bericht erstattet. Als unabhängige Funktion berichtet die Interne Revisions-Funktion zudem direkt an den Aufsichtsrat.

Reporting der Governance-Funktionen an Vorstand und Aufsichtsrat

Funktion/Gremium	Report an	Häufigkeit / geregelt in	Wichtigste Inhalte
Risikomanagement-Funktion	1) Bericht an Aufsichtsrat 2) Bericht an Gesamtvorstand 3) Bericht an Ressortvorstand	1) mind. einmal jährlich 2a) mind. viermal jährlich; Geschäftsordnung Risiko- und Kontrollkomitee 2b) im Anlassfall bzw. zur Einholung notwendiger Beschlüsse in Vorstandssitzungen 3) im Anlassfall	1) Bericht über aktuelle Themen 2a) quartärliche Report-Plattform der vier Governance-Funktionen gegenüber dem Gesamtvorstand zur Abstimmung von bereichsübergreifenden Themen sowie spezifischen Berichten der einzelnen Governance-Funktionen Information über wesentliche Projekte der Gesellschaft inkl. Follow-up Informationen; Bericht über neue Themen aus den jeweiligen Head-Office-Bereichen; Übersicht über neue rechtliche Rahmenbedingungen oder neue Regelwerke; Bericht über besondere Vorkommnisse bzw. Erkenntnisse aus den Governance-Bereichen Bericht über Ergebnisse der Berechnungen (der Solvency Capital Requirements auf Basis eines genehmigten internen Modells; der Minimum Capital Requirements) Diskussion und Abnahme der ORSA-Ergebnisse, des Risk Appetite Framework, Risikomanagement-bezogener Policies und Leitlinien sowie organisatorischer Änderungen des Risikomanagement-Systems und innerhalb der Abteilung Risikomanagement 2b) Bericht über aktuelle Themen 3) anlassbezogen

GOVERNANCE-SYSTEM

Reporting der Governance-Funktionen an Vorstand und Aufsichtsrat			
Funktion/Gremium	Report an	Häufigkeit / geregelt in	Wichtigste Inhalte
Versicherungsmathematische Funktion	1) Bericht an Aufsichtsrat 2) Bericht an Gesamtvorstand 3) Bericht an Ressortvorstand	1) mind. einmal jährlich 2a) viermal jährlich; Geschäftsordnung Risiko- und Kontrollkomitee 2b) im Anlassfall bzw. zur Einholung notwendiger Beschlüsse in Vorstandssitzungen 3) im Anlassfall	1) Bericht über aktuelle Themen 2a) siehe Risikomanagement 2b) Bericht über aktuelle Themen, Bericht der Versicherungsmathematischen Funktion 3) anlassbezogen
Compliance-Funktion	1) Bericht an Aufsichtsrat 2) Bericht an den Gesamtvorstand 3) Bericht an Ressortvorstand	1) mind. einmal jährlich 2a) viermal jährlich; Geschäftsordnung Risiko- und Kontrollkomitee 2b) im Anlassfall bzw. zur Einholung notwendiger Beschlüsse in Vorstandssitzungen 3) im Anlassfall	1) Bericht über aktuelle Themen 2a) siehe Risikomanagement 2b) Bericht über aktuelle Themen 3) anlassbezogen
Interne Revisions-Funktion	1) Bericht an Aufsichtsrat 2) Bericht an den Gesamtvorstand 3) Bericht an Ressortvorstand	1) mind. einmal jährlich 2a) viermal jährlich; Geschäftsordnung Risiko- und Kontrollkomitee 2b) im Anlassfall bzw. zur Einholung notwendiger Beschlüsse in Vorstandssitzungen 3) im Anlassfall	1) Quartalsbericht/Jahresbericht über Status der Audits und wichtigste Ergebnisse sowie Prüfplan 2a) siehe Risikomanagement 2b) Bericht über aktuelle Themen 3) anlassbezogen

Weiters erfolgt ein gemeinsames Reporting an den Vorstand über einschlägige Komitees sowie das touristische Reporting anderer Bereiche (Aufsichtsratsberichte, Geschäftsberichte, ORSA, ...) mit Inputs aus den Governance-Funktionen.

Im Rahmen des Governance-Systems wurden Komitees eingerichtet und deren Aufgaben und Strukturen in Geschäftsordnungen festgelegt.

GOVERNANCE-SYSTEM

In der BAWAG PSK Versicherung sind folgende Komitees eingerichtet:

- ▶ Risiko- und Kontrollkomitee
- ▶ Company Investment Committee
- ▶ Produktkomitee Leben
- ▶ Fondskomitee

Für die Koordination der Aufgaben aller Governance-Funktionen mit dem Gesamtvorstand ist das Risiko- und Kontrollkomitee eingerichtet. Das Risiko- und Kontrollkomitee besteht aus sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes, den Leitern der Governance-Funktionen in der Generali Versicherung, dem Konzerndatenschutzbeauftragten und den Auslagerungsbeauftragten der Governance-Funktionen sowie dem Konzerndatenschutzbeauftragten der BAWAG PSK Versicherung. Die Einberufung des Komitees erfolgt durch den Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter mindestens viermal im Geschäftsjahr. Das Komitee dient dem Informationsaustausch zwischen dem Vorstand einerseits und den Governance-Funktionen sowie dem Konzerndatenschutzbeauftragten andererseits zu wesentlichen Änderungen, die Einfluss auf das Risiko-profil des Unternehmens haben.

B.1.6. INFORMATIONEN ÜBER BEFUGNISSE, RESSOURCEN UND UNABHÄNGIGKEIT DER GOVERNANCE-FUNKTIONEN

Die gesetzlichen Anforderungen an die Ausstattung der Governance-Funktionen an Autorität, Ressourcen, Qualifikation, Wissen und operationeller Unabhängigkeit werden auch im Rahmen der jeweiligen unternehmensinternen spezifischen Policies (Leitlinien) entsprechend geregelt und sind in der Aufbauorganisation berücksichtigt.

B.1.6.1. BEFUGNISSE

Die Governance-Funktionen haben ungehinderten Zugang zu allen relevanten Informationen, die für die Ausübung ihrer Tätigkeiten notwendig sind. Ein interner Austausch innerhalb der Governance-Funktionen erfolgt laufend.

B.1.6.2. RESSOURCEN

Um den jeweiligen Tätigkeiten nachkommen zu können, sind die Bereiche der Governance-Funktionen in Hinblick auf die Unternehmensgröße und deren zugewiesener Aufgaben ausreichend ausgestattet. Für die Governance-Funktionen sind Stellvertreter ernannt. Darüber hinaus ist aufgrund der jeweiligen Bereichszusammensetzung eine Stellvertretungsregelung sowie die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips sichergestellt.

B.1.6.3. UNABHÄNGIGKEIT

In den internen Regularien wird auf die Unabhängigkeit der Governance-Funktionen im Rahmen der Erfüllung ihrer Tätigkeiten Wert gelegt. Die Governance-Funktionen agieren somit weisungsungebunden. Es ist zudem sichergestellt, dass keine Aufgaben zugeordnet werden, die Interessenkonflikte hervorrufen würden.

B.2. ANFORDERUNGEN AN DIE FACHLICHE QUALIFIKATION UND PERSÖNLICHE ZUVERLÄSSIGKEIT

B.2.1. BESCHREIBUNG DER SPEZIFISCHEN ANFORDERUNGEN DES UNTERNEHMENS AN FÄHIGKEITEN, KENNTNISSE UND FACHKUNDE DER PERSONEN, DIE DAS UNTERNEHMEN TATSÄCHLICH LEITEN ODER ANDERE SCHLÜSSELFUNKTIONEN INNEHABEN

Gemäß den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen haben Versicherungsunternehmen sicherzustellen, dass alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder Governance- oder andere Schlüsselfunktionen innehaben, jederzeit über ausreichende Berufsqualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um ein solides und vorsichtiges Management zu gewährleisten (fachliche Qualifikation) sowie zuverlässig und integer sind (persönliche Zuverlässigkeit).

Auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben wurden in der Generali Group die „Fit & Proper Group Policy“ und daraus abgeleitet in der BAWAG PSK Versicherung die „Richtlinie zur Fit & Proper Group Policy“ im Sinne einer Präzisierung der gesetzlichen Bestimmungen sowie der „Fit & Proper Group Policy“ erlassen, mit dem Ziel, die Einhaltung der im Versicherungsaufsichtsgesetz (kurz VAG) enthaltenen Bestimmungen zur fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sicherzustellen (§§ 120 ff VAG). Die neue Version 3 der „Richtlinie zur Fit & Proper Group Policy“ wurde am 15.07.2020 in Kraft gesetzt.

Folgende Funktionen bzw. Personen unterliegen dem persönlichen Geltungsbereich dieser Policy bzw. Richtlinie und somit den spezifischen Anforderungen an deren Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde sowie deren persönliche Zuverlässigkeit und werden im Weiteren als relevante Personen bezeichnet:

- ▶ Mitglieder des Aufsichtsrats
- ▶ alle Mitglieder einer Geschäftsleitung der konzessionierten Versicherungsgesellschaften
- ▶ alle Abteilungsleiter bzw. Führungskräfte der 1. Ebene
- ▶ Inhaber von Schlüsselfunktionen
- ▶ Inhaber von Governance-Funktionen
- ▶ Auslagerungsbeauftragte für bestimmte Funktionen gemäß Fit & Proper Group Policy sowie für gesetzlich definierte Schlüsselfunktionen
- ▶ Datenschutzbeauftragte
- ▶ Geldwäschebeauftragte
- ▶ Vertriebsfunktion
- ▶ Personen, die für den Vertrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsprodukten verantwortlich sind
- ▶ Personen, die direkt oder in leitender Funktion am Versicherungs- oder Rückversicherungsvertrieb mitwirken

Die relevanten Personen müssen je nach ihren kollektiven oder individuellen Verantwortlichkeiten die Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit erfüllen.

B.2.2. BESCHREIBUNG DER VORGEHENSWEISE DES UNTERNEHMENS BEI DER BEWERTUNG DER FACHLICHEN QUALIFIKATION UND PERSÖNLICHEN ZUVERLÄSSIGKEIT DER PERSONEN, DIE DAS UNTERNEHMEN TATSÄCHLICH LEITEN ODER ANDERE SCHLÜSSELFUNKTIONEN INNEHABEN

Über die Regelungen der „Fit & Proper Group Policy“ sowie der „Richtlinie zur Fit & Proper Group Policy“ hinaus sind besondere Anforderungen an die fachliche Qualifikation in der „Audit Group Policy“, „Risk Management Group Policy“, „Compliance Management System Group Policy“, „Actuarial Function Group Policy“ und den daraus abgeleiteten Regelwerken festgelegt.

Den Funktionen entsprechend sind Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile durch die Abteilung Human Resources der Generali Versicherung AG erstellt.

GOVERNANCE-SYSTEM

Die BAWAG PSK Versicherung AG hat die Aufgaben aus dem Bereich Human Resources mittels Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag an die Generali Versicherung AG ausgelagert.

Der Fit & Proper Officer stellt sicher, dass jährlich evaluiert wird, welche Personen relevante Personen sind und ob damit alle Personen erfasst sind. Gemäß Version 3 der „Richtlinie zur Fit & Proper Group Policy“, die am 15.07.2020 in Kraft gesetzt wurde, ist diese Überprüfung vom Fit & Proper Officer gemeinsam mit dem Vorstand der BAWAG PSK Versicherung AG durchzuführen und zu dokumentieren. Dies kann auch im Zuge der jährlichen strategischen Personalplanung erfolgen. In der Umsetzungsphase im Jahr 2020 ist die Vollständigkeit der relevanten Personen vom Fit & Proper Officer beurteilt worden.

Bei Neueinstellung bzw. der Neuübernahme von Funktionen, die den Anforderungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen haben, werden vor Antritt der jeweiligen Funktion die erforderlichen Nachweise, wie beispielsweise einschlägiges Studium und Berufserfahrung, eingeholt. Ebenso ist eine aktuelle Strafregisterauskunft vorzulegen und der Nachweis zu erbringen, dass der Bewerber über geordnete wirtschaftliche Verhältnisse verfügt und keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Zweifel an der persönlichen Zuverlässigkeit ergeben.

Bei aufrechtem Vertragsverhältnis werden die fachliche Qualifikation sowie die persönliche Zuverlässigkeit laufend und systematisch beurteilt und bewertet.

Der relevante Personenkreis hat verpflichtend einmal jährlich eine Selbstevaluierung vorzunehmen und anhand des Selbstevaluierungsfragebogens die persönliche Zuverlässigkeit und fachliche Qualifikation zu beurteilen, die in der Folge vom Vorgesetzten (Ausnahme Aufsichtsräte) zu bestätigen ist.

Ergibt sich im Rahmen der Selbstevaluierung ein Ausbildungs- oder Schulungsbedarf, so sind unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu setzen, um die fachliche Qualifikation her- bzw. sicherzustellen. Diese Selbstevaluierung wird eigens erfasst und aufbewahrt.

Zusätzlich haben gemäß § 123a VAG die Mitglieder des Vorstands, die maßgeblich für den Vertrieb von Versicherungs- und Rückversicherungsprodukten verantwortlich sind, sowie alle anderen direkt oder in leitender Funktion am Versicherungs- und Rückversicherungsvertrieb mitwirkenden Personen über die im Hinblick auf die ausgeübte Tätigkeit und die vertriebenen Produkte – zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben – erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten zu verfügen, wobei letztere laufend berufliche Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Ausmaß von mindestens 15 Stunden pro Jahr absolvieren müssen. Auf Grundlage der gesetzlichen Vorgaben wurden dazu die „Leitlinie Versicherungsvertrieb“ und im Speziellen die „Richtlinie Aus- und Weiterbildung gemäß IDD“ erlassen.

Die Vertriebsfunktion stellt gemäß § 127b VAG sicher, dass die beruflichen und organisatorischen Anforderungen im Versicherungsvertrieb bezüglich der Fit & Proper Erfordernisse, Schulung und Weiterbildung eingehalten werden und den entsprechenden internen Leitlinien und Richtlinien entsprechen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben bei ihrer Bestellung die gesetzlichen (§§ 120 ff VAG) und die durch die Fit & Proper Group Policy vorgesehenen Anforderungen an die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit zu erfüllen. Im Zuge des Jahresabschlusses bestätigen im Rahmen einer jährlichen Selbstevaluierung alle Kapital- und Belegschaftsvertreter als Kollektivorgan die Fit & Proper Anforderungen zu erfüllen. Darüber hinaus haben die relevanten Personen alle fünf Jahre eine aktualisierte Strafregisterauskunft vorzulegen bzw. haben diese auch zu einem früheren Zeitpunkt einer Aufforderung durch das Unternehmen bzw. die Behörden nachzukommen.

Ergeben sich relevante Änderungen in der fachlichen Eignung und/oder der persönlichen Zuverlässigkeit der relevanten Personen, so sind der jeweilige Vorgesetzte und der Fit & Proper-Officer unverzüglich davon zu verständigen. Die weitere Vorgangsweise wird in Abstimmung zwischen dem Betroffenen, dessen nächsthöherem Vorgesetzten sowie dem Chief Compliance Officer und dem Fit & Proper-Officer festgelegt.

Das Ergebnis der Evaluierung und allfällige daraus ableitbare Änderungen sind Teil des jährlichen Tätigkeitsberichtes des Fit & Proper-Officers an den Gesamtvorstand.

Im Berichtsjahr 2020 sind keine allgemeinen Fit & Proper-Schulungen erfolgt. Die Governance-Funktionen haben sich im Berichtsjahr individuell fortgebildet. Group Data Protection Office hat ein spezielles Schulungsprogramm für Mitarbeiter von Compliance, Recht und Datenschutz-Analysten entwickelt, das mit einer Prüfung gemeinsam mit der SDA Bocconi (Mailand) abgeschlossen hat.

Im Oktober 2020 wurde ein Webinar für alle Mitglieder des Aufsichtsrates (inkl. Belegschaftsvertreter) zur Verfügung gestellt. Dieses Webinar beinhaltete insb. Regelungen und Auslegungen der FMA zu IDD, COVID-19 Verordnungen und damit verbundene rechtliche Fragestellungen (rund um Datensicherheit und Datenschutz bei Homeoffice).

B.3. RISIKOMANAGEMENT-SYSTEM

B.3.1. BESCHREIBUNG DES RISIKOMANAGEMENT-SYSTEMS

Ein wesentlicher Bestandteil des Governance-Systems der BAWAG PSK Versicherung ist das Risikomanagement-System. Rechtliche Anforderungen an das Risikomanagement-System ergeben sich aus § 110 VAG.

Seitens der Generali Group wurde zwecks Ausgestaltung des Risikomanagement-Systems die Risk Management Group Policy erstellt und vom Vorstand der BAWAG PSK Versicherung verabschiedet. Zur Präzisierung auf lokaler Ebene hat die BAWAG PSK Versicherung darüber hinaus auch eine lokale Leitlinie Risikomanagement erstellt und vom Vorstand beschlossen. Die lokale Leitlinie beschreibt das Risikomanagement-System und regelt insbesondere Strategien, Prinzipien und Prozesse zur Identifizierung und Bewertung sowie zum Management und Berichtswesen von aktuellen und potentiellen zukünftigen Risiken. Das Risikomanagement-System der Gesellschaft ist derart gestaltet, dass die eingegangenen und potentiellen Risiken kontinuierlich auf Einzel- und aggregierter Basis sowie ihre Wechselwirkungen erkannt, gemessen, überwacht, gesteuert und berichtet werden. Gegenstand des Risikomanagement-Systems sind alle erkennbaren internen und externen Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist. Diese lassen sich unterteilen in Risiken, die in die Berechnung der SCR einfließen sowie weitere, die bei dieser Berechnung nicht oder nicht vollständig erfasst werden. Das Risikomanagement-System deckt insbesondere die folgenden Bereiche ab:

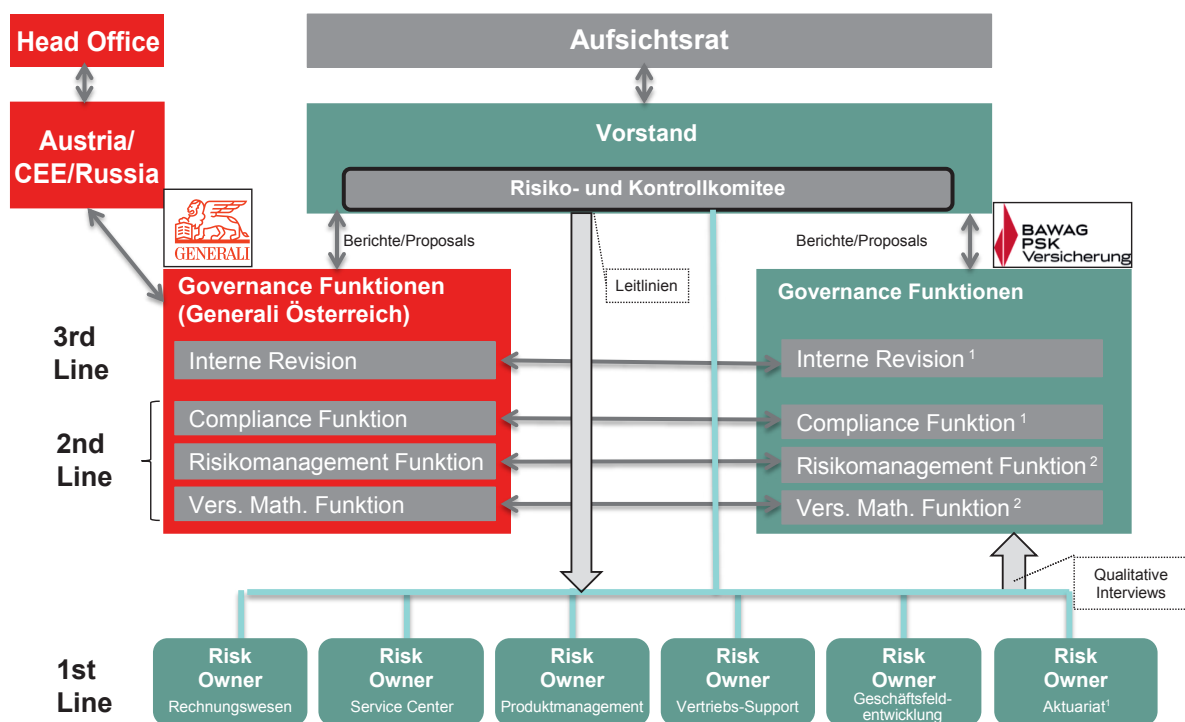
- ▶ Risikozeichnung und Rückstellungsbildung
- ▶ Asset-Liability-Management (ALM)
- ▶ Kapitalanlagen, insbesondere Derivate und ähnliche Verpflichtungen
- ▶ Liquiditäts- und Konzentrationsrisikomanagement
- ▶ Risikomanagement operationeller Risiken
- ▶ Rückversicherung und andere Risikominderungstechniken

GOVERNANCE-SYSTEM

B.3.2. UMSETZUNG DES RISIKOMANAGEMENT-SYSTEMS

Die Risikomanagement-Funktion der BAWAG PSK Versicherung verantwortet die Umsetzung des Risikomanagements und ist fachlicher Ansprechpartner für den Vorstand. Sie wird durch teilentsendete Experten aus der Abteilung Risikomanagement der Generali Versicherung wahrgenommen.

Das Risikomanagement in der BAWAG PSK Versicherung ist gemäß Vorgaben der Generali Group nach dem Prinzip der „three Lines of defense“ (drei Kontrolllebenen) und in Anlehnung an die Generali Österreich organisiert. Die Verantwortlichkeiten, Interaktionen und wesentlichen Aufgaben im Governance-System der BAWAG P.S.K. Versicherung AG werden in der folgenden Grafik veranschaulicht:



¹ Auslagerungsverantwortlicher innerhalb der BAWAG P.S.K. Versicherung AG

² Entsendete Experten aus der Abteilung Risikomanagement bzw. der Versicherungsmathematischen Funktion der Generali Versicherung AG

* Ab 01.01.2021 wird die Versicherungsmathematische Funktion durch Herrn DI Werner Eglseer wahrgenommen.

Die BAWAG PSK Versicherung hat im Geschäftsjahr 2020 im Rahmen von Auslagerungsvereinbarungen gemäß § 109 VAG die Compliance-Funktion aus der zweiten und die Interne Revisions-Funktion aus der dritten Verteidigungslinie an die Generali Versicherung ausgelagert und für jede Funktion jeweils einen Auslagerungsbeauftragten innerhalb des Unternehmens nominiert. Die Versicherungsmathematische Funktion wird innerhalb der BAWAG PSK Versicherung durch teilentsendete Experten aus der Versicherungsmathematischen Funktion der Generali Versicherung wahrgenommen. Gemäß der Group Directives on the Internal Control and Risk Management System nehmen die drei Verteidigungslinien unter Solvency II folgende Aufgaben wahr:

- ▶ Die operativen Einheiten repräsentieren die erste Verteidigungslinie. Sie tragen direkte Verantwortung für die Risikoidentifikation, Risikoeinschätzung und Risikosteuerung sowie für die Umsetzung der geforderten Kontrollaktivitäten. Zu diesem Zweck liefert die Leitung der operativen Einheiten dem Vorstand die notwendigen Informationen für die Steuerung und die Kontrolle der entsprechenden Risiken. Sie ergreift steuernde Maßnahmen im Rahmen ihrer Eigenverantwortung und gibt der Geschäftsleitung in Hinblick auf den Umgang mit den Risiken Empfehlungen oder Anregungen.
- ▶ Die Risikomanagement-, die Compliance- und die Versicherungsmathematische Funktion repräsentieren die zweite Verteidigungslinie. Die zweite Verteidigungslinie dient der Überwachung und Unterstützung der ersten. Die Risikomanagement-Funktion überwacht Geschäftsrisiken ohne Eingriff in die operativen Entscheidungswege.
- ▶ Die Interne Revisions-Funktion repräsentiert die dritte Verteidigungslinie. Sie ist unter anderem für die unabhängige Bewertung der Effektivität und Effizienz des internen Kontrollsystems zuständig. Sie ermöglicht damit auch eine unabhängige Überprüfung des Risikomanagement-Systems.

Als Kommunikationsgefäße zum Austausch mit dem Vorstand wurden entsprechende Komitees eingerichtet. Zur Erörterung und Überwachung der Risikosituation sowie zur Steuerung der identifizierten Risiken und Ableitung von entsprechenden Maßnahmen ist ein Risiko- und Kontrollkomitee eingerichtet, wodurch die gesetzliche Forderung einer direkten Berichtslinie der Risikomanagement-Funktion zum Gesamtvorstand erfüllt ist. Die Aufgaben des Risiko- und Kontrollkomitees, die speziell das Risikomanagement des Unternehmens betreffen, lauten wie folgt:

- ▶ Hinterfragen und Abnahme der Resultate der Risk Assessments, im Besonderen des Own Risk and Solvency Assessments (ORSA)
- ▶ Abnahme des Risk Appetite Framework (Hard- und Soft Limite)
- ▶ Abnahme aller Risikomanagement-Policies und -Leitlinien
- ▶ Monitoring aller risikorelevanten Policies und Leitlinien
- ▶ Abnahme organisatorischer Änderungen des Risikomanagement-Systems

Die Umsetzung des Risikomanagement-Systems erfolgt bei der BAWAG PSK Versicherung über Vorgaben und Strategien, die die Risikoneigung sowie den konkreten Umgang mit einzelnen Risiken festlegen. Die zentralen Bestandteile werden im Folgenden beschrieben.

B.3.2.1. BESTIMMUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Der Genehmigungsprozess um die Erweiterung des genehmigten partiellen internen Modells um das Risikomodul „operationelles Risiko“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich – mit der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde – abgeschlossen werden. Somit wird die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß § 175 VAG 2016 für die BAWAG PSK Versicherung AG ab dem 31.12.2020 mit Hilfe eines genehmigten (vollständigen) internen Modells bestimmt.

B.3.2.2. GOVERNANCE DES INTERNEN MODELLS

Der Rahmen für die Governance des internen Modells zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen wird durch Leitlinien beschrieben, die Vorgaben zu Prozessen, Rollen, Verantwortlichkeiten, Modelländerungen und zur unabhängigen Validierung enthalten. Bei der Governance des internen Modells nimmt das Internal Model Committee eine Schlüsselrolle ein. Es wird regelmäßig einberufen um Methodik, Annahmen, Parameter sowie Berechnungsergebnisse zu analysieren, welche vom lokalen Chief Risk Officer (CRO) bestätigt werden.

GOVERNANCE-SYSTEM

Um die Vollständigkeit, Stabilität und Zuverlässigkeit der Prozesse und Ergebnisse des internen Modells sowie deren Einklang mit den regulatorischen Anforderungen sicherzustellen ist ein Validierungsverfahren etabliert. Eine unabhängige, d.h. nicht in die Modellierung oder Berechnungen involvierte Einheit hinterfragt und beurteilt die von den Modellentwicklern und -nutzern durchgeführten Analysen und Kontrollen. Dabei werden von der Validierungseinheit qualitative und quantitative Validierungsinstrumente herangezogen, um die Angemessenheit und Robustheit des internen Modells sicherzustellen. Die Validierungsaktivitäten umfassen sowohl statistische Tests, Sensitivitätsanalysen, Backtesting, Stresstests und Szenarioanalysen als auch qualitative Einschätzungen. Im Anschluss werden die Validierungsergebnisse pro Modellkomponente im Validierungsbericht zusammengefasst und dem Risiko- und Kontrollkomitee vorgelegt.

B.3.2.3. RISIKOTRAGFÄHIGKEITSKONZEPT

Das Kernelement der Risikostrategie ist das sogenannte Risikotragfähigkeitskonzept. Unter Risikotragfähigkeit versteht man die Fähigkeit, Verluste aus Risiken zu absorbieren, ohne dass daraus eine unmittelbare Gefahr für die Existenz des Unternehmens entsteht. Die Risikotragfähigkeit wird durch das Verhältnis zwischen dem Volumen der insgesamt zur Abdeckung der Gesamtrisikoposition eines Unternehmens zur Verfügung stehenden anrechenbaren Eigenmittel (Eligible Own Funds) und der zur Abdeckung aller quantifizierbaren materiellen Risiken notwendigen Eigenmittel (SCR) ausgedrückt. Zum Risikotragfähigkeitskonzept gehören auch die Methoden und mathematischen Modelle, mit denen die potentiellen Verluste aus den quantifizierbaren materiellen Risiken bemessen werden können und die Höhe der anrechenbaren Eigenmittel ermittelt werden kann. Die Berechnung der SCR erfolgt in der BAWAG PSK Versicherung mit dem genehmigten internen Modell. Dort werden die modellierten Risiken und das zu deren Bedeckung benötigte Risikokapital bestimmt. Als Schlüsselindikator für die Solvenzausstattung und somit der Risikotragfähigkeit des Unternehmens dient die Solvenzquote, das Verhältnis der Eigenmittel der Gesellschaft zum SCR.

B.3.2.4. RISIKOSTRATEGIE

Die Risikostrategie bezieht sich unmittelbar auf die Auswirkungen der mit der Geschäftsstrategie verbundenen Risiken und spiegelt damit die wesentlichen Grundsätze des unternehmerischen Handelns wider. Als Bankversicherer richtet die BAWAG PSK Versicherung ihre risikostrategischen Elemente vor allem an den aufgelisteten strategischen Eckpunkten aus:

- ▶ Zusammenarbeit mit der BAWAG PSK Bank
- ▶ Produkt-Mix
- ▶ Grundsätze der internen Organisationsstruktur

Im Folgenden werden die wesentlichen risikostrategischen Elemente der BAWAG PSK Versicherung dargestellt:

- ▶ Enge Kooperation mit der BAWAG PSK Bank als Vertriebskanal
- ▶ Produktvielfalt im Leben-Bereich (breite Abdeckung biometrischer Risiken) als Kern der Risikodiversifikation
- ▶ SAA basierend auf einer vorsichtigen und breit diversifizierten, passivseitig getriebenen Investmentstrategie, siehe dazu auch Prudent Person Principle im Kapitel C.2.3.
- ▶ Steuerung des Geschäfts im Ansinnen eines, bezüglich Marktchancen, Garantien und Risiken, optimalen Produktmixes, der im Einklang mit den Kunden- und Unternehmensinteressen steht und die Interessen des Vertriebspartners Bank berücksichtigt
- ▶ Konsequente Ausrichtung der Produkte auf Kundengruppen und Produktsortimente der Bank

- ▶ Konzentration auf den österreichischen Markt zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Währungs- und Rechtsrisiken
- ▶ Augenmerk auf den Risikoselektions-Prozess (Gesundheitsprüfung) zur Vermeidung von Antiselektion
- ▶ Bündelung von Know-How und Nutzung von Skaleneffekten zur Reduzierung und Absicherung operationeller Risiken
- ▶ Vermeidung von Reputationsrisiken sowie Sicherstellung schneller, vollständiger und transparenter Abwicklung im Falle des Risikoeintritts

Der Vorstand überprüft sowohl die Geschäftsstrategie, als auch die Risikostrategie mindestens einmal im Jahr. Bei substantiellen Veränderungen des Gesamtrisikoprofils, bspw. bei Aufnahme neuer Geschäftsfelder, bei Einführung neuer Kapitalmarkt-, Versicherungs- oder Rückversicherungsprodukte, bei Auswirkungen von Veränderungen in der Risikoeinschätzung, oder bei Änderung der Geschäftsstrategie, können Änderungen der Risikostrategie auch unterjährig erforderlich werden. Die Risikostrategie wird vom Gesamtvorstand verabschiedet, dem Aufsichtsrat berichtet und gegebenenfalls mit diesem erörtert.

B.3.2.5. RISK APPETITE FRAMEWORK (RAF)

Die BAWAG PSK Versicherung ist in das sogenannte Group RAF, das von allen Versicherungsunternehmen der Generali Group verabschiedet wurde, eingebunden. Ziel des RAF ist die Festlegung des Risikoappetits und der Risikopräferenzen. Dies erfolgt über die Definition von quantitativen Indikatoren zur Begrenzung der Risikoübernahme (Toleranzgrenzen) und über die Etablierung von Prozessen zur Integration des Risikoappetits in die Entscheidungsprozesse. Hierfür wurden Toleranzgrenzen, sogenannte Limits, festgelegt, die gewährleisten sollen, dass das Risikoprofil innerhalb des festgelegten Risikoappetits sowie der regulatorischen Anforderungen bleibt.

B.3.2.6. LIMITSYSTEME

Ein Limitsystem ist eine systematisch aufgebaute und an die langfristigen Bedürfnisse eines Unternehmens angepasste Gruppe von Kenngrößen, die für die Steuerung von Risiken eingesetzt wird. Die BAWAG PSK Versicherung hat sowohl Bottom-Up-Limitsysteme auf Basis von operativen Zeichnungs- und Kapitalanlagenlimiten, als auch ein Top-Down-Limitsystem im Einsatz.

B.3.2.7. TOP-DOWN-LIMITSYSTEME

Der Limitsetzungsprozess wird einheitlich seitens Group Risk Management gestartet. Europäische Versicherungsgesellschaften der Generali Group haben sicherzustellen, dass sie den lokalen regulatorischen Kapitalanforderungen entsprechen. Die Risikomanagement-Abteilung der Generali Versicherung, welche durch teiletsendete Experten die Risikomanagement-Funktion für die BAWAG PSK Versicherung wahrnimmt, ist auch Ansprechpartner für die Generali Group und steuert den Prozess der Limitsetzung in der BAWAG PSK Versicherung. Die vom lokalen CRO vorgeschlagenen Limits wurden vom Vorstand der BAWAG PSK Versicherung beschlossen. Die Toleranzgrenzen stellen den maximalen gewünschten Risikoappetit auf internationaler Gruppenebene (Hard-Limit) und lokaler Ebene (Soft-Limit) dar.

B.3.2.8. BOTTOM-UP-LIMITSYSTEME

Bottom-Up-Limitsysteme enthalten Detailvorgaben für die Steuerung des operativen Geschäfts und regeln Handlungsspielräume in den Geschäftsbereichen. Beispiele sind Grenzvorgaben für Aktienquoten, Währungsexposures oder Emittenten-Volumina in den Kapitalanlagerichtlinien sowie Zeichnungsrichtlinien für versicherungstechnische Geschäftsbereiche. Auch IT-Berechtigungskonzepte stellen Limits dar.

B.3.3. RISIKOMANAGEMENT-FUNKTION

Versicherungsunternehmen müssen eine Risikomanagement-Funktion einrichten, die so strukturiert ist, dass sie die Umsetzung des Risikomanagement-Systems maßgeblich unterstützt (§ 112 VAG).

Das Risikomanagement der Generali Österreich ist konzerneinheitlich organisiert und die BAWAG PSK Versicherung AG darin eingebettet. Die Risikomanagement-Funktion der BAWAG PSK Versicherung AG wird durch teilentsendete Experten der Abteilung Risikomanagement der Generali Versicherung AG wahrgenommen. Eine der beiden teilentsendeten ExpertInnen ist auch Inhaberin der Funktion des lokalen CRO für die BAWAG PSK Versicherung, zu deren Kerntätigkeiten zählen:

- ▶ Lokale Umsetzung der Vorgaben der Generali Group (Methoden- und Richtlinienkompetenz) in der BAWAG PSK Versicherung: Anpassung auf lokale Gegebenheiten und Implementierung der Risikomanagement- und OpRisk-Leitlinien
- ▶ Sicherstellung der Wirksamkeit des Risikomanagement-Systems
- ▶ Kapitalmodelle: Implementierung, Test, Validierung, Dokumentation und Analyse aller Kapitalmodelle und deren Teilmodelle, insbesondere des genehmigten internen Modells
- ▶ Sicherstellung und Planung der Risikotragfähigkeit gemäß den vorgegebenen Risikopräferenzen sowie der Risikotoleranz und des Risikoappetits wie sie in der Risikostrategie definiert sind. Hierfür insbesondere die Validierung des Kapitalmanagementprozesses, der Strategic Asset Allocation (SAA) und des Asset Liability Management (ALM). In der BAWAG PSK Versicherung liegt die Verantwortung für die SAA und das ALM beim verantwortlichen Ressortvorstand für Vermögensveranlagung (Investment- und Asset Management) und die Verantwortung für den Kapitalmanagementprozess beim Chief Financial Officer (CFO)
- ▶ Steuerung und Durchführung des Risikomanagementprozesses (inkl. Risikoberichterstattung): Das beinhaltet insbesondere Berichterstattung im Risiko- und Kontrollkomitee auf Vorstandsebene und regelmäßige Meetings auf Abteilungsleiterebene zur Sicherstellung eines ganzheitlichen Risikomanagements. Der Risikomanagementprozess umfasst die Risikoidentifizierung, -bewertung, -überwachung und -berichterstattung. Die Risikoberichterstattung legt das Risikoprofil offen und schließt vor allem den ORSA-Report ein (Own Risk and Solvency Assessment)
- ▶ Beratung und Unterstützung des Gesamtvorstandes sowie der operativen Geschäftsverantwortlichen (Risk Owner) beim Einsatz von Risikomanagement-Methoden

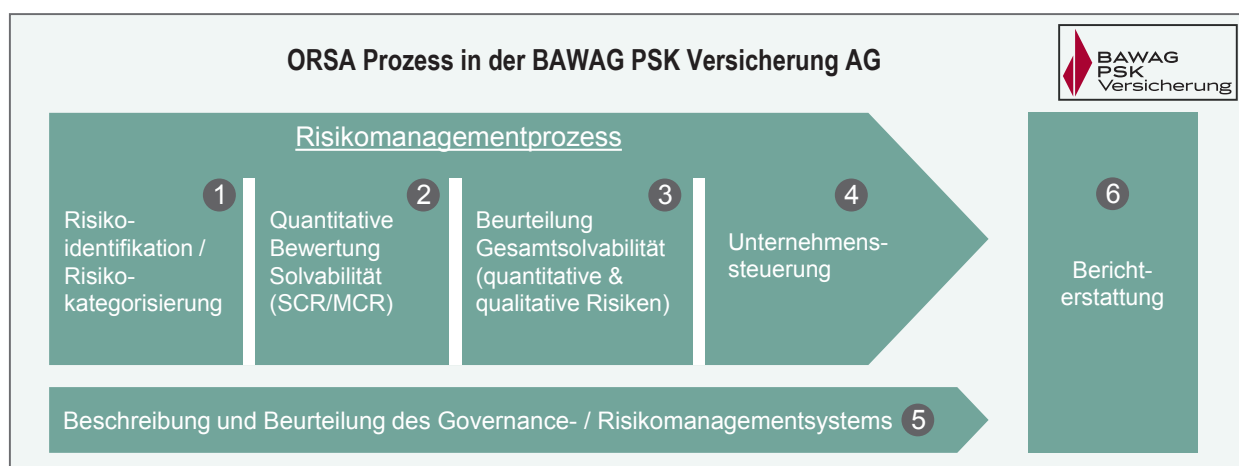
Die Risikomanagement-Funktion ist im Hinblick auf die Nutzung des internen Modells für Konzeption und Umsetzung, Testen und eine von der Risikomanagement-Funktion unabhängige Validierung, Dokumentation, Analyse der Ergebnisse und Erstellung zusammenfassender Berichte verantwortlich. Außerdem unterrichtet sie den Vorstand der BAWAG PSK Versicherung über die Funktionsfähigkeit und Ergebnisse des internen Modells und regt Verbesserungen an.

B.3.4. UNTERNEHMSEIGENE RISIKO- UND SOLVABILITÄSBEURTEILUNG

§ 111 VAG fordert die Durchführung einer unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (Own Risk and Solvency Assessment, ORSA) sowie eine entsprechende Berichterstattung. Dies beinhaltet mindestens einmal jährlich eine Beurteilung des vollständigen Risikoprofils zum gewählten Stichtag sowie innerhalb der Mittelfristplanung. Insbesondere muss überprüft werden, inwieweit die vorhandenen Eigenmittel ausreichen, um alle Risiken, das heißt sowohl quantifizierbare als auch qualitative, mittelfristig zu bedecken. Die Ergebnisse des internen Modells werden im Rahmen des Validierungsprozesses auf Angemessenheit geprüft.

Durch den ORSA-Prozess wird der Vorstand bei der Sicherstellung eines effektiven Risikomanagement-Systems und bei der Operationalisierung der Risikostrategie unterstützt. Im ORSA-Bericht werden die

wesentlichen Ergebnisse des ORSA-Prozesses beschrieben und der Aufsichtsbehörde übermittelt. Neben dem turnusmäßigen ORSA soll bei wesentlichen Änderungen des Risikoprofils ein sogenannter „Ad-hoc ORSA“ (nicht regulärer ORSA) durchgeführt werden. Bei der BAWAG PSK Versicherung wird der ORSA-Prozess in der Verantwortung der Risikomanagement-Funktion durchgeführt.



1. Risikoidentifikation/Risikokategorisierung

Erster Schritt des Risikomanagementprozesses ist die Identifikation sämtlicher Risiken, die die Erreichung der strategischen Ziele verhindern bzw. den dauerhaften Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Hierbei werden bereits eingetretene sowie potenzielle interne und externe Risiken betrachtet. Die Identifikation sämtlicher Risiken, die im genehmigten internen Modell nicht explizit berücksichtigt werden, oder nach Meinung des Vorstandes einer weiteren qualitativen Betrachtung bedürfen, erfolgt durch Expertenschätzungen im Rahmen des qualitativen Risikomanagementprozesses bzw. des strategischen Planungsprozesses. Diese Aufgabe übernehmen die Risk Owner mit Unterstützung der Risikomanagement-Funktion. In der Folge werden im Rahmen des Main Risk Self-Assessment-(MRSA)-Prozesses die materiellen Risiken anhand der definierten Kriterien (Auswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit) ermittelt. Die Identifikation von Geschäftsprozessrisiken findet im Rahmen der regulären Geschäftsprozesse und unmittelbar durch die Risk Owner statt.

Die folgende Abbildung zeigt die Systematisierung der Risikokategorien bei der BAWAG PSK Versicherung:

Marktrisiken	Kreditrisiken	Versicherungstechnische Risiken Leben	Operationelle Risiken ¹	Sonstige Risiken
– Zinsänderungsrisiko	– Ausfallrisiko	– Sterblichkeitsrisiko	– Interner Betrug	– Liquiditätsrisiko
– Zinsvolatilitätsrisiko	– Spreadrisiko	– Sterblichkeitsrisiko CAT	– Externer Betrug	– Strategisches Risiko
– Aktienkursrisiko		– Langlebigkeitsrisiko	– Personalrisiken	– Reputationsrisiko
– Aktienvolatilitätsrisiko		– Invaliditäts- / Berufsunfähigkeitsrisiko	– Vertriebsrisiken	– Ansteckungsrisiko
– Immobilienrisiko		– Stornorisiko	– Terror und Katastrophenrisiko	– Emerging Risks
– Währungsrisiko		– Kostenrisiko	– IT-Risiken	
– Konzentrationsrisiko			– Prozessrisiken	

¹ inklusive Compliance- und Offenlegungsrisiken

GOVERNANCE-SYSTEM

2. Quantitative Bewertung der Solvabilität

Die Bestimmung der Eigenmittel und der SCR für quantifizierbare Risiken erfolgt zum 31. Dezember eines jeden Jahres, sowie vierteljährlich mit vereinfachten Berechnungen. Die SCR, ermittelt mit dem genehmigten internen Modell, wird sowohl auf Ebene einzelner Risikokategorien als auch auf Gesamtunternehmensebene dargestellt und den vorhandenen Eigenmitteln, das heißt den zur Bedeckung von Risiken verfügbaren Mitteln, gegenübergestellt. Im Rahmen des strategischen Planungsprozesses werden die Eigenmittel, die Kapitalanforderung und die Solvency II-Quoten über drei Jahre projiziert.

3. Beurteilung der Gesamtsolvabilität

Die Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs umfasst, anders als die zuvor durchgeführte quantitative Bewertung, eine Berücksichtigung des vollständigen Risikoprofils der Gesellschaft. Die Bewertung von schwer bzw. nicht modellierbaren Risiken erfolgt im Rahmen des qualitativen Risikomanagement-Prozesses und teilweise über zusätzliche spezielle Risikobewertungsmethoden.

4. Unternehmenssteuerung

Die Risiko- und Solvabilitätsbewertung ist ein integraler Bestandteil der Managemententscheidungen, z.B. im Bereich Kapitalanlagen und Produkte sowie im strategischen Planungsprozess und darauf aufbauend bei der kurz- und langfristigen Kapitalplanung. Risiko- und Kapitalmanagementprozesse sind eng miteinander verzahnte Prozesse. Diese Integration wird als notwendig erachtet, um Geschäfts- und Kapitalmanagementprozesse aufeinander abzustimmen. Um eine kontinuierliche Ausrichtung der Risiko- und Geschäftsstrategie zu gewährleisten, unterstützt die Risikomanagementfunktion aktiv den strategischen Planungsprozess.

Die Risikomanagement-Funktion der Gesellschaft überprüft regelmäßig das Risikoprofil, die Umsetzung der Risikostrategie sowie die identifizierten Risiken und überwacht die für die Risikotragfähigkeit festgelegten Limits. Mögliche Limitverletzungen werden analysiert, gegebenenfalls werden entsprechende Maßnahmen eingeleitet und deren Wirksamkeit kontrolliert. Auf dieser Basis wird der Gesamtvorstand regelmäßig über die Risikoexposition sowie über die eingeleiteten Maßnahmen informiert.

5. Beschreibung und Beurteilung des Governance- und Risikomanagement-Systems

Für eine adäquate Durchführung des ORSA ist ein geeignetes Governance- sowie Risikomanagement-System erforderlich. Die Beschreibung und Beurteilung des Risikomanagement-Systems umfasst insbesondere die Bereiche Risikoidentifikation, Risikobewertungsmethoden und Risikosteuerungsmaßnahmen. Das Governance-System wird auf Vollständigkeit und Richtigkeit sowie auf die Berücksichtigung der ORSA-Ergebnisse bei strategischen Entscheidungen untersucht. Im Rahmen des ORSA wurden Governance- und Risikomanagement-System überprüft und als angemessen bewertet.

6. Berichterstattung

Der ORSA-Bericht wird jährlich zum 31. Dezember für die BAWAG PSK Versicherung erstellt und durch den Vorstand verabschiedet, erörtert und überprüft. Bei signifikanten Änderungen des Risikoprofils (z.B. infolge einer Fusion oder Bestandsübertragung) erfolgt ein Ad-Hoc-ORSA. Der ORSA-Bericht wird der Aufsichtsbehörde innerhalb von 14 Tagen nach Verabschiedung des Vorstands übermittelt.

Zusätzlich zum jährlichen ORSA-Bericht werden zu den Quartalsstichtagen vereinfachte SCR-Berechnungen erstellt. Durch den ORSA-Bericht wird der Vorstand über die Risiken in den aktiv- und passivseitigen Beständen, deren quantitative und qualitative Bewertung sowie über die Gesamtrisikolage des Unternehmens informiert. Damit wird das Management bei der Entscheidungsfindung und bei der Integration der Risikostrategie in das operative Geschäft wirksam unterstützt.

B.4. DAS INTERNE KONTROLLSYSTEM (IKS)

B.4.1. GRUNDLAGEN DES INTERNEN KONTROLLSYSTEMS

B.4.1.1. DAS INTERNE KONTROLLSYSTEM DER BAWAG PSK VERSICHERUNG

Das IKS ist ein System aus Regeln, Prozessen und Organisationsstrukturen, welches alle Unternehmensebenen miteinbezieht und das Ziel verfolgt, die Einhaltung der anwendbaren Gesetze, Verordnungen und Regeln zu gewährleisten. Das IKS der internationalen Generali Gruppe ist auf Gruppenebene in den Group Directives on the System of Governance geregelt. Für die BAWAG PSK Versicherung werden diese Group Directives in der Leitlinie Governance System und der Leitlinie Internes Kontrollsystem konkretisiert.

Gem. Art. 46 Abs. 1 der RRL 2009/138/EG bzw. § 117 VAG sollen Versicherungsunternehmen über ein wirksames IKS verfügen, das zumindest folgende Elemente umfasst:

- ▶ Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren
- ▶ einen internen Kontrollrahmen
- ▶ ein angemessenes Melde- und Berichtswesen auf allen Unternehmensebenen
- ▶ eine Funktion zur Überwachung der Einhaltung der Anforderungen (Compliance-Funktion)

Die Vorgaben der Gruppe zum internen Kontrollsystem wurden vom Vorstand abgenommen und gültig gesetzt. Sie sollen sicherstellen, dass Geschäftsaktivitäten geltendem Recht sowie den verschiedenen etablierten Vorschriften und Anordnungen entsprechen. Weiters wird gewährleistet, dass die Geschäftsprozesse in Bezug auf ihre Ziele effizient und wirksam sowie die Rechnungslegungs- und Managementinformationen zuverlässig und vollständig sind.

Das IKS ist ein Kernbestandteil des Governance-Systems gemäß VAG. Interne Kontrolle umfasst eine Reihe von Instrumenten, die dem Unternehmen dienen, seine Ziele im Rahmen des vom Vorstand gewählten Risikoniveaus zu erreichen. Solche Ziele sind nicht ausschließlich auf Geschäftsziele beschränkt, sondern erstrecken sich auch auf die Finanzberichterstattung sowie die Einhaltung interner und externer Vorschriften; ihre Bedeutung orientiert sich jeweils am identifizierten Risiko. Dementsprechend sind auch die internen Kontrollmechanismen in Abhängigkeit von den jeweils betrachteten Prozessen unterschiedlich gestaltet.

Die Compliance-Funktion überwacht in den Unternehmen der Generali Gruppe Österreich die Einhaltung sämtlicher rechtlicher Vorgaben. Im Rahmen der Vorgaben der Assicurazioni Generali S.p.A. wurde in der BAWAG PSK Versicherung die Leitlinie Internes Kontrollsystem verabschiedet, die die wichtigsten Kontrollarten und Elemente von effektiven Kontrollen spezifiziert.

Das IKS ist mehrstufig aufgebaut und folgt der Systematik der „Three Lines of Defense“, die drei Arten von Kontrollen (Verteidigungslinien) unterschiedlichen Unternehmensbereichen zuordnet. Die Kontrollen auf der ersten Ebene sind die laufenden implementierten Kontrollen in den operativen Geschäftsprozessen. Sie liegen im Wesentlichen in der Verantwortung der Leiter der jeweiligen operativen Einheit bzw. der Prozessverantwortlichen. Es besteht die Verpflichtung zur Dokumentation aller relevanten Prozesse und Kontrollen. Auf der zweiten Ebene wird die Wirksamkeit der Kontrollen der ersten Ebene gesteuert und überwacht. Diese „Second Line of Defense“ prüft zusätzlich die Konformität mit Gesetzen und internen Regeln. Diese Aufgaben werden durch definierte Funktionen mit Kontroll- und Überwachungsaufgaben wahrgenommen. Diese Funktionen sind z.B. der Chief Compliance Officer, die Geldwäscherei- und Konzerndatenschutzbeauftragten. Auf der dritten Kontrollebene erfolgt eine unabhängige Beurteilung des IKS durch die

GOVERNANCE-SYSTEM

Interne Revision hinsichtlich der Effizienz und Effektivität der internen Kontrollen. Die Kontrollinstanzen stehen außerdem untereinander in systematischer Interaktion sowie in Interaktion mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat.

Die vier Governance-Funktionen – Risikomanagement-Funktion, Interne Revisions-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Compliance-Funktion – agieren im Rahmen diesbezüglicher Leitlinien, die regelmäßigen Aktualisierungen und der Beschlussfassung durch den Vorstand unterliegen.

B.4.2. INFORMATION ZUR UMSETZUNG DER COMPLIANCE-FUNKTION

Rolle und Aufgaben der Compliance-Funktion werden gruppenweit einheitlich in der Compliance Management System Group Policy festgelegt. Die Konkretisierung für die BAWAG PSK Versicherung erfolgt in der Leitlinie Compliance. Die Compliance-Funktion beobachtet, identifiziert und beurteilt das Compliance-Risiko, somit jenes Risiko, welches aus der Nichteinhaltung oder mangelnden Befolgung von Gesetzen, Verordnungen und internen Regeln resultiert. Compliance trägt damit zum effektiven Management bzw. zur Vermeidung dieser Risiken bei. Die Compliance-Funktion beurteilt weiters die möglichen Auswirkungen der Änderung des Rechtsumfelds auf die Geschäftstätigkeit des Unternehmens und identifiziert, beurteilt und bewertet das damit verbundene Compliance-Risiko. Compliance ist ein Teil des internen Kontrollsystems und als eine zentrale Funktion in der BAWAG PSK Versicherung eingerichtet. Compliance nimmt die definierten Aufgaben gem. § 118 VAG für die BAWAG PSK Versicherung im Rahmen einer Auslagerung wahr. Die BAWAG PSK Versicherung hat die Compliance-Funktion durch einen Dienstleistungsvertrag gem. § 109 VAG an die Generali Versicherung ausgelagert.

Die Compliance-Funktion erstellt einen Jahresplan, der dem Vorstand zur Abnahme und Freigabe vorgelegt wird. Darüber hinaus gibt es einen schriftlichen Jahresbericht, der dem Vorstand zur Kenntnis gebracht wird.

B.4.2.1. AUSGESTALTUNG DER COMPLIANCE-FUNKTION

Die Grundlagen für die Gestaltung der Compliance-Funktion als Teil des Governance-Systems sind gem. den Anforderungen von Art 268 der DV EU/2015/35 in der Leitlinie Compliance festgelegt. Dazu zählen z.B. die Unabhängigkeit der Funktion, die Anforderung „Fit & Proper“, die Ausstattung der Funktion mit den nötigen Ressourcen, notwendiger Autorität, freier Kommunikationsmöglichkeit und freiem Zugang zu Informationen sowie eine direkte Berichtslinie an den Vorstand.

Folgende Aufgaben werden von der Compliance-Funktion wahrgenommen:

- ▶ **Rechtliche Compliance** - Beobachtung, Beratung und Beurteilung von Änderungen im Rechtsumfeld: Compliance berät den Vorstand und die Fachbereiche in rechtlichen Fragestellungen und begleitet jene Projekte, wo aus rechtlichen oder regulatorischen Änderungen Bedarf besteht. In Zusammenarbeit mit den Compliance Analysten in den einzelnen Fachbereichen und den Auslagerungsbeauftragten erfolgt eine systematisierte Beobachtung des Rechtsumfelds, das sogenannte „Rechtsradar“. Compliance koordiniert die laufende Dokumentation in den Fachbereichen und übernimmt die Weiterentwicklung des Rechtsradars. Das Rechtsradar umfasst im Wesentlichen die Erfassung wesentlicher aktueller und zukünftiger Rechtsänderungen und daraus ableitbarer Rechtsrisiken. Primäres Ziel des Rechtsradars ist, die für die einzelnen Abteilungen und Gesellschaften wesentlichen aktuellen und zukünftigen Rechtsrisiken (neue Gesetzgebung, Novellierungen, höchstgerichtliche Entscheidungen, etc.) und drohende Verwaltungsstrafen zu erheben und schriftlich zu dokumentieren. Darüber hinaus soll durch das Rechtsradar das Bewusstsein für die jeweiligen rechtlichen Rahmenbedingungen (inkl. wesentlicher bereits wirksamer Vorschriften) in den Fachbereichen gesteigert werden.

- ▶ Compliance Risiko Überwachung und Bewertung: Es obliegt Compliance, sämtliche Rechtsrisiken zu überwachen. Hier werden Methoden der internationalen Generali Gruppe (Joint Risk Assessment / Target Operating Model zur Risiko-Erhebung und -Bewertung) sowie eigene Verfahren angewendet. Die Überwachung des Rechtsumfeldes dient ebenfalls der Risiko Überwachung, aber es werden auch die Ausführungen der lokalen Aufsichtsbehörde sowie Erkenntnisse aus der Geschäftstätigkeit laufend evaluiert und Verbesserungs- sowie risikominimierende Maßnahmen definiert und umgesetzt. Das Risiko der Non-Compliance wird durch Verfahren und Schwerpunktaktivitäten systematisch und kontinuierlich gemindert. Dazu zählen zum Beispiel der Compliance Plan, Compliance Checks, konkrete IKS-Maßnahmen, die Validierung von internen Vorgaben, das Compliance Case Management sowie Schulungen und Awareness-Aktivitäten.
- ▶ Internes Regelwerk: Compliance ist zudem der Hüter des internen Regelwerkes und der damit verbundenen Prozesse. Das interne Regelwerkssystem dient auch als Basis für die Zusammenarbeit in der Gesellschaft und stellt die Konsistenz der internen Vorgaben und Prozesse sicher. Für das Inkraftsetzen eines internen Regelwerkes wird ein einheitlicher Prozess, der ausgehend vom Beschluss der Assicurazioni Generali S.p.A. bzw. lokal über die Validierung und eventuell nötige Anpassung für die Gesellschaft, bis hin zur Beschlussfassung, Inkraftsetzung, Veröffentlichung und Review, definiert.
- ▶ Hintanhaltung von Marktmissbrauch und Insiderhandel: Compliance überwacht sämtliche verwaltungsrechtliche Vorschriften zur Hintanhaltung von Marktmissbrauch (Marktmanipulation und Missbrauch von Insiderinformationen), insbesondere die §§154 ff iVm § 119 Abs. 4 BörseG 2018 und die Bestimmungen der Marktmissbrauchs-VO (EU). Abgeleitet aus obigen Normen ist Compliance insbesondere für die Erstellung einer themenbezogenen Richtlinie [„Richtlinie Verbot des Missbrauchs von Insiderinformationen und Marktmanipulation (Marktmissbrauch)“], für organisatorische Maßnahmen zur Hintanhaltung von Marktmissbrauch (z.B. Vertraulichkeitsbereiche, Insiderlisten, Handelssperren, Sperrfristen, Director’s Dealing, Whistleblowing) sowie Maßnahmen zur Instruktion der betroffenen Mitarbeiter (z.B. Verpflichtung, Schulung) verantwortlich.

B.5. INFORMATIONEN ZUR UMSETZUNG DER INTERNEN REVISIONSFUNKTION

B.5.1. UMSETZUNG UND GRUNDSÄTZE DER INTERNEN REVISION IM UNTERNEHMEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat die Interne Revisions-Funktion durch einen Dienstleistungsvertrag gem. § 109 VAG an die Generali Versicherung AG ausgelagert.

Die Tätigkeiten der Internen Revision werden in Übereinstimmung mit den organisatorischen Regeln durchgeführt, die in der vom Verwaltungsrat der Assicurazioni Generali S.p.A (Muttergesellschaft der Generali Group) am 29.07.2020 genehmigten „Audit Group Policy“ und in der vom Vorstand am 02.10.2020 genehmigten lokalen „Audit Policy“ (Version 9) definiert sind.

B.5.1.1. ROLLE

Die Interne Revisions-Funktion ist eine vom Vorstand eingerichtete unabhängige und objektive Funktion, die die Gesetzmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Geschäftsbetriebes sowie die Angemessenheit und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und der anderen Bestandteile des Governance-Systems prüft und bewertet. Die Interne Revisions-Funktion führt zu diesem Zwecke Prüfungs- und Beratungstätigkeiten durch, um den Vorstand mit Analysen, Empfehlungen, Maßnahmen und Informationen bezüglich der geprüften Prozesse zu unterstützen.

Gemäß „Audit Group Policy“ berichtet die Leiterin der Internen Revisions-Funktion dem Gesamtvorstand und letztendlich der Leiterin von Group Audit via dem Leiter von Business Unit Audit (ACEER -Region) auf Basis des „Solid-Line-Reporting-Modells“. Dadurch werden Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit vom operativen Management sowie effektivere Kommunikationsflüsse gewährleistet. Das Solid -Line -Reporting

GOVERNANCE-SYSTEM

umfasst die Organisationsstruktur (Einstellung, Ernennung, Entlassung, Vergütung und Budget im Einvernehmen mit dem Vorstand), die Zielvereinbarung und deren Beurteilung am Jahresende, die anzuwendende Prüf- und Berichtsmethode sowie Vorschläge zu ergänzenden Prüfthemen.

B.5.1.2. BEFUGNISSE

Die Interne Revisions-Funktion verfügt über einen vollständigen, uneingeschränkten und zeitnahen Zugang zu sämtlichen Unterlagen, Räumlichkeiten und Ansprechpartnern. Alle Informationen werden mit strikter Vertraulichkeit behandelt und auf Datensicherheit wird geachtet. Die Leiterin der Internen Revisions-Funktion hat auch freien und uneingeschränkten Zugang zu Unterlagen von Vorstand und Aufsichtsrat. Alle Mitarbeiter sind darüber informiert, die Interne Revisions-Funktion bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten zu unterstützen. Das Top-Management informiert die Leiterin der Internen Revisions-Funktion umgehend über alle wesentlichen potenziellen oder tatsächlichen Kontrollschwächen, einschließlich jener von externen Prüfern oder Aufsichtsbehörden identifizierten, sowie über jede größere Akquisition, Reorganisation oder Veräußerung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Risikomanagement- und Kontrollumgebung haben.

B.5.1.3. PROFESSIONALITÄT

Die Mitarbeiter der Internen Revisions-Funktion arbeiten entsprechend der verbindlichen Richtlinien des „Institut of Internal Auditors (IIA)“, den IIA Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision (inklusive Grundprinzipien für die berufliche Praxis der Internen Revision, Definition der Internen Revision, Ethik-kodex und die International Professional Practice of Internal Auditing (IPPF)).

Die Interne Revisions-Funktion verfügt über angemessene personelle, technische und finanzielle Ressourcen und die Mitarbeiter verfügen über jene Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen, die erforderlich sind, um ihre Aufgaben mit Sachkenntnis und professioneller Sorgfalt auszuführen und bilden sich laufend weiter. Dazu gehören auch insofern technische Fähigkeiten, um Prüfungen mit der Unterstützung von Datenanalyse durchzuführen bzw. um digitale Prozesse (z.B. Robotics und Artificial Intelligence) zu prüfen.

Alle Mitarbeiter erfüllen die spezifischen Fit & Proper-Anforderungen der „Fit & Proper Group Policy “ und vermeiden Tätigkeiten, die Interessenkonflikte verursachen. Sie verhalten sich ethisch einwandfrei und rechtskonform und behandeln Informationen, die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten bekannt werden, stets absolut vertraulich.

B.5.2. UNABHÄNGIGKEIT DER INTERNEN REVISION IM UNTERNEHMEN

Die Interne Revisions-Funktion wird nicht durch andere Organisationseinheiten bei der Auswahl von Prüfungen, des Prüfungsumfangs, der Methoden, der Häufigkeit, des Zeitpunkts oder des Berichtsinhalts beeinflusst, um die Aufrechterhaltung einer notwendigen unabhängigen und objektiven Tätigkeit sicherzustellen.

Die Leiterin der Internen Revisions-Funktion übernimmt keine Verantwortung für andere operative Funktionen und hat eine offene, konstruktive und kooperative Beziehung mit der Finanzmarktaufsicht, um den Informationsaustausch, der relevant ist für die Übernahme von Verantwortung und die Wahrnehmung der jeweiligen Aufgaben, zu unterstützen.

Die Mitarbeiter der Internen Revision haben keine operative Verantwortung in einem der geprüften Bereiche. Dementsprechend sind sie nicht an operativen organisatorischen Tätigkeiten oder an der Entwicklung, Implementierung oder Durchführung von organisatorischen oder internen Kontrollmaßnahmen beteiligt.

Die Notwendigkeit der Unparteilichkeit schließt nicht aus, dass die Interne Revisions-Funktion um eine Stellungnahme zu bestimmten Fragen im Zusammenhang mit den einzuhaltenden Grundsätzen des internen Kontrollsystems gebeten werden kann.

Die Interne Revisions-Funktion ist nicht verantwortlich für die Risikomanagement-, Compliance-, Aktuarielle- oder Geldwäsche-Funktion. Die Interne Revisions-Funktion arbeitet mit den anderen Kontrollfunktionen, auch mit der Geldwäsche-Funktion, und den (externen) Wirtschaftsprüfern zusammen, um die Effizienz und Effektivität des internen Kontrollsystems zu fördern.

B.5.3. WESENTLICHE PROZESSE DER INTERNEN REVISION IM UNTERNEHMEN

B.5.3.1. JAHRESPLANUNG

Jährlich schlägt die Leiterin der Internen Revisions-Funktion dem Vorstand einen Jahresplan zur Genehmigung vor. Der Jahresplan wird basierend auf einer risikobasierten Priorisierung der Unternehmensprozesse erstellt und berücksichtigt alle Geschäftstätigkeiten, das gesamte Governance-System, die erwarteten zukünftigen Entwicklungen, Innovationen in Prozessen, die Strategie bzw. Unternehmensziele und die Anliegen des Vorstandes. Weiters berücksichtigt der Jahresplan jegliche Mängel und neuen Risiken, die in früheren Revisionen erkannt wurden.

Der Jahresplan enthält die geplanten Prüfungen, die Auswahlkriterien, den Zeitplan sowie den Budget- und Ressourcenbedarf. Die Leiterin der Internen Revisions-Funktion teilt die Auswirkungen von Ressourcenbeschränkungen und wesentlichen zwischenzeitlichen Änderungen dem Vorstand mit. Der Vorstand diskutiert den Jahresplan und gibt diesen mit dem Budget und den angeforderten Mitarbeitern frei.

Der Jahresplan wird laufend überprüft und angepasst, um auf Veränderungen von Organisation, Risiken, Prozessen, Systemen, Kontrollen und Feststellungen zu reagieren. Jede signifikante Abweichung vom genehmigten Jahresplan wird im vierteljährlichen Tätigkeitsbericht an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und den Vorstand berichtet und von diesem freigegeben. Gegebenenfalls kann die Interne Revisions-Funktion Prüfungen durchführen, die nicht im Revisionsplan enthalten sind, oder Beratungsdienste im Zusammenhang mit Governance, Risikomanagement und Kontrollen, soweit dies für das Unternehmen angemessen ist, tätigen.

B.5.3.2. PRÜFUNGSTÄTIGKEITEN

Alle Prüfungen werden nach einer einheitlichen konzernweiten Gruppen-Methodik, die auch das Gruppen Revisions-IT-Tool beinhaltet (detailliert beschrieben im Group Audit Manual), durchgeführt. Der Umfang der Prüfungstätigkeit umfasst auf jeden Fall die Bewertung der Angemessenheit und Wirksamkeit der Governance, des Risikomanagements und der internen Kontrollprozesse in Bezug auf die definierten Ziele und Vorgaben des geprüften Bereiches.

B.5.3.3. BERICHTERSTATTUNG UND ÜBERWACHUNG

Nach Abschluss jeder Prüfung wird ein schriftlicher Revisionsbericht erstellt und an den geprüften Bereich gemäß Hierarchie verteilt. Der Revisionsbericht beinhaltet die, je nach Bedeutung, bewerteten Feststellungen bezüglich der Effizienz und Angemessenheit des internen Kontrollsystems, genauso wie wesentliche Mängel bei der Einhaltung der internen Richtlinien, Verfahren, Prozesse und Unternehmensziele. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zu den identifizierten Feststellungen und die dazugehörigen Umsetzungs-termine sind im Revisionsbericht dokumentiert.

GOVERNANCE-SYSTEM

Der Vorstand beschließt in der Vorstandssitzung, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen und hat mit den geprüften Geschäftsbereichen die Verantwortung diese zu implementieren.

Die Interne Revisions-Funktion ist für die Überwachung der angemessenen Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen zuständig.

Die Leiterin der Internen Revisions-Funktion berichtet zumindest quartalsweise dem Vorstand und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates über die Revisionstätigkeiten, signifikante Feststellungen und Maßnahmen sowie deren Umsetzungsstatus während des Berichtszeitraumes. Besondere Vorkommnisse berichtet die Leiterin der Internen Revisions-Funktion ad hoc und unmittelbar an den Vorstand, den Leiter der Internen Revisions-Funktion der ACEER Region und der Leiterin von Group Audit.

B.5.3.4. QUALITÄTSSICHERUNGS- UND VERBESSERUNGSPROGRAMM

Die Interne Revisions-Funktion pflegt ein Qualitätssicherungs- und Qualitätsverbesserungsprogramm, das alle Aspekte der Prüfungstätigkeiten abdeckt. Das Programm beinhaltet eine Bewertung der Übereinstimmung der Prüfungsaktivitäten mit den IPPF-Standards, der „Audit Policy“ und dem „Group Audit Manual“ sowie eine Bewertung, ob die Revisoren den Ethikkodex befolgen. Das Programm bewertet auch die Effizienz und Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit und erkennt eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten.

B.6. VERSICHERUNGSMATHEMATISCHE FUNKTION

B.6.1. INFORMATION ZUR VERSICHERUNGSMATHEMATISCHEN FUNKTION: ORGANISATIONSSTRUKTUR UND ENTSCHEIDUNGSPROZESS IM UNTERNEHMEN SOWIE STATUS UND RESSOURCEN

Die Versicherungsmathematische Funktion wurde im Einklang mit der Group Actuarial Function Policy eingerichtet. Die Wahrnehmung der Versicherungsmathematischen Funktion erfolgt für die BAWAG PSK Versicherung in Form der Arbeitskräfteüberlassung durch den Leiter der Versicherungsmathematischen Funktion der Generali Versicherung. Die Versicherungsmathematische Funktion berichtet direkt an den Vorstand der BAWAG PSK Versicherung sowie an den ACEER BU Head of Actuarial Function.

Die Versicherungsmathematische Funktion ist für die Umsetzung der Gruppenrichtlinie „Actuarial Function Group Policy“ in der lokalen Organisation verantwortlich. Ergänzend erstellt sie lokale Leitlinien, die vom Vorstand beschlossen werden, um zusätzlichen lokalen Anforderungen nachzukommen. Sie überwacht und berücksichtigt neue Vorschriften der lokalen Aufsichtsbehörden, die für die Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz relevant sind.

Die Versicherungsmathematische Funktion koordiniert und validiert die mindestens quartalsweise Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz, welche ab 01.01.2021 in der Abteilung Actuarial Calculations der Generali Versicherung AG durchgeführt wird. Bis zum 31.12.2020 wurde die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen der Solvenzbilanz durch eine von der Validierung getrennten Einheit innerhalb der Versicherungsmathematischen Funktion durchgeführt. Dadurch ist die Unabhängigkeit der Tätigkeiten der Versicherungsmathematischen Funktion von der Kalkulation sichergestellt.

Der Leiter der Versicherungsmathematischen Funktion hat uneingeschränkten Zugang zu allen Informationen, die zur Ausführung seiner Tätigkeit notwendig sind.

Die Versicherungsmathematische Funktion stellt die Angemessenheit der Methoden und Basismodelle sowie der getroffenen Annahmen sicher, die bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendet werden. Sie bewertet die Hinlänglichkeit und die Qualität der Daten bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Der Leiter der Versicherungsmathematischen Funktion legt dem Vorstand eine unabhängige Stellungnahme zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen vor, die eine begründete Analyse zur Verlässlichkeit und zur Angemessenheit ihrer Berechnung enthält. Diese Analyse wird durch Sensitivitätsanalysen untermauert, in der die Sensitivität der versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber jedem einzelnen der größeren Risiken untersucht wird, die den von den versicherungstechnischen Rückstellungen abgedeckten Verpflichtungen zugrunde liegen.

Die Versicherungsmathematische Funktion gibt außerdem eine unabhängige Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik und über die Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen ab.

Die Versicherungsmathematische Funktion erstellt jährlich einen schriftlichen Bericht, der dem Vorstand vorgelegt wird. Der Bericht dokumentiert alle von ihr wahrgenommenen Aufgaben sowie die erzielten Ergebnisse, benennt etwaige Mängel und enthält Empfehlungen zur Behebung solcher Mängel.

Die Versicherungsmathematische Funktion wirkt auch bei der wirksamen Umsetzung des Risikomanagement-Systems gemäß § 110 VAG mit, insbesondere im Hinblick auf die Schaffung von Risikomodelle, die der Berechnung der Solvenz- und Mindestkapitalanforderung zugrunde liegen, und bei der unternehmens-eigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung gemäß § 111 VAG.

Der Leiter der Versicherungsmathematischen Funktion hat ein abgeschlossenes Mathematikstudium und eine versicherungsmathematische Ausbildung. Er hat langjährige berufliche Erfahrung in der Versicherungswirtschaft und ist zudem Mitglied der Sektion anerkannter Aktuarien der Aktuarvereinigung Österreichs.

B.7. AUSLAGERUNG

B.7.1. ALLGEMEINE INFORMATION

Die BAWAG PSK Versicherung folgt dem generellen Grundsatz, dass zur Hebung von Synergie-Effekten bzw. zur Vereinheitlichung von Prozessen Auslagerungen in Gruppengesellschaften unterstützt werden sollen. Jede Auslagerung wird durch einen Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag begründet, der von zumindest einem Mitglied des Vorstandes unterfertigt ist. Damit ist die Einbindung der Geschäftsleitung sichergestellt.

B.7.2. INFORMATION ZU INTERNEN REGELWERKEN

B.7.2.1. WESENTLICHE INHALTE DER OUTSOURCING GROUP POLICY

Die Outsourcing Group Policy legt verpflichtende Mindeststandards fest, die im Rahmen der Übertragung von Dienstleistungen anzuwenden sind, um angemessene Kontrollen und Governance Strukturen einzurichten, wenn Auslagerungsinitiativen getätigt werden.

Die Regelungen dieser Policy gelten für die BAWAG PSK Versicherung und geben einen Überblick, welche wesentlichen Prinzipien im Rahmen der Implementierung von Auslagerungen eingehalten werden müssen. Die Policy folgt einem risikobasierten Ansatz unter Berücksichtigung des Proportionalitätsprinzips, um den

GOVERNANCE-SYSTEM

Anforderungen des Risikoprofils (unterschieden in kritische und nicht-kritische Auslagerungen), der Materialität jedes Auslagerungsvertrages und des Umfangs der Kontrollen der Dienstleister zu entsprechen.

Für jeden Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag ist ein Auslagerungsbeauftragter ernannt, dessen Verantwortung in der allgemeinen Begleitung des Auslagerungs-Lebenszyklus (von Risiko-Evaluierung bis zum Begleiten der Auslagerungsvereinbarung und des Weiteren für die darauffolgende Überwachung gem. der definierten Service Level Agreements) liegt.

Grundsätzlich folgt die Outsourcing Group Policy der Vorgabe, dass Auslagerungen von kritischen bzw. wesentlichen Funktionen im Land der Gesellschaft erfolgen. Diesem Grundsatz wird generell Folge geleistet, jedoch bilden Auslagerungen in Gesellschaften der internationalen Generali Gruppe hier eine Ausnahme. Dies betrifft insbesondere Auslagerungen an die Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM), Triest.

Die Outsourcing Group Policy wird durch die lokale Richtlinie Auslagerung spezifiziert. Diese Richtlinie beschreibt detailliert Rollen, Prozesse und Berichtspflichten für Auslagerungen der BAWAG PSK Versicherung.

B.7.2.2. ANGABEN ZUR UMSETZUNG DER GRUNDSÄTZE DES VERSCHÄRFTEN AUSLAGERUNGS-REGIMES GEMÄSS VAG

Die Outsourcing Group Policy wurde in der BAWAG PSK Versicherung beschlossen und umgesetzt.

Im Rahmen der Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften und der Vorgaben der Outsourcing Group Policy wurden eine Ist-Erhebung der aktuellen ausgelagerten Dienstleistungen sowie eine Bewertung der Kategorie der Auslagerungen durchgeführt. Es wurden drei unterschiedliche Ausprägungen definiert:

- ▶ Genehmigungspflichtige Auslagerung: Auslagerung einer kritischen oder wesentlichen Funktion in kein konzessioniertes (Rück-)Versicherungsunternehmen
- ▶ Anzeigepflichtige Auslagerung: Auslagerung erfolgt in ein konzessioniertes (Rück-)Versicherungsunternehmen
- ▶ Als nicht anzeigepflichtig bewertete Auslagerung: Tatbestand der Auslagerung (zumindest von Teilbereichen) liegt vor, jedoch Wesentlichkeit ist nicht gegeben. Daraus folgend ist die ausgelagerte Dienstleistung nicht anzeigepflichtig bei der FMA.

Angaben zu kritischen Auslagerungen

Übersicht Auslagerungen der BAWAG PSK Versicherung (per 31.12.2020)			
Ausgelagerte Bereiche	Dienstleister	Hinweise zur Genehmigungs- bzw. Anzeigepflicht	Weitere Informationen
Interne Revisions-Funktion	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerungs-Anzeige aufgrund Governance-Funktion wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Interne Revisions-Funktion soll aufgrund von Vorgaben der Audit Policy zentral erfolgen.
Compliance-Funktion	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerungs-Anzeige aufgrund Governance-Funktion wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Der Chief Compliance Officer der Generali Gruppe Österreich nimmt diese Funktion auch für die BAWAG PSK Versicherung wahr.
Verhinderung von Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Die Funktion des Geldwäschebeauftragten ist an die Generali Versicherung ausgelagert.
Datenschutz	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Der Konzerndatenschutzbeauftragte der Generali Gruppe Österreich nimmt diese Funktion auch für die BAWAG PSK Versicherung wahr.
Versicherungstechnik Leben	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Teile der Versicherungstechnik Leben (u.a. die Frontoffice Entwicklung, die fachliche Entwicklung im Rahmen der Produkt- und Systementwicklung Back-Office, die Durchführung funktionaler Tests) sind ausgelagert. Bereitsstellung des verantwortlichen Aktuars (Mag. Michael Lohwasser)
Support Produkt Management fondsgebundene (FLV)/indexgebundene (ILV) Lebensversicherung	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Teile des FLV/ILV Produktmanagement (u.a. die Unterstützung bei der Produktentwicklung bzw. Produkteinführung, die Produktoptimierung, Unterstützung bei Kundenanfragen, laufendes Reporting an den Vorstand, Wertpapierschulungen für interne Bereiche) sind ausgelagert.
IT-Dienstleistungen	Generali Versicherung, Wien	Die Anzeige wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Teile der IT Dienstleistungen (u.a. Softwaredienstleistungen, Anwendungsbetrieb inkl. IT Risk and Security Function, User Help Desk, Bereitstellung, i.e. Entwicklung, Wartung und Support von Individualsoftware) sind ausgelagert.

GOVERNANCE-SYSTEM

Übersicht Auslagerungen der BAWAG PSK Versicherung (per 31.12.2020)

Ausgelagerte Bereiche	Dienstleister	Hinweise zur Genehmigungs- bzw. Anzeigepflicht	Weitere Informationen
Konzernrecht	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Keine umfassende Aufzählung: Überwachung von gesellschaftsrechtlichen Aktivitäten und Pflichten in Bezug auf die BAWAG PSK Versicherung; Sicherstellung der juristischen Unterstützung bei wesentlichen M&A und Finanztransaktionen; rechtliche Betreuung und Beratung der Geschäftsleitung der BAWAG PSK Versicherung in allen gesellschaftsrechtlichen Belangen; allgemeine Rechtsangelegenheiten (Unterstützung bei der Auswahl externer Berater und Rechtsanwälte, Vertretung gegenüber Ämtern, Behörden und Gerichten, insbesondere FMA, Finanzämtern in Grunderwerb- und Umgründungssteuerangelegenheiten, den Gewerbebehörden, dem Datenverarbeitungsregister, dem Markenregister und dem Firmenbuch, Beratung und Unterstützung der jeweiligen Geschäftsleitung bei der Identifizierung, Handhabung und Entschärfung von Rechts- und Reputationsrisiken, etc.); Gesellschafts- und Aufsichtsrecht (Aufsichtsratssitzungen, Haupt- und Generalversammlungen, Erstellung, Änderung und Wartung der Gesellschaftsverfassung, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, einschließlich deren Erhöhung oder Verminderung, Einholung erforderlicher Genehmigungen und Erstattung von Meldungen/ Eingaben an Firmenbuch, Aufsichtsbehörde etc.); Investmentrecht (rechtliche Beratung der Geschäftsleitung, Erstellung von Auslagerungsverträgen im Zusammenhang mit Veranlagung in Investments, Einholung von Behördengenehmigungen, etc.)
Asset Management	Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR, Triest	Genehmigungs-Anzeige, da Auslagerung an ein ausländisches Nicht-Versicherungsunternehmen erfolgt. Die Genehmigung wurde durch die FMA erteilt.	Auslagerung an ausländische Kapitalanlagegesellschaft, genehmigungspflichtige Auslagerung

Übersicht Auslagerungen der BAWAG PSK Versicherung (per 31.12.2020)			
Ausgelagerte Bereiche	Dienstleister	Hinweise zur Genehmigungs- bzw. Anzeigepflicht	Weitere Informationen
Finanz Daten und Projekt Management	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Keine umfassende Aufzählung: Beratung für optimale Nutzung der SAP-Anwendungen; Definition der SAP Strategie; Customizing von Konzernstandards und mandantenabhängige Einstellungen; SAP Vertrags- und Kontaktmanagement; SAP Qualitätsmanagement; User-Berechtigungsadministration; Releasewechsel; SAP Testmanagement; Customizing, Test und Dokumentation der Systemeinstellungen, Anlage der Stammdaten; Einschulung der Mitarbeiter; Erhebung von Programmieranforderungen; Einhaltung der Konzernstandards, wo es technische Abhängigkeiten gibt; Berechtigungsadministration; Einhaltung der SAP-Basiskonzepte
Rechnungswesen	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Teile des Rechnungswesens (u.a. die Anlagenbuchhaltung, der SAP-1st-Level-Support, die Steuerverwaltung, -bilanzierung und -beratung, die Rückversicherungsverrechnung, die Vermögensverwaltung, das Corporate Finance) sind ausgelagert.
Cash Management	Generali Versicherung, Wien	Die Auslagerung wurde durch die FMA zur Kenntnis genommen.	Keine umfassende Aufzählung: Der überwiegende Teil des Cash Managements und des Treasury (u.a. die Übermittlung von Datenträgern an die Bank, die Einrichtung, das Customizing und der Support von Electronic Banking (ELBA), Autobank und Moneta sowie von SAP Systemen und Queries, die Disposition, das Management der Bankkonten, die Kreditorenbuchhaltung, manuelle Buchungen und die Auskunftserteilung an das Service Center) sind ausgelagert.

Sämtliche anzeige- und genehmigungspflichtigen Auslagerungen wurden fristgerecht bei der FMA angezeigt. Die Aufsichtsbehörde hat diese zur Kenntnis genommen bzw. die Genehmigung erteilt.

GOVERNANCE-SYSTEM

B.7.2.3. AUSLAGERUNG GOVERNANCE-FUNKTIONEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat die Interne Revisions-Funktion an die zentrale Abteilung Interne Revision der Generali Versicherung, in Übereinstimmung mit der durch den Vorstand der Gesellschaft beschlossenen Audit Policy, ausgelagert.

Aufgrund oben angeführter Regelung und hinsichtlich eines optimalen Ressourcen-Einsatzes hat die Geschäftsleitung entschieden, eine zentrale Interne Revision in der Generali Versicherung einzurichten, die auch die Interne Revisions-Funktion gem. § 119 VAG für die BAWAG PSK Versicherung wahrnimmt. Dies führt zu einem Synergieeffekt hinsichtlich der Kapazitäten und ermöglicht darüber hinaus eine objektive Beurteilung im Rahmen der Revisionen.

Die Auslagerung in die Generali Holding Vienna ist bei der FMA anzeigepflichtig. Diese Anzeige wurde am 19. November 2015 bei der FMA eingebracht und in dem Schreiben vom 20. April 2016 der FMA zur Kenntnis gebracht. Infolge der Einbringung der Generali Holding Vienna in die Generali Versicherung wurden mit 30. März 2018 die Auslagerungs- und Dienstleistungsverträge vom 16. November 2015 mit der Generali Versicherung und der Generali Holding Vienna überarbeitet und zu einem Vertrag zusammengefasst, welcher die zuvor bestehenden Vereinbarungen ersetzt. Die Kenntnisnahme der FMA erfolgt mit 16. November 2018.

Die Risikomanagement-Funktion zu gewissen Teilen (bis 31.12.2019) und die Compliance-Funktion sind ebenfalls an die Generali Versicherung ausgelagert. Ab 01.01.2020 wird die Risikomanagement-Funktion innerhalb der BAWAG PSK Versicherung durch teilentendete Experten aus der Abteilung Risikomanagement der Generali Versicherung wahrgenommen.

Diese Auslagerungen wurden seitens des Vorstandes zur Nutzung von Synergieeffekten und Kosteneinsparung durchgeführt. Die Überprüfung der Erfüllung der rechtlichen Vorgaben der ausgelagerten Bereiche erfolgt durch die Auslagerungsbeauftragten und durch einen intensiven Austausch der verantwortlichen Ressortvorstände mit den dienstleistenden Einheiten der Generali Versicherung.

B.7.2.4. AUSLAGERUNG FUNKTION DES GELDWÄSCHE-BEAUFTRAGTEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat die Funktion des Geldwäsche-Beauftragten und die damit verbundenen Aufgaben im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung mit der Generali Versicherung ausgelagert.

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Gewinnung von Synergieeffekten und in der Verbesserung und Vereinheitlichung von gruppenweiten Prozessen. Weiters wird die Kostenstruktur durch bessere Auslastung der Ressourcen, optimierte Nutzung des vorhandenen Know-Hows sowie durch Ausschöpfung von Skaleneffekten verbessert.

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 16. November 2015 unterzeichnet und wird durch den Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag vom 30. März 2018 zwischen BAWAG PSK Versicherung und Generali Versicherung ersetzt. Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Wahrnehmung der Einhaltung sämtlicher verwaltungsrechtlicher Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (vor allem FM-GwG und WiEReG) für die BAWAG PSK Versicherung
- ▶ Erstellung eines Geldwäscheberichts einmal jährlich

- ▶ Wahrnehmung der Einhaltung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) für die BAWAG PSK Versicherung
- ▶ Wahrnehmung der Einhaltung des GMSG (Gemeinsamer Meldestandard-Gesetz) zwecks automatischen Austausches von Informationen über Finanzkonten als teilnehmende Staaten nach § 91 GMSG

Durchführung von tourlichen Abgleichen von Kundenbeständen gegen die gültigen Political Exposed Person (PEP) und Sanktionslisten.

B.7.2.5. AUSLAGERUNG KONZERNDATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Die BAWAG PSK Versicherung, Wien, hat die Funktion Datenschutzbeauftragter sowie Dienstleistungen im Bereich Datenschutz an die Generali Versicherung, Wien, ausgelagert.

Die Anzeige dieser Auslagerung wurde am 10. April 2018 bei der FMA eingebracht und in einem Schreiben der FMA vom 16. November 2018 zur Kenntnis genommen.

Insbesondere folgende Aufgaben sind ausgelagert:

- ▶ Datenschutzrechtliche Unterrichtung und Beratung
- ▶ Überwachung der Einhaltung der DSGVO bzw. anderer Datenschutzvorschriften der EU oder von Österreich sowie der Strategien der Gesellschaft für den Schutz personenbezogener Daten
- ▶ (Auf Anfrage) Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgenabschätzung und Überwachung ihrer Durchführung gemäß Art. 35 DSGVO
- ▶ Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde
- ▶ Übernahme einer Koordinationsfunktion (umfasst neben den betroffenen Personen, die Datenschutzbehörde, die Generali Gruppe Österreich und auch die Koordination innerhalb der Generali Group)
- ▶ Beratung iZm Data Breaches oder anderen Zwischenfällen und Durchführung von diesbezüglichen Meldungen an die Datenschutzbehörde bzw. an betroffene Personen

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der datenschutzrechtlichen Bestimmung des Art. 37 Abs. 2 DSGVO (= gemeinsamer Datenschutzbeauftragter für Unternehmensgruppe) und der damit verbundenen weitgehend vereinheitlichten Strategien der Gesellschaften für den Schutz personenbezogener Daten. Darüber hinaus wurden durch die Auslagerung der Funktion seitens des Vorstandes die Nutzung von Synergieeffekten und Kosteneinsparung durchgeführt. Die Überprüfung der Erfüllung der rechtlichen Vorgaben des ausgelagerten Bereichs erfolgt durch die Auslagerungsbeauftragten und durch einen Austausch der Vorstände mit dem Konzerndatenschutzbeauftragten.

B.7.2.6. AUSLAGERUNG VERSICHERUNGSTECHNIK LEBEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat einige Dienstleistungen aus dem Bereich Lebensversicherung Technik im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung mit der Generali Versicherung ausgelagert.

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Gewinnung von Synergieeffekten und in der Verbesserung und Vereinheitlichung von gruppenweiten Prozessen. Weiters wird die Kostenstruktur durch bessere Auslastung der Ressourcen, optimierte Nutzung des vorhandenen Know-Hows sowie durch Ausschöpfung von Skaleneffekten verbessert.

GOVERNANCE-SYSTEM

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 16. November 2015 unterzeichnet und wird durch den Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag vom 30. März 2018 zwischen BAWAG PSK Versicherung und Generali Versicherung ersetzt. Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Frontoffice Entwicklung: Zubringung und Wartung der verkaufsoffenen Tarife im System, Modellierung der Beratungs-Druckdokumente, Koordination mit den betroffenen IT-Gruppen
- ▶ Fachliche Entwicklung im Rahmen der Produkt- und Systementwicklung Back-Office: Programmierung von Tarifen und Funktionalitäten, Abstimmung mit der technischen Bestandsführung, Modellierung der Back-Office Druckdokumente, Koordination von Change Requests
- ▶ Durchführung der funktionalen Tests: Erstellung und Abstimmung von Testplänen, Durchführung der fachlich funktionalen Tests

Ab 01.07.2019 wurde die Auslagerung um die Aufgaben des Aktuariats erweitert und Herr Mag. Michael Lohwasser hat die Funktion des verantwortlichen Aktuars übernommen.

Die Neubestellung des verantwortlichen Aktuars wurde am 14. Mai 2019 bei der FMA eingebracht und in einem Schreiben der FMA vom 17. Juni 2019 akzeptiert. Die Erweiterung des Service Level Agreements zur Auslagerung im Bereich Versicherungstechnik Leben als Anhang zum bestehenden Auslagerungsvertrag vom 30.03.2018 wurde mit 14. Juni 2019 an die FMA übermittelt und in einem Schreiben der FMA vom 26. August 2019 zur Kenntnis genommen.

Das Service Level Agreement wurde ergänzt und die Änderungen fristgerecht der FMA zur Kenntnis gebracht.

Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Übernahme des verantwortlichen Aktuars und Stellvertreter
- ▶ Erstellung und Analyse der versicherungstechnischen Rückstellungen
- ▶ Aktuarielle Produktentwicklung
- ▶ Rückversicherung (Erstellung der Abrechnung)
- ▶ Schnittstelle zur Versicherungsmathematischen Funktion
- ▶ Durchführung von kalkulatorischen Tests
- ▶ Reporting (z.B. Erstellung des Aktuarsberichts)

B.7.2.7. AUSLAGERUNG PRODUKTMANAGEMENT FLV/ILV

Die BAWAG PSK Versicherung hat einige Dienstleistungen aus dem Bereich Produktmanagement FLV/ILV im Rahmen einer Dienstleistungsvereinbarung mit der Generali Versicherung ausgelagert.

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Gewinnung von Synergieeffekten und in der Verbesserung und Vereinheitlichung von gruppenweiten Prozessen. Weiters wird die Kostenstruktur durch bessere Auslastung der Ressourcen, optimierte Nutzung des vorhandenen Know-Hows sowie durch Ausschöpfung von Skaleneffekten verbessert.

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 16. November 2015 unterzeichnet und wird durch den Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag vom 30. März 2018 zwischen BAWAG PSK Versicherung und Generali Versicherung ersetzt. Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Unterstützung bei Produktentwicklungen bzw. Produkteinführungen, Fondsanalyse, Fondsauswahl, laufende Produktoptimierung, Vorstellung von Produktideen, Unterstützung bei der Erstellung der jährlichen Wertnachrichten, Kontroll- und Unterstützungsfunktion

- ▶ Reporting: laufendes Reporting an den Vorstand und Abteilungsleiter der BAWAG PSK Versicherung
- ▶ Schulung: Wertpapierschulungen für interne Bereiche

B.7.2.8. AUSLAGERUNG IT-DIENSTLEISTUNGEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat eine Dienstleistungsvereinbarung mit der Generali Versicherung über IT-Leistungen abgeschlossen.

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 6. Juni 2016 unterzeichnet. Mit Wirksamkeit von 1. Januar 2016 sind folgende Aufgaben ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Software-Dienstleistungen
- ▶ Anwendungsbetrieb inkl. Infrastruktur
- ▶ Arbeitsplatzausstattung und User Help-Desk
- ▶ IT Risk und Security Function

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Erzielung von Synergieeffekten und in der Verbesserung von gruppenweiten Prozessen durch eine einheitliche Systemlandschaft. Ziel der gruppenweiten Vereinheitlichung von Systemen und Anbietern ist es, Redundanzen in den jeweiligen Ländern zu reduzieren und dadurch eine bessere Kostenstruktur zu erzielen. Die Vereinheitlichung der Systemlandschaft ermöglicht es, gruppenweite Projekte und Methoden auf einheitlichen Plattformen durchführen zu können. Der Wegfall von Systembrüchen bietet allen Mitarbeitern der Generali Gruppe einen Vorteil. Die Auslagerung in eine zentrale IT-Abteilung fördert zudem eine umfassende Auslastung und Nutzung des vorhandenen Know-Hows für alle Benutzer und Gesellschaften.

B.7.2.9. AUSLAGERUNG ASSET MANAGEMENT

Die BAWAG PSK Versicherung hat im Bereich Vermögensveranlagung ein Governance-System eingerichtet, das sich an jenem der internationalen Generali Gruppe orientiert. Als wesentlicher Eckpunkt wurde eine Trennung von Investment Management und Asset Management umgesetzt, deren Aufgabenzuordnung sich wie folgt darstellt:

Investment Management beinhaltet insbesondere:

- ▶ langfristige (strategische) Ausrichtung der Kapitalanlagen: Strategic Asset Allocation (SAA) Entscheidungen
- ▶ entsprechende Portfolio Implementierung
- ▶ taktische Steuerung der Veranlagung
- ▶ Planung, Vorscheurechnung, Ergebnisüberwachung und Reporting

Asset Management beinhaltet insbesondere das operative Portfolio-Management entsprechend den erteilten Mandaten (u.a. Titel- und Produktselektion).

Wesentlich für die Entscheidung zur Auslagerung des Asset Managements war es, Synergieeffekte zu nutzen und am Experten Know-How zu partizipieren. Als zentraler Asset Manager der Gruppe wurde Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM) definiert und beauftragt. Ziel ist, dass die BAWAG PSK Versicherung vom professionellen Set-up profitieren kann. Dies umfasst beispielsweise das Know-How der Asset-Klassen-Experten, ein profundes Makro- und Credit-Research sowie Skaleneffekte und eine stringente Governance.

GOVERNANCE-SYSTEM

Der Output des SAA-Prozesses ist eingebettet in den Asset Management Mandaten, welcher die Beziehung zwischen der BAWAG PSK Versicherung und der GIAM regelt. Mandate müssen sowohl SAA Grenzen für jede Asset Klasse enthalten, als auch Ertragsziele und Beschränkungen (quantitative und qualitative Limits).

Die GIAM ist zuständig für die Implementierung und Durchführung der Asset Management Mandate für jedes diesbezügliche Portfolio sowie für die Sicherstellung des „Best Execution“-Prinzips in Bezug auf die Auswahl des jeweiligen Instruments, die Preisgestaltung und das Timing.

Die GIAM führt die übertragenen Asset Management Aktivitäten unter Einhaltung der in den Auslagerungs- und Dienstleistungsverträgen, den internen Regelwerken der internationalen Generali Gruppe sowie den auf die übertragenen Aufgaben anwendbaren aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen, so wie sie in den Asset Management Mandaten der BAWAG PSK Versicherung jeweils definiert werden, auf Grundlage und im Rahmen der übertragenen Befugnisse aus.

Die GIAM ist ein von der italienischen Notenbank, der Banca d'Italia sowie von der italienischen Börsenaufsicht, Commissione Nazionale per le Società e la Borsa (CONSOB), reguliertes Unternehmen und übt die Tätigkeit basierend auf folgenden Hauptgrundsätzen aus:

- ▶ Organisation, Prozesse, Verfahren und interne Kontrollen sind so aufgestellt, dass die Einhaltung der geltenden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und Best Practices der Industrie gewährleistet sind.
- ▶ Diskretionäre Ausübung der delegierten Asset Management Aktivitäten innerhalb festgelegter Grenzen in den Asset Management Mandaten und unter der Aufsicht des Group Chief Investment Officer (GCIO), wobei sichergestellt ist, dass Gruppen-Unternehmen bindende Weisungen erteilen können.
- ▶ Kontrolle aller Back-Office Tätigkeiten (Auftragsbestätigung, Durchführungsabstimmung, usw.) einschließlich Abwicklung.

B.7.2.10. AUSLAGERUNG RECHNUNGSWESEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat einige Dienstleistungen aus dem Bereich Rechnungswesen im Rahmen eines Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrages an die Generali Versicherung ausgelagert.

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Gewinnung von Synergieeffekten und in der Verbesserung und Vereinheitlichung von gruppenweiten Prozessen. Weiters wird die Kostenstruktur durch bessere Auslastung der Ressourcen, optimierte Nutzung des vorhandenen Know-Hows sowie durch Ausschöpfung von Skaleneffekten verbessert.

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 16. November 2015 unterzeichnet und wird durch den Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag vom 30. März 2018 zwischen BAWAG PSK Versicherung und Generali Versicherung ersetzt. Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Die Anlagenbuchhaltung: Durchführung des Abschreibungs-Laufs, Abstimmung der Hauptbuchkonten mit den Daten aus dem Nebenbuch, Erstellung und Übermittlung des Anlagenspiegels, der Absetzung für Abnutzung (AfA)-Daten, Stichtagsinventur, laufende Anlagenbuchhaltung, Reporting
- ▶ SAP-1st-Level-Support: Eröffnung von Sachkonten, 1st-Level-Support bei Problemen mit SAP-FI
- ▶ Steuerverwaltung/Tax Compliance: Erstellung und Einreichung der Steuererklärungen, Berechnung und Bilanzierung der Körperschaftsteuer, laufenden und latenten Steuern sowie der latenten Gewinnbeteiligung, Steuerplanung, Steuerberatung
- ▶ Rückversicherungsverrechnung inkl. Durchführung des Zahlungsausgleichs und Ansprechpartner für die Prüfung

- ▶ Vermögensverwaltung: Verwaltung und Verbuchung von Wertpapieren, Darlehen, Derivaten, Festgeldern
- ▶ Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung: Veranlagung, Verwaltung und Verbuchung der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung
- ▶ Finanzreporting: Meldewesen an FMA und Oesterreichische Nationalbank (OeNB), aufsichtliche Berichterstattung, Koordination und Projektleitung für den Quantitative Reporting Templates (QRT)-Prozess, Customizing und Validierung der Reportingsysteme
- ▶ Konsolidierung: Wartung der SAP-Queries, Koordination der Konsolidierung
- ▶ Corporate Finance: Unternehmens- und Beteiligungsbewertung

B.7.2.11. AUSLAGERUNG CASH MANAGEMENT

Die BAWAG PSK Versicherung hat das Cash Management im Rahmen eines Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrages an die Generali Versicherung ausgelagert.

Die Beweggründe der Auslagerung liegen v.a. in der Gewinnung von Synergieeffekten und in der Verbesserung und Vereinheitlichung von gruppenweiten Prozessen. Weiters wird die Kostenstruktur durch bessere Auslastung der Ressourcen, optimierte Nutzung des vorhandenen Know-Hows sowie durch Ausschöpfung von Skaleneffekten verbessert.

Der Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag wurde am 16. November 2015 unterzeichnet und wird durch den Auslagerungs- und Dienstleistungsvertrag vom 30. März 2018 zwischen BAWAG PSK Versicherung und Generali Versicherung ersetzt. Folgende Aufgaben sind ausgelagert (keine umfassende Aufzählung):

- ▶ Kreditoren- und Bankbuchhaltung
- ▶ Übermittlung von Datenträgern an die Bank
- ▶ Einrichtung und Customizing der Module und Support im täglichen Gebrauch für diverse im Einsatz befindliche Treasury- und Dispositions-Systeme
- ▶ Konzeption und laufende Aktualisierung der SAP-Queries für Liquiditätsrechnungen
- ▶ Betreuung diverser Reports
- ▶ Verhandlungen von Gruppenverträgen mit den Banken
- ▶ Kreditorenstammdatenpflege
- ▶ Aktualisierung der automatisierten Vorschreibungen, Mahnungen, Vinkulargläubigerverständigungen im SAP System

GOVERNANCE-SYSTEM

B.8. SONSTIGE ANGABEN

B.8.1. BEWERTUNG DER ANGEMESSENHEIT DES GOVERNANCE-SYSTEMS UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DES INHÄRENTEN RISIKOS VOR DEM HINTERGRUND DER ART, DES UMFANGS UND DER KOMPLEXITÄT DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Der Chief Compliance Officer hat dem Gesamtvorstand in der Vorstandssitzung vom 25. März 2021 die Ergebnisse der jährlichen Überprüfung des Governance-Systems vorgelegt.

Die Überprüfung der Einhaltung der relevanten einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (RRL 2009/138/EG, DV EU/2015/35, VAG) ergab, dass diese vollumfänglich umgesetzt sind.

Die Wirksamkeit des Governance-Systems wurde anhand folgender Aspekte überprüft:

- ▶ Organisationsstruktur
- ▶ Ressortaufteilung im Hinblick auf Risikokonzentration und Interessenskonflikte
- ▶ Komiteestruktur und Umsetzung der Geschäftsordnungen
- ▶ Implementierung der schriftlich festgelegten internen Regularien

Aus dieser Prüfung resultierende Erkenntnisse:

- ▶ Das Governance-System der BAWAG PSK Versicherung ist unter Berücksichtigung des Risikoexposures der Geschäftstätigkeit konzipiert und implementiert.
- ▶ Der Aufsichtsrat, der Vorstand und die Governance-Funktionen haben sich Regelungen unterworfen, die die gesetzlichen Bestimmungen einhalten.
- ▶ Die Informationsweitergabe zwischen den Personen, die das Unternehmen tatsächlich führen und den Governance-Funktionen erfolgt im Rahmen von geregelten Ausschüssen und Komitees.
- ▶ Die Dokumentation dieser Sitzungen und der wesentlichen Geschäftsabläufe ist sichergestellt und wird je nach Verantwortung von den Governance-Funktionen überwacht.
- ▶ Die Governance-Funktionen erfüllen ihre Aufgaben gem. den gesetzlichen Bestimmungen bzw. den internen Regularien.

Die Bewertung der Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen zur Verhinderung einer Non-Compliance gemäß Art. 270 Abs. 2 DV/EU/2015/35: Aus den oben angeführten Punkten ergibt sich somit für die BAWAG PSK Versicherung eine positive Bewertung. Das Risiko der Non-Compliance wird mit „low“ bewertet.

B.8.2. WEITERE WESENTLICHE INFORMATIONEN BETREFFEND DES GOVERNANCE-SYSTEMS

Die vorher beschriebenen Kapitel hinsichtlich des Governance-Systems, des internen Kontrollsystems, der einzelnen Governance-Bereiche und der Auslagerungen sind vollständig. Darüber hinaus gibt es keine erforderlichen Anmerkungen.

C. Risikoprofil

Im Kapitel Risikoprofil erhalten Sie Informationen zu den für die BAWAG PSK Versicherung relevanten Risiken, den Risikobewertungsmethoden, der Risikoexponierung und -bewertung, der Risikokonzentration, dem Risikomanagement, der Risikominderung und der Risikosensitivitäten. Detailliert dargelegt werden diese Informationen zu

- ▶ dem versicherungstechnischen Risiko, hierzu zählen:
 - ▶ die biometrischen Risiken
 - ▶ das Kostenrisiko
 - ▶ das Stornorisiko
 - ▶ das Katastrophenrisiko
- ▶ dem Marktrisiko, hierunter wird subsumiert:
 - ▶ das Zinsrisiko
 - ▶ das Zinsvolatilitätsrisiko
 - ▶ das Aktienrisiko
 - ▶ das Aktienvolatilitätsrisiko
 - ▶ das Immobilienrisiko
 - ▶ das Währungsrisiko
 - ▶ das Konzentrationsrisiko
- ▶ dem Kreditrisiko, hierunter wird subsumiert:
 - ▶ das Spreadrisiko
 - ▶ das Kreditausfallrisiko
 - ▶ das Gegenparteiausfallrisiko
- ▶ den operationellen Risiken, zu denen (wie im internen „OpRisk [and Compliance Risk]“-Eventtype-Katalog auf oberster Ebene definiert) die folgenden gehören:
 - ▶ Interner Betrug (Internal Fraud)
 - ▶ Externer Betrug (External Fraud)
 - ▶ Personalrisiken (Employment practices)
 - ▶ Vertriebsrisiken (Clients and products)
 - ▶ Risiken durch Terror und Katastrophen (Damage to physical assets)
 - ▶ IT-Risiken (Business disruption and system failure)
 - ▶ Prozessrisiken (Execution and process management)
- ▶ den anderen wesentlichen Risiken, unter diese Kategorie fallen:
 - ▶ das strategische Risiko
 - ▶ das Liquiditätsrisiko
 - ▶ das Reputationsrisiko
 - ▶ das Ansteckungsrisiko
 - ▶ die Emerging Risks

Für die Bestimmung des Risikoprofils verwendet die BAWAG PSK Versicherung verschiedene als adäquat betrachtete Risikobewertungsmethoden. Für die quantifizierbaren Säule 1 Risiken (Pillar 1 Risks) erfolgt die Berechnung der regulatorischen Solvenzkapitalanforderung mit dem genehmigten internen Modell der Assicurazioni Generali S.p.A. (Generali Group). Die Solvenzkapitalanforderung SCR („Solvency Capital Requirement“) ist jenes Kapital, das ein Versicherungsunternehmen bereitstellen muss, um im nächsten Geschäftsjahr seinen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,5% nachkommen zu können. Das zugrundeliegende Risikomaß entspricht dem 1-jährigen Value-

RISIKOPROFIL

at-Risk (VaR) zum Konfidenzniveau 99,5%, was auch als 200-Jahresereignis bezeichnet wird (0,5% = 1/200). Mit dem internen Modell für die SCR-Berechnung sollen die materiellen quantifizierbaren Risiken erfasst werden, denen die Unternehmen in der Generali Group ausgesetzt sind. Als auf die Gruppe zugeschnittenes Berechnungsverfahren eignet sich das interne Modell besser als das Standardmodell um das individuelle Risikoprofil der BAWAG PSK Versicherung zu beschreiben. Nähere Details zur Methodik und Unterschiede zur Standardformel gemäß Solvency II finden sich in Kapitel E.4.

Die Struktur, das heißt der Aufbau und die einzelnen Risiken der Solvenzkapitalanforderung (SCR) und deren Berechnung sowie die Zahlenwerte werden in Unterkapitel E.2. gesondert beschrieben. Auch eine Analyse der wesentlichen Änderungen der SCR im Berichtsjahr ist in Unterkapitel E.2. zu finden. In diesem Kapitel werden die Risiken detailliert beschrieben und ihr relativer (prozentueller) Einfluss auf die SCR dargestellt. Zahlenangaben zu Kapitalanlagen respektive der Aufteilung des Kapitalanlagenportfolios sind in diesem Kapitel auf Marktwerten basierend.

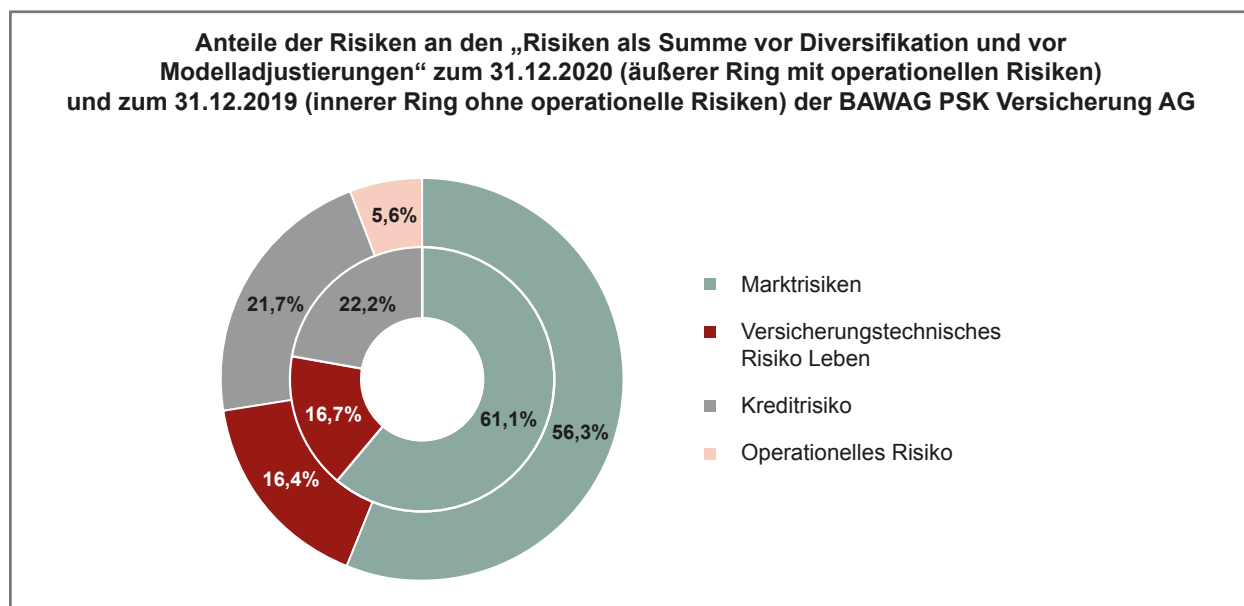
Darüber hinaus werden alle übrigen, schwer bzw. nicht modellierbaren Risiken über den qualitativen Risikomanagement-Prozess und teilweise über zusätzliche spezielle Risikobewertungsmethoden berücksichtigt und bewertet.

Die folgende Tabelle beschreibt die im Einsatz befindlichen Risikobewertungsmethoden:

	Risikokategorie	Regelwerk	Risikobewertungsmethode
SÄULE I RISIKEN	Marktrisiko	Group Investment Governance Policy Lokale Kapitalanlagenrichtlinie	
	Kreditrisiko	Group Investment Governance Policy	
	Versicherungs- technisches Risiko Leben	Life Underwriting and Group Reserving Policy	internes Modell der Assicurazioni Generali S.p.A.
	Operationelles Risiko	Operational Risk Management Group Policy Compliance Management System Group Policy	
NICHT-SÄULE I RISIKEN	Liquiditätsrisiko	Liquidity Risk Management Group Policy	Group Liquidity Risk Model
	Sonstige Risiken	Risk Management Group Policy Lokale Leitlinie Risikomanagement ORSA Reporting Guideline	MRSA (Main Risk Self Assessment); Emerging Risk Assessment

Im Risikoprofil der BAWAG PSK Versicherung nehmen die Marktrisiken die dominierende Rolle ein. Ein weiteres wesentliches Risiko ist das Spreadrisiko innerhalb des Kreditrisikos. Die versicherungstechnischen Risiken machen rund ein Sechstel der Risiken aus. Die Risikostrategie der BAWAG PSK Versicherung würdigt alle erhobenen Risiken entsprechend ihres Wesentlichkeitsgrades.

Die folgende Darstellung zeigt die jeweiligen Anteile der Risiken an den „Risiken als Summe vor Diversifikation und vor Modelladjustierungen“ der BAWAG PSK Versicherung zum 31. Dezember 2020 (inkl. operationelle Risiken) sowie zum 31. Dezember 2019 (ohne operationelle Risiken). Der innere Kreis (= Geschäftsjahr 2019) ist unverändert zur Darstellung im SFCR des Vorjahres belassen, da das operationelle Risiko zum 31.12.2019 mit der Standardformel berechnet wurde, was eine Darstellung „vor Diversifikation“ nicht ermöglicht:



Das Risikoprofil bezogen auf die Risiken der BAWAG PSK Versicherung (siehe obige Darstellung) bleibt gegenüber Jahresende 2019 recht stabil.

Die COVID-19 Krise hat das Jahr 2020 geprägt. Unternehmen wurden branchenübergreifend mit den Folgen der Pandemie konfrontiert. Für das Jahr 2021 und die Folgejahre sind die Auswirkungen von COVID-19 schwer absehbar. Als Reaktion auf die Corona-Pandemie hat die Generali Österreich ihr Business Continuity Management, in welches die BAWAG PSK Versicherung AG eingebunden ist, aktiviert und eine Task Force zum Umgang mit dem Corona Virus in der Generali Österreich eingerichtet. Die Task Force überwacht laufend die Entwicklung der Situation und sorgt für ein koordiniertes Vorgehen bei den umzusetzenden Maßnahmen.

Gemäß den Vorgaben des Gesetzgebers wurden Vertriebsaktivitäten und Frequenzen in den Filialen der BAWAG PSK Bank auf ein Minimum reduziert. Sowohl im ersten als auch im zweiten Lockdown wurden die KundInnen der BAWAG PSK Bank mit notwendigen Services bedient. Dies hatte Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der BAWAG PSK Versicherung insoweit, als das Neugeschäftsvolumen im Vergleich zum Geschäftsjahr 2019 deutlich rückläufig ist. Dies betrifft sowohl die kapitalbildende Lebensversicherung als auch die Risikoversicherung. Im ersten Lockdown war die Kundenfrequenz in der BAWAG PSK Bank, dem exklusiven Vertriebspartner, wesentlich eingeschränkt und auf Kundenseite war eine verhaltene Nachfrage nach Neukrediten zu verzeichnen, was insgesamt das Neugeschäftsvolumen der Gesellschaft nachhaltig reduziert hat. Korrespondierend dazu sind die Provisionsaufwendungen zurückgegangen. Das Unternehmen passt sich laufend an das Neugeschäftsvolumen der Bank an – bei sinkendem Volumen durch Kostensenkungen. Dazu werden auch weitere Maßnahmen gesetzt. Bei den Leistungen konnte die BAWAG PSK Versicherung in diesem Geschäftsjahr weder erhöhte Ablebensleistungen noch erhöhte Rückkaufsleistungen feststellen. Die Ablebensleistungen sind im abgelaufenen Geschäftsjahr um -15,6 % gegenüber dem Vorjahresvergleich gefallen, die Rückkaufsleistungen liegen mit -0,5 % auf dem Niveau des Vorjahresvergleichszeitraums. Das Unternehmen hat im Geschäftsjahr 2020 über ausreichend Liquidität verfügt, bzw. konnte ausreichend Liquidität generieren, um die Leistungen und Kosten zu decken.

RISIKOPROFIL

Die COVID-19 Krise hatte im Geschäftsjahr keine Auswirkungen auf die Solvenz des Unternehmens. Die Solvenzquote liegt weiterhin deutlich über allen Limits des Limitsystems. Die Risikotragfähigkeit der BAWAG PSK Versicherung kann der Sensitivitätsanalyse im Kapitel C.2. entnommen werden.

Die BAWAG PSK Versicherung setzt keine Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles, SPV) zur Übertragung von versicherungstechnischen Risiken ein. Es liegen auch keine außerbilanziellen Positionen vor.

Im Folgenden werden die Risiken detailliert beschrieben und ihr relativer (prozentueller) Einfluss auf die SCR dargestellt. Eine qualitative Beschreibung der Unterschiede des internen Modells zur Standardformel gemäß Solvency II findet sich in Kapitel E.4.

C.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO

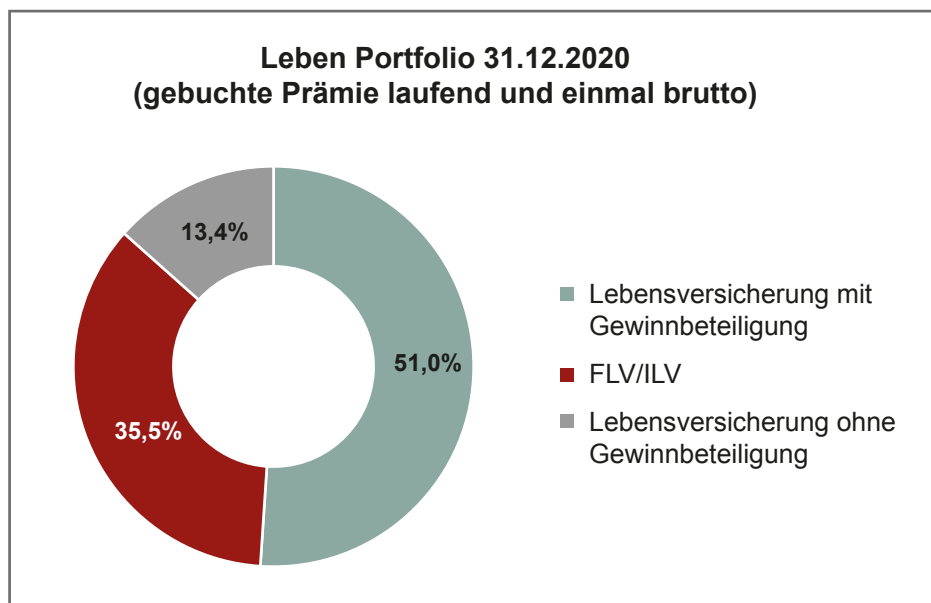
Unter dem versicherungstechnischen Risiko werden alle Risiken und Folgerisiken subsumiert, die sich aus dem Zeichnen von Risiken im Rahmen von Versicherungsverträgen ergeben. Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet somit das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt. Die BAWAG PSK Versicherung zeichnet selber nur Risiken der Lebensversicherung. Daher werden zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen nur versicherungstechnische Risiken im Leben-Bereich berücksichtigt.

C.1.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHES RISIKO LEBENSVERSICHERUNG

C.1.1.1. RISIKOEXPONIERUNG UND RISIKOBEWERTUNG

Das Portfolio der BAWAG PSK Versicherung besteht größtenteils aus langfristigen Versicherungsverträgen. Kurzfristige Todesfallversicherungen spielen eine untergeordnete Rolle.

Die folgende Grafik zeigt die Aufteilung des Versicherungsgeschäfts in die einzelnen „Lines of Business“ anhand der prozentuellen Aufteilung der gebuchten Prämien:



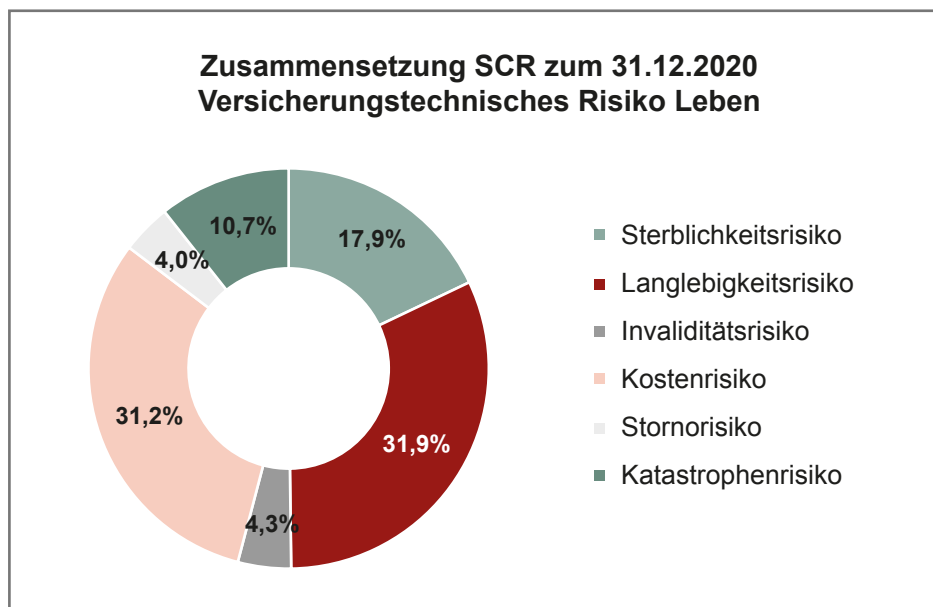
Gegenüber Jahresende 2019 hat sich der Geschäftsmix der BAWAG PSK Versicherung 2020 zugunsten der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung (Risikoversicherungen, rund +10,0 Prozentpunkte) geändert (Rückgang Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung um rund -5,3 Prozentpunkte, Rückgang Lebensversicherung ohne Gewinnbeteiligung um rund -4,7 Prozentpunkte).

In der Lebensversicherung stützt sich der Aktuar zur Kalkulation der Prämien auf folgende vorsichtig gewählte Rechnungsgrundlagen:

- ▶ Technische Verzinsung
- ▶ Sterblichkeit
- ▶ Invalidität
- ▶ Kosten

Durch die vorsichtige Wahl der Rechnungsgrundlagen entstehen planmäßige Gewinne, die den Versicherungsnehmern im Wege der Gewinnbeteiligung gutgeschrieben werden. Die Kalkulation der Prämien stützt sich weiter auf die Annahme eines großen homogenen Bestands von unabhängigen Risiken, sodass die Zufälligkeit, die einem einzelnen Versicherungsvertrag innewohnt, durch das Gesetz der großen Zahl ausgeglichen wird.

Die folgende Darstellung zeigt die aus der SCR Berechnung resultierende prozentuelle Aufteilung des versicherungstechnischen Risikos Leben vor Diversifikation in die Einzelrisiken für die BAWAG PSK Versicherung:



Die biometrischen Risiken wie Sterblichkeits-, Langlebighkeits- und Invaliditätsrisiko bestehen darin, dass die tatsächlichen Versicherungsleistungen von den kalkulatorischen abweichen. Das Sterblichkeits- und das Langlebighkeitsrisiko haben in der BAWAG PSK Versicherung einen wesentlichen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken vor Diversifikation.

Das Kostenrisiko resultiert daraus, dass die kalkulierten Kosten die tatsächlichen Kosten unter Umständen nicht decken. Das Kostenrisiko deckt somit das Risiko steigender Kosten und einer steigenden Inflation ab. Die betrachtete Kostenbasis sind Verwaltungskosten einer Versicherung sowie Kosten zur Verwaltung von

RISIKOPROFIL

Fondsvermögen. Für die Kalkulation von zukünftig zu erwartenden Kosten wird eine Inflationskurve angesetzt. Die Kapitalanforderung für das Kostenrisiko wird im internen Modell mittels einer für das Unternehmen angemessenen Wahrscheinlichkeitsverteilung zukünftiger Inflationsraten bestimmt. Das Kostenrisiko hat einen wesentlichen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken der BAWAG PSK Versicherung vor Diversifikation.

Das Invaliditätsrisiko ist bezogen auf die Solvenzkapitalanforderung jedoch aufgrund ihres geringen Anteils am gesamten Versicherungsgeschäft des Unternehmens und der Stabilität der Rechnungsgrundlagen von untergeordneter Bedeutung.

Das Stornorisiko soll die nachteilige Veränderung des Wertes der versicherungstechnischen Rückstellungen erfassen, die sich aus Veränderungen der Höhe oder der Volatilität der Storno-, Kündigungs-, und Rückkaufsrate von Versicherungsverträgen ergibt. Im Stornorisiko des internen Modells wird, anders als in der Standardformel, kein vordefiniertes Massenstornoszenario berücksichtigt. Die Kalibrierung der für die Berechnung des Stornorisikos hinzugezogenen Wahrscheinlichkeitsverteilung künftiger Stornoraten wird mittels unternehmensspezifischer Daten kalibriert und ist daher besser auf das Unternehmen zugeschnitten. Das Stornorisiko weist im Geschäftsjahr einen sehr geringen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken der BAWAG PSK Versicherung vor Diversifikation aus, welches dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld geschuldet ist.

Das Katastrophenrisiko deckt das Risiko von Katastrophenszenarien (z.B. Pandemie) ab. Es hat einen eher geringen prozentuellen Anteil an den versicherungstechnischen Risiken vor Diversifikation.

Ein weiteres Risiko ist auch das Zinsrisiko, welches der Lebensversicherung durch die Gewährung von garantierter Verzinsung in Sparprodukten erwächst. Dieses Risiko interagiert jedoch sehr stark mit dem Zinsrisiko der Marktrisiken auf der Aktivseite und wird daher unter den Marktrisiken dem Zinsrisiko zugeordnet. Der technische Zins, der bei der Zeichnung von Neugeschäft der Kalkulation als Garantiezins zugrunde gelegt werden darf, richtet sich nach der Höchstzinssatzverordnung der FMA (Finanzmarktaufsicht Österreich). Bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsumfeld hat die FMA den höchstzulässigen technischen Zinssatz (Garantiezinssatz) für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Lebensversicherung sowie in der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge ab 1. Januar 2017 auf 0,5% abgesenkt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Garantieleistungen aus neu abgeschlossenen Versicherungsverträgen langfristig erfüllt werden können. Die BAWAG PSK Versicherung hat mit Wirkung 1. Januar 2017 eine Senkung auf 0% vorgenommen. Im Bestand befinden sich jedoch auch ältere Verträge mit entsprechend höheren technischen Zinssätzen bis zu 4% pro Jahr. Der durchschnittliche technische Zins im Bestand der BAWAG PSK Versicherung betrug Ende 2020 2,16%.

Da diese Zinssätze garantiert werden, besteht das finanzielle Risiko darin, dass die dazu nötigen Renditen nicht erwirtschaftet werden können. Da in der klassischen Lebensversicherung überwiegend in zinstragende Titel (Anleihen, Ausleihungen etc.) investiert wird, stellt die Unvorhersehbarkeit der langfristigen Zinsentwicklung das bedeutendste finanzielle Risiko dar.

Aufgrund der anhaltenden Tiefzinsphase bleibt der garantierte Zins bei Neuabschlüssen bei 0%, was die klassischen Sparprodukte in der Lebensversicherung mit einer Garantieverzinsung zunehmend unattraktiv macht. Hier sieht die BAWAG PSK Versicherung das Risiko, dass Verbraucher langfristige Engagements wie Abschlüsse von Lebensversicherungen weiter aufschieben und somit das Neugeschäft gegen laufenden Beitrag hierunter leidet.

C.1.1.2. RISIKOKONZENTRATIONEN

Die BAWAG PSK Versicherung hält einen bezüglich der wesentlichen Kriterien wie Alter, Gesundheit oder Lebensumstände gut diversifizierten Kundenbestand und hat daher keine wesentlichen Risikokonzentrationen im versicherungstechnischen Risiko.

C.1.1.3. RISIKOMANAGEMENT UND RISIKOMINDERUNG

Zur Überwachung der Risiken werden die Risikoverläufe sowie die Rechnungsgrundlagen für die Kalkulation der Prämien und versicherungstechnischen Rückstellungen fortlaufend überprüft. Die Abteilung Aktuariat gewährleistet die sachgerechte Tarifierung der Produkte. Der verantwortliche Aktuar bestätigt, dass die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach den dafür geltenden Vorschriften und versicherungsmathematischen Grundlagen erfolgt. Die internen Zeichnungsrichtlinien sowie die gesetzlichen Vorgaben werden regelmäßig überwacht und aktualisiert.

Zur Risikominderung setzt die BAWAG PSK Versicherung die Zedierung von Risikoanteilen an Rückversicherungsunternehmen ein. Grundsätzlich erfolgt die Rückversicherung via obligatorische Rückversicherungsverträge zentralisiert über die Generali Group. Die BAWAG PSK Versicherung ist über einen Rückversicherungsvertrag mit der Generali Versicherung darin integriert.

Eine wesentliche Rolle beim Management des Risikoprofils der versicherungstechnischen Risiken Lebensversicherung nimmt das in der BAWAG PSK Versicherung etablierte Produkt Komitee Leben ein. Das Produkt Komitee Leben ist jedenfalls bei Ausrollung eines neuen Produktes, bei wesentlichen kalkulatorischen Änderungen bzw. Neuerschließung von Vertriebswegen durchzuführen und dient unter anderem der Identifikation von Risiken im Produkteinführungsprozess und der Beratung und Unterstützung beim Management dieser Risiken. Aufgabe des Produkt Komitees ist auch die Überprüfung der Auswirkung auf die Solvenzkapitalanforderung und der Konsistenz mit dem Risikoappetit, welcher über Limiten für die Solvenzquote – das Verhältnis zwischen verfügbaren und gemäß Solvenzkapitalanforderung benötigten Eigenmitteln – unternehmenseigenen, jedoch Gruppenanforderungen folgend, festgelegt ist.

Risikomanagement und Risikominderung des Zinsrisikos werden im folgenden Abschnitt (C.2. Marktrisiko) gewürdigt.

C.1.1.4. RISIKOSENSITIVITÄTEN

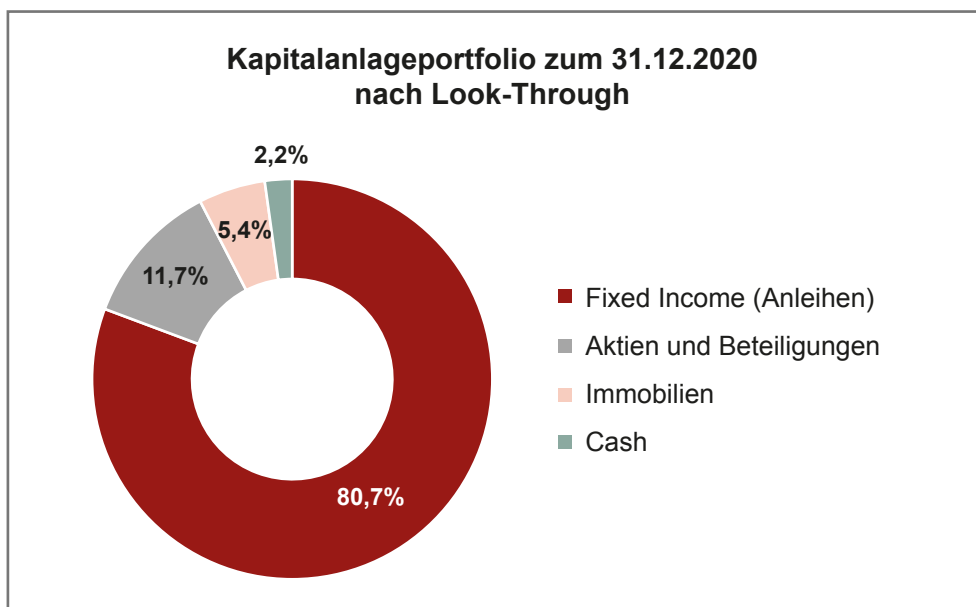
Sensitivitäten zu den Lebensversicherungsverpflichtungen werden von der Versicherungsmathematischen Funktion gerechnet welche in Kapitel D.2. dargestellt werden.

Darüber hinaus werden Sensitivitäten der Marktrisikoparameter, die einen indirekten Einfluss auf das lebensversicherungstechnische Risiko haben, in Kapitel C.2. dargestellt.

C.2. MARKTRISIKO

Das Marktrisiko ergibt sich aus der zeitlichen Variabilität der Marktpreise, welche, ausgehend von einer aktuellen Stichtagsbewertung, die Marktwerte von Finanzinstrumenten oder Verbindlichkeiten und in weiterer Folge die Eigenmittel des Unternehmens in der Zukunft negativ beeinflussen können. Im Marktrisiko wird die Risikoexposition gegenüber dem Marktrisiko anhand der Auswirkung von Veränderungen in der Höhe finanzieller Variablen wie Aktienkurse, Zinssätze, Immobilienpreise und Wechselkurse gemessen. Dabei wird das Marktrisiko immer auf dem gesamten Anlageportfolio, also inklusive der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung, gerechnet. Da bei der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung der Kunde jedoch das Marktrisiko der Investments selber trägt, wird dieses vom Gesamt-Marktrisiko abgezogen. Die ausgewiesenen Marktrisiken sind daher jene, die das Unternehmen selber trägt. Aus diesem Grund lohnt sich bei der näheren Betrachtung des Marktrisikos auch eine Einteilung des Anlageportfolios in das Portfolio der klassischen Lebensversicherung mit Gewinnbeteiligung und Risikoversicherung mit der Gesellschaft als Risikotragenden einerseits und das Portfolio der Investments aus der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung andererseits.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Aufteilung des Kapitalanlageportfolios nach Durchschau („Look-Through“) und inklusive Investments der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung nach Anlageklassen:

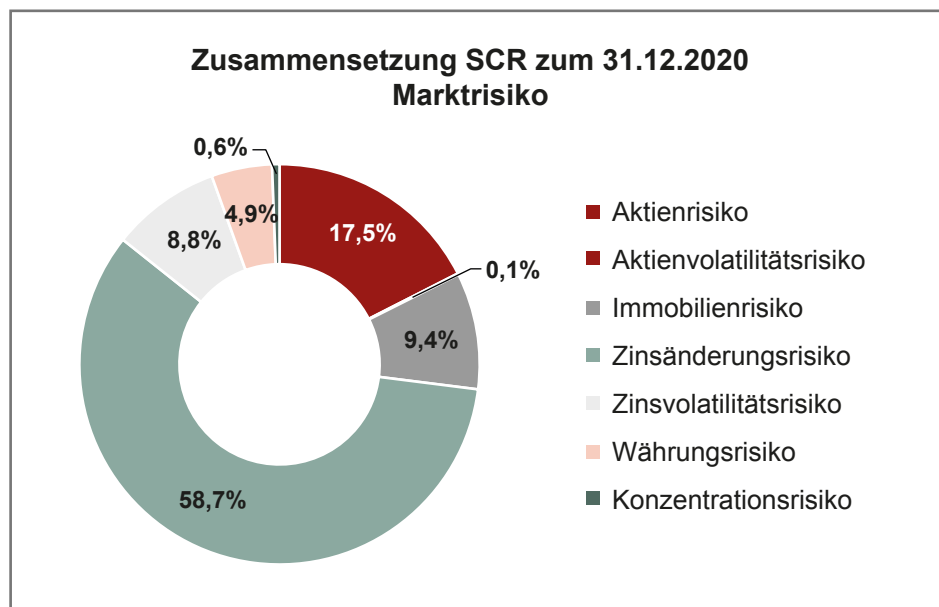


Aus der Darstellung geht hervor, dass die BAWAG PSK Versicherung überwiegend in festverzinsliche Anlagen investiert ist. Die prozentuelle Verteilung der Kapitalanlageklassen hat sich gegenüber Jahresende 2019 nur gering verändert. Die Investitionen in die einzelnen Vermögensklassen blieben immer innerhalb der durch die Strategische Asset Allocation (SAA) vorgegebenen Toleranzbandbreiten.

C.2.1. RISIKOEXPONIERUNG UND RISIKOBEWERTUNG

Marktrisiken bestehen aus Aktien- und Aktienvolatilitätsrisiko, Zinsänderungs- und Zinsvolatilitätsrisiko, Immobilien-, Währungs- und Konzentrationsrisiko.

Die folgende Darstellung zeigt die aus der SCR Berechnung resultierende prozentuelle Aufteilung des Marktrisikos vor Diversifikation in die Einzelrisiken für die BAWAG PSK Versicherung:



C.2.1.1. ZINSRISIKO

Das interne Modell berechnet zum Zinsrisiko einerseits das Zinsänderungsrisiko, in welchem der Einfluss von ungünstigen Veränderungen der Zinskurve auf die Eigenmittel modelliert wird, und andererseits das Zinsvolatilitätsrisiko, in welchem negative Auswirkungen von Änderungen in der Volatilität der Zinsen auf die Eigenmittel erfasst werden.

ZINSÄNDERUNGSRISIKO

Für die BAWAG PSK Versicherung stellt das Zinsänderungsrisiko aufgrund des starken Anteils an klassischen Lebensversicherungsverträgen mit langen Laufzeiten auf der einen und eines dadurch bedingten hohen Investitionsvolumens in festverzinslichen Anleihen auf der anderen Seite ein wesentliches Risiko dar. Es bezeichnet das Risiko nicht gleich hoher Marktwertänderungen zinssensitiver Aktiv- und Passivpositionen in der Bilanz infolge von Marktzinsänderungen. In einer marktwertbasierten Bilanz verändern sich bei Zinsänderungen durch den Diskontierungseffekt sowohl Aktiv- als auch Passivseite synchron (Wertanstieg bei sinkenden, Wertrückgang bei steigenden Zinsen), jedoch abhängig von deren Zinssensitivität nicht im gleichen Ausmaß, was zu Verlusten in den Eigenmitteln führen kann. Ist das Missverhältnis der Zinssensitivität größer, dann erhöht sich auch das Zinsänderungsrisiko.

Eine Phase mit sinkenden Zinsen, wie sie in den Jahren nach der Finanzkrise 2008 vorherrschte, führt in der Regel zu einem Wertanstieg in den zinssensitiven Bilanzpositionen und wird dann zum Risiko, wenn die Zinssensitivitäten von Aktiv- und Passivseite unterschiedlich sind.

Da im internen Modell auch bestimmte Veränderungen von Steigung und Form der Zinskurve berücksichtigt werden, mit welchen zusätzliche ungünstige Veränderungen der Zinskurve modelliert werden, die mit einer Parallelverschiebung allein nicht gefunden werden könnten, kann das Risiko wirklichkeitsnäher beschrieben werden.

RISIKOPROFIL

ZINSVOLATILITÄTSRISIKO

Das Zinsvolatilitätsrisiko äußert sich bei der BAWAG PSK Versicherung fast ausschließlich auf der Passivseite der Bilanz, da das Unternehmen nur minimal in derivative Instrumente investiert ist. Die im klassischen Versicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung gewährten Garantien und Optionen werden innerhalb der Marktbewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen modelliert und haben somit auch einen entsprechenden Marktwert. Dieser Marktwert wird größer bei steigenden Volatilitäten und sinkt im entgegengesetzten Fall, er muss jedoch von den Eigenmitteln in Abzug gebracht werden, da die Option dem Kunden gewährt wird. Das Zinsvolatilitätsrisiko bildet somit das Risiko steigender Volatilitäten ab, da in diesem Fall der in Abzug zu bringende Marktwert größer wird und somit letztlich die Eigenmittel verringert.

Das Zinsvolatilitätsrisiko hat einen vergleichsweise geringen Anteil am gesamten Marktrisiko und stellt daher kein wesentliches Risiko dar.

C.2.1.2. AKTIENRISIKO

Aktienrisiko und Aktienvolatilitätsrisiko bezeichnen die potenziellen Wertschwankungen von Aktien, aktienbasierten Fonds und Optionswerten aufgrund von Aktienmarktschwankungen (Kurs- bzw. Volatilitätsänderungen). Im internen Modell erfasst das Aktienrisiko sowohl Veränderungen der Aktienkurse als auch Veränderungen in den Volatilitäten der Aktienkurse. Es wird daher ein Aktienkurs- und ein Aktienkursvolatilitätsrisiko ausgewiesen. Für die Berechnung der Risiken werden die Aktien je nach Emissionsland bestimmten Indizes zugeordnet, wobei das interne Modell für Staaten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EMU) sektorbasierte MSCI-Indizes verwendet und für bestimmte nicht-EMU Staaten (primär Industriestaaten) länderbasierte MSCI-Indizes. Für Schwellenländer und Emerging Markets kommt der MSCI BRIC Index zur Verwendung. Die Renditeverteilungen der einzelnen Indizes werden individuell kalibriert. Für Beteiligungen an Unternehmen wird generell ein Schock von -29,4 % angesetzt.

Der zu Marktwerten bewertete Aktienanteil am gesamten Kapitalanlageportfolio, ausgenommen der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung, belief sich zum Jahresende 2020 auf rund 0,01 % (2019: 0,7 %). Der ebenfalls im Aktienrisiko berücksichtigte Anteil an alternativen Investments betrug zum Jahresende 2020 rund 0,99 % (2019: 0,8 %).

C.2.1.3. IMMOBILIENRISIKO

Das Immobilienrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aus der Möglichkeit einer unerwarteten Änderung der Immobilienpreise mit Einfluss auf den Wert der Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, wobei direkte und indirekte Immobilieninvestments (Beteiligungen oder Immobilienfonds) davon betroffen sein können. Die für die Berechnung der Kapitalanforderung zum Einsatz kommenden Schocks werden im internen Modell länderspezifisch kalibriert, während in der Standardformel ein pauschaler Ansatz von -25 % für alle Immobilieninvestments zum Einsatz käme. Durch den länderspezifischen Ansatz kann das Risiko eines Immobilienportfolios angemessener bewertet werden. Das der klassischen Lebensversicherung mit garantierter Verzinsung gewidmete Kapitalanlageportfolio der BAWAG PSK Versicherung weist mit Jahresende 2020 eine direkt gehaltene Immobilie und indirekt gehaltene Immobilien (Beteiligungen an Immobiliengesellschaften) am Standort Wien sowie zu Diversifikationszwecken in weiteren europäischen Städten aus.

Der zu Marktwerten bewertete Anteil an Immobilien am gesamten Kapitalanlageportfolio, ausgenommen der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung, belief sich zum Jahresende 2020 auf rund 4,9 % (2019: 4,7 %). Das Immobilienrisiko spielte 2020 bei der BAWAG PSK Versicherung eine untergeordnete Rolle.

C.2.1.4. WÄHRUNGSRISIKO

Das Währungsrisiko bezeichnet das Risiko eines Verlustes aus der Möglichkeit, dass unerwartete Veränderungen des Wechselkurses Einfluss auf Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten haben, die in ausländischer Währung denominated sind. Im Vergleich zu den in Euro denominierten Kapitalanlagen ist das Fremdwährungsexposure der BAWAG PSK Versicherung jedoch von deutlich untergeordneter Bedeutung. Es wird zudem aktiv überwacht und könnte, wenn nötig, gesteuert werden, so dass hieraus keine materielle Risikoposition resultiert.

C.2.1.5. KONZENTRATIONSRIKSO

Das Konzentrationsrisiko deckt das Risiko ab, das sich durch die Konzentration auf einen Emittenten oder eine Gruppe verbundener Emittenten ergibt. Das Konzentrationsrisiko des internen Modells deckt folgende Anlageklassen ab:

- ▶ Anleihen
- ▶ Aktien
- ▶ Immobilien
- ▶ Anleihen, Aktien und Immobilien in den Investmentfonds

Die Kalibrierung der Markt- und Kreditrisikofaktoren erfolgt im internen Modell auf einem diversifizierten Portfolio in einer bestimmten Granularität. Das Konzentrationsrisiko deckt Verluste ab, die entstehen können, wenn das Anlagenportfolio des Unternehmens in bestimmten Bereichen höhere Konzentrationen aufweist als das den Kalibrierungen für die Markt- und Kreditrisiken zugrunde gelegte Portfolio. Die Kapitalveranlagung der BAWAG PSK Versicherung ist geprägt durch den Grundsatz der Diversifikation in allen Aspekten mit möglicher Konzentrationsgefahr, weshalb das Konzentrationsrisiko als niedrig einzustufen ist.

C.2.2. RISIKOKONZENTRATIONEN

Die BAWAG PSK Versicherung versteht sich als Teil eines europäischen Konzerns und als solcher haben die Versicherungsunternehmen als europäischer Investor ihren Veranlagungsschwerpunkt in Europa ausgerichtet. Eine breite Streuung innerhalb der Eurozone über Staaten, Regionen, Emittentengruppen und Sektoren gepaart mit Emissionen von Emittenten des Nicht-Euroraums in Europa in Euro und nicht in ihrer jeweiligen Regionalwährung sowie Investments mit Schwerpunkt in der OECD gewährleistet eine ausreichende geografische Diversifikation. Nichtsdestotrotz, als österreichisches Versicherungsunternehmen sieht die BAWAG PSK Versicherung ein Übergewicht an österreichischen Titeln als Teil ihrer Investmentstrategie an.

Geografische Konzentrationen und Sektorkonzentrationen werden entsprechend den in der Kapitalanlagenrichtlinie festgesetzten Grenzen beobachtet. Bei Staats- und Unternehmensanleihen besteht jeweils eine Länderkonzentration (>20%) gegenüber der Republik Österreich (inklusive Anleihen mit Garantie der Republik Österreich bzw. Haftung eines österreichischen Bundeslandes) und Unternehmen mit Sitz in Österreich. Darüber hinaus ergeben sich Konzentrationen hinsichtlich in Euro dotierter Wertpapiere (somit wenig Fremdwährungen) und Konzentrationen bei Immobilien auf dem österreichischen Markt.

C.2.3. RISIKOMANAGEMENT UND RISIKOMINDERUNG

Die BAWAG PSK Versicherung steht der zentralen Anforderung gegenüber, für ihre Kunden eine angemessene Rendite bei gleichzeitiger Begrenzung der Risiken zu erwirtschaften. Daher erfolgt auch das

RISIKOPROFIL

Management der Kapitalanlagen, die vor allem den Marktrisiken unterliegen, nach dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht (Prudent Person Principle). Die gesamte Anlagetätigkeit ist außerdem an der Risikotragfähigkeit des Unternehmens ausgerichtet. Diese Strategie wird die BAWAG PSK Versicherung auch in Zukunft weiterverfolgen, um eine nachhaltig attraktive Verzinsung zu erzielen, die auch dem Sicherheitsaspekt Rechnung trägt. In Übereinstimmung mit diversen einschlägigen Vorschriften (§ 106 VAG, § 141 VAG, BörseG und Standard Compliance Code der österreichischen Versicherungswirtschaft betreffend die vertrauliche Behandlung von kursrelevanten Insiderinformationen) hat die Gesellschaft verschiedene Vorkehrungen zum Umgang mit Interessenkonflikten getroffen sowie Maßnahmen zur Erkennung bzw. Bewältigung von Interessenkonflikten implementiert.

Alle mit Kapitalanlagen verbundenen Risiken, die die Solvabilität gefährden können, sind zu erkennen, zu messen, zu überwachen, zu managen und zu steuern. Dies wird durch die Implementierung eines gut strukturierten, disziplinierten und transparenten Anlageprozesses gewährleistet. Die wesentlichen Bestandteile dabei sind eine klare Governance, die effiziente Umsetzung der (Risiko-)Limits und Verfahren für die Messung und Bewertung der Veranlagungsergebnisse sowie ein angemessenes Berichtswesen. Die Vorgehensweise der BAWAG PSK Versicherung lässt sich dabei in zwei Bereiche unterteilen:

- ▶ Das Anlagerisiko in Bezug auf Einzelinvestments und
- ▶ Das Management des Anlagerisikos des Gesamtversicherungsunternehmens per se.

Beim Management des Anlagerisikos auf Einzelinvestmentebene wird sichergestellt, dass die einzelnen Investments unabhängig von externen Einschätzungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Weise bewertet werden können. Zusätzlich wird im Rahmen der gruppenweiten Bewertungsrichtlinien sichergestellt, dass keine externe Bewertung ungeprüft übernommen wird. Auch Ratings von Ratingagenturen werden stets kritisch hinterfragt und die getroffenen Einschätzungen mindestens jährlich überprüft.

Für zu erwerbende Non-Standard Investments ist ein Due Diligence Verfahren zu durchlaufen, wobei anhand einer Checkliste die Auswirkungen auf Qualität, Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Investments geprüft werden. Darüber hinaus werden außergewöhnliche Anlageaktivitäten im Austrian Country Investment Committee und Company Investment Committee zur Abstimmung vorgelegt.

Für Vermögenswerte, die nicht am regulierten Markt notiert sind, kommen interne, vom Risikomanagement vorgegebene Bewertungsmodelle und Inputparameter zum Einsatz.

Um das Ziel einer nachhaltig adäquaten, sicherheitsorientierten Verzinsung zu erreichen, wird unter Berücksichtigung von Risikostrategie und Risikotragfähigkeit, der Wettbewerbssituation sowie aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen in jährlichem Rhythmus eine auf die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen abgestimmte Kapitalanlagenstruktur (SAA) ermittelt. Dazu wird die Kapitalanlagestrategie mit Hilfe von deterministischen und stochastischen ALM- und SAA-Analysen auf die Zielsetzung, das Geschäftsmodell des Unternehmens und dessen Risikoappetit abgestimmt, wobei die aktuelle Bilanz- und Portfoliostruktur der Aktivseite und der Passivseite berücksichtigt werden. Dabei strebt die Kapitalanlagestrategie auch an, die Kapitalanlagen breit zu mischen und zu streuen. Die BAWAG PSK Versicherung nutzt Diversifikationseffekte und reduziert dadurch Kapitalanlagerisiken, sodass mögliche negative Auswirkungen von Marktschwankungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage begrenzt werden können.

Als weitere risikomindernde Maßnahme hat die BAWAG PSK Versicherung auch in 2020 die fondsgebundene Lebensversicherung, bei der der Kunde die Marktrisiken selbst trägt, forciert.

C.2.4. RISIKOSENSITIVITÄTEN

Für Marktrisikofaktoren wurden Sensitivitäten berechnet, um Aussagen über die Empfindlichkeit von Eigenmitteln und Solvenzkapitalanforderung auf Änderungen in den Eingangsbedingungen zu gewinnen. Dazu wurden jeweils die Aktivseite (Vermögenswerte) und die passivseitigen Verbindlichkeiten (versicherungstechnische Rückstellungen nach Solvency II) vorgegebenen Veränderungen in den ökonomischen Parametern des Marktrisikos ausgesetzt, wobei jeweils nur eine Variable verändert wurde und alle anderen unverändert blieben. Ziel dieser Rechnungen ist, die wesentlichen Einflussgrößen auf die Bilanzposten und, daraus resultierend, auf die Eigenmittel, als Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, zu bestimmen.

Folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen auf die Eigenmittel (Eligible Own Funds, EOF) zum 31.12.2020 (171.290 Tsd. EUR) und auf die Solvenzkapitalanforderung (SCR) zum 31.12.2020 (71.807 Tsd. EUR) von Änderungen in wesentlichen ökonomischen Parametern (Risikofaktoren):

Sensitivitätsanalyse – Solvenzkenzzahlen

Code/Name	Veränderung EOF absolut (in Tsd. EUR)	Veränderung EOF %	Veränderung SCR absolut (in Tsd. EUR)	Veränderung SCR %
SENS_1 / Parallele Verschiebung der Zinskurve um +50 Basispunkte	14.372	8,4 %	-2.723	-3,8 %
SENS_2 / Parallele Verschiebung der Zinskurve um -50 Basispunkte	-18.949	-11,1 %	-3.257	-4,5 %
SENS_3 / Anstieg des Aktienwertes um +25 %	3.746	2,2 %	1.621	2,3 %
SENS_4 / Rückgang des Aktienwertes um -25 %	-4.432	-2,6 %	443	0,6 %
SENS_5 / Anstieg des Spread für Unternehmensanleihen / Darlehen um +50 Basispunkte	-1.477	-0,9 %	-3.509	-4,9 %
SENS_12 / Rückgang der Ultimate Forward Rate um -15 Basispunkte	-2.465	-1,4 %	10	0,0 %

Aus der Tabelle lässt sich schließen, dass die Solvenzposition der BAWAG PSK Versicherung in den dargestellten Sensitivitäten, auch aufgrund ihres soliden Deckungsgrades, robust gegenüber Marktpreisschwankungen ist. Am stärksten würden die Eigenmittel der BAWAG PSK Versicherung AG auf eine „Parallel-Verschiebung der Zinskurve um -50 Basispunkte“ reagieren, mit einem Rückgang von -11,1 %. Jedoch würde bei dieser Sensitivitätsrechnung (SENS_2) auch die Solvenzkapitalanforderung um -4,5 % zurückgehen.

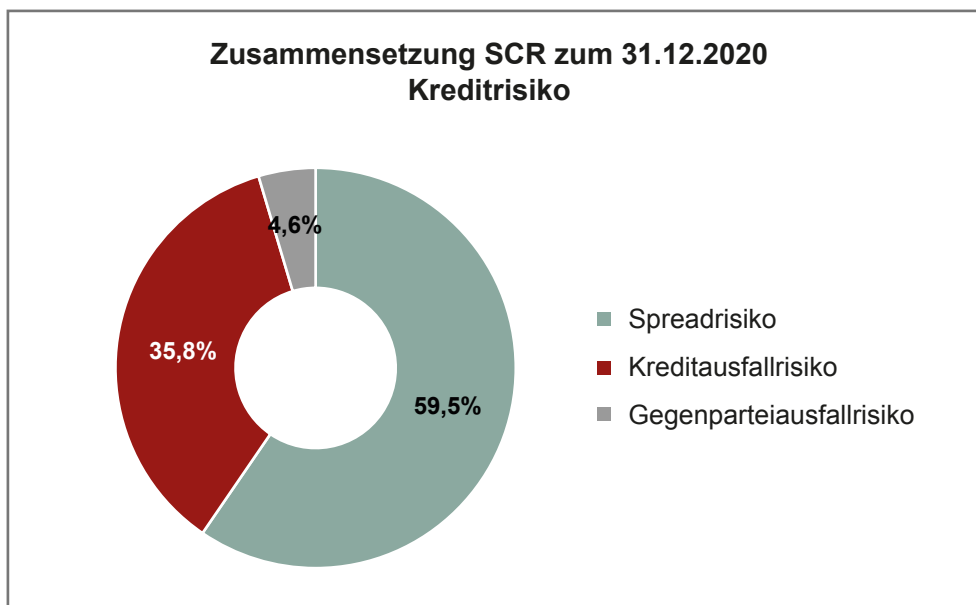
Die Auswirkungen der durchgeführten Sensitivitätsrechnung auf EOF und SCR würden in keinem Fall zu einem Limitbreach der definierten RAF(Risk Appetite Framework)-Limite führen.

C.3. KREDITRISIKO

C.3.1. RISIKOEXPONIERUNG UND RISIKOBEWERTUNG

Im internen Modell umfasst das Kreditrisiko das Risiko des unerwarteten Ausfalls oder der Verschlechterung der Bonität von Gegenparteien und Schuldnern (Gegenparteiausfallrisiko) sowie das Risiko von Bonitätsverschlechterungen (Spreadrisiko) und Ausfällen (Credit-Default) bei verzinslichen Vermögenswerten inklusive Kreditderivativen, auf welchen das Ausfallrisiko (oder Kreditrisiko) mit einem bonitätsabhängigen Aufschlag oder Spread auf den risikofreien Zinssatz abgegolten wird.

Die folgende Darstellung zeigt die aus der SCR Berechnung resultierende prozentuelle Aufteilung des Kreditrisikos vor Diversifikation in die Einzelrisiken für die BAWAG PSK Versicherung:



Das Spreadrisiko (auch Credit-Spread Widening genannt) trägt der Tatsache Rechnung, dass bei einer Bonitätsverschlechterung der Marktwert des entsprechenden Vermögenswertes abnimmt, weil sich der Spread erhöht, um das gestiegene Kreditrisiko wieder genügend zu kompensieren.

In Finanzkrisen wie derjenigen von 2008 wird allgemein eine Erhöhung der Spreads erwartet. In solchen Phasen sind daher negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage möglich.

Zusätzlich zum Spreadrisiko berücksichtigt das interne Modell im Unterschied zur Standardformel auch das Risiko eines Ausfalls der Gegenpartei (Credit-Default) eines verzinslichen Vermögenswertes. Ein Ausfall bedeutet im Kreditrisiko das Unvermögen einer Gegenpartei, ihren vertraglich festgelegten finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Prinzipiell unterliegen dem Spreadrisiko und dem Credit-Default Risiko folgende Risikogruppen:

- ▶ Anleihen und Kredite: Anleihen (Investmentgrade und High-Yield), Hybridkapital, Termin- und Festgelder
- ▶ Verbriefungsoptionen: Asset Backed Securities und Tranchen (Collateralized Debt Obligations)
- ▶ Kreditderivate: Credit-default Swaps, Total-return Swaps, Credit linked notes usw.

Für jede dieser drei Risikogruppen wird abhängig von Laufzeit und Bonitätseinstufung eine Wertminderung abgeleitet. Das Risiko von Bonitätsänderungen eines Schuldners ist abhängig von dessen Rating. Daher ist neben dem Anteil von mit Spreadrisiko behafteten Vermögenswerten am gesamten Anlageportfolio, auch die Ratingverteilung innerhalb dieser Vermögenswerte ausschlaggebend für die Höhe des Kreditrisikos. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Ratings im Anlagenportfolio der Gesellschaft per Jahresende 2020:

BAWAG PSK Versicherung – Ratingaufteilung Anlagenportfolio

Angaben in Tsd. EUR	Gesamt	Leben Klassisch	Leben Fonds-/ Indexgebunden
Rating	Marktwert	Marktwert	Marktwert
AAA	200.471	141.237	59.234
AA	693.430	645.810	47.621
A	456.543	384.574	71.969
BBB	447.628	390.841	56.788
BB	17.427	7.272	10.155
B	8.622	2.742	5.880
≤ CCC	1.214	37	1.177
Not Rated	49.215	5.431	43.784
Spread Risk Exposure	1.874.551	1.577.943	296.608

Das Gegenparteiausfallrisiko behandelt das Risiko des unerwarteten Ausfalls von Gegenparteien und Schuldnern während der folgenden zwölf Monate. Mit Gegenparteiausfallrisiko behaftete Vermögenswerte sind risikomindernde Verträge wie Rückversicherungsvereinbarungen, Versicherungsverbriefungen, SPVs und Derivate sowie Forderungen gegenüber Vermittlern, Einlagen bei Kreditinstituten und alle sonstigen Kreditrisiken aus Forderungen gegenüber Gegenparteien. Der Verlust bei Ausfall berücksichtigt die potenzielle Wiedergewinnung von Mitteln, den risikobereinigten Wert der Sicherheit unter Marktrisikostress sowie die Auswirkung auf das versicherungstechnische Risiko und das Marktrisiko aufgrund der Unwirksamkeit der Risikominderung in einem Ausfallszenario.

Der Marktwert der im Portfolio ohne index- und fondsgebundenen Lebensversicherung gehaltenen Derivative belief sich per Jahresende 2020 auf -311,5 Tsd. EUR (2019: -331,9 Tsd. EUR).

Das Kreditrisiko stellt aufgrund des hohen Anteils an mit Spreadrisiko und Credit-Default Risiko behafteten Vermögenswerten im Anlageportfolio (siehe Fixed Income Anteil dargestellt in C.2. Marktrisiko „Kapitalanlagenportfolio zum 31.12.2020 nach Look-Through“) ein wesentliches Risiko für die BAWAG PSK Versicherung dar.

C.3.2. RISIKOKONZENTRATIONEN

Die Generali Österreich versteht sich als Teil eines europäischen Konzerns und als solcher haben die Versicherungsunternehmen als europäischer Investor ihren Veranlagungsschwerpunkt in Europa ausgerichtet. Eine breite Streuung innerhalb der Eurozone über Staaten, Regionen, Emittentengruppen und Sektoren gepaart mit Emissionen von Emittenten des Nicht-Euroraums in Europa in Euro und nicht in ihrer jeweiligen Regionalwährung sowie Investments mit Schwerpunkt in der OECD gewährleisten eine ausreichende geographische Diversifikation. Nichtsdestotrotz, als österreichisches Versicherungsunternehmen sieht die BAWAG PSK Versicherung ein Übergewicht in österreichische Titel als Teil ihrer Investmentstrategie an.

Geografische Konzentrationen und Sektorkonzentrationen werden entsprechend den in der Kapitalanlagenrichtlinie festgesetzten Grenzen beobachtet. Bei Staats- und Unternehmensanleihen besteht jeweils eine Länderkonzentration (>20 %) gegenüber der Republik Österreich (inklusive Anleihen mit Garantie der Republik Österreich bzw. Haftung eines österreichischen Bundeslandes) und Unternehmen mit Sitz in Österreich.

C.3.3. RISIKOMANAGEMENT UND RISIKOMINDERUNG

Die BAWAG PSK Versicherung versteht sich traditionell als vorsichtig ausgerichteter Langfristinvestor und hat für seine Veranlagungsaktivitäten seit jeher strenge Kriterien hinsichtlich der Sicherheit und Qualität der Kapitalanlagen. Detaillierte interne Richtlinien regeln den Handlungsspielraum der BAWAG PSK Versicherung. Ebenso gibt es intern festgelegte Limits zur Vermeidung von Kumulrisiken. Die BAWAG PSK Versicherung investiert, detaillierten internen Richtlinien und strengen Kriterien folgend, überwiegend in Anleihen bester Qualität. Diese Qualitätsanforderung ist erfüllt, wenn der Emittent ein geringes Ausfallrisiko hat oder eine entsprechende Absicherung vorhanden ist. Das Fixed Income Portfolio hat seinen Schwerpunkt in Staats- oder staatsnahen Anleihen aus Österreich sowie gewährträgergehafteten Anleihen und Pfandbriefen. Unternehmensanleihen guter Bonität ergänzen das solide Portfolio im Sinne einer Ertragsoptimierung. Anleihen, die gemäß ihrem Rating nicht mindestens als Investment Grade Anleihen einzustufen sind, werden als Investment nur in Ausnahmefällen herangezogen.

Bei Neuanlagen liegt der Fokus auf Investment Grade Unternehmensanleihen und risikoarmen Staatsanleihen.

Für zu erwerbende Non-Standard Investments ist ein Due Diligence Verfahren zu durchlaufen, wobei anhand einer Checkliste die Auswirkungen auf Qualität, Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Investments geprüft werden. Darüber hinaus werden außergewöhnliche Anlageaktivitäten im Austrian Country Investment Committee und im Company Investment Committee zur Abstimmung vorgelegt.

Die Auswahl von Gegenparteien für Einlagen oder derivative Instrumente wird für die BAWAG PSK Versicherung in strengen Richtlinien geregelt. Die Einhaltung von entsprechenden Rating-Limiten wird regelmäßig überwacht.

Das Ausfallrisiko von Forderungen steuert die BAWAG PSK Versicherung durch ein effizientes und konsequentes Controlling und Mahnwesen.

In der passiven Rückversicherung hat die BAWAG PSK Versicherung einen Rückversicherungsvertrag mit der Generali Versicherung abgeschlossen. Daneben bestehen keine weiteren Rückversicherungsverträge.

C.3.4. RISIKOSENSITIVITÄTEN

Die durchgeführte Sensitivitätsrechnung hinsichtlich einer Ausweitung der Spreads für Unternehmensanleihen wird in C.2. dargestellt.

C.4. LIQUIDITÄTSRISIKO

C.4.1. RISIKOEXPONIERUNG UND RISIKOBEWERTUNG

Das Liquiditätsrisiko wird definiert als die aus dem Geschäftsbetrieb, den Investitions- oder Finanzierungsaktivitäten resultierende Unsicherheit darüber, ob der Versicherer in der Lage sein wird, seinen Zahlungsverpflichtungen in einem aktuellen oder gestressten Umfeld vollständig und rechtzeitig nachzukommen. Dazu gehört z.B. das Risiko, Verpflichtungen nur zu ungünstigen Bedingungen durch den Verkauf von finanziellen Vermögenswerten erfüllen zu können, wobei zusätzliche Kosten durch die Illiquidität (oder Schwierigkeiten bei der Liquidation) der Vermögenswerte entstehen.

Während die Einflüsse von versicherungstechnischen Risiken sowie Markt- und Kreditrisiken in der Standardformel und die daraus abgeleiteten Solvenzquoten im Solvabilität II-Regime unter „Säule I“ erfasst sind, ist das Liquiditätsrisiko Bestandteil der „Säule II“. Das bedeutet, dass die Höhe des Liquiditätsrisikos zu keinen expliziten Kapitalanforderungen bezüglich der Eigenmittel führt.

Obwohl die zukünftigen Ablaufleistungen bzw. Zahlungen für Versicherungsfälle gut prognostiziert werden können, ist es dennoch nicht möglich, die Höhe und den Zeitpunkt dieser Zahlungen mit Sicherheit vorherzusagen. Aufgrund dieses Restrisikos hat die BAWAG PSK Versicherung ihre Kapitalanlagen konservativ, mit dem Fokus auf hohe Liquidität und Qualität, ausgerichtet. Diese können im Bedarfsfall in ausreichendem Umfang zeitnah veräußert werden, wodurch auch unerwarteter Liquiditätsbedarf immer gedeckt werden kann. Dieses Vorgehen wird durch den konzernweiten Einsatz eines Liquiditätsrisikomodells und darauf aufsetzenden Liquiditätskennzahlen unterstützt, welches die hinreichende Liquidierbarkeit von Kapitalanlagen zur Bedeckung von abfließenden Zahlungsströmen überwacht. Dabei werden neben der erwarteten Entwicklung von ein- und ausgehenden Zahlungsströmen, Kapitalanlagen und Verbindlichkeiten gegenüber unseren Kunden auch die Auswirkungen von unerwarteten Entwicklungen untersucht, um auch in Stressfällen die Zahlungsfähigkeit gewährleisten zu können. Derzeit sieht die BAWAG PSK Versicherung keine bestandsgefährdenden Entwicklungen aus dem Liquiditätsrisiko.

C.4.2. RISIKOKONZENTRATIONEN

Im Liquiditätsrisiko existieren keine Risikokonzentrationen.

C.4.3. RISIKOMANAGEMENT UND RISIKOMINDERUNG

Die BAWAG PSK Versicherung begegnet dem Liquiditätsrisiko durch eine gruppenweite und unternehmensindividuelle Liquiditätsplanung. Die Liquiditätsplanung für das laufende Jahr wird mehrfach unterjährig überprüft. Dabei wird das Ziel verfolgt, die verfügbare Liquidität an den Auszahlungsverpflichtungen der Gesellschaft auszurichten, um jederzeit die uneingeschränkte Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten. Eine Richtlinie der Generali Group für das Management des Liquiditätsrisikos, die auch in der BAWAG PSK Versicherung umgesetzt wurde, definiert Kennzahlen, die regelmäßig auf entsprechende Limits überwacht werden müssen. Bei Limitenüberschreitungen ist ein entsprechender Eskalationsprozess vorgesehen.

RISIKOPROFIL

Hinsichtlich des Liquiditätsrisikos ist die Höhe des einkalkulierten Gewinns aus zukünftigen Prämien (expected profits in future premiums, EPIFP) von Bedeutung. Die folgende Tabelle zeigt den Wert des EPIFP zum Jahresende 2020:

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP)

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020
Lebensversicherung direktes und in Rückdeckung übernommenes Geschäft	
Versicherung mit Überschussbeteiligung	0
Index- und fondsgebundene Versicherung	20.044
Sonstige Lebensversicherung	12.174
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen, die mit Krankenversicherungsverpflichtungen in Zusammenhang stehen	0
Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	0

C.4.4. RISIKOSENSITIVITÄTEN

Das Liquiditätsrisiko wird auf Unternehmensebene mittels des „Company Liquidity Ratio (CLR)“ gemessen, als Verhältnis 12-Monats Cashflows (CF) plus Cash Equivalents (aktuelle Konten, Money Market Funds und Cash Pooling) zu liquiden (verkaufbaren) Vermögenswerten. Es werden 2 Szenarien berechnet: Ein „Base Scenario“ (Projektion zu Planwerten) und ein (Liquidity) „Stress Scenario“ (Stress kombiniert CF und Marktwerte der Assets). Die im folgenden angeführten Berechnungen erfolgten durch den CFO Bereich zum Jahresende für die Periode 1. Jänner - 31. Dezember des Folgejahres:

Die Toleranzen (soft, hard) werden vom Group CEO vorgegeben und im Risk Appetite Framework (RAF) festgehalten. Mit diesen Indikationen schlägt der lokale CRO dem lokalen CEO definitive Limits vor, welche im Vorstand abgenommen werden. Der lokale CRO zeichnet verantwortlich für das Monitoring und Reporting der CLR Toleranzen und leitet gegebenenfalls die Eskalation an den lokalen CEO ein.

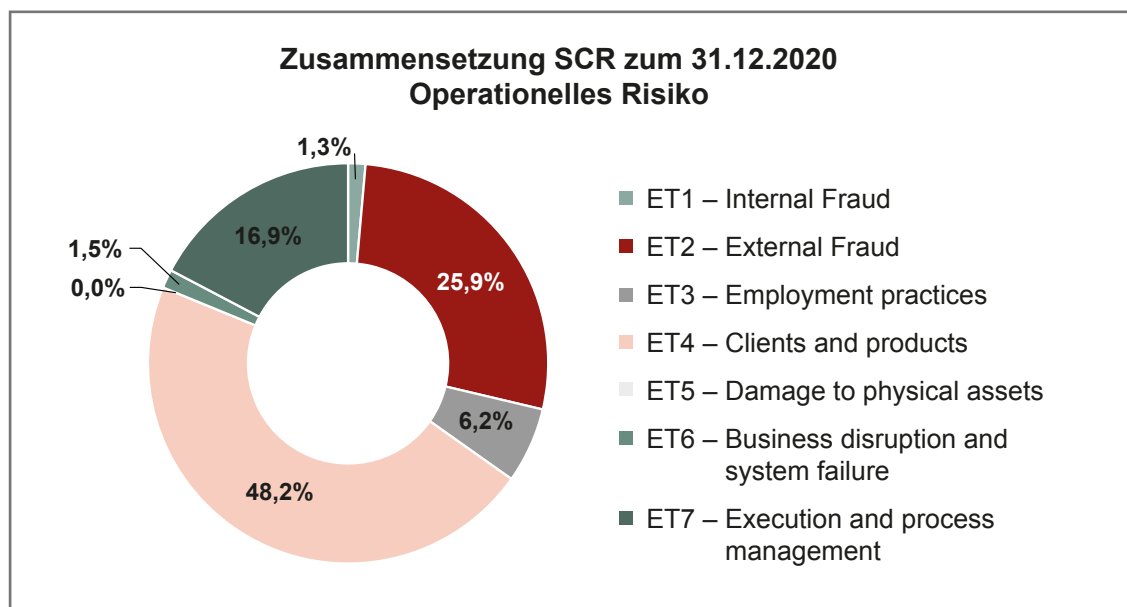
Sowohl im „Base Scenario“ als auch im (Liquidity) „Stress Scenario“ gibt es keine Hard Limit Verletzungen. Der Soft Limit Breach im (Liquidity) „Stress Scenario“ wird als „early warning“ gesehen, löst aber keinen weiteren Eskalationsprozess aus.

C.5. OPERATIONELLES RISIKO

C.5.1. RISIKOEXPONIERUNG UND RISIKOBEWERTUNG

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiterbedingten, systembedingten oder externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst zudem auch Rechtsrisiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Die folgende Darstellung zeigt die Zusammensetzung der Kapitalanforderung (SCR) für das operationelle Risiko für die BAWAG PSK Versicherung zum 31. Dezember 2020:



Während in den Vorjahren das operationelle Risiko mit der Standardformel „gesamthaft“, d.h. nicht auf Ebene von Unterrisikokategorien wie „Interner Betrug“, „Externer Betrug“, etc., berechnet wurde, erfolgte zum 31.12.2020 die SCR Berechnung mit dem internen Modell (für eine qualitative Beschreibung der Unterschiede des internen Modells zur Standardformel gemäß Solvabilität II wird auf Kapitel E.4. verwiesen).

Die Einteilung (möglicher) Ereignisse/Risiken mit Bezug zum operationellen Risiko erfolgt in der BAWAG PSK Versicherung dabei nach den 7 Basel II Ereigniskategorien (= „Event Type“-[ET]-Kategorien), welche die 1. Ebene des im Rahmen des internen Modells verwendeten „OpRisk (and Compliance Risk) Event-Type“-Katalogs darstellt. Die weitere Analyse und Bewertung mit dem internen Modell erfolgt jedoch viel granularer, auf der 3. Ebene des Event-Type-Katalogs. Diese (Szenario-)Analysen werden in enger Abstimmung und Zusammenarbeit von Risikomanagement und den in der BAWAG PSK Versicherung definierten „Risk Ownern“ (zumeist Abteilungsleiter bzw. Mitglieder des Vorstandes) und deren Risikoanalysten durchgeführt.

Wie alle Wirtschaftsunternehmen unterliegt auch die BAWAG PSK Versicherung der Gefahr, durch interne sowie externe wirtschaftskriminelle Handlungen Vermögens- und Reputationsverluste zu erleiden (letztere sind aber eine eigene Risikokategorie und kein Teil des operationellen Risikos). Unter „**ET 1 – Internal Fraud**“ (= „Interner Betrug“) und „**ET2 – External Fraud**“ (= „Externer Betrug“) fallen vorsätzliche und rechtswidrige interne und externe Betrugsrisiken, hierzu zählen v.a. auch Cyberattacken. Mit zunehmender Digitalisierung und Vernetzung mit dem Internet (Internet der Dinge) können Cyberrisiken eine ernsthafte Bedrohung darstellen. Deshalb hat die BAWAG PSK Versicherung das Risiko einer Cyberattacke als eines der Top operationellen Risiken bewertet.

RISIKOPROFIL

In die Kategorie „**ET 3 – Employment practices**“ (= „Personalrisiken“) fallen Schäden aus Handlungen/ Unterlassungen, die im Widerspruch zur gesetzlichen Regelung bezüglich Beschäftigung, Gesundheit und Arbeitsschutz stehen, sowie Ansprüche aus Personenschäden oder Schäden durch Diskriminierungen, für die das Unternehmen verantwortlich ist. In diese Kategorie fallen auch Risiken in Zusammenhang mit „Verlust von Schlüsselpersonal“ sowie eine Bewertung von operationellen Verlusten in Zusammenhang mit einer Pandemie wie COVID-19. Diese beiden letztgenannten Risiken stellen auch die am höchsten bewerteten Risiken in dieser Kategorie dar.

Zur Kategorie „**ET 4 – Clients and products**“ (= „Vertriebsrisiken“) können Schäden infolge der Verletzung von Gesetzen/rechtlichen Pflichten oder z.B. Vorschriften aufgrund fahrlässiger Nichteinhaltung einer Verschwiegenheitspflicht gegenüber Kunden oder dem Markt im Allgemeinen sowie fehlerhafte/ungültige Vertragsbedingungen gezählt werden. Mit einem Anteil von fast der Hälfte an der SCR des operationellen Risikos (vor Diversifikation) stellt diese Risikokategorie das dominante operationelle Risiko für die BAWAG PSK Versicherung dar. Zu den in dieser Kategorie am höchsten bewerteten Risiken/Szenarien zählen „Verletzung von Datenschutzbestimmungen (und damit verbundener Strafen durch die Behörde)“, „Fehlverkauf“, sowie „Veränderte Auslegung der rechtlichen Rahmenbedingungen“, welche sich insbesondere auf langlebige Lebensversicherungsprodukte beträchtlich auswirken können.

Die Kategorie „**ET 5 – Damage to physical assets**“ (= „Risiken durch Terror und Katastrophen“) umfasst Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung resultierend aus Sachbeschädigung, Naturkatastrophen, Terrorismus oder Verstößen gegen öffentliche Sicherheitsnormen, für die das Unternehmen keine Verantwortung trägt. Dieses Risiko wurde im Rahmen der Analyse und Bewertung für die BAWAG PSK Versicherung von untergeordneter Bedeutung gesehen.

Unter „**ET 6 – Business disruption and system failure**“ (= „IT-Risiken“) fallen Schäden aus Betriebsunterbrechung oder aus dem Versagen technischer Systeme sowie Versorgungsausfällen. Schwerwiegende Ereignisse, wie z.B. der Ausfall von IT-Systemen, können wesentliche operative Geschäftsprozesse gefährden. Die möglichen Auswirkungen dieser Risiken sind hoch, die Wahrscheinlichkeit eines schwerwiegenden Ereignisses (unter Betrachtung der implementierten Kontrollen und Milderungsmaßnahmen) wird jedoch als gering eingeschätzt, wodurch dieses Risiko keinen großen Anteil an der SCR des operationellen Risikos (vor Diversifikation) ausmacht.

Die Kategorie „**ET 7 – Execution and process management**“ (= „Prozessrisiken“) beinhaltet Schäden aus mangelhafter Planung, Steuerung oder Durchführung/Abschluss von Prozessen oder operationellen Praktiken bzw. aus Unstimmigkeiten mit Geschäftspartnern und Lieferanten. In diese Kategorie fallen auch alle Risiken, die nicht bereits einer der oben genannten 6 Risikokategorien zugeordnet werden konnten.

C.5.2. RISIKOMANAGEMENT UND RISIKOMINDERUNG

Operationelle Risiken sind ein unvermeidlicher Bestandteil der täglichen Geschäftstätigkeit und werden bei der BAWAG PSK Versicherung durch das Interne Kontrollsystem (IKS) gesteuert und begrenzt. Dieses Instrumentarium wird laufend optimiert und weiterentwickelt. Darüber hinaus sind die Vorstände und alle Mitarbeiter der Gesellschaft an den „Code of Conduct“ gebunden, der verbindliche Verhaltensregeln statuiert und damit die Grundlage zur Wahrung der Integrität der BAWAG PSK Versicherung bildet.

Rechtsrisiken, welche sich v.a. in den ET-Kategorien „ET 1 – Internal Fraud“ (= „Interner Betrug“), „ET 3 – Employment practices“ (= „Personalrisiken“), „ET 4 – Clients and products“ (= „Vertriebsrisiken“) aber teilweise auch in „ET 7 – Execution and process management“ (= „Prozessrisiken“) wiederfinden, werden

in der BAWAG PSK Versicherung aktiv gemanagt. Gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben können erhebliche Auswirkungen auf die BAWAG PSK Versicherung haben. Etwa können von Änderungen in der Rechtsprechung Produkte im Bestand betroffen sein, wie beispielsweise im Falle der fehlerhaften Belehrung über die Rücktrittsfrist des § 165a VersVG. Des Weiteren können Fehleinschätzungen bei der Umsetzung neuer regulatorischer Vorgaben zu Strafen oder Sanktionen führen. Deshalb werden die aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene kontinuierlich beobachtet. Dadurch ist es möglich, die Rechtsrisiken, einschließlich der zivil- und unternehmensrechtlichen sowie der bilanz-, steuer- und aufsichtsrechtlichen Risiken, zu steuern.

Die Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen bzw. steuerlichen Rahmenbedingungen resultieren oder, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, Verwaltungsanordnungen und der Rechtsprechung ergeben, werden durch die Compliance-Funktion identifiziert und auf ihre möglichen Auswirkungen hin beurteilt. Diese berät den Vorstand und die Entscheidungsträger in Bezug auf die Einhaltung der für den Versicherungsbetrieb geltenden rechtlichen Vorschriften. Die BAWAG PSK Versicherung AG hat die Compliance-Funktion an die Generali Versicherung AG ausgelagert und intern einen Auslagerungsverantwortlichen nominiert.

Darüber hinaus ist eine Datenschutzorganisation in der Generali Österreich eingerichtet, wobei definierte Datenschutzanalysten die Sicherstellung der Datenschutzcompliance in den Fachbereichen gewährleisten, und für die Gesamtüberwachung des Datenschutzrisikos ein Datenschutzbeauftragter gemäß Datenschutz-Grundverordnung bestellt. Die Auslagerungsbeauftragten unterstützen die jeweiligen Abteilungsleiter in den Fachbereichen, welche in datenschutzrechtlichen Agenden weiterhin als Risk Owner anzusehen sind.

Das Rechtsmonitoring, unterstützt durch eine aktive Verbands- und Gremienarbeit, erfolgt sowohl durch den Bereich Compliance der Generali Versicherung AG als auch durch die definierten Compliance-Analysten. Darüber hinaus ist in der Generali Versicherung AG für die Gesamtüberwachung des Datenschutzrisikos ein Datenschutzbeauftragter gemäß Datenschutz-Grundverordnung bestellt sowie eine Datenschutzorganisation im Unternehmen etabliert, wobei definierte Datenschutzanalysten die Sicherstellung der Datenschutzcompliance in den Fachbereichen gewährleisten. Sowohl der Bereich Compliance, die definierten Compliance-Analysten als auch der Datenschutzbeauftragte nehmen ihre Funktion sowohl für die Generali Versicherung AG als auch für die BAWAG PSK Versicherung wahr.

Um einer nachhaltigen Schädigung des Unternehmens durch **Betrugsrisiken**, „ET 1 – Internal Fraud“ (= „Interner Betrug“) und „ET2 – External Fraud“ (= „Externer Betrug“), präventiv entgegenwirken und betrügerische Handlungen aufklären zu können, wird das interne Kontroll- und Compliance-System kontinuierlich und unternehmensübergreifend weiterentwickelt. Auch die Anstrengungen werden laufend verstärkt, mögliche Betrugsversuche durch Externe zu erkennen und zu vermeiden.

Im Rahmen des Managements von **Sicherheitsrisiken im IT-Bereich**, „ET 6 – Business disruption and system failure“ (= „IT-Risiken“), **sowie von Cyberrisiken**, welche in „ET2 – External Fraud“ (= „Externer Betrug“) Bedeutung finden, sind zahlreiche Maßnahmen im Unternehmen etabliert. Im Bereich der IT-Sicherheit ist die BAWAG PSK Versicherung AG als Mitnutzer der IT-Infrastruktur der Generali Versicherung AG in deren Sicherheitskonzept eingebunden. Zu allen Applikationen und der Infrastruktur existieren Notfallpläne, die regelmäßig von GSS Österreich und GSS Deutschland (Großrechner) getestet werden. Parallel dazu testet die GIT eigenständig. Tests werden zwischen GIT und GSS abgestimmt und gegen Notfallpläne geprüft. Bei den Tests werden Annahmen getroffen (z.B. Ausfall eines Großrechners, der zeitgleiche Ausfall einer Vielzahl von Servern im Wiener Rechenzentrum oder der Ausfall produktiver Anwendungen). Ablauf, Ergebnis und Maßnahmen werden im Abschlussbericht festgehalten.

RISIKOPROFIL

Die Prävention ist daher ein entscheidender Aspekt der IT-Sicherheit. Dazu zählen neben technischen Präventionsmaßnahmen und der Etablierung eines Beobachtungssystems, welches zentral alle sicherheitsrelevanten Ereignisse der technischen Systeme zusammenfasst und hinsichtlich Relevanz der Bedrohung priorisiert und aufbereitet, vor allem auch interne Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen, die helfen sollen, die täglichen Cyber-Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Das Cyberrisikomanagement ist somit ein fester Bestandteil des Risikomanagements.

Zur Minderung und dem Management von **Risiken aus Stör- und Notfällen**, welche sich v.a. in den ET-Kategorien „ET 5 – Damage to physical assets“ (= „Risiken durch Terror und Katastrophen“) und „ET 6 – Business disruption and system failure“ (= „IT-Risiken“) wiederfinden, wurde ein Gesamtkonzept „Notfallplanung“ erarbeitet. Dieses wird laufend weiterentwickelt und besteht aus den Teilsegmenten Notfallhandbuch, Krisen- und Pandemieplan und Business Continuity Management (BCM). An allen relevanten Standorten stehen neben einer adäquaten Organisationsstruktur mit Krisen- und Notfallstäben auch einheitliche und verbindliche Krisen- und Notfallpläne zur Verfügung.

Ergänzend zu all den beschriebenen Risikomanagement- und Risikominderungsmaßnahmen erfolgte die bereits in den Vorjahren durchgeführte und implementierte Erhebung von eingetretenen operationellen Ereignissen (Verlustdatensammlung) auch 2020 quartalsweise. Die interne Verlustdatensammlung hilft bei der Analyse und Ableitung von weiteren Maßnahmen zur Milderung des operationellen Risikos, und dient darüber hinaus im Rahmen der Bewertung des operationellen Risikos als (Diskussions-)Input mit den Risk Ownern und deren Risikoanalysten zur Bestimmung des operationellen Risikos mit den Instrumenten des internen Modells.

C.5.3. RISIKOKONZENTRATIONEN

Eine Risikokonzentration der operationellen Risiken in der BAWAG PSK Versicherung findet sich im Bereich „ET 4 – Clients and products“ (= „Vertriebsrisiken“), welche fast die Hälfte des Anteils an der SCR des operationellen Risikos (vor Diversifikation) ausmacht. Dies resultiert daraus, dass aufgrund der aktuellen Entwicklungen und bereits im Euro-Raum vergebenen Strafen bei Datenschutzverletzungen, sowie bei regulatorischen Änderungen bei langlebigen Lebensversicherungsprodukten („Thematik des ewigen Rücktrittsrechts“), hohe operationelle Verluste auf ein Versicherungsunternehmen wie die BAWAG PSK Versicherung zukommen können. Diesen Risiken wird jedoch wie in den in Punkt C.5.2. beschriebenen Risikomanagement- und Risikominderungsmaßnahmen zu Rechtsrisiken bestmöglich entgegengewirkt.

Darüber hinaus wickelt die BAWAG PSK Versicherung den Vertrieb ihrer Produkte über ihren exklusiven Verkaufspartner BAWAG PSK Bank ab und konzentriert sich somit auf einen einzigen Vertriebsweg.

C.6. ANDERE WESENTLICHE RISIKEN

C.6.1. RISIKOEXPONIERUNG, RISIKOBEWERTUNG, RISIKOMANAGEMENT, RISIKOMINDERUNG UND RISIKOKONZENTRATION

C.6.1.1. STRATEGISCHES RISIKO

Strategische Risiken entstehen, wenn sich Veränderungen im Unternehmensumfeld (inklusive Gesetzesänderung und Rechtsprechung) und/oder interne Entscheidungen nachteilig auf die zukünftige Wettbewerbsposition der BAWAG PSK Versicherung auswirken können.

Die Versicherungsbranche ist mit sich schnell verändernden Marktgegebenheiten, steigenden Kundenerwartungen und neuen Distributionskanälen, welche die Geschäftsmodelle der Versicherungsunternehmen

bedrohen, konfrontiert. Für einen reinen Lebensversicherer wie die BAWAG PSK Versicherung stellt nach wie vor insbesondere die extreme Niedrigzinsphase eine große Herausforderung dar. Die BAWAG PSK Versicherung ist jedoch mit ihrer Geschäfts- und Risikostrategie bestens ausgerichtet, um auf diese Veränderungen und Herausforderungen zu reagieren.

C.6.1.2. REPUTATIONSRIKIO

Das Reputationsrisiko bezeichnet das Risiko eines Unternehmens, einen Imageschaden bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären sowie Aufsichtsbehörden zu erleiden.

Reputationsrisiken treten im Zusammenhang mit anderen Risikoarten auf. Jede Aktivität oder ein entsprechendes Ereignis des Unternehmens kann zu einem Reputationsverlust führen. Die BAWAG PSK Versicherung hat ein Governance-System inklusive Leitlinien, Richtlinien und anderen Regelwerken (z.B. Code of Conduct, Internal Control Policy und Compliance Policy) eingerichtet, das unter anderem zur Vermeidung beziehungsweise Minimierung von Reputationschäden beiträgt.

Das Reputationsrisiko der BAWAG PSK Versicherung ist sehr eng mit dem Renommee ihres exklusiven Vertriebspartners, BAWAG PSK Bank, verknüpft.

C.6.1.3. ANSTECKUNGSRIKIO

Das Ansteckungsrisiko bezeichnet das Risiko, das aus der Gruppenzugehörigkeit resultiert. Damit ist das Risiko gemeint, dass Probleme in einem Konzernunternehmen die Solvabilität, die ökonomische und finanzielle Situation eines anderen Konzernunternehmens beeinträchtigen können. Das Management des Ansteckungsrisikos erfolgt in der Generali Österreich vor allem auf Gruppenebene und fokussiert hier in erster Linie auf das Management des Konzentrationsrisikos in Zusammenhang mit dem Ansteckungsrisiko. Entsprechende Prozesse sowie ein Limitsystem und das diesbezügliche Reporting sind auf Gruppenebene implementiert. In der BAWAG PSK Versicherung stellt das Ansteckungsrisiko derzeit kein wesentliches Risiko dar.

C.6.1.4. EMERGING RISKS

Das Emerging Risk bezeichnet neue Risiken infolge von Veränderungen des internen oder externen Umfeldes, die zu einem Anstieg der Risikoexposition der in der Übersicht der Risikoklassen/-arten der Gruppe bereits enthaltenen Risiken führen oder die Definition neuer Risikokategorien erfordern. Diese Risiken sind noch schwer einschätzbar, können aber die Gesellschaft, Politik und Wirtschaft stark beeinflussen.

Aufgabe des Emerging Risk Managements ist, neue und sich verändernde Risiken frühzeitig zu erkennen, diese eingehend zu analysieren und daraus das Risikopotenzial für die BAWAG PSK Versicherung abzuleiten und gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Minimierung der Risiken zu ergreifen. Dazu findet ein regelmäßiger Austausch innerhalb der Generali Group statt. Ebenso erfolgt auch ein Abgleich mit der Industrie und den Ergebnissen des CRO-Forums.

Im Rahmen des jährlichen Emerging Risk Assessment werden die identifizierten Emerging Risks auf einen Bezug zu Nachhaltigkeitsfaktoren, „ESG“ (Environmental, Social and Governance), analysiert, von der Risikomanagement-Funktion weiter verfolgt und gegebenenfalls im Produktkomitee diskutiert. Zu den lokalen Top Emerging Risks zählen „Digitalisierung/technologische Veränderungen“, „Rechtliche und regulatorische Unsicherheit“, „Pandemie“ (in Zusammenhang mit Schließungen von Bankfilialen des exklusiven Verkaufspartners BAWAG PSK Bank und damit Wegfall des Vor-Ort-Vertriebes von Versicherungsprodukten), sowie „Geldpolitische Maßnahmen“ (v.a. in Zusammenhang mit den Reaktionen auf die COVID-19 Entwicklungen und dem weiterhin anhaltenden Niedrigzinsumfeld).

C.6.1.5. RISIKOKONZENTRATION

In den anderen wesentlichen Risiken existieren keine Risikokonzentrationen.

C.7. SONSTIGE ANGABEN

Bekanntmachung gemäß § 186 Börsegesetz 2018: Anlagestrategie institutioneller Anleger und Vereinbarungen mit Vermögensverwaltern

Die BAWAG PSK Versicherung versteht sich als sogenannter „Liability Driven Investor“. Die langfristige Ausrichtung des Portfolios wird auf die versicherungstechnischen Verpflichtungen abgestimmt. Das Asset Liability Management (ALM) ist ein Instrument, welches ermöglichen soll, die Risiken, die sich aus den bestehenden Abhängigkeiten zwischen Kapitalanlagen und den Verpflichtungen der BAWAG PSK Versicherung ergeben, aufzuzeigen und zu bewerten, um damit eine Steuerung dieser Risiken zu ermöglichen. Bei der Konzeption der Anlagestrategie ist die Art der Verpflichtungen (Liabilities) besonders zu berücksichtigen. Aus diesem Grund ist eine detaillierte Analyse der Risiken auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz und das Verhältnis beider Seiten zueinander eine wesentliche Voraussetzung für die konsistente Ableitung der Zielsetzung des ALM aus der Risikostrategie und Definition klarer Ziele und ihrer konkreten Umsetzung.

Die Hauptelemente der Anlagestrategie der BAWAG PSK Versicherung beruhen auf den Vorgaben der §§ 124 bis 126 VAG und der Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über qualitative Vorgaben für Kapitalanlagen von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen (Versicherungsunternehmen Kapitalanlageverordnung – VU-KAV). Demnach erfolgt die Veranlagung auf Grundlage u.a.

- ▶ eines ALM unter Heranziehung von angemessenen Annahmen und Faktoren,
- ▶ der Setzung von Veranlagungszielen (Strategische Asset Allokation) unter Beachtung von Verpflichtungen, insbesondere langfristigen Verpflichtungen, aus Versicherungsverträgen und anderen Verbindlichkeiten, Risiko, Ertrag, Zeithorizont und Liquiditätsbedarf,
- ▶ von Kriterien für die Sicherheit, Qualität, Liquidität, Rentabilität und Verfügbarkeit des gesamten Portfolios und eines daraus abgeleiteten Limitsystems, und
- ▶ einer angemessenen Mischung und Streuung.

Die diesbezüglichen Prozesse und Festlegungen führt die BAWAG PSK Versicherung selbst durch, womit gewährleistet ist, dass die Hauptelemente ihrer Anlagestrategie dem Profil und der Laufzeit ihrer Verbindlichkeiten entsprechen.

BAWAG PSK Versicherung hat der Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR („GIAM“) ein Einzelkundenmandat mit Ermessensspielraum zur Verwaltung des wesentlichen Teiles ihrer Financial Assets erteilt. Das Mandat bezieht sich zum Großteil auf Schuldtitel (z.B. Anleihen) und zu einem kleineren Teil auf Aktien. Das Mandat stellt eine Auslagerung im Sinne von § 109 Abs. 2 VAG dar.

GIAM ist der zentrale Asset Manager der weltweit tätigen Generali Group. Unser Portfolio Manager GIAM hat seinerseits einen klaren und systematischen Investmentansatz definiert, der sowohl von Best Practice der Branche als auch von akademischer Forschung unterstützt wird. Die weltweite Anwendung dieses Ansatzes auf alle Investitionstätigkeiten ist für die Generali Group von großem Wert. Der Ansatz sorgt nicht nur für Beständigkeit und Disziplin, sondern trägt auch dazu bei, dass Investitionsentscheidungen nicht prozyklisch werden, d.h. in „guten Zeiten“ nicht zusätzliche Investitionsrisiken eingegangen, bzw. im Marktstress, also zum ungünstigsten Zeitpunkt, Investitionen verringert werden.

Nachstehend gibt BAWAG PSK Versicherung die Informationen im Sinne von § 186 Abs. 2 BörseG über ihre Vereinbarung mit GIAM bekannt:

- 1) GIAM ist im Rahmen ihres Mandates an die von der BAWAG PSK Versicherung beschlossene und zumindest jährlich angepasste Anlagestrategie gebunden. Dies schließt enge Bandbreiten für die Veranlagung in den einzelnen Asset-Kategorien mit ein. Selbige werden im Rahmen des SAA Prozesses neben den jeweiligen Zielgrößen („SAA Targets“ und „Boundaries“) festgelegt. In Verbindung mit verschiedenen Investment Objectives (KPIs) und einem laufenden detaillierten Monitoring der Management-Aktivitäten sind Vorkehrungen dafür geschaffen, dass die Tätigkeiten von GIAM, somit ihre Anlagestrategie und ihre Anlageentscheidungen im eingeräumten Ermessensspielraum, auf das Profil und die Laufzeit der Verbindlichkeiten, insbesondere langfristiger Verbindlichkeiten, der BAWAG PSK Versicherung abgestimmt sind.
- 2) Das GIAM erteilte Mandat verpflichtet diese u.a., Anlageentscheidungen auf der Grundlage einer Bewertung der mittel- bis langfristigen Entwicklung der finanziellen und nicht finanziellen Leistung der Gesellschaft, in die investiert werden soll, zu treffen. Aktien- und Credit Research sind integrativer Bestandteil des GIAM Portfoliomanagement Prozesses. GIAM nimmt für sämtliche Vermögensgegenstände Interne Kreditrisiko-Beurteilungen vor, um die Zinszahlungs- und Rückzahlungsfähigkeit der einzelnen Emittenten bzw. Emission besser einschätzen zu können. Zusätzlich wird an zahlreichen Hauptversammlungen von Emittenten, in die zum Teil auch BAWAG PSK Versicherung investiert hat, teilgenommen, um durch ein entsprechendes Stimmverhalten die Leistung des betreffenden Emittenten mittel- bis langfristig zu verbessern;
- 3) Wie bereits oben unter Punkt 1. dargelegt, wird die Leistung von GIAM zumindest jährlich anhand der dort angeführten Kriterien bewertet. Bei der GIAM für ihre Verwaltungsleistung zustehenden Vergütung handelt es sich um eine sog. „flat rate“. Darüber hinaus werden GIAM keine Bonifikationen gewährt. Auf diese Weise wird bewirkt, dass die von GIAM erbrachten Leistungen bzw. die langfristig zu erbringende Gesamtleistung dem Profil und der Laufzeit der Verbindlichkeiten, insbesondere langfristigen Verbindlichkeiten, der BAWAG PSK Versicherung entsprechen und Fehlanreize für den Asset Manager im Sinne einer nur kurz- bzw. mittelfristigen Ertragsoptimierung vermieden werden.
- 4) Die Überwachung der Portfolioumsatzkosten ist durch die gesetzlich vorgeschriebene Berichterstattung sowie durch ein zusätzliches modernes Reportingsystem seitens des Vermögensverwalters an die BAWAG PSK Versicherung und tägliches Transaktionsmonitoring durch Letztere sichergestellt. Aus den gleichen Gründen wurde die Festlegung einer konkreten Portfolioumsatzbandbreite bislang nicht für notwendig erachtet.
- 5) Die zwischen der BAWAG PSK Versicherung und der GIAM abgeschlossene Vereinbarung wurde auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Neben dem GIAM erteilten Mandat bestehen weitere Mandate. Insbesondere der Bereich der fondsgebundenen Lebensversicherung wird mit Investmentfonds, die von der Amundi Austria GmbH gemäß den Vorgaben des Investmentfondsgesetzes 2011 für die BAWAG PSK Versicherung auf Grundlage von einzelnen Mandaten aufgelegt wurden und verwaltet werden, abgedeckt.

Von den in dieser Bekanntmachung genannten Mandaten sind Veranlagungen in anderen Assetkategorien als Financial Assets, wie z.B. Immobilien, nicht umfasst.

Nachhaltigkeit und Responsible Investment

Die BAWAG PSK Versicherung sieht sich bei Ihren Investments verpflichtet, ein verantwortungsbewusstes Verhalten im Einklang mit ihren Grundsätzen und externen Verpflichtungen sicherzustellen. Die proaktive Einbeziehung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren (ESG) in den Anlageprozess über verschiedene Anlageklassen hinweg wird dabei unterstützen, sowohl langfristige finanzielle Renditen als auch sozialen Mehrwert zu erzielen.

RISIKOPROFIL

Mit einer Responsible Investment Group Guideline gibt es auf Gruppenebene ein Rahmenwerk für das Investmentmanagement, um ein verantwortungsbewusstes Verhalten bei der Investitionstätigkeit zu gewährleisten. Wichtige Umsetzungsmaßnahmen sind:

- ▶ Einbeziehung von ESG-Faktoren in die Anlageentscheidung, um das Risiko für Emittenten zu verringern, deren Verhalten nicht den Grundsätzen und der Anlagestrategie der Gruppe entspricht
- ▶ Impact Investing mit dem Ziel, positive soziale und ökologische Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt zu erzielen und einen Beitrag zu den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen zu leisten
- ▶ Investitionsverantwortung: Durch Engagement und Abstimmung spielt die Gruppe ihre Rolle als aktiver Eigentümer, der darauf abzielt, die Emittenten bei der Verbesserung ihrer ESG-Praktiken zur Risikominderung und zur Verbesserung der langfristigen Performance zu beeinflussen
- ▶ öffentliches Engagement, Offenlegung und Transparenz gegenüber allen maßgeblichen Stakeholdern (i.e. Institutionen, nationale und internationale Verbände, Finanzmärkte, Analysten)

Gemäß Group Guideline für Responsible Investments bestehen Ausschlusskriterien wie zum Beispiel Waffenproduzenten, die humanitäre Prinzipien verletzen (Streubomben, Antipersonenminen, Atomwaffen, usw.), oder Unternehmen, die an ernsthaften/systematischen Menschenrechtsverletzungen, schweren Umweltschäden oder Fällen von grober Korruption beteiligt sind. Ein Responsible Investment Committee auf Gruppenebene entwickelt und überwacht diese Kriterien.

Weiters sollen Analysen und Bewertungen auf Basis eines proprietären Best-In-Class Ansatzes hinsichtlich ESG Kriterien sukzessive in die Investmententscheidungen integriert werden.

Etwaige notwendige Voting und Engagement Aktivitäten werden in einer eigens eingerichteten Gruppenfunktion wahrgenommen.

Diese Auflagen werden auch bei der Vergabe von Asset Management Mandaten an Drittanbieter im Rahmen einer eigenen ESG Due Diligence von diesen eingefordert (beispielsweise Unterzeichnung von UNPRI, Voting&Engagement Policies,...) und überprüft.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

Das folgende Kapitel befasst sich mit der Bewertung der Vermögenswerte, versicherungstechnischen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten nach UGB/VAG, wie im lokalstatutarischen Jahresabschluss dargestellt, und nach Solvabilität II, wie in der Solvenzbilanz dargestellt.

Für jede Klasse der Vermögenswerte, der versicherungstechnischen Rückstellungen und der sonstigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten wird der Wert und die zur Bewertung verwendeten Annahmen und Methoden dargestellt, sowie quantitative und qualitative Erläuterungen zu Unterschieden in der Bewertung nach lokalstatutarischen Vorschriften, UGB/VAG, und der Bewertung gem. den Regularien, die für Solvabilität II anzuwenden sind, gegeben.

Für die versicherungstechnischen Rückstellungen werden zusätzlich Informationen zu dem Grad der Unsicherheit bei der Wertermittlung, zu einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverträgen sowie Angaben zu Matching-Anpassung, Volatilitätsanpassung und vorübergehende Maßnahmen für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen gemacht.

Den Abschluss bilden die alternativen Bewertungsmethoden und eine Sensitivitätsanalyse zum Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten.

D.1. VERMÖGENSWERTE

In der folgenden Tabelle werden die ökonomischen Werte (Solvabilität II Werte) und die unternehmensrechtlichen Werte (gem. Bewertung im gesetzlichen Abschluss) der Vermögenswerte einander gegenübergestellt. Die Darstellung orientiert sich an den Berichtsformularen des quantitativen Berichtswesens. Bilanzposten, deren ökonomischer und unternehmensrechtlicher Wert null beträgt, werden grundsätzlich nicht ausgewiesen. Um die Vergleichbarkeit der Werte zu erleichtern, werden die UGB/VAG-Werte in der folgenden Darstellung gem. der Solvabilität II Bilanz-Struktur ausgewiesen.

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert		Bewertung im gesetzlichen Abschluss	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Vermögenswerte				
Latente Steueransprüche	0	0	12.722	10.827
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	42	66	18	24
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	1.633.572	1.735.291	1.402.100	1.517.240
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	11.208	0	11.583	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	148.893	182.725	116.488	142.646
<i>Aktien</i>	61.398	52.404	56.098	49.294
Aktien – notiert	0	0	0	0
Aktien – nicht notiert	61.398	52.404	56.098	49.294

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert		Bewertung im gesetzlichen Abschluss	
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
<i>Anleihen</i>	1.396.229	1.472.318	1.202.541	1.298.681
Staatsanleihen	818.457	800.873	682.704	683.172
Unternehmensanleihen	547.127	632.270	491.509	578.745
Strukturierte Schuldtitel	29.271	37.812	27.075	35.512
Besicherte Wertpapiere	1.374	1.363	1.253	1.252
Organismen für gemeinsame Anlagen	15.844	27.341	15.390	26.619
Derivate	0	503	0	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	578.145	563.544	577.043	562.592
Darlehen und Hypotheken	45.271	40.686	36.370	36.375
Policendarlehen	14	19	14	19
Sonstige Darlehen und Hypotheken	45.257	40.668	36.356	36.356
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	-7.121	-6.460	0	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	-7.121	-6.460	0	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	-7.121	-6.460	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	10.549	8.503	10.549	8.503
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	1.474	2.588	1.474	2.588
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.464	23.620	9.464	23.620
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	2.199	5.250	2.199	5.250
Vermögenswerte insgesamt	2.273.596	2.373.089	2.051.939	2.167.020

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.1. GRUNDSÄTZLICHE PRINZIPIEN DER BEWERTUNG IN DER SOLVENZBILANZ

Der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten kommt neben der Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen in Solvabilität II eine große Bedeutung zu. Dies ist vor allem auf den großen Einfluss auf die Höhe der Eigenmittel zurückzuführen (die Basiseigenmittel werden in Art. 88 RRL 2009/138/EG als Residualgröße von ökonomisch bewerteten Aktiva und Passiva zuzüglich der nachrangigen Verbindlichkeiten eines Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmens definiert).

Eine zeitpunktbezogene Darstellung der mit einem risikobasierten Ansatz ermittelten Solvabilität eines Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmens macht ein Abweichen von derzeit im VAG bzw. UGB implementierten Prinzipien notwendig, um einen marktwertorientierten Eigenmittelbetrag zum Bewertungszeitpunkt zu ermitteln. Der Ermittlung von marktkonsistenten, realisierbaren Werten wird hier der Vorzug gegenüber anschaffungskostenbasierten, vorsichtsgetriebenen Wertansätzen gegeben. Gefordert wird somit eine ökonomische, risikobasierte und harmonisierte Bewertung (vgl. Erwägungsgrund 15 der RRL 2009/138/EG).

Die nachfolgenden Abschnitte beschreiben die Bewertungsverfahren, Bewertungskriterien und Bewertungsmethoden zur Bestimmung des Marktwertes von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke, die von der BAWAG PSK Versicherung herangezogen werden.

D.1.1.1. GENERELLE BEWERTUNGSVORSCHRIFTEN

In Art. 9 der DV EU/2015/35 wird die Beziehung zwischen Solvabilität II und den internationalen Rechnungslegungsstandards näher erläutert:

Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bewerten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den von der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards, sofern die in diesen Standards enthaltenen Bewertungsmethoden mit dem in Art. 75 der RRL 2009/138/EG dargelegten Bewertungsansatz in Einklang stehen. Lassen diese Standards mehr als eine Bewertungsmethode zu, so wenden die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen nur Bewertungsmethoden an, die mit Art. 75 der RRL 2009/138/EG in Einklang stehen.

Das Ziel von Art. 75 der RRL 2009/138/EG bezüglich der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ist eine marktkonsistente Bewertung auf ökonomischer Basis (Marktwert-Bewertung). Gemäß diesem Ansatz – unter Berücksichtigung von Solvabilität II – werden bei der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten die den einzelnen Bilanzpositionen inhärenten Risiken einkalkuliert, welche auch andere Marktteilnehmer bei der Bewertung dieser Bilanzpositionen berücksichtigen würden.

Demgemäß werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wie folgt bewertet:

- ▶ Vermögenswerte werden mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern getauscht werden könnten.
- ▶ Verbindlichkeiten werden mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten wird keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens vorgenommen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Folgende Annahmen der internationalen Rechnungslegung gelten auch für Solvabilität II:

- ▶ Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden unter der Annahme der Unternehmensfortführung bewertet.
- ▶ Einzelne Vermögenswerte werden von dem Versicherungsunternehmen und Rückversicherungsunternehmen gesondert bewertet.
- ▶ Einzelne Verbindlichkeiten werden von dem Versicherungsunternehmen und Rückversicherungsunternehmen gesondert bewertet.
- ▶ Wesentlichkeitsgrundsatz gemäß Art. 291 der DV EU/2015/35 – Informationen sind dann als wesentlich zu betrachten, wenn fehlende oder fehlerhafte Angaben den Entscheidungsprozess oder das Urteil der Nutzer des Dokuments, einschließlich der Aufsichtsbehörden, beeinflussen könnten.

D.1.1.2. BEWERTUNGSHIERARCHIE

In Art. 10 Abs. 2 bis 7 der DV EU/2015/35 ist eine Bewertungshierarchie festgelegt, nach der die Unternehmen ihre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten bewerten:

- 1) Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen bewerten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten prinzipiell anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind (Art. 10 Abs. 2 DV EU/2015/35).
- 2) Ist es nicht möglich, die an aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten notierten Marktpreise zu verwenden, so bewerten die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten anhand der Marktpreise, die an aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten notiert sind, und tragen Unterschieden durch entsprechende Berichtigungen Rechnung (vgl. Art. 10 Abs. 3 DV EU/2015/35).
- 3) Liegen keine notierten Marktpreise an aktiven Märkten vor, greifen die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen auf alternative Bewertungsmethoden zurück (vgl. Art. 10 Abs. 5 DV EU/2015/35). Wenn Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen alternative Bewertungsmethoden verwenden, stützen sie sich dabei so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren und weitest möglich auf relevante Marktdaten (vgl. Art. 10 Abs. 6 DV EU/2015/35).

Daraus ergibt sich, dass die in der Solvenzbilanz ausgewiesenen Marktwerte sowohl extern beobachtbar als auch intern ermittelt sein können.

Die Vorschriften des Art. 10 Abs. 2 bis 7 DV EU/2015/35 orientieren sich an der in den International Financial Reporting Standards (IFRS) 13.72 bis IFRS 13.90 definierten Bewertungshierarchie, die sogenannte „Fair Value Hierarchie“. Dadurch kann bei Auslegungsschwierigkeiten auf die detaillierten Bestimmungen des IFRS 13 zurückgegriffen werden. Unterschiede zwischen der Solvabilität II Bewertungshierarchie und IFRS „Fair Value Hierarchie“ ergeben sich jedoch bei der Zuordnung der einzelnen Bewertungsmethoden zu den einzelnen Stufen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Fair Value Hierarchie

Angaben in Tsd. EUR	Level 1		Level 2	Level 3	Summe
	Kursnotierungen in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte	Kursnotierungen in aktiven Märkten für ähnliche Vermögenswerte	Bewertungs- modell mit Inputfaktoren aus beobachtbaren Marktdaten	Bewertungs- modell mit Inputfaktoren aus nicht beobacht- baren Daten	
Aktien – notiert	0	0	0	0	0
Aktien – nicht notiert	0	0	0	61.398	61.398
Staatsanleihen	465.261	0	353.196	0	818.457
Unternehmensanleihen	370.302	0	176.824	0	547.127
Strukturierte Schuldtitel	5.372	0	15.293	8.605	29.271
Besicherte Wertpapiere	1.374	0	0	0	1.374
Organismen für gemein- same Anlagen	6.386	0	7.234	2.225	15.844
Derivate	0	0	0	0	-
Vermögenswerte für indexgebundene und fondsgebundene Verträge	515.271	0	52.439	10.435	578.145
Darlehen und Hypotheken	0	0	45.271	0	45.271
Summe 31.12.2020	1.363.966	0	650.257	82.663	2.096.887
Summe 31.12.2019	1.395.558	0	649.304	111.934	2.156.796

D.1.1.3. BEWERTUNGSVERFAHREN GEM. ART. 10 Z 7 DER DV EU/2015/35

Bei der Anwendung alternativer Bewertungsmethoden greifen Unternehmen auf Bewertungstechniken zurück, die mit einem oder mehreren der folgenden Ansätze im Einklang stehen:

- ▶ **Marktbasierter Ansatz** – nutzt Preise und andere maßgebliche Informationen, die durch Markttransaktionen entstehen, an denen identische oder ähnliche Vermögenswerte, Verbindlichkeiten oder Gruppen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten beteiligt sind (z.B. Geschäftsbetriebe);
- ▶ **Kostenbasierter Ansatz** – spiegelt den Betrag wider, der gegenwärtig erforderlich wäre, um die Dienstleistungskapazität eines Vermögenswerts zu ersetzen (aktuelle Wiederbeschaffungskosten);
- ▶ **Einkommensbasierter Ansatz** – wandelt künftige Beträge (Zahlungsströme oder Aufwendungen und Erträge) in einen einzigen aktuellen (abgezinsten) Betrag um, der die gegenwärtigen Markterwartungen hinsichtlich dieser künftigen Beträge widerspiegelt.

In einigen Fällen wird ein einziges Bewertungsverfahren sachgerecht sein, während in anderen mehrere Bewertungsverfahren sachgerecht sind. In Kapitel D.4. werden die angewandten alternativen Bewertungsmethoden erläutert.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.2. SOLVABILITÄT II – ABWEICHUNGEN ZU IFRS/IAS BEWERTUNGSMETHODEN

Die Marktwertbewertung gemäß Solvabilität II erfolgt im Allgemeinen gemäß den Prinzipien der internationalen Rechnungslegung. Nur bei einzelnen spezifischen Bilanzpositionen sind Abweichungen zu den IFRS-Bewertungsmethoden vorgesehen bzw. IFRS-Bewertungsmethoden ausgeschlossen.

Bei den Vermögenswerten gibt es bei folgenden Bilanzpositionen Abweichungen zu IFRS-Bewertungsmethoden:

- ▶ Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte
- ▶ Verbundene Unternehmen und Beteiligungen
- ▶ Anlagen (außer Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge)
- ▶ Latente Steuern
- ▶ Immobilien

Art. 16 der DV EU/2015/35 nimmt bereits vorweg, dass es Fälle gibt, in denen die IFRS-Bewertungsmethoden nicht mit den Anforderungen des Art. 75 der RRL 2009/138/EG übereinstimmen.

D.1.2.1. AUSSCHLUSS VON BEWERTUNGSMETHODEN GEM. ART. 16 DER DV EU/2015/35

Die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen

- 1) bewerten finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten nicht zu Anschaffungskosten oder fortgeführten Anschaffungskosten.
- 2) wenden keine Bewertungsmodelle an, bei denen von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten der niedrigere Wert angesetzt wird.
- 3) bewerten Immobilien, Immobilien die als Finanzinvestition gehalten werden und Sachanlagen nicht mit Anschaffungskostenmodellen, bei denen der Vermögenswert zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungs- und Wertminderungsaufwendungen angesetzt wird.
- 4) die bei einem Finanzierungsleasing Leasingnehmer oder Leasinggeber sind, erfüllen bei der Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Rahmen einer Leasingvereinbarung alle folgenden Voraussetzungen:
 - a) Leasing-Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet;
 - b) zur Bestimmung des Barwerts der Mindestleasingzahlungen werden marktkonforme Inputfaktoren verwendet und keine nachträglichen Berichtigungen vorgenommen, um der Bonität des Unternehmens Rechnung zu tragen;
 - c) es wird keine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.
- 5) berichtigen den Nettoveräußerungswert von Vorräten um die geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und die geschätzten notwendigen Vertriebskosten, wenn diese erheblich sind; als erheblich sind diese Kosten zu betrachten, wenn ihre Außerachtlassung den Entscheidungsprozess oder das Urteil der Bilanznutzer, einschließlich der Aufsichtsbehörden, beeinflussen könnte. Es wird keine Bewertung zu Anschaffungskosten vorgenommen.
- 6) bewerten nicht monetäre Zuwendungen nicht zu einem Nominalbetrag.
- 7) nehmen bei der Bewertung biologischer Vermögenswerte für den Fall, dass die geschätzten Veräußerungskosten erheblich sind, eine entsprechende Wertberichtigung vor.

Für die BAWAG PSK Versicherung sind die Punkte 4, 5, 6 und 7 nicht relevant.

Die bilanzierten Sachanlagen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sind aber mit 26,2 Tsd. EUR (2019: 23,6 Tsd. EUR) nicht als wesentlich einzustufen, eine Marktwertbewertung wäre mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.3. GRUNDSÄTZLICHE PRINZIPIEN ZUR ERMITTLUNG DER WERTE IM UNTERNEHMENSRECHTLICHEN JAHRESABSCHLUSS

Bei den Jahresabschluss-Bilanzwerten zum 31. Dezember 2020 wurden die Rechnungslegungsbestimmungen des UGB unter Berücksichtigung der besonderen Bestimmungen des VAG in der geltenden Fassung angewandt.

D.1.4. ÄNDERUNGEN DES ANSATZES UND DER BEWERTUNGSBASIS ODER VON SCHÄTZUNGEN IN DER SOLVENZBILANZ WÄHREND DER BERICHTSPERIODE

In der Berichtsperiode kam es zu keinen wesentlichen Änderungen des Ansatzes, der Bewertungsgrundlage oder von Schätzungen. Der Marktwertbewertung zugrundeliegende Zinssätze werden am Bilanzstichtag dem aktuellen Zinsniveau angepasst.

D.1.5. ERLÄUTERUNG DER WESENTLICHEN UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN GRUNDLAGEN, METHODEN UND HAUPTANNAHMEN BEI DER BEWERTUNG IM UNTERNEHMENSRECHTLICHEN JAHRESABSCHLUSS UND IN DER SOLVENZBILANZ

Die folgenden Absätze beschreiben die Bewertung und Bewertungskriterien für Vermögenswerte in der Bilanz nach UGB/VAG und in der Solvenzbilanz, wobei insbesondere auf die Methodik der Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Solvenzbilanz eingegangen wird. Ferner werden die wesentlichen Unterschiede zu den Grundlagen, Methoden und Hauptannahmen, auf die sich das Unternehmen in seinem unternehmensrechtlichen Jahresabschluss stützt, im Vergleich zu jenen, die das Unternehmen in seiner Solvenzbilanz anwendet, herausgearbeitet.

D.1.5.1. LATENTE STEUERANSPRÜCHE

UGB

Die zwischen den unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten insgesamt bestehenden temporären Differenzen werden, insofern es sich um eine Steuerentlastung handelt, als aktive latente Steuer in der Bilanz angesetzt, handelt es sich um eine Steuerbelastung, als Rückstellung für passive latente Steuer.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen und insgesamt in der Bilanz dargestellt. Eine Aufrechnung der tatsächlichen Steuerschulden mit den Steuererstattungsansprüchen ist rechtlich möglich.

Die Beträge werden nicht diskontiert.

Permanente Differenzen werden nicht berücksichtigt.

Der Bewertung der Steuerabgrenzung sind jene Steuersätze zugrunde gelegt, die erwartungsgemäß im Zeitpunkt der Umkehr der Differenz gelten werden.

Die Werthaltigkeit der aktiven Steuerlatenzen als Ergebnis der Gesamtdifferenzbetrachtung wird durch die in den nachfolgenden Geschäftsjahren, basierend auf der Unternehmensplanung, mit hinreichender Wahrscheinlichkeit erwarteten positiven steuerlichen Ergebnisse belegt.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Der gegenwärtige Steuersatz für die Berechnung der aktiven wie passiven Steuerlatenzen beträgt 5 %. Für den für die Versicherungsnehmer bestimmten Anteil, i.e. für die Position der erfolgsabhängigen Prämienrückerstattung, bzw. Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer in der Lebensversicherung wird ein Steuersatz von 25 % angesetzt.

Es bestehen keine Verlustvorträge.

SOLVENZBILANZ

Art. 9 der DV EU/2015/35 bestimmt in Anlehnung an die IAS/IFRS, dass latente Steuern in der Solvenzbilanz analog den Vorgaben der internationalen Rechnungslegung (IAS 12) anzusetzen sind. Insbesondere sollen die latenten Steueransprüche und latenten Steuerverbindlichkeiten, die nicht auf Vorträgen von noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten oder noch nicht genutzten steuerlichen Gutschriften basieren, auf Basis des Unterschiedsbetrages zwischen dem Wert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (angesetzt und bewertet gem. Art. 75 bis 86 RRL 2009/138/EG) und dem Steuerbilanzwert der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten ermittelt werden.

Für die Berechnung der latenten Steuer auf versicherungstechnische Rückstellungen der Lebensversicherung wurde die Differenz zwischen dem Wert der Steuerbilanz und dem Wert in der Solvenzbilanz ohne die zukünftigen Gewinne der Versicherungsnehmer herangezogen, da diese bereits unter Abzug einer latenten Steuer ermittelt wurden.

Hinsichtlich Bewertung, Saldierung und Steuersatz gelten für die Solvenzbilanz die gleichen Bestimmungen wie für den UGB/VAG Abschluss.

Eine latente Steuerverbindlichkeit wird in den folgenden Fällen erfasst:

- ▶ der Solvenzbilanzwert eines Vermögensgegenstandes ist höher als der entsprechende Buchwert in der Steuerbilanz;
- oder
- ▶ der Solvenzbilanzwert einer Verbindlichkeit ist niedriger als der entsprechende Buchwert in der Steuerbilanz.

Demgegenüber wird ein latenter Steueranspruch in den folgenden Fällen angesetzt:

- ▶ der Solvenzbilanzwert eines Vermögensgegenstandes ist niedriger als der entsprechende Buchwert in der Steuerbilanz;
- oder
- ▶ der Solvenzbilanzwert einer Verbindlichkeit ist höher als der entsprechende Buchwert in der Steuerbilanz.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Bei den latenten Steuern ergeben sich Unterschiede zwischen UGB- und Solvenzbilanz im Wesentlichen daraus, dass als Basis für die latenten Steuern in der Solvenzbilanz die Differenzen zwischen den Werten der Solvenzbilanz und den steuerlichen Werten dienen, wohingegen im unternehmensrechtlichen Abschluss die Differenzen zwischen den unternehmensrechtlichen und steuerlichen Werten herangezogen werden.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Werthaltigkeit der angesetzten latenten Steueransprüche bzw. Ursprung des Ansatzes von latenten Steueransprüchen: In der Solvenzbilanz werden zum 31. Dezember 2020 keine latenten Steueransprüche ausgewiesen. Zum 31. Dezember 2020 existieren keine nicht genutzten Steuergutschriften und Steuerverluste, für die folglich keine latenten Steueransprüche angesetzt wurden.

Die den latenten Steueransprüchen zugrundeliegenden temporären Differenzen unterliegen keinem Verfallsdatum („Expiry date“).

Zum 31. Dezember 2020 existierten keine nicht genutzten Steuergutschriften und Steuerverluste, und dementsprechend wurden diesbezüglich auch keine latenten Steueransprüche angesetzt.

D.1.5.2. IMMOBILIEN, SACHANLAGEN UND VORRÄTE FÜR DEN EIGENBEDARF

UGB

Die BAWAG PSK Versicherung hat keine eigengenutzten Immobilien oder Immobilien im Direktbestand (gehalten als Finanzinvestition) sowie Vorräte, womit sich dieser Absatz ausschließlich auf Sachanlagen bezieht.

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um die lineare planmäßige Abschreibung. Grundsätzlich wird als Abschreibungsdauer die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (vier bzw. zehn Jahre) herangezogen.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Im Bereich Sachanlagen und Vorräte besteht eine Bewertungsdifferenz von 24 Tsd. EUR (2019: 42 Tsd. EUR), da in der Solvenzbilanz KfZ Leasingverträge gemäß IFRS 16 angesetzt werden.

D.1.5.3. ANLAGEN, AUSSER VERMÖGENSWERTE FÜR INDEXGEBUNDENE UND FONDSGEBUNDENE VERTRÄGE

Gemäß Art. 10 der DV EU/2015/35 erfolgt die Bewertung der Anlagen vorrangig auf Basis von notierten Marktpreisen in aktiven Märkten. Da in der DV EU 2015/35 der Begriff „aktiver Markt“ nicht definiert wird, werden die Bestimmungen des IFRS 13 herangezogen.

IFRS 13 definiert einen aktiven Markt als einen Markt, auf dem Geschäftsvorfälle mit dem Vermögenswert oder der Schuld mit ausreichender Häufigkeit und Volumen auftreten, so dass fortwährend Preisinformationen zur Verfügung stehen. Das Unternehmen geht davon aus, dass ein aktiver Markt vorliegt, wenn für das Wertpapier ein aktueller Kurs verfügbar ist, der darauf schließen lässt, dass es regelmäßige Handelsumsätze gibt.

Beim Kauf eines Titels wird geprüft, welche Börse ein liquider Handelsplatz für den jeweiligen Titel ist. Der Kurs dieser Börse wird zur Bewertung herangezogen. Die Einstufung erfolgt in „Kursnotierungen in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte“, wenn die Voraussetzungen für das Vorliegen eines aktiven Marktes gegeben sind.

Primärer Kurslieferant für Preise von notierten Wertpapieren ist SIX Financial Information Deutschland GmbH (SIX). Gelieferte Kurse werden in das Vermögensverwaltungssystem überführt und aktualisiert. Monatlich wird wiederum eine Prüfung der Kurshistorie vorgenommen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Für die Bewertung werden Markt- oder Börsenwerte herangezogen. Soweit solche nicht vorhanden sind, erfolgt die Bestimmung des Marktwertes mittels interner Modelle (Mark-to-Model) oder auf Basis einer extern zugelieferten Bewertung.

Wertpapiere (ohne komplexe Strukturen), für die mittels Market Risk Analyzer (MRA) ein Kurs ermittelt werden kann, werden in der Fair-Value-Hierarchie der Kategorie „Bewertungsmodell mit Inputfaktoren aus beobachtbaren Marktdaten“ zugewiesen.

Anleihen an verbundenen Unternehmen bzw. Darlehen an verbundene Unternehmen werden von der Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM) mittels dreier verschiedener Ansätze bewertet:

- ▶ Mark-to-Market-Bewertung: Falls die Anleihe/das Darlehen in einem aktiven Markt gehandelt wird, wird die Bloomberg Pricing Source zur Bewertung herangezogen.
- ▶ Mark-to-Model-Bewertung: Verwendung des Discounted-Cashflow-Ansatzes, wobei das FastVal-Tool von Sungard mit Bewertungsrichtlinien des Debt Managements des Group Corporate Finance verwendet wird.
- ▶ Nominalwert-Bewertung: Der Nominalwert wird herangezogen, falls der Marktwert auf nicht beobachtbaren Inputfaktoren beruht oder die Auszahlungsstruktur nicht modelliert werden kann.

Alle übrigen Wertpapiere, für die kein valider Kurs der SIX Financial Information Deutschland GmbH oder ein Kurs aus dem MRA zur Verfügung steht, werden auf Basis einer extern zugelieferten Bewertung bewertet.

Bei Wertpapieren, für die eine externe Bewertung oder eine Bewertung der Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM) bezogen wird, wird überprüft, ob diese auf beobachtbaren oder nicht beobachtbaren Marktfaktoren beruht.

Eine Zuordnung in „Bewertungsmodell mit Inputfaktoren aus nicht beobachtbaren Marktdaten“ wird insbesondere beim Vorliegen der folgenden Faktoren in Betracht gezogen:

- ▶ Anleihen mit komplexer Verzinsungsstruktur (z.B. Wertpapiere bei denen die Verzinsung an einen Aktienbasket oder mehrere Indizes gekoppelt ist): Die Bewertung einer solchen Anleihe beruht oftmals auf Simulationen (z.B. Monte Carlo Simulation) und kann nicht aus einfach beobachtbaren Marktfaktoren abgeleitet werden.
- ▶ Private Equity: Bewertung von Private Equity Investments verlangen oftmals subjektive Einschätzungen über die Zukunft und Märkte und sind in der Regel nur wenig transparent. Somit kann auch ein Private Equity Fonds für den regelmäßig ein Net Asset Value bezogen wird unter Level 3 fallen.
- ▶ ABS
- ▶ Immobilien
- ▶ Beteiligungen

Monatlich erfolgt eine Prüfung veralteter Kurse. Bei Wertpapieren, deren Kurse älter als 1 Monat sind, wird überprüft ob ein Kurs in Bloomberg oder eine andere externe Bewertung verfügbar ist. Abhängig von der Kursqualität des verfügbaren Kurses muss die Einstufung in die Fair Value Hierarchie gegebenenfalls geändert werden.

Sofern keine Kursnotierung vorliegt, sind Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes erforderlich.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Verwendete Bewertungsmodelle zur Ermittlung des ökonomischen Wertes, sofern keine Kursnotierung in aktiven Märkten vorliegt:

Bilanzposten	Parameter	Grundlage für ökonomischen Wert
Aktien – nicht notiert	Barwertmethode: Zukünftige Zahlungsströme (Dividenden, ausschüttungsfähiger Jahresüberschuss, usw.), emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve; Net Asset Value: Aktiva, Eigenkapital, stille Reserven	Barwertmethode, Net Asset Value
Staatsanleihen	Von Rating und Emissionsland abhängige Zinskurven	Barwertmethode
Unternehmensanleihen	Von Rating und Wertpapierart (covered, corporate financial, corporate non-financial, subordinated) abhängige Zinskurven	Barwertmethode
Strukturierte Schuldtitel (Zinsrisiken)	Von Rating und Wertpapierart abhängige Zinskurven	Barwertmethode + Hull-White Model (bzw. Black Scholes Model für einmalige Kündigung)
Strukturierte Schuldtitel (Aktienrisiken)	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve	Barwertmethode, Monte Carlo Simulationen, erweiterte Black-Scholes-Modelle
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGAW)	Marktwerte der im OGAW enthaltenen Finanzinstrumente	Net Asset Value
Fremdwährungsforward	Währungsabhängige Zinskurven	Diskontierte Cash-Flows bewertet zum aktuellen Währungskurs
Interest Rate Swap	Swap Zinskurve	Barwertmethode
Cross Currency Swap	Währungsabhängige Zinskurven	Diskontierte Cash-Flows bewertet zum aktuellen Währungskurs
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Implizite und geschätzte Volatilitäten, Korrelationen, emittentenspezifische Termin- und Kassazinskurve, zukünftige Zahlungsströme, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve	Barwertmethode, Monte-Carlo-Simulationen, erweiterte Black-Scholes-Modelle
Darlehen und Hypotheken (ohne Polizzendarlehen und Intra Group Darlehen)	Von Rating und Darlehensart abhängige Zinskurven	Barwertmethode
Intra Group Darlehen	Credit Spread	Barwertmethode, Nennwert
Polizzendarlehen und Angestelltendarlehen		Fortgeführte Anschaffungskosten (Aufgrund der kurzen Laufzeit und der geringen Beträge sowie unter Berücksichtigung von Artikel 9 Abs. 4 DV EU/2015/35 wird diese Bewertungsmethode als angemessen erachtet.)

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.5.4. IMMOBILIEN (AUSSER ZUR EIGENNUTZUNG)

UGB

Grundstücke und Bauten werden gemäß UGB mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und um planmäßige Abschreibungen, die den steuerlichen Vorschriften entsprechen, vermindert (Nutzungsdauer: 69 Jahre).

SOLVENZBILANZ

In der Solvenzbilanz wird der gutachterlich festgestellte Zeitwert angesetzt. Als Gutachter fungieren seriöse und namhafte Gutachter, welche mittels einer offenen Ausschreibung selektiert werden. Alle sechs Jahre erfolgt ein Wechsel des Gutachters.

Der Zeitwert wird jährlich ermittelt. Als Bewertungsmethode wird ein ertragsorientiertes Verfahren herangezogen. Alle drei Jahre erfolgt eine vollständige externe Schätzung des Zeitwertes, in den übrigen Jahren wird eine Desktopbewertung vorgenommen. Neuzugänge werden jedenfalls im Folgejahr der Anschaffung bewertet.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Liegen die Marktwerte über den UGB/VAG Buchwerten ergeben sich in der Solvenzbilanz höhere Aktiva, da im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus nicht zulässig ist.

D.1.5.5. ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN, EINSCHLIESSLICH BETEILIGUNGEN

UGB

In der Position „Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen“ werden zwei Posten ausgewiesen:

- 1) der Wert der Anteile an der HSR Verpachtung GmbH, an der die BAWAG PSK Versicherung 60 % hält,
und
- 2) der Spezialfonds, an dem die BAWAG PSK Versicherung 100 % hält.

Ad 1) Die Anteile an der HSR Verpachtung GmbH wurden gemäß den Vorschriften des UGB mit den Anschaffungskosten, ggf. vermindert um notwendige Abschreibungen, angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden die Anteile auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. § 208 UGB gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die ursprünglichen Anschaffungskosten.

Die Anteile an der HSR Verpachtung GmbH wurden mit der Intention erworben, sie langfristig zu halten. Sie dienen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb.

Das Wahlrecht zur Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert bei einer Wertminderung, die voraussichtlich nicht von Dauer ist, wird nicht in Anspruch genommen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Ad 2) Ein Spezialfonds gem. § 163 Investmentfondsgesetz (InvFG) ist ein aus liquiden Finanzanlagen bestehendes Sondervermögen, das in gleiche, in Wertpapieren verkörperte Anteile zerfällt, im Miteigentum der Anteilhaber steht und nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gebildet wird und dessen Anteilscheine aufgrund der Fondsbestimmungen jeweils von nicht mehr als zehn Anteilhabern, die der Verwaltungsgesellschaft bekannt sein müssen, gehalten werden.

Die BAWAG PSK Versicherung hält, als alleiniger Eigentümer, alle Anteile an einem Spezialfonds, der in auf EUR lautende Forderungswertpapiere und Geldmarktinstrumente investiert.

Im UGB/VAG Abschluss werden Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, zu denen auch Anteile an Investmentfonds gehören, mit den Anschaffungskosten angesetzt und gemäß strengem Niederstwertprinzip auf den beizulegenden Zeitwert abgeschrieben, insofern der beizulegende Zeitwert am Abschlussstichtag niedriger als der Buchwert ist. § 208 UGB gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die ursprünglichen Anschaffungskosten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht an einem anerkannten, liquiden Markt gehandelt werden, werden mit den zum Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwerten, die entweder von den Depot- oder Emissionsbanken oder anderen Kreditinstituten bzw. Kapitalverwaltungsgesellschaften unter Verwendung allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden, die eine angemessene Annäherung an die entsprechenden Marktwerte gewährleisten, und nach erfolgter Plausibilisierung von Stichproben, bilanziert.

Das Wahlrecht gem. § 149 Abs. 2 2. Satz VAG, wonach Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert im Falle einer voraussichtlichen nicht dauernden Wertminderung nur insoweit unterbleiben können, als der Gesamtbetrag dieser nicht vorgenommenen Abschreibungen 50% der gesamten sonst vorhandenen stillen Nettoreserven des Unternehmens in der betreffenden Bilanzabteilung nicht übersteigt, wird nicht in Anspruch genommen.

Die Möglichkeit der Anwendung der Bestimmung des § 149 Abs. 3 VAG wird nicht in Anspruch genommen. Diese Bestimmung besagt, dass die in OGAW und Spezialfonds gem. § 163 InvFG 2011 oder vergleichbaren ausländischen Fonds enthaltenen Wertpapiere, sofern es sich ausschließlich oder überwiegend um Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere handelt, gleich bewertet werden können wie Wertpapiere, die sich im direkten Eigentum des Unternehmens befinden. Weitere Voraussetzungen sind, dass das Versicherungsunternehmen einen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss nachweisen kann, sowie die Verwaltung der genannten Kapitalanlagen von einer Kapitalanlagengesellschaft mit Sitz in einem Mitgliedstaat.

SOLVENZBILANZ

Der Ausdruck „verbundenes Unternehmen“ bezeichnet gemäß Art. 1 Z 49 der DV EU/2015/35 ein Tochterunternehmen oder anderes Unternehmen, an dem eine Beteiligung gehalten wird, oder ein Unternehmen, das mit einem anderen Unternehmen durch eine Beziehung gemäß Art. 22 Abs. 7 der RL 2013/34/EU verbunden ist.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Gemäß Art. 212 Abs. 2 der RRL 2009/138/EG wird als Tochterunternehmen auch jedes Unternehmen betrachtet, auf das ein Mutterunternehmen nach Ansicht der Aufsichtsbehörden einen beherrschenden Einfluss tatsächlich ausübt. Als Beteiligung wird auch das direkte oder indirekte Halten von Stimmrechten oder Kapital an einem Unternehmen betrachtet, auf das nach Ansicht der Aufsichtsbehörden ein maßgeblicher Einfluss tatsächlich ausgeübt wird.

Art. 13 Abs. 1 der DV EU/2015/35 gibt eine Bewertungshierarchie vor, welche Versicherungsunternehmen für Solvenzzwecke bei der Bewertung von Beteiligungen und verbundenen Unternehmen verwenden sollen:

- ▶ Notierter Marktpreis an aktiven Märkten
- ▶ Angepasste Equity-Methode (wenn kein notierter Marktpreis in einem aktiven Markt vorliegt)
- ▶ Angepasste IFRS-Equity-Methode (wenn kein notierter Marktpreis in einem aktiven Markt vorliegt und das verbundene Unternehmen keine Versicherung ist)
- ▶ Alternative Bewertungsmethoden (bei assoziierten Unternehmen oder Unternehmen unter gemeinschaftlicher Kontrolle – Joint controlled entities)

Die IFRS-Definition von Beherrschung und maßgeblichen Einfluss ist auch hier anzuwenden. Trotzdem dürfen in der Solvenzbilanz die Bewertungsprinzipien von IAS 27, IAS 28, IFRS 10 und IFRS 11 nicht angewendet werden, da sie nicht der ökonomischen Bewertung gemäß Art. 75 der RRL 2009/138/EG entsprechen.

Die HSR Verpachtung GmbH, das Tochterunternehmen der BAWAG PSK Versicherung, notiert nicht an einer Börse.

Im Fall von Beteiligungen an Nicht-Versicherungsunternehmen kann alternativ die Equity-Methode gemäß IFRS unter Abzug des Geschäfts- oder Firmenwertes und des Wertes anderer immaterieller Vermögenswerte angewendet werden (Angepasste IFRS-Equity-Methode gemäß Art. 13 Abs. 5 DV EU/2015/35).

Für Beteiligungen mit maßgeblichem Einfluss, bei denen eine Anwendung der angepassten Equity-Methode oder der angepassten IFRS-Equity-Methode nicht möglich ist, können alternative Bewertungsmethoden angewendet werden, solange diese Methoden mit dem Bewertungsansatz in Art. 75 der RRL 2009/138/EG in Einklang stehen und der Geschäfts- oder Firmenwert und die immateriellen Vermögensgegenstände nicht angesetzt werden.

Wenn die Anwendung der angepassten Equity-Methode oder der angepassten IFRS-Equity-Methode nicht möglich ist, und unter der Voraussetzung, dass

- ▶ die Bewertungsmethode mit Art. 75 der RRL 2009/138/EG in Einklang steht,
- ▶ die Bewertungsmethode der Art, dem Umfang und der Komplexität der mit den Geschäften des Unternehmens verbundenen Risiken angemessen ist,
- ▶ das Unternehmen diesen Vermögenswert oder diese Verbindlichkeit in seinem Abschluss nicht nach den von der Kommission gem. der Verordnung (EG) 1606/2002 übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards bewertet,
- ▶ eine Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach den internationalen Rechnungslegungsstandards für das Unternehmen mit Kosten verbunden wäre, die gemessen an seinen Verwaltungsaufwendungen insgesamt unverhältnismäßig wären,

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

können Beteiligungen an verbundenen Unternehmen basierend auf der Methode bewertet werden, die die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen zur Erstellung ihrer Jahres- oder konsolidierten Abschlüsse verwenden. In solchen Fällen zieht das beteiligte Unternehmen den Geschäfts- und Firmenwert und den Wert anderer immaterieller Vermögenswerte, die nach Art. 12 Abs. 2 der DV EU/2015/35 mit null bewertet würden, vom Wert des verbundenen Unternehmens ab (vgl. Art. 13 Abs. 6 DV EU/2015/35). Alternative Bewertungsmethoden kommen bei der BAWAG PSK Versicherung für Beteiligungen nicht zum Ansatz.

Die folgende Tabelle stellt dar, welche Beteiligungen die Gesellschaft nach Maßgabe von Art. 13 Abs. 20 der RRL 2009/138/EG zum 31. Dezember 2020 hielt, welche Bewertungsmethodik für den ökonomischen Wert verwendet wurde und welche Bewertungsunterschiede gegenüber dem unternehmensrechtlichen Wert bestanden.

Gesellschaftsname	UGB Bilanzwert		Ökonomischer Wert		Bewertungsdifferenz		Bewertungs- methodik
	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	
Angaben in Tsd. EUR							
HSR Verpachtung GmbH	26.141	26.141	29.461	33.645	3.320	7.504	SII Adjusted Equity Methode
BAWAG Spezial 6	90.348	116.505	119.433	149.080	29.085	32.575	SII Adjusted Equity Methode

Gesellschaftsname	Art der Beteiligung	Anteil in %	SII Vermögenswerte		SII Verbindlichkeiten		Überschuss der Vermö- genswerte über die Verbindlichkeiten per	
			31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2019
Angaben in Tsd. EUR								
HSR Verpachtung GmbH	Immobilien- gesellschaft	60,0%	84.133	90.182	-35.032	-34.107	49.101	56.075
BAWAG Spezial 6	Spezialfonds	100,0%	119.935	149.757	-502	-677	119.433	149.080

Änderungen der ökonomischen Werte im Berichtszeitraum spiegeln sich direkt in einer Änderung des Beteiligungswertes wider.

Die HSR Verpachtung GmbH notiert an keiner Börse, womit auch kein beobachtbarer notierter Preis in einem aktiven Markt verfügbar ist. Bei dem Unternehmen handelt es sich nicht um ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen. Die Bewertung erfolgt nach der angepassten Equity Methode (Adjusted Equity Methode).

Der Rückgang des ökonomischen Werts der HSR Verpachtung GmbH in Höhe von -4.184 Tsd. EUR im Vergleich zum Vorjahr basiert auf dem Rückgang des Marktwertes der Immobilie.

Der Spezialfonds ist ein Fonds, der gem. Anlagerichtlinien in Forderungswertpapiere und Geldmarktinstrumente investiert. Jeden Monatsultimo liefert die Kapitalanlagengesellschaft die Fondsaufstellung mit den Marktwerten der Einzelpositionen, den Bankguthaben, den anteiligen Zinsen und den Verbindlichkeiten. Für die Ermittlung des Marktwertes der Beteiligung werden die Marktwerte der Wertpapiere, die Bankguthaben, die Verbindlichkeiten und die latenten Steuern aus dem Fonds summiert. Die Basis für die latenten Steuern ergibt sich aus der Differenz zwischen Steuer- und Marktwert des Fonds, multipliziert mit dem für die Lebensversicherung angesetzten Körperschaftsteuersatz von 5%.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Die Veränderung des Wertansatzes des Spezialfonds resultiert im Wesentlichen aus den Verkäufen von Anteilen des Spezial 6 im Geschäftsjahr 2020.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Liegen die Marktwerte über den UGB/VAG Buchwerten ergeben sich in der Solvenzbilanz höhere Aktiva, da im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus nicht zulässig ist.

D.1.5.6. AKTIEN

UGB

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und gemäß strengem Niederstwertprinzip auf den beizulegenden Zeitwert abgeschrieben, insofern der beizulegende Zeitwert am Abschlussstichtag niedriger als der Buchwert ist. § 208 UGB gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die ursprünglichen Anschaffungskosten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die nicht an einem anerkannten, liquiden Markt gehandelt werden, werden mit den zum Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwerten, die entweder von den Depot- oder Emissionsbanken oder anderen Kreditinstituten oder Kapitalverwaltungsgesellschaft unter Verwendung allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden, die eine angemessene Annäherung an die entsprechenden Marktwerte gewährleisten, und nach erfolgter Plausibilisierung von Stichproben, bilanziert.

Das Wahlrecht gem. § 149 Abs. 2 2. Satz VAG, wonach Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert im Falle einer voraussichtlichen nicht dauernden Wertminderung nur insoweit unterbleiben können, als der Gesamtbetrag dieser nicht vorgenommenen Abschreibungen 50% der gesamten sonst vorhandenen stillen Nettoreserven des Unternehmens in der betreffenden Bilanzabteilung nicht übersteigt, wird nicht in Anspruch genommen.

SOLVENZBILANZ

In der Solvenzbilanz werden die Aktien mit Marktwerten bewertet.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Liegen die Marktwerte über den UGB/VAG Buchwerten ergeben sich in der Solvenzbilanz höhere Aktiva, da im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss eine Zuschreibung über die Anschaffungskosten hinaus nicht zulässig ist.

D.1.5.7. ANLEIHEN

UGB

Im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss werden die Anleihen gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden gem. den Vorschriften des UGB mit den Anschaffungskosten angesetzt. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden die festverzinslichen Wertpapiere außerplanmäßig auf den niedrigeren Zeitwert abgeschrieben, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist. Für die Ermittlung einer gegebenenfalls erforderlichen Wertminderung wird auch die Bonität des Schuldners miteinbezogen. § 208 UGB gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die fortgeführten Anschaffungskosten.

Das Wahlrecht zur Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert bei einer Wertminderung, die voraussichtlich nicht von Dauer ist, wird nicht in Anspruch genommen.

Liegen die relevanten Anschaffungskosten bei festverzinslichen Wertpapieren mit fixem Rückzahlungsbetrag über bzw. unter dem Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag über die Restlaufzeit unter Anwendung der Effektivzinsmethode verteilt.

Die anteiligen Zinsen, die für Zwecke der Darstellung in der Bilanztafel in Kapitel D.1. zusammen mit den Wertpapieren ausgewiesen werden, umfassen jenen periodengerecht abgegrenzten Zinsertrag eines jeden Wertpapiers, der den Zeitraum vom letzten Kuponzahlungszeitpunkt des Geschäftsjahres zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres umfasst.

SOLVENZBILANZ

In der Solvenzbilanz werden die Anleihen mit Marktwerten bewertet. Die abgegrenzten Zinsen werden in der Solvenzbilanz dem Marktwert hinzugerechnet.

Soweit Markt- oder Börsenwerte nicht vorliegen, wird mittels interner Modelle (Market Risk Analyzer – interne theoretische Barwertberechnung) oder auf Basis einer extern zugeliferten Bewertung bewertet. Die Datenversorgung über Markt- und Geschäftsdaten sowie Cashflows erfolgt direkt aus dem Treasury-Management-Modul (Nebenbuch). Die Berechnung erfolgt durch das Diskontieren der zukünftigen Cashflows mittels der dem Finanzobjekt zugeordneten Zinskurven bis zur Endfälligkeit, wobei die verwendete Zinskurve und die Zinsspreads abhängig vom Rating und der Klassifizierung des Finanzobjekts (das heißt der Art der Besicherung, z.B.: Staatsschuldner, besicherte Anleihe, unbesicherte Unternehmensanleihe) sind.

Anleihen an verbundene Unternehmen werden von der Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM) folgendermaßen bewertet:

- ▶ Mark-to-Model-Methode: Verwendung des Discounted-Cashflow-Ansatzes. Für die Diskontierung wird der Credit Spread (Quelle: UBS Delta) zuzüglich der Spot Rate (Risk Free Rate) herangezogen. Der so ermittelte Wert wird von der Generali Versicherung AG plausibilisiert.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Liegen die Marktwerte über den UGB/VAG Buchwerten ergeben sich in der Solvenzbilanz höhere Aktiva, da im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss eine Zuschreibung über die fortgeführten Anschaffungskosten hinaus nicht zulässig ist.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.5.8. ORGANISMEN FÜR GEMEINSAME ANLAGEN

Unter dieser Position sind Investitionen in Immobilien-, Aktien-, aktienlastige, Renten- und rentenlastige Fonds subsumiert.

UGB

Im UGB/VAG Abschluss werden Anteile an Investmentfonds mit den Anschaffungskosten angesetzt und gemäß strengem Niederstwertprinzip auf den beizulegenden Zeitwert abgeschrieben, insofern der beizulegende Zeitwert am Abschlussstichtag niedriger als der Buchwert ist. § 208 UGB gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die ursprünglichen Anschaffungskosten.

Anteile an Investmentfonds, die nicht an einem anerkannten, liquiden Markt gehandelt werden, werden mit den zum Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwerten, die entweder von den Depot- oder Emissionsbanken oder anderen Kreditinstituten oder Kapitalverwaltungsgesellschaft unter Verwendung allgemein anerkannter Bewertungsmodelle und -methoden, die eine angemessene Annäherung an die entsprechenden Marktwerte gewährleisten, und nach erfolgter Plausibilisierung von Stichproben, bilanziert.

Das Wahlrecht gem. §149 Abs. 2 2. Satz VAG, wonach Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert im Falle einer voraussichtlichen nicht dauernden Wertminderung nur insoweit unterbleiben können, als der Gesamtbetrag dieser nicht vorgenommenen Abschreibungen 50 % der gesamten sonst vorhandenen stillen Nettoreserven des Unternehmens in der betreffenden Bilanzabteilung nicht übersteigt, wird nicht in Anspruch genommen.

SOLVENZBILANZ

In der Solvenzbilanz werden die Organismen für gemeinsame Anlagen mit Marktwerten bewertet.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Liegen die Börsenkurse, bzw. Marktwerte über den UGB/VAG Buchwerten ergeben sich in der Solvenzbilanz höhere Aktiva.

D.1.5.9. DERIVATE

UGB

Derivate werden entsprechend der AFRAC-Stellungnahme 15 „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ bilanziert.

Die BAWAG PSK Versicherung hat zu Absicherungszwecken einen Währungsswap gezeichnet, der nicht als Bewertungseinheit bilanziert wird. Dieser Währungsswap hat per Jahresende einen negativen Wert in Höhe von 289 Tsd. EUR. Eine Drohverlustrückstellung wurde in Höhe von 289 Tsd. EUR (2019: 551 Tsd. EUR) angesetzt.

SOLVENZBILANZ

Derivate werden in der Solvenzbilanz mit ihrem Marktwert inkl. anteiliger Zinsen bilanziert.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Die anteiligen Zinsen, die für Zwecke der Darstellung in der Bilanztafel in Kapitel D.1. zusammen mit den Wertpapieren ausgewiesen werden, umfassen jenen periodengerecht abgegrenzten Zinsertrag eines jeden Wertpapiers, der den Zeitraum vom letzten Kuponzahlungszeitpunkt des Geschäftsjahres zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres umfasst.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Der Marktwert der Derivate inklusive der anteiligen Zinsen beträgt zum Bilanzstichtag 0 Tsd. EUR auf der Aktivseite und 311 Tsd. EUR auf der Passivseite und wird in der Solvenzbilanz angesetzt. Ein Unterschied zwischen dem unternehmensrechtlichen Buchwert und dem Wert in der Solvenzbilanz ergibt sich daraus, dass in der Solvenzbilanz ein positiver Marktwert angesetzt wird, während positive Marktwerte in der unternehmensrechtlichen Bilanz nicht angesetzt werden dürfen.

Fälligkeitsstruktur der Derivate

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	0	503
Zwischen 1 und 5 Jahre	0	0
Mehr als 5 Jahre	0	0
Derivate unter Vermögenswerte gesamt	0	503
Bis zu 1 Jahr	0	0
Zwischen 1 und 5 Jahre	-311	-577
Mehr als 5 Jahre	0	0
Derivate unter Verbindlichkeiten gesamt	-311	-577

D.1.5.10. VERMÖGENSWERTE FÜR INDEXGEBUNDENE UND FONDSGEBUNDENE VERTRÄGE

UGB

Die Bewertung der Kapitalanlagen der index- und fondsgebundenen Lebensversicherung erfolgt im unternehmensrechtlichen Jahresabschluss zu Börsen- oder Marktpreisen. Bei der Bewertung dieser Kapitalanlagen bilden die Anschaffungskosten keine Grenze, über die nicht bilanziert werden kann.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Kapitalanlagen der index- und fondsgebundene Verträge werden in der Solvenzbilanz gleich dem unternehmensrechtlichen Buchwert angesetzt. Zusätzlich werden in dieser Position in der Solvenzbilanz die Put Optionsverträge in Zusammenhang mit der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge ausgewiesen.

Die BAWAG PSK Versicherung garantiert ihren Versicherungsnehmern im Rahmen der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge, dass der bei Ablauf der Verträge zur Verfügung stehende Betrag im Falle einer Verrentung nicht geringer ist als die Summe der eingezahlten Prämien abzüglich der Risikoprämie für den Ablebensschutz zuzüglich der staatlichen Förderungsleistungen (Kapitalgarantie).

Das Konzept sieht vor, dass zur Absicherung dieser Kapitalgarantie Put Optionsverträge mit Banken geschlossen werden. Die Verträge sind bis zum geplanten Veranlagungsende im jeweils definierten Investmentfonds von dieser externen Kapitalgarantie erfasst.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Aufgrund der abgeschlossenen Put Optionsverträge wird das Kapitalanlagerisiko der BAWAG PSK Versicherung durch zum Garantiegeschäft zugelassene Dritte abgedeckt, weshalb von einer Rückstellungsbildung gem. § 198 Abs. 1 UGB für die geschätzte voraussichtliche Verpflichtung abgesehen wird.

Die Put Optionen stellen im Jahresabschluss 2020 eine Verpflichtung der Banken dar und erhöhen in der Solvenzbilanz die Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge. Auf der Passivseite werden die Put Optionen unter den finanziellen Verbindlichkeiten ausgewiesen. In der Solvenzbilanz kommt es, im Vergleich zur UGB/VAG Bilanz, aufgrund dieser Position zu einer Bilanzverlängerung.

D.1.5.11. DARLEHEN UND HYPOTHEKEN

UGB

Darlehensforderungen an verbundene Unternehmen, Hypothekenforderungen und sonstige Darlehensforderungen werden mit dem Nennbetrag der aushaftenden Forderung bewertet. Zu Forderungen, deren Einbringlichkeit zweifelhaft ist, werden ausreichende Einzelwertberichtigungen gebildet, die von den Nennbeträgen abgesetzt werden.

§ 208 gibt vor, dass, wenn bei einem Vermögensgegenstand eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen wurde, und es sich in einem späteren Geschäftsjahr herausstellt, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zuzuschreiben ist. Obergrenze dieser Zuschreibung sind die ursprünglichen Anschaffungskosten.

Das Wahlrecht zur Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert bei einer Wertminderung, die voraussichtlich nicht von Dauer ist, wird nicht in Anspruch genommen.

Polizzendarlehen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten, unter Berücksichtigung ihrer Einbringlichkeit, bilanziert.

Die anteiligen Zinsen, die für Zwecke der Darstellung in der Bilanztafel in Kapitel D.1. zusammen mit den Darlehen und Hypothekenforderungen ausgewiesen werden, umfassen jenen periodengerecht abgegrenzten Zinsertrag eines jeden Darlehens bzw. einer jeden Hypothekenforderung, der den Zeitraum vom letzten Kuponzahlungszeitpunkt des Geschäftsjahres zum Bilanzstichtag des Geschäftsjahres umfasst.

SOLVENZBILANZ

Die Bewertung für die Solvenzbilanz (mit Ausnahme der Angestellten- und Polizzendarlehen) wird mittels des Market Risk Analyzer Moduls von SAP durchgeführt (interne theoretische Barwertberechnung). Bei den Angestellten- und Polizzendarlehen wird aufgrund der geringen Beträge der unternehmensrechtliche Buchwert in der Solvenzbilanz angesetzt. Die abgegrenzten Zinsen werden in der Solvenzbilanz dem Marktwert hinzugerechnet.

In einem ersten Schritt wird für Hypothekenforderungen und sonstigen Darlehensforderungen der Zahlungsstrom auf diejenigen Cash-Flows reduziert, deren Fälligkeitszeitpunkte nach dem Auswertungsdatum liegen. Bei Darlehen mit variablen Zinszahlungen werden in einem weiteren Schritt die Forwardzinssätze der Referenzzinsen berechnet. Die daraus berechneten Zinszahlungen werden in den Zahlungsstrom eingestellt, der damit nur Cash-Flows enthält, deren Höhe und Zahlungszeitpunkt feststehen. Entsprechend der Berechnungsroutine (Par- oder Zerocouponberechnungsmethode) wird der Barwert der einzelnen Zahlungen mit Hilfe der Zinsstrukturkurve in Geschäftswährung auf das Auswertungsdatum berechnet. Der Wert des Darlehens (in Geschäftswährung) ist dann die Summe der diskontierten Cash-Flows.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Weicht die Anzeigewährung von der Geschäftswährung ab, so wird der Barwert mit Hilfe des (Termin-) Währungskurses (Geld- bzw. Briefkurs) umgerechnet.

Darlehen an verbundene Unternehmen werden von Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR (GIAM), Triest, unter Verwendung von drei verschiedenen Ansätzen bewertet:

- ▶ Mark-to-Market-Bewertung: Falls das Darlehen in einem aktiven Markt gehandelt wird, wird die Bloomberg Pricing Source zur Bewertung herangezogen.
- ▶ Mark-to-Model-Bewertung: Verwendung des Discounted-Cashflow-Ansatzes, wobei das FastVal-Tool von Sungard mit Bewertungsrichtlinien des Debt Managements des Group Corporate Finance verwendet wird. Der so ermittelte Wert wird von der BAWAG PSK Versicherung plausibilisiert. Wesentlicher Input bei der Bewertung ist die Schätzung des Credit Spreads.
- ▶ Nominalwert-Bewertung: Der Nominalwert wird herangezogen, falls der Marktwert auf nicht beobachtbaren Inputfaktoren beruht oder die Auszahlungsstruktur nicht modelliert werden kann.

D.1.5.12. EINFORDERBARE BETRÄGE AUS RÜCKVERSICHERUNGSVERTRÄGEN

Die nähere Erläuterung zu dieser Position findet sich im Kapitel „Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen“.

D.1.5.13. FORDERUNGEN GEGENÜBER VERSICHERUNGEN UND VERMITTLERN

UGB

Die unternehmensrechtliche Bewertung der Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern erfolgt zum Nennwert unter Berücksichtigung ihrer Einbringlichkeit. Sollte eine Forderung als nicht einbringlich oder mit verminderter Einbringlichkeit klassifiziert werden, wird sie in Höhe der Differenz zwischen Buchwert vor Wertberichtigung und niedrigerem beizulegenden Zeitwert berichtigt.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern werden gleich dem unternehmensrechtlichen Buchwert angesetzt. Die Forderungen haben alle eine Laufzeit unter einem Jahr, so dass dieser Ansatz als verhältnismäßig und dem Sinn und Zweck der Bewertungsregeln unter Solvabilität II entsprechend angesehen werden kann, zumal eine Diskontierung bei kurzen Laufzeiten und gegebenem Zinsniveau keine wesentliche Differenz ergibt.

D.1.5.14. FORDERUNGEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)

UGB

Die Forderungen (Handel, nicht Versicherung) werden zum Nennwert unter Berücksichtigung ihrer Einbringlichkeit bewertet. Sollte eine Forderung als nicht einbringlich oder mit verminderter Einbringlichkeit klassifiziert werden, wird sie in Höhe der Differenz zwischen Buchwert vor Wertberichtigung und niedrigerem beizulegenden Zeitwert berichtigt.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Mit Blick auf die kurze Laufzeit der Forderungen und unter Berücksichtigung von Art. 9 Abs. 4 DV EU/2015/35 wird der unternehmensrechtliche Wert als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes erachtet und es wird von der Ermittlung eines Barwertes abgesehen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.1.5.15. ZAHLUNGSMITTEL UND ZAHLUNGSMITTELÄQUIVALENTE

UGB

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden im unternehmensrechtlichen Abschluss mit dem Tageswert am Bilanzstichtag bilanziert. Die auf fremde Währung lautenden Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Devisen-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden aufgrund ihrer kurzen Laufzeit gleich dem unternehmensrechtlichen Buchwert angesetzt.

D.1.5.16. SONSTIGE NICHT AN ANDERER STELLE AUSGEWIESENE VERMÖGENSWERTE

Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Vermögenswerte betreffen zum überwiegenden Teil die aktive Rechnungsabgrenzung. Zwischen unternehmensrechtlicher Bewertung und Bewertung für Solvabilität II besteht kein Unterschied.

In der aktiven Rechnungsabgrenzung ist die Abgrenzung für im Voraus bezahlte Provisionen die wesentliche Position. Bzgl. der Auszahlung, nicht aber der buchhalterischen Behandlung in der UGB/VAG Bilanz, gab es im Geschäftsjahr 2017 eine Änderung, die eine wesentliche Auswirkung auf die Höhe dieser Position hat.

Provisionen für Verträge mit laufender Prämie wurden 2012 bis inkl. 2016 upfront zu 100 % an den Vermittler, i.e. die BAWAG PSK Bank, gezahlt. Ausgehend von einem Haftungszeitraum von 60 Monaten gemäß § 176 Abs. 5 und 6 VersVG wird der Teil der Provision, auf die der Vermittler einen anteiligen Anspruch hat, als Aufwand gebucht, jener Teil, an dem der anteilige Anspruch noch nicht begründet ist, wird monatlich über die aktive Rechnungsabgrenzung abgegrenzt.

Seit dem 1. Januar 2017 erfolgt die Auszahlung der Provision für neue Versicherungsverträge für das erste Jahr zum Wirksamkeitsdatum. Ausgehend von einer Vertragslaufzeit von mehr als 5 Jahren und einem Haftungszeitraum von 60 Monaten wird jeweils nach Ablauf eines Jahres wiederum die Provision für das folgende Jahr ausgezahlt, dies so lange, bis nach 5 Jahren die volle Provision bezahlt ist. Die bezahlten Provisionen werden monatlich über die Aktive Rechnungsabgrenzung abgegrenzt. Seit dem 1. Januar 2018 (IDD) gibt es auch laufende Provisionen (Risikoversicherungen mit laufender Prämie).

D.2. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

D.2.1. WERT DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN IN DER SOLVENZBILANZ UND BEI DEREN ERMITTLUNG VERWENDETE GRUNDLAGEN, METHODEN UND HAUPTANNAHMEN

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt unter Verwendung anerkannter versicherungs- und finanzmathematischer Methoden und steht in einem angemessenen Verhältnis zu Art, Umfang sowie Komplexität der Versicherungsverpflichtungen des Unternehmens. Der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen ergibt sich aus der Summe des besten Schätzwerts und der Risikomarge.

Der beste Schätzwert wird brutto berechnet, das heißt ohne Abzug der von Rückversicherungsverträgen und Zweckgesellschaften einforderbaren Beträge. Bei der Berechnung der Risikomarge ist der risikomindernde Effekt aus Rückversicherungsverträgen berücksichtigt.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Sämtliche Versicherungsverpflichtungen sind der Lebensversicherung im Direktversicherungsgeschäft zuzuordnen.

D.2.1. VERTRAGSGRENZEN

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung werden alle Versicherungsverträge berücksichtigt, zu denen zum Bewertungsstichtag eine vertragliche Verpflichtung besteht. Insbesondere kommen die Vertragsgrenzen gemäß Artikel 18 DV EU/2015/35 der Kommission zur Anwendung.

Die Anwendung der Vertragsgrenzen wird insofern vereinfacht, als Verträge, die bereits abgeschlossen wurden und deren Vertragsbeginn in der Zukunft liegt, nur näherungsweise berücksichtigt werden. Diese Vereinfachung hat keinen materiellen Einfluss auf den Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen.

D.2.2. BESTER SCHÄTZWERT

Der beste Schätzwert der versicherungstechnischen Verpflichtungen wird als wahrscheinlichkeitsgewichteter Durchschnitt zukünftiger Zahlungsströme (Cash-Flows) ermittelt. Dabei findet der Zeitwert des Geldes (erwarteter Barwert zukünftiger Cash-Flows) durch Verwendung der von der European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) veröffentlichten maßgeblichen risikofreien Zinskurve Berücksichtigung.

Die Cash-Flow-Prognose berücksichtigt hierbei alle potenziellen ein- und ausgehenden Zahlungsströme, die notwendig sind, um die Versicherungsverpflichtungen über deren Laufzeit zu erfüllen. Zu diesen Zahlungsströmen zählen Prämien, Versicherungsleistungen, Kosten (inkl. Abschluss-, Verwaltungs- und Schadenregulierungskosten) sowie erfolgsabhängige Gewinnbeteiligungen.

Bei der Berechnung des besten Schätzwertes zukünftiger Zahlungsströme werden künftige Maßnahmen des Managements berücksichtigt. Diese spiegeln die aktuelle Geschäftspraxis, Vision und zukünftige Strategie des Unternehmens bei bestimmten Marktbedingungen wider.

Kosten für die Finanzierung zukünftiger finanzieller Garantien sind ein weiterer Bestandteil des besten Schätzwertes. Diese werden anhand von stochastischen Szenarien, die die Unsicherheit in zukünftigen Entwicklungen am Kapitalmarkt widerspiegeln, bewertet.

D.2.1.3. RISIKOMARGE

Die Risikomarge spiegelt Kapitalkosten zur Bereitstellung anrechnungsfähiger Eigenmittel wider, die zur Bedeckung künftiger Risikokapitalien notwendig sind, um Versicherungsverpflichtungen während ihrer Laufzeit zu erfüllen. Damit wird sichergestellt, dass der Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen dem Wert entspricht, den ein Versicherungsunternehmen zahlen würde, um die Versicherungsverpflichtungen zu übernehmen sowie zu erfüllen.

Zur Berechnung der Risikomarge wird eine vereinfachte Berechnung gemäß Artikel 58 (a) DV EU/2015/35 angewendet. Zukünftige Risikokapitalien werden anhand von Risikotreibern und den aktuellen Kapitalanforderungen angenähert.

Ab dem 31. Dezember 2020 werden die aktuellen Kapitalanforderungen mit einem vollen internen Modell berechnet. Für die Projektion zukünftiger Risikokapitalien werden die im internen Modell definierten nicht hedgebaren Teilrisiken und deren Risikotreiber herangezogen.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.2.1.4. WERT DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN IN DER SOLVENZBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2020

Wert der versicherungstechnischen Rückstellungen Lebensversicherung in der Solvenzbilanz

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bester Schätzwert	1.985.127	2.053.950
Risikomarge	13.085	11.801
Versicherungstechnische Rückstellungen Brutto	1.998.212	2.065.751

Weitere Details zur Zusammensetzung des Wertes der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz sind im Anhang ersichtlich (Meldebogen S.12.01 – Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung).

D.2.2. WESENTLICHE ÄNDERUNGEN DER BEI DER BERECHNUNG DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN IN DER SOLVENZBILANZ ZUGRUNDE GELEGTEN RELEVANTEN ANNAHMEN GEGENÜBER DEM VORANGEHENDEN BERICHTSZEITRAUM

D.2.2.1. BESTER SCHÄTZWERT

Bei den verwendeten finanz- und versicherungsmathematischen Methoden wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Es erfolgte lediglich eine Aktualisierung der versicherungstechnischen Annahmen (Rückkaufs- und Stornowahrscheinlichkeiten, Wahrscheinlichkeiten der Prämienfreistellung, Sterblichkeits- und Invaliditätswahrscheinlichkeiten) und der Annahmen zu den zukünftigen Kosten. Diese wurden mit einer um ein Jahr aktualisierten Datenbasis neu ermittelt.

Der Rückgang des besten Schätzwertes ist auf den deutlichen Rückgang des Versicherungsbestandes zurückzuführen. Durch Veränderungen in den ökonomischen Annahmen (deutlicher Rückgang der von EIOPA veröffentlichten maßgeblichen risikofreien Zinskurve) fällt der Rückgang des besten Schätzwertes geringer aus als die Verringerung der versicherungstechnischen Rückstellung im Jahresabschluss, der nach UGB/VAG aufgestellt wird.

D.2.2.2. RISIKOMARGE

Bei den Methoden zur Ermittlung der Risikomarge wurden keine wesentlichen Änderungen vorgenommen. Die Veränderung im Wert der Risikomarge ist auf die leicht veränderte Risikosituation im Bereich der nicht hedgebaren Risiken zurückzuführen.

D.2.3. ANGABEN ZUM GRAD DER UNSICHERHEIT, MIT DEM DER WERT DER VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN BEHAFTET IST

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen beinhaltet eine gewisse Unsicherheit, die durch die Volatilität der Finanzannahmen oder durch mögliche Abweichungen bei den versicherungstechnischen Annahmen entsteht.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTZWECKE

D.2.3.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Die mögliche Volatilität bezüglich der finanziellen Annahmen wird anhand stochastischer Szenarien sachgerecht bewertet, versicherungstechnische Annahmen werden auf Basis bestmöglicher Schätzungen bestimmt und beruhen auf aktuellen internen sowie externen Daten. Trotzdem gibt es einen gewissen Grad an Unsicherheit bei der Kalkulation der versicherungstechnischen Rückstellungen. Diese wird anhand von Sensitivitätsanalysen untersucht. Aus folgender Tabelle mit Sensitivitätsanalysen wird ersichtlich, wie sich Veränderungen von finanziellen und versicherungstechnischen Annahmen auf den besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen auswirken:

Sensitivitätsanalysen zu den Lebensversicherungsverpflichtungen

	2020		2019	
	Veränderung des besten Schätzwerts der versicherungstechnischen Rückstellungen			
	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in %
Beste Schätzwert	1.985.127		2.053.950	
Marktwert von Immobilien: Rückgang um 25 %	-14.060	-0,71 %	-15.886	-0,77 %
Marktwert Aktien: Anstieg um 25 %	57.102	2,88 %	56.035	2,73 %
Marktwert Aktien: Rückgang um 25 %	-55.718	-2,81 %	-52.948	-2,58 %
Risikolose Zinskurve: Zinsanstieg +50bps	-87.031	-4,38 %	-74.798	-3,64 %
Risikolose Zinskurve: Zinsrückgang -50bps	98.190	4,95 %	85.367	4,16 %
Credit Spread bei Unternehmensanleihen +50bps	-27.401	-1,38 %	-23.851	-1,16 %
Credit Spread bei Staatsanleihen +50bps	-12.351	-0,62 %	-16.643	-0,81 %
Risikolose Zinskurve ohne Volatility Adjustment	10.165	0,51 %	7.762	0,38 %
Volatilität Aktien: Anstieg um 25 %	-22	0,00 %	682	0,03 %
Volatilität Swaptions: Anstieg um 25 %	6.254	0,32 %	8.338	0,41 %
Ultimate forward rate -15bps	2.626	0,13 %	1.870	0,09 %
Kosten für Verwaltung und Kapitalanlage: Rückgang um 10 %	-9.158	-0,46 %	-7.607	-0,37 %
Kosten für Verwaltung und Kapitalanlage: Anstieg um 10 %	9.251	0,47 %	7.830	0,38 %
Rückkauf- und Stornowahrscheinlichkeiten: Rückgang um 10 %	1.197	0,06 %	-139	-0,01 %
Rückkauf- und Stornowahrscheinlichkeiten: Anstieg um 10 %	-1.369	-0,07 %	-36	0,00 %
Wahrscheinlichkeiten der Prämienfreistellung: Rückgang um 10 %	-52	0,00 %	-112	-0,01 %
Wahrscheinlichkeiten der Prämienfreistellung: Anstieg um 10 %	31	0,00 %	74	0,00 %
Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten für Verträge mit Todesfallrisiko: Rückgang um 10 %	-3.604	-0,18 %	-3.381	-0,16 %
Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten für Verträge mit Todesfallrisiko: Anstieg um 10 %	3.541	0,18 %	3.363	0,16 %
Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten für Verträge mit Langlebigerisiko: Rückgang um 10 %	4.175	0,21 %	2.879	0,14 %
Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten für Verträge mit Langlebigerisiko: Anstieg um 10 %	-3.720	-0,19 %	-2.530	-0,12 %
Invaliditätswahrscheinlichkeiten für Verträge, die dem Risiko unterliegen: Rückgang um 10 %	-625	-0,03 %	-708	-0,03 %
Invaliditätswahrscheinlichkeiten für Verträge, die dem Risiko unterliegen: Anstieg um 10 %	620	0,03 %	708	0,03 %

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Die Sensitivitätsanalysen zeigen, dass die finanziellen Annahmen (vor allem die risikolose Zinskurve) und die Marktwerte der Vermögenswerte die wesentlichen Einflussgrößen auf den besten Schätzwert der versicherungstechnischen Rückstellungen sind (bis zu 4,95%) und damit den größeren Teil an Unsicherheit bergen. Auf der anderen Seite haben die versicherungstechnischen Annahmen wie Sterblichkeit, Storni oder Kosten kleineren Einfluss auf den besten Schätzwert (bis zu 0,47%).

Finanzielle Annahmen und Marktwerte von Vermögenswerten spielen insofern auch in der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen eine Rolle, als sie den Wert finanzieller Garantien sowie die zukünftige Gewinnbeteiligung maßgeblich beeinflussen.

D.2.4. WESENTLICHE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN GRUNDLAGEN, METHODEN UND HAUPTANNAHMEN BEI DER BEWERTUNG FÜR DIE SOLVENZBILANZ UND DER BEWERTUNG IM JAHRESABSCHLUSS

In nachstehender Tabelle sind die Werte der versicherungstechnischen Rückstellungen im Jahresabschluss, der nach UGB/VAG aufgestellt wird, und in der Bewertung für die Solvenzbilanz dargestellt.

Vergleich Solvabilität II – Wert zur Bewertung im gesetzlichen Abschluss

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Solvabilität II - Wert	Bewertung im gesetzlichen Abschluss	Solvabilität II - Wert	Bewertung im gesetzlichen Abschluss
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	1.466.085	1.293.504	1.550.675	1.419.406
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	1.466.085	1.293.504	1.550.675	1.419.406
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	0	0	0	
Bester Schätzwert	1.454.572	0	1.540.773	
Risikomarge	11.513	0	9.902	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	532.126	568.091	515.076	551.985
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	0	0	0	
Bester Schätzwert	530.555	0	513.178	
Risikomarge	1.572	0	1.898	
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0	0	0	0

D.2.4.1. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung im Jahresabschluss, der nach UGB/VAG aufgestellt wird, liegt ein vorsichtiger Bewertungsgrundsatz zugrunde. Die Ermittlung erfolgt mit den geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen (Diskontierung mit garantiertem Rechnungszins, Berücksichtigung rechnungsmäßiger Kosten und biometrischer Grundlagen erster Ordnung). Ferner wird gem. FMA-Höchst-

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

zinssatzverordnung eine Zinszusatzrückstellung gebildet, um dem Risiko, dass die derzeitigen oder zu erwartenden finanziellen Erträge nicht zur Deckung der gegenüber den Versicherten bestehenden Zinsverpflichtungen ausreichen, entgegenzuwirken.

Zur Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellung in der Solvenzbilanz werden aktuelle finanzielle und versicherungsmathematische Annahmen herangezogen (maßgebliche risikofreie Zinskurve zur Diskontierung, tatsächliche erwartete Kosten sowie biometrische Grundlagen zweiter Ordnung). Das Vorsichtsprinzip wird hier grundsätzlich außer Acht gelassen, allerdings wird eine zusätzliche Rückstellung in Form der Risikomarge gebildet. Ferner werden im Unterschied zum Jahresabschluss nach UGB/VAG auch zukünftige erwartete Gewinnbeteiligungen der Versicherungsnehmer bewertet und in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt.

D.2.5. MATCHING-ANPASSUNG GEMÄSS ART. 77 B DER RICHTLINIE 2009/138/EG

Kommt nicht zur Anwendung.

D.2.6. VOLATILITÄTSANPASSUNG GEMÄSS ART. 77 D DER RICHTLINIE 2009/138/EG

Die Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Diskontierung gemäß Art. 77d der RRL 2009/138/EG wurde auf den gesamten modellierten Versicherungsbestand angewendet.

Die Auswirkung dieser Maßnahme bei Zinssätzen auf die Solvabilität des Unternehmens ist im Anhang dargestellt (Meldebogen S.22.01 – Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen).

D.2.7. ÜBERGANGSMASSNAHME BEI RISIKOFREIEN ZINSSÄTZEN GEMÄSS ART. 308 C DER RICHTLINIE 2009/138/EG

Kommt nicht zur Anwendung.

D.2.8. ÜBERGANGSMASSNAHME BEI VERSICHERUNGSTECHNISCHEN RÜCKSTELLUNGEN GEMÄSS ART. 308 D DER RICHTLINIE 2009/138/EG

Kommt nicht zur Anwendung.

D.2.9. ANGABEN ZU DEN EINFORDERBAREN BETRÄGEN AUS RÜCKVERSICHERUNGSVERTRÄGEN UND GEGENÜBER ZWECGESELLSCHAFTEN

Zur Ermittlung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen werden dieselben Annahmen und Methoden wie zur Berechnung des besten Schätzwertes herangezogen. Insbesondere werden alle aus den Rückversicherungsverträgen resultierenden ein- und ausgehenden Zahlungsströme (Schadenszahlungen, Rückversicherungsprämien und Kosten sowie Rückversicherungsprovisionen und Gewinnanteile) berücksichtigt. Der Wert wird um das Gegenparteiausfallsrisiko angepasst, das zukünftige Verluste aus dem Ausfall von Gegenparteien abdecken soll.

Gegenüber Zweckgesellschaften wurden keine Verpflichtungen abgegeben.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Die folgende Tabelle zeigt den Wert der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen in der Solvenzbilanz im Vergleich zum vorangehenden Bewertungsstichtag:

Wert der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen Lebensversicherung in der Solvenzbilanz

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Versicherungstechnische Rückstellungen brutto	1.998.212	2.065.751
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	-7.121	-6.460
Versicherungstechnische Rückstellungen netto	2.005.333	2.072.211

Die Veränderung in den einforderbaren Beträgen aus Rückversicherungsverpflichtungen ist auf den Anstieg des Bestandes, der den Rückversicherungsverträgen unterliegt, zurückzuführen.

D.3. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

In der folgenden Tabelle werden die Solvabilität II Werte (ökonomische Werte) und die Verbindlichkeiten gem. Bewertung im gesetzlichen Abschluss (unternehmensrechtliche Werte) einander gegenübergestellt. Die Darstellung orientiert sich an den Berichtsformularen des quantitativen Berichtswesens. Bilanzposten, deren ökonomischer und unternehmensrechtlicher Wert null beträgt, werden grundsätzlich nicht erläutert. Um die Vergleichbarkeit der Werte zu erleichtern, werden die UGB/VAG Werte in der folgenden Darstellung gemäß dem Solvabilität II Bilanzschema ausgewiesen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Solvabilität II Wert	UGB/VAG Wert	Solvabilität II Wert	UGB/VAG Wert
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	1.466.085	1.293.504	1.550.675	1.419.406
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherung und fonds- und indexgebundene Versicherungen)	1.466.085	1.293.504	1.550.675	1.419.406
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet				
Bester Schätzwert	1.454.572		1.540.773	
Risikomarge	11.513		9.902	
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	532.126	568.091	515.076	551.985
Versicherungstechnische Rückstellung als Ganzes berechnet				
Bester Schätzwert	530.555		513.178	
Risikomarge	1.572		1.898	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	14.620	14.620	15.181	15.181
Rentenzahlungsverpflichtungen	2.704	2.704	2.567	2.567

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Solvabilität II Wert	UGB/VAG Wert	Solvabilität II Wert	UGB/VAG Wert
Latente Steuerschulden	10.513		14.958	
Derivate	311	311	577	577
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.126		994	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	39.638	39.638	38.328	38.328
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.702	1.702	1.873	1.873
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	19.775	19.775	17.044	17.044
Nachrangige Verbindlichkeiten	31.026	30.918	30.990	30.907
nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	1.550	1.548		
in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	29.476	29.371	30.990	30.907
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	253	1.515	282	1.940
Verbindlichkeiten gesamt	2.119.882	1.972.779	2.188.545	2.079.807

Der Unterschied zwischen Fremdkapital laut UGB/VAG Bilanz und dem in der Tabelle oben dargestellten UGB/VAG Wert der Verbindlichkeiten gesamt (1.973 Mio. EUR, 2019: 2.080 Mio. EUR) ergibt sich aufgrund der Umgliederung der anteiligen Zinsen des Währungsswaps von der Aktiv- auf die Passivseite in Höhe von 17 Tsd. EUR (2019: 17 Tsd. EUR).

D.3.1. GRUNDSÄTZLICHE PRINZIPIEN DER BEWERTUNG IN DER SOLVENZBILANZ

Die Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten wird gemeinsam mit den Vermögenswerten in Kapitel D.1.1.1. „Generelle Bewertungsvorschriften“ beschrieben.

D.3.2. SOLVENCY II – ABWEICHUNGEN ZU IFRS/IAS BEWERTUNGSMETHODEN

Die Marktwert-Bewertung gemäß Solvabilität II erfolgt im Allgemeinen gemäß den Prinzipien der internationalen Rechnungslegung (IFRS). Nur bei einzelnen spezifischen Bilanzpositionen sind Abweichungen zu den IFRS-Bewertungsmethoden vorgesehen bzw. IFRS-Bewertungsmethoden ausgeschlossen.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten gibt es bei folgenden Bilanzpositionen Abweichungen zu IFRS-Bewertungsmethoden:

- ▶ Finanzverbindlichkeiten
- ▶ Eventualverbindlichkeiten
- ▶ Latente Steuern

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.3.3. GRUNDSÄTZLICHE PRINZIPIEN ZUR ERMITTLUNG DER WERTE IM UNTERNEHMENSRECHTLICHEN JAHRESABSCHLUSS

Bei den Jahresabschluss-Bilanzwerten zum 31. Dezember 2020 wurden die Rechnungslegungsbestimmungen des UGB unter Berücksichtigung der besonderen Bestimmungen des VAG in der geltenden Fassung angewandt.

D.3.4. ÄNDERUNGEN DES ANSATZES UND DER BEWERTUNGSBASIS ODER VON SCHÄTZUNGEN IN DER SOLVENZBILANZ WÄHREND DER BERICHTSPERIODE

Der Marktbewertung zugrundeliegende Zinssätze werden am Bilanzstichtag dem aktuellen Zinsniveau angepasst.

In der Berichtsperiode kam es bei den sonstigen Verbindlichkeiten zu keinen wesentlichen Änderungen des Ansatzes, der Bewertungsgrundlagen oder von Schätzungen.

D.3.5. ERLÄUTERUNG DER WESENTLICHEN UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN GRUNDLAGEN, METHODEN UND HAUPTANNAHMEN BEI DER BEWERTUNG IM UNTERNEHMENSRECHTLICHEN JAHRESABSCHLUSS UND IN DER SOLVENZBILANZ

D.3.5.1. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN ALS VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

Unter dieser Position weist die BAWAG PSK Versicherung Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder drohende Verluste aus schwebenden Geschäften oder für Aufwendungen, die dem Geschäftsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr zuzuordnen sind und die am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher, aber hinsichtlich ihrer Höhe oder des Zeitpunkts ihres Eintretens unbestimmt sind, aus. Darunter fallen Rückstellungen für Wirtschaftsprüferkosten, Kosten der Bilanzveröffentlichung, Vertriebsrückstellungen, Rückstellungen für offene Rechtsfälle, externe Dienstleistungen und Beratung und dergleichen.

UGB

Die Rückstellungen wurden in Höhe ihres Erfüllungsbetrages gebildet, der bestmöglich geschätzt wurde. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit einem marktüblichen Zins vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit, wenn bekannt, bzw. vom Zeitpunkt ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme auf den Bilanzstichtag diskontiert.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Grundsätzlich werden die Verpflichtungen in der Solvenzbilanz gleich bewertet wie in der UGB/VAG Bilanz.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Die Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrages erfordert Schätzungen und Annahmen über die Zukunft, welche mit Schätzunsicherheiten verbunden sind. Unsicherheiten bestehen insbesondere in Bezug auf die Einschätzung der betraglichen Höhe des Sachverhaltes und den damit verbundenen Risiken, den Zeitpunkt der Fälligkeit der Verbindlichkeit und in Bezug auf den verwendeten Abzinsungssatz (Unsicherheit betrifft hier vor allem den zukünftigen Zeitwert des Geldes).

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTZWECKE

Andere als versicherungstechnische Rückstellungen – Erwarteter Zeitpunkt des Abflusses

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	6.868	8.293
Mehr als 1 Jahr	7.752	6.887

D.3.5.2. RENTENZAHLUNGSVERPFLICHTUNGEN

Als Ansammlungsverfahren für die Ansammlung der Gesamtverpflichtung in den jeweiligen Rückstellungen wird das Verfahren der laufenden Einmalprämien angewandt.

Zur Bewertung der Gesamtverpflichtung wird ein Rechnungszinssatz verwendet, der dem aktuellen Marktzinssatz für Anleihen von Unternehmen mit hochklassiger Bonitätseinstufung entspricht und der mit der durchschnittlichen Restlaufzeit der Gesamtverpflichtung übereinstimmt.

D.3.5.3. RÜCKSTELLUNGEN FÜR ABFERTIGUNGEN

UGB

Angestellte, deren Dienstverhältnis vor dem 31. Dezember 2002 begonnen und ununterbrochen drei Jahre gedauert hat, haben bei Auflösung des Dienstverhältnisses einen Anspruch auf eine Abfertigung, sofern nicht der Angestellte kündigt, ohne wichtigen Grund vorzeitig austritt oder ihn ein Verschulden an der vorzeitigen Entlassung trifft. Diese beträgt das Zweifache des dem Angestellten für den letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührenden Entgelts und erhöht sich nach fünf Dienstjahren auf das Dreifache, nach zehn Dienstjahren auf das Vierfache, nach fünfzehn Dienstjahren auf das Sechsfache, nach zwanzig Dienstjahren auf das Neunfache und nach fünfundzwanzig Dienstjahren auf das Zwölffache des monatlichen Entgelts. Wird das Dienstverhältnis durch den Tod des Angestellten aufgelöst, so beträgt die Abfertigung nur die Hälfte des oben bezeichneten Betrages und gebührt nur den gesetzlichen Erben, zu deren Erhaltung der Erblasser gesetzlich verpflichtet war.

Wird das Dienstverhältnis zum Zweck der Inanspruchnahme einer Pension beendet, gebührt Mitarbeitern, die dem Kollektivvertrag für Versicherungsunternehmungen – Innendienst unterliegen und deren Dienstverhältnis vor dem 1. Januar 1997 begonnen hat, zusätzlich zur gesetzlichen Abfertigung das Dreifache des monatlichen Entgelts, wenn das Dienstverhältnis vor Vollendung des zehnten Dienstjahres endet. Wenn das Dienstverhältnis nach zehn oder mehr Dienstjahren endet, gebührt das Sechsfache des monatlichen Entgelts.

Für alle nach dem 31. Dezember 2002 in Österreich beginnenden Arbeitsverhältnisse wird die Abfertigung durch das „Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz BMSVG“ geregelt. Bei diesem Abfertigungsmodell besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers mehr auf gesetzliche Abfertigung gegenüber dem Arbeitgeber und es werden dazu keine Rückstellungen gebildet. Bei diesem Abfertigungsmodell ist der Arbeitgeber nur zur regelmäßigen Leistung der Beiträge verpflichtet.

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden zum 31. Dezember 2020 mit dem versicherungsmathematischen Wert gemäß den Richtlinien des IAS 19 angesetzt.

Die Bestimmung des Barwertes der leistungsorientierten Verpflichtungen (Defined Benefit Obligation) wird jährlich von einem qualifizierten Versicherungsmathematiker nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected-Unit-Credit-Methode) gemäß IAS 19 Artikel 67 durchgeführt. Zur Bewertung der Gesamtverpflichtung wird ein Rechnungszinssatz verwendet, der dem aktuellen Marktzinssatz für Anleihen von

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Unternehmen mit hochklassiger Bonitätseinstufung entspricht und der mit der durchschnittlichen Restlaufzeit der Gesamtverpflichtung übereinstimmt.

Nach versicherungsmathematischen Grundsätzen wurde die Defined Benefit Obligation (DBO) zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 1.492 Tsd. EUR (2019: 1.404 Tsd. EUR), das sind 93,8 % (2019: 93,8 %) der gesetzlichen und kollektivvertraglichen Abfertigungsansprüche an diesem Stichtag, ermittelt. Die DBO wurde unter Verwendung der Generationensterbetafel AVÖ-P18 ANG (2019: AVÖ-P18 ANG) mit einem Rechnungszinssatz von 0,75 % (2019: 0,85 %) und einem Gehaltstrend von 2,2 % (2019: 2,2 %) berechnet. Das Deckungskapital wurde unter der Annahme berechnet, dass der Übertritt in den Ruhestand gemäß Pensionsreform 2004 (Budgetbegleitgesetz 2003) erfolgt. Bei Frauen wurde die schrittweise Anhebung auf das Pensionsantrittsalter 65 berücksichtigt. Der Übertritt in den Ruhestand wird für Männer und Frauen spätestens nach Vollendung des 64. Lebensjahres angenommen. Es wurde keine Fluktuation angenommen.

Die Verteilung des Dienstzeitaufwandes erfolgt über die gesamte Dienstzeit vom Eintritt in das Unternehmen bis zum Erreichen des gesetzlichen Pensionsalters.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Rückstellungen für Abfertigungen werden zum 31. Dezember 2020, in der UGB/VAG Bilanz und in der Solvenzbilanz, mit dem versicherungsmathematischen Wert gemäß IAS 19 angesetzt. Es liegen keine Bewertungsdifferenzen vor.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Jede Änderung der Annahmen zur Bewertung der Rückstellungen für Abfertigungen hat Auswirkungen auf den Solvenzbilanzwert. Aufgrund veränderlicher Markt- und Konjunkturverhältnisse können die zugrundeliegenden Annahmen von aktuellen Entwicklungen abweichen.

Mittels Sensitivitätsanalysen werden mögliche finanzielle Auswirkungen von Abweichungen bei wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, wie etwa dem Abzinsungssatz oder Gehaltstrend, ermittelt. Es wird jeweils ein wesentlicher Einflussfaktor verändert, während die übrigen Einflussgrößen konstant gehalten werden. Die daraus resultierenden Steigerungen und Verringerungen im Vergleich zu den Werten in der Solvenzbilanz ermöglichen es dem Unternehmen Unsicherheiten bei der Ermittlung des Rückstellungswertes einzuschätzen.

Durchschnittliche Laufzeiten (Duration) in Jahren

	31.12.2020	31.12.2019
Rückstellungen für Abfertigungen	7,5	8,0

D.3.5.4. RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN

UGB

Aus Anlass der Beendigung des Dienstverhältnisses gewährt die Gesellschaft Leistungen an Arbeitnehmer wie Leistungen aufgrund direkter Leistungszusagen. Direkte Zusagen auf Pensionsleistung bestehen für Sondervertragsinhaber und für Mitarbeiter auf Basis der „Verbandsempfehlung“ Innendienst und Außendienst. Die Höhe der Pensionsleistung wird bei Sondervertragsinhabern durch die in den Verträgen festge-

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

legten Parameter (insbesondere Pensionsbemessungsgrundlage, Beendigungsart) bestimmt und bei Mitarbeitern auf Basis der Staffel „Verbandsempfehlung“ Innendienst und Außendienst, wobei diese Leistungszusagen zum Teil widerruflich sind.

Die Defined Benefit Obligation wird nach der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode) ermittelt. Die Berechnung der leistungsorientierten Verpflichtung wird für den jeweiligen Bilanzstichtag durch einen qualifizierten Versicherungsmathematiker vorgenommen.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet. Die Defined Benefit Obligation zum 31. Dezember 2020 wurde unter der Verwendung der Generationensterbetafel AVÖ-P18 ANG (2019: AVÖ-P18 ANG) mit einem Rechnungszinssatz von 1,3% (2019: 1,4%), einer Steigerung des pensionsfähigen Jahresbezuges von 2,2% (2019: 2,2%) bzw. einer Steigerung der laufenden Jahrespension von 2,1% (2019: 2,1%) berechnet. Das Deckungskapital wurde unter der Annahme berechnet, dass der Übertritt in den Ruhestand gemäß Pensionsreform 2004 (Budgetbegleitgesetz 2003) erfolgt.

Zur Bewertung der Gesamtverpflichtung wird ein Rechnungszinssatz verwendet, der dem aktuellen Marktzinssatz für Anleihen von Unternehmen mit hochklassiger Bonitätseinstufung entspricht und der mit der durchschnittlichen Restlaufzeit der Gesamtverpflichtung übereinstimmt.

Für Anwartschaften auf Pensionszuschüsse nach der Empfehlung des Verbandes der Versicherungsunternehmen Österreichs wird in der Bonus Pensionskassen Aktiengesellschaft vorgesorgt.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Rückstellungen für Pensionen wurden sowohl für die UGB/VAG Bilanz als auch die Solvenzbilanz nach den Vorschriften des IAS 19 gebildet. Es liegen keine Bewertungsdifferenzen vor.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Jede Änderung der Annahmen zur Bewertung der Rückstellungen für Pensionen hat Auswirkungen auf den Solvenzbilanzwert. Auf Grund veränderlicher Markt- und Konjunkturverhältnisse können die zugrundeliegenden Annahmen von aktuellen Entwicklungen abweichen.

Mittels Sensitivitätsanalysen werden mögliche finanzielle Auswirkungen von Abweichungen bei wesentlichen versicherungsmathematischen Annahmen, wie etwa dem Abzinsungssatz, Gehaltstrend oder Pensionssteigerungen, ermittelt. Es wird jeweils ein wesentlicher Einflussfaktor verändert, während die übrigen Einflussgrößen konstant gehalten werden. Die daraus resultierenden Steigerungen und Verringerungen im Vergleich zu den Werten in der Solvenzbilanz ermöglichen es dem Unternehmen Unsicherheiten bei der Ermittlung des Rückstellungswertes einzuschätzen.

Durchschnittliche Laufzeiten (Duration) in Jahren

	31.12.2020	31.12.2019
Rückstellungen für Pensionen	24,9	25,6

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

D.3.5.5. LATENTE STEUERSCHULDEN

Die Bewertung der latenten Steuerverbindlichkeiten nach UGB/VAG sowie in der Solvenzbilanz wird gemeinsam mit den latenten Steueransprüchen erläutert.

Latente Steuerschulden bzw. Ursprung des Ansatzes von latenten Steuerschulden:

Latente Steuerschulden in der Solvenzbilanz

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Aktien	0	0
Darlehen	-10.132	-8.967
Sonstige Forderungen	0	0
Versicherungstechnische Rückstellungen	-1.245	-6.799
Nicht versicherungstechnische Rückstellungen	545	570
Personalrückstellungen	83	79
Nachrangige Verbindlichkeiten in den Eigenmitteln	5	4
Immobilien	18	
Sonstige Verbindlichkeiten	213	155
SUMME	-10.513	-14.958

D.3.5.6. DERIVATE

Die BAWAG PSK Versicherung hat zu Absicherungszwecken einen Währungsswap gezeichnet, der nicht als Bewertungseinheit bilanziert wird. Dieser Währungsswap hat per Jahresende einen negativen Wert (311 Tsd. EUR, 2019: 577 Tsd. EUR). Siehe dazu Kapitel D.1.5.9.

D.3.5.7. FINANZIELLE VERBINDLICHKEITEN AUSSER VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

UGB/VAG BILANZ

Die UGB/VAG Bilanz weist unter dieser Position keinen Wert aus.

SOLVENZBILANZ

In der Solvabilität II Bilanz sind hier die Put Optionen, 1.102 Tsd. EUR (2019: 952 Tsd. EUR), sowie die finanziellen Verbindlichkeiten aus KFZ-Leasingverträgen ausgewiesen.

Gemäß Artikel 75 der RRL 2009/138/EG werden Verbindlichkeiten, einschließlich finanzieller Verbindlichkeiten, mit dem Betrag bewertet, zu dem sie zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern übertragen oder beglichen werden könnten.

Bei der Bewertung der Verbindlichkeiten wird keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens vorgenommen.

Bei der Bewertung der finanziellen Verbindlichkeiten stimmt die Definition des Marktwertes gemäß IAS 39 mit den Solvabilität II Bewertungsprinzipien überein, wenn man Folgendes berücksichtigt:

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

- ▶ Die Marktwertbewertung gemäß IAS 39 beim erstmaligen Ansatz stellt eine adäquate Darstellung des ökonomischen Wertes beim erstmaligen Ansatz in der Solvenzbilanz dar.
- ▶ Die Ermittlung des Marktwertes im Rahmen der Folgebewertung gemäß IAS 39 stellt eine adäquate Darstellung des ökonomischen Wertes dar, solange keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens vorgenommen wird. Während die Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens bei der Bewertung gemäß IAS 39 berücksichtigt wird, wird dieser Effekt bei der Bewertung für Solvabilitätszwecke nicht berücksichtigt.

Zu den Put Optionen: Die BAWAG PSK Versicherung garantiert ihren Versicherungsnehmern im Rahmen der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge, dass der bei Ablauf der Verträge zur Verfügung stehende Betrag im Falle einer Verrentung nicht geringer ist als die Summe der eingezahlten Prämien abzüglich der Risikoprämie für den Ablebensschutz zuzüglich der staatlichen Förderungsleistungen (Kapitalgarantie). Zur Absicherung dieser Kapitalgarantie schließt die BAWAG PSK Versicherung Put Optionsverträge mit Banken ab. Die Verträge sind bis zum Ende der geplanten Laufzeit im jeweils definierten Investmentfonds von dieser externen Kapitalgarantie erfasst. Aufgrund der abgeschlossenen Put Optionsverträge wird das Kapitalanlagerisiko der BAWAG PSK Versicherung durch zum Garantiegeschäft zugelassene Dritte abgedeckt, weshalb von einer Rückstellungsbildung gemäß § 198 Abs. 1 UGB für die geschätzte voraussichtliche Verpflichtung abgesehen wird. Der Wert der Put Optionen beträgt zum 31. Dezember 2020 1.102 Tsd. EUR (2019: 952 Tsd. EUR).

Des Weiteren werden unter dieser Position die finanziellen Verbindlichkeiten aus KfZ-Leasingverträgen, die gem. IFRS 16 bilanziert werden, ausgewiesen, 24 Tsd. EUR (2019: 42 Tsd. EUR).

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB- UND SOLVENZBILANZ

Unternehmensrechtlich werden weder die Garantie noch die Absicherungsderivate bilanziert, da aufgrund der abgeschlossenen Put Option keine zukünftigen Verpflichtungen drohen. In der Solvenzbilanz werden in den Vermögenswerten der fonds- und indexgebundenen Lebensversicherung der Optionswert, die voraussichtlichen Garantiezahlungen und die Leasingverbindlichkeiten gemäß IFRS 16 als finanzielle Verbindlichkeit dargestellt.

D.3.5.8. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERSICHERUNGEN UND VERMITTLERN

UGB

Die Bewertung erfolgte unternehmensrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Der unternehmensrechtliche Wert wird unter Berücksichtigung von Art. 9 Abs. 4 DV EU/2015/35 als eine angemessene Näherung des ökonomischen Wertes herangezogen.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	28.347	38.328
Zwischen 1 und 5 Jahre	11.090	0
Mehr als 5 Jahre	201	0
SUMME	39.638	38.328

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Die Position Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern enthält auch die noch nicht abgerufenen Leistungen. Es handelt sich hierbei um Leistungen aus Versicherungsverträgen, die fällig sind, aber noch nicht ausgezahlt werden konnten. In dieser Position ist ein Anstieg von 841 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2020 gegenüber 2019 zu verzeichnen.

D.3.5.9. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER RÜCKVERSICHERERN

UGB

Die Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern ergeben sich aus der vorläufigen Abrechnung des Jahres 2020. Die Bewertung erfolgte unternehmensrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Der unternehmensrechtliche Wert wird unter Berücksichtigung von Artikel 9 Abs. 4 der DV EU/2015/35 als eine angemessene Näherung an den ökonomischen Wert herangezogen. Die unternehmensrechtlichen Werte sind in die Solvenzbilanz übernommen worden.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	1.702	1.873
Zwischen 1 und 5 Jahre	0	0
Mehr als 5 Jahre	0	0
SUMME	1.702	1.873

D.3.5.10. VERBINDLICHKEITEN (HANDEL, NICHT VERSICHERUNG)

UGB

Die Bewertung erfolgte unternehmensrechtlich mit dem Erfüllungsbetrag.

In dieser Position ist auch die Rückstellung für Jubiläumsgelder enthalten, für die der Wertansatz wie folgt ermittelt wird:

Die Rückstellungen für Jubiläumsgelder wurden gemäß den Richtlinien des IAS 19 unter Verwendung der Generationensterbetafel AVÖ-P18 ANG (2018: AVÖ-P18 ANG) angesetzt. Die Defined Benefit Obligation wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen zum 31. Dezember 2020 ermittelt. Das Deckungskapital wurde mit einem Rechnungszinssatz von 0,75 % (2019: 0,85 %) und einem Gehaltstrend von 2,2 % (2019: 2,2 %) berechnet. Das Deckungskapital wurde unter der Annahme berechnet, dass der Übertritt in den Ruhestand gemäß Pensionsreform 2004 (Budgetbegleitgesetz 2003) erfolgt. Bei Frauen wurde die schrittweise Anhebung auf das Pensionsantrittsalter 65 berücksichtigt. Der Übertritt in den Ruhestand wird für Männer und Frauen spätestens nach Vollendung des 64. Lebensjahres angenommen. Die für die Jubiläumsgeldrückstellungen berücksichtigte Fluktuation basiert auf die vom Unternehmen bekannt gegebenen Austrittswahrscheinlichkeiten, die jährlich neu ermittelt werden. Dabei werden die bekannt gegebenen Daten in eine dienstjahrabhängige Tabelle mit Fluktuationswahrscheinlichkeiten umgewandelt.

SOLVENZBILANZ UND UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Grundsätzlich sind die unternehmensrechtlichen Werte in die Solvenzbilanz übernommen worden.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Bis zu 1 Jahr	19.475	16.760
Zwischen 1 und 5 Jahre	47	43
Zwischen 5 und 10 Jahre	64	49
Mehr als 10 Jahre	189	192
SUMME	19.775	17.044

D.3.5.11. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

UGB

Die BAWAG PSK Versicherung hat 8 Ergänzungskapitalanleihen (nachrangige Verbindlichkeiten) gezeichnet, die zum Erfüllungsbetrag bilanziert werden.

SOLVENZBILANZ

Die Solvabilität II Bewertung wird gemäß den Anforderungen des Art. 14 Abs. 1 DV EU/2015/35 durchgeführt. Finanzielle Verbindlichkeiten im Sinne der von der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 übernommenen internationalen Rechnungslegungsstandards bewerten die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen gemäß Art. 9 dieser Verordnung beim erstmaligen Ansatz. Es wird keine nachträgliche Berichtigung vorgenommen, wenn nach dem erstmaligen Ansatz eine Veränderung bei der Bonität des Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmens eintritt. Das bedeutet, dass die Bewertung so durchgeführt werden soll, dass die Cash-Flows ausschließlich unter Berücksichtigung der Änderungen der Zinskurve abgezinst werden. Die Bonität des Schuldners ergibt sich dann als Spread über dem Basiszinssatz zum Zeitpunkt der Emission der Verbindlichkeit.

Die Bewertung wird von der Generali Investments Holding S.p.A, Risikomanagement, Valuation and Risk Factor Analysis, durchgeführt. Verwendet wird ein Mark-to-Model Ansatz unter Verwendung eines Discounted Cash Flow Modells und der FastVal Pricing Engine unter Beachtung der Valuation Guidelines des Debt Management des Group Corporate Finance Department der Generali Gruppe und der Explanatory Note on Pricing and Fair Value Hierarchy der Generali Investments, Risk Management.

Das Fälligkeitsdatum für jedes Darlehen wird auf 5 Jahre nach dem nächsten Kouponzahlungsdatum festgelegt (Rolling Maturity). Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eingebettete amerikanische Optionen (Call oder Put) und sind ohne feste Laufzeit. In dem Fall, dass der Gläubiger sein Recht auf vorzeitige Rückzahlung ausübt, werden die nachrangigen Verbindlichkeiten 5 Jahre nach der Kündigung getilgt. In dem Fall der Ausübung des Rückzahlungsrechts wird das Fälligkeitsdatum entsprechend angepasst.

Die verwendeten Spreadkurven werden von auf Euro lautenden Wertpapieren abgeleitet. Für die Bewertung per Jahresende werden die Diskontierungskurven vom 23. Dezember verwendet.

Der Spread zum Zeitpunkt der Emission ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Koupon und dem Referenzindex, der den Kouponzahlungen zugrunde liegt.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Jeder Cash-Flow wird mit dem Spread zum Zeitpunkt der Emission zuzüglich der Spot Rate (risikoloser Zinssatz), die mit der verbleibenden Restlaufzeit einer jeden nachrangigen Verbindlichkeit korrespondiert, diskontiert. Der risikolose Zinssatz wird auf Basis der Euro-Swap Curve (fixed rate vs. Euribor six-months rate) gebildet. Der Spread bleibt über die gesamte Laufzeit der nachrangigen Verbindlichkeit unverändert, um dem Art. 75. Abs. 1 lit. b RRL 2009/138/EG zu entsprechen.

UNTERSCHIED ZWISCHEN UGB/VAG UND SOLVENZBILANZ

Die Bewertungsunterschiede zwischen UGB/VAG Bilanz, in der der Erfüllungsbetrag angesetzt wird, und Solvenzbilanz, in der diskontierte Werte herangezogen werden, ergibt sich aus der oben beschriebenen Bewertungsmethode.

ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZUR SOLVENZBILANZ

Die gekündigten nachrangigen Verbindlichkeiten sind anteilig anrechenbar. Zur Anrechenbarkeit der nachrangigen Darlehen zu den Eigenmitteln musste mangels Regelung im VAG 2016 auf das VAG 1978 zurückgegriffen werden, wonach die Anrechnung der gekündigten Anleihen anteilig zu kürzen ist. Die Kürzung in der Solvenzbilanz für das Geschäftsjahr 2020 beträgt 1.550 Tsd. EUR.

D.3.5.12. SONSTIGE NICHT AN ANDERER STELLE AUSGEWIESENE VERBINDLICHKEITEN

UGB

Die sonstigen nicht an anderer Stelle ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.515 Tsd. EUR (2019: 1.940 Tsd. EUR) betreffen im Wesentlichen die passive Rechnungsabgrenzung für die Wertpapiere in Höhe von 1.262 Tsd. EUR (2019: 1.657 Tsd. EUR) und die Zinsen für die nachrangigen Darlehen in Höhe von 241 Tsd. EUR (2019: 267 Tsd. EUR). Der Restbetrag entfällt auf die passive Rechnungsabgrenzung (außer für Wertpapiere).

Die passive Rechnungsabgrenzung für Wertpapiere begründet sich in der Zuschreibung aufgrund des Wegfalls des Zuschreibungswahlrechts für Geschäftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2015 begonnen haben. Beträge einer früheren Abschreibung, für die die Gründe der Abschreibung nicht mehr bestehen und für die aufgrund des bis zum 31. Dezember 2015 bestehenden Zuschreibungswahlrechts keine Zuschreibung erfolgte, wurden unter Berücksichtigung der Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, zugeschrieben. Das Wahlrecht zur Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Zuschreibungen aus Jahren, die vor dem 31. Dezember 2015 begonnen haben, wurde in Anspruch genommen. Die passive Rechnungsabgrenzung wird aufgelöst, wenn der beizulegende Zeitwert des Vermögensgegenstands den für die Bildung der passiven Rechnungsabgrenzung maßgeblichen Zeitwert unterschreitet. Spätestens bei Ausscheiden des Vermögensgegenstands wird die passive Rechnungsabgrenzung jedenfalls aufgelöst.

SOLVENZBILANZ

Die unternehmensrechtlichen Werte für die Zinsen für die nachrangigen Darlehen und die passive Rechnungsabgrenzung (außer für Wertpapiere) sind in die Solvenzbilanz übernommen worden. Die passive Rechnungsabgrenzung für Wertpapiere findet keinen Eingang in die Solvenzbilanz.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄT SZWECKE

D.4. ALTERNATIVE BEWERTUNGSMETHODEN

Liegen keine Marktpreise an aktiven Märkten vor, wenden die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen alternative Bewertungsmethoden an. Alternative Bewertungsmethoden nutzen Benchmarks, Extrapolation oder andere Berechnungen, die so weit als möglich auf Marktdaten zurückgreifen.

Die alternativen Bewertungsmethoden werden regelmäßig überprüft, um ihren Ansatz stets im Einklang mit den Vorschriften nach Solvabilität II durchzuführen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bewertungskonzepte, die wesentlichen Annahmen und die Unsicherheiten in der Bewertung der betroffenen Bilanzposten.

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Eigegenutzte und fremdgenutzte Immobilien	Ertragswertverfahren	Marktübliche Miete, Bewirtschaftungskosten, Instandhaltungs- und Herstellungskosten, wirtschaftliche Restnutzungsdauer, Liegenschaftszinssatz, Leerstandsrate, Standort, beabsichtigte Nutzung	Die geschätzten dauerhaft erzielbaren Erträge weichen von den tatsächlich erwirtschafteten Erträgen ab und der realisierbare Wert weicht somit von errechneten Marktwert ab.
Anteile an verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen	Angepasste Equity-Methode und angepasste IFRS-Equity-Methode gemäß Artikel 13 DV EU/2015/35	Solvenzbilanzwerte bzw. IFRS-Buchwerte in den Bilanzen der verbundenen Unternehmen und Beteiligungen entsprechen den tatsächlichen Marktwerten	Schätzunsicherheiten betreffend die jeweiligen Bilanzposten der verbundenen Unternehmen einschließlich Beteiligungen führen dazu, dass die tatsächlich realisierbaren Marktwerte von den bilanzierten Marktwerten abweichen. Da der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten dem Marktwert der Beteiligung entspricht, kann das dazu führen, dass der bilanzierte Marktwert vom tatsächlichen Marktwert abweicht.
Aktien	Barwertmethode, Net Asset Value	Barwertmethode: Ausschüttungsfähige Beträge, emittentenspezifische Termin- und Kassarenditekurve; Net Asset Value: Aktiva, Eigenkapital, stille Reserven	Barwertmethode: Unsicherheit bezüglich zukünftiger Zahlungsströme (Dividenden); Net Asset Value: Realisierbarkeit der angenommenen stillen Reserven

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Anleihen	Barwertmethode; Nennwert	Von Rating, Emissionsland und Wertpapierart ab- hängige Zinskurven	Die Unsicherheit besteht darin, dass die tatsächliche Zinsent- wicklung von der angenomme- nen Zinsentwicklung abweicht und damit der am Markt reali- sierbare Wert vom errechneten Marktwert abweicht. Weiters besteht eine Unsicherheit darin, dass der Emittent die Anleihe zum Laufzeitende nicht oder nicht vollständig tilgen kann und dieses Ausfallsrisiko bei dem, im Rahmen der Bewertung angenommenen Rating, nicht angemessen berücksichtigt wurde.
Organismen für gemeinsame Anlagen	Net Asset Value	Marktwerte der im OGAW enthaltenen Wertpapiere entsprechen den tatsächli- chen Marktwerten	Schätzunsicherheiten betref- fend die Marktwerte der im OGAW enthaltenen Posten führen dazu, dass die tatsäch- lich realisierbaren Marktwerte von den bilanzierten Marktwert- en abweichen. Da der Überschuss der Vermögens- werte über die Verbindlichkei- ten dem Marktwert des OGAW entspricht, kann das dazu führen, dass der bilanzierte Marktwert vom tatsächlichen Marktwert abweicht.
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	Barwertmethode, Monte- Carlo-Simulationen, erweiterte Black-Scholes- Modelle	Ausschüttungsfähige Beträge, emittentenspezifi- sche Termin- und Kassa- renditekurve	Die Unsicherheit besteht darin, dass die tatsächliche Zinsent- wicklung von der angenomme- nen Zinsentwicklung abweicht und damit der am Markt reali- sierbare Wert vom errechneten Marktwert abweicht.
Darlehen und Hypotheken (ohne Polizzendarlehen)	Barwertmethode, Nennwert	Von Rating und Darlehens- art abhängige Zinskurven; Höhe der Wertberichtigun- gen	Die Unsicherheit besteht darin, dass die tatsächliche Zinsent- wicklung von der angenomme- nen Zinsentwicklung abweicht und damit der am Markt reali- sierbare Wert vom errechneten Marktwert abweicht. Weiters besteht eine Unsicherheit darin, dass der Darlehensneh- mer zum Laufzeitende nicht oder nicht vollständig tilgen kann und dieses Ausfallsrisiko bei dem, im Rahmen der Bewertung angenommenen Rating, nicht angemessen berücksichtigt wurde.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Polizzendarlehen	Fortgeführte Anschaffungskosten ggf. korrigiert um Einzelwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigung	Ausfallrisiko, Einbringlichkeit der Darlehen
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen – Lebensversicherung	Bester Schätzwert unter Berücksichtigung des Gegenparteiausfallrisikos	Biometrische Annahmen, Finanzannahmen, Stornoentwicklung, Kostenentwicklung – (vgl. Kapitel D.2. „Versicherungstechnische Rückstellungen“)	Durch Volatilität in den Finanzannahmen oder durch mögliche Abweichungen bei den versicherungstechnischen Annahmen entstehen Unsicherheiten bei der Bewertung.
Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Vermittlern	Nennwert, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigungen	Ausfallrisiko, Einbringlichkeit der Forderungen
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	Nennwert, ggf. korrigiert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigungen	Ausfallrisiko, Einbringlichkeit der Forderungen
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente (Guthaben bei Kreditinstituten)	Nennwert ggf. korrigiert um Einzelwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigung	Ausfallrisiko, Einbringlichkeit
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	Nennwert bzw. fortgeführte Anschaffungskosten, ggf. korrigiert um Einzelwertberichtigungen	Höhe der Wertberichtigung	Ausfallrisiko, Einbringlichkeit
Versicherungstechnische Rückstellungen Lebensversicherung	Bester Schätzwert zuzüglich Risikomarge	Biometrische Annahmen, Finanzannahmen, Stornoentwicklung, Kostenentwicklung – (vgl. Kapitel D.2. „Versicherungstechnische Rückstellungen“)	Durch Volatilität in den Finanzannahmen oder durch mögliche Abweichungen bei den versicherungstechnischen Annahmen entstehen Unsicherheiten bei der Bewertung.
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	Bewertung nach IAS 37 „Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen“	Geschätzter Erfüllungsbetrag, Fälligkeit, Zinssatz	Unsicherheit bezüglich Höhe und Fälligkeit der Rückstellung
Rentenzahlungsverpflichtungen	Bewertung nach IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“	Generationensterbetafel jeweils aktuelle Sterbetafel, Rechnungszinssatz, Pensionsantrittsalter, Bezugssteigerungen, Fluktuationsrate	Unsicherheit bezüglich Höhe und Fälligkeit der Rückstellung
Derivate	Barwertmethode, Black Scholes Model	Währungsabhängige Zinskurven, Volatilität des Basiswertes	Währungskursschwankungen, Zinskurvenschwankungen
Finanzielle Verbindlichkeiten	Mark-to-Model Bewertung	Aktuelle Swapkurve, Credit Spread, Polizzendetails	Prämienfreistellungen und Storni haben einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Optionen.
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	Erfüllungsbetrag	N.A.	N.A.

BEWERTUNG FÜR SOLVABILITÄTSZWECKE

Betroffene Bilanzposten	Bewertungskonzept	Wesentliche Annahmen	Unsicherheit in der Bewertung
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	Erfüllungsbetrag	N.A.	N.A.
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	Erfüllungsbetrag	N.A.	N.A.
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	Erfüllungsbetrag	N.A.	N.A.
Nachrangige Verbindlichkeiten	Mark-to-Model Bewertung	Issue Spread; Diskontkurve (der Teil des Spreads der Diskontkurve, der sich auf die Bonität bezieht, wird nach der erstmaligen Erfassung konstant gehalten)	Die Unsicherheit besteht darin, dass die risikofreie Zinskurve von der angenommenen Zinsentwicklung abweicht und damit der am Markt realisierbare Wert vom errechneten Marktwert abweicht.

D.5. SENSITIVITÄTSANALYSE – ÜBERSCHUSS DER VERMÖGENSWERTE ÜBER DIE VERBINDLICHKEITEN

Folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen auf die Eigenmittel von Änderungen in wesentlichen ökonomischen Parametern (Risikofaktoren):

Sensitivitätsanalyse – Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Angaben in Tsd. EUR	Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	Sensitivität
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten per 31.12.2020	153.714	
Rückgang des Immobilienwertes um 25 %	128.830	-24.884
Anstieg des Aktienwertes um 25 %	157.459	3.746
Rückgang des Aktienwertes um 25 %	149.282	-4.432
Parallele Verschiebung der Zinskurve um 50 Basispunkte	168.197	14.483
Parallele Verschiebung der Zinskurve um -50 Basispunkte	134.652	-19.061
Anstieg des Spread für Unternehmensanleihen und Darlehen um 50 Basispunkte	152.237	-1.477
Anstieg des Spread für österreichische Staatsanleihen und Darlehen um 50 Basispunkte	119.776	-33.938
Anstieg der Aktienvolatilität um 25 %	153.688	-26
Anstieg der Swaptionvolatilität um 25 %	152.564	-1.149
Zinskurve ohne Volatilitätsanpassung	153.714	0
Rückgang der Ultimate Forward Rate um 15 Basispunkte	151.249	-2.465

D.6. SONSTIGE ANGABEN

Zum Stichtag 31. Dezember 2020 lagen keine Sachverhalte für sonstige Angaben bei der Gesellschaft vor.

E. Kapitalmanagement

Das letzte Kapitel des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage der BAWAG PSK Versicherung befasst sich mit den Eigenmitteln und der Eigenmittelanforderung. Zunächst wird auf die Ziele, Richtlinien und Prozesse eingegangen, die dem Management der Eigenmittel dienen.

In der Folge wird die Struktur und Höhe der Eigenmittel und die Klassifizierung der Eigenmittel in Tiers beschrieben und eine Überleitung des Eigenkapitals nach UGB/VAG zu den Eigenmitteln nach Solvabilität II dargestellt. Die BAWAG PSK Versicherung hat nachrangige Verbindlichkeiten, die sie den Solvabilität II Eigenmitteln zurechnet. Dies ist auf Grund der Übergangsmaßnahmen zur Erleichterung der Einführung von Solvabilität II möglich. Die Bedingungen, die Merkmale der nachrangigen Verbindlichkeiten und die Erfüllung der Bedingungen werden ausführlich dargestellt.

Die nächsten Unterkapitel befassen sich mit der Solvenzkapitalanforderung und der Mindestkapitalanforderung. Die Solvenzkapitalanforderung ist nach Risikomodulen aufgeteilt, die vorgestellt werden und deren Auswirkungen auf die Solvenzkapitalanforderung dargestellt wird.

E.1. EIGENMITTEL

E.1.1. ANGABEN ZU DEN VOM UNTERNEHMEN BEIM MANAGEMENT SEINER EIGENMITTEL ZUGRUNDE GELEGTE ZIELE, RICHTLINIEN UND PROZESSE

Als Rahmenwerk der Gesellschaft zur Klassifizierung, regelmäßigen Überprüfung und Aufnahme von Eigenmittel („Own Funds“) dient die „Capital Management Group Policy“ der Gesellschaft, welche vom Vorstand der Gesellschaft verabschiedet wurde.

Das Kapitalmanagement des Unternehmens erfolgt in Übereinstimmung mit den regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen.

Das Kapitalmanagement der Gesellschaft umfasst folgende Prozesse:

- ▶ Klassifizierung und regelmäßige Überprüfung der Eigenmittel
- ▶ Ausgabe/Begebung von Eigenmitteln entsprechend dem Capital Management Plan (CMP)

Die Dividendenpolitik findet bei der Analyse der Eigenmittel Beachtung.

E.1.1.1. PLANUNG DER EIGENMITTEL

In Übereinstimmung mit „EIOPA Final Report on Public Consultation No. 14/017 on Guidelines on system of governance“ und der „Capital Management Group Policy“ erstellt die Gesellschaft einen CMP, der dem Vorstand zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Der Geschäftsplanungshorizont der Gesellschaft umfasst in jedem Jahr die folgenden 3 Jahre.

Der CMP umfasst die Entwicklung des Eigenkapitals über den Planungshorizont und beachtet eventuelle Kapitalerhöhungen, Rückzahlungen und Tilgungen, Dividenden, den Einfluss von Übergangsmaßnahmen, sofern solche angewendet werden, und zeigt relevante, wesentliche Themen der Kapitalposition des Unternehmens auf.

KAPITALMANAGEMENT

Der CMP wird zumindest einmal jährlich im Zeitrahmen der strategischen Planung erstellt, so dass er Ende November vorgelegt werden kann. Der aktuelle CMP berichtet die Kapitalposition ausgedrückt als Solvenzquote für die Planjahre bis und inklusive 2023.

Ziel des CMPs ist es, eine umfassende Sicht auf die Kapitalanforderung des Unternehmens zu geben, wobei auf Details zur Eigenmittelzusammensetzung, mit besonderem Hinweis auf die Generierung von Eigenmitteln, die über die geforderten Eigenmittel hinausgehen, und die Nachhaltigkeit der Dividendenzahlungen eingegangen wird.

Im aktuell gültigen Plan werden ab dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2020 Risikokapitalien des vollen internen Modells für die Risikomarge sowie die Volatilitätsanpassung für den Best Estimate der versicherungstechnischen Verbindlichkeiten angewendet.

Über den Planungshorizont weist die BAWAG PSK Versicherung eine solide Solvency II Quote aus, die Quote ist über alle Planjahre höher als 200 %. Die verfügbaren und anrechenbaren Eigenmittel sinken, was den Entwicklungen der Zinskurven nach der COVID-19 Krise geschuldet ist. Die nachrangigen Verbindlichkeiten, die gekündigt wurden, sind mit ihren jeweils geringeren Werten angesetzt und angerechnet worden.

Die Solvency II Kapitalanforderung sinkt in den Planjahren gegenüber dem Jahresabschluss 2019 auf Grund einer Erhöhung des Diversifikations-Benefits, gegründet auf Anpassungen im Kapitalanlageportfolio und der Anwendung des vollen internen Modells, das das operationelle Risiko umfasst.

Die wesentlichen Kapitaloptimierungsinitiativen umfassen die Konzentration des Neugeschäfts auf die sonstige Lebensversicherung, i.e. die Risikoversicherung, und die fondsgebundene Versicherung sowie die Anwendung des vollen internen Modells, inklusive des operationellen Risikos.

Dividendenzahlungen für die Planjahre 2021 bis inkl. 2023 werden mit dem IAS/IFRS Jahresüberschuss angesetzt. Die Nachhaltigkeit der Dividende ist abhängig von der Entwicklung des Geschäfts und der Finanzmärkte und ist stark beeinflusst vom Niedrigzinsumfeld.

E.1.1.2. ZIELE DES KAPITALMANAGEMENTS

- ▶ Sicherstellung der Überdeckung des SCR
- ▶ Sicherstellung der Nachhaltigkeit der Dividendenzahlungen über den Geschäftsplanungshorizont
- ▶ Schaffung eines umfassenden Überblicks über die verfügbaren Eigenmittel sowie die Zusammensetzung der Eigenmittel
- ▶ Effiziente Prozesse zur Klassifizierung, Überwachung und Aufnahme von Eigenmitteln („Own Funds“)

Im Berichtszeitraum kam es bei der BAWAG PSK Versicherung zu keinen wesentlichen Änderungen der beim Management der Eigenmittel zugrunde gelegten Ziele, Politiken und Verfahren.

E.1.2. INFORMATION ZUR STRUKTUR, HÖHE UND QUALITÄT DER EIGENMITTEL

Die Eigenmittel zum 31. Dezember 2020 stellen sich wie folgt dar:

Eigenmittel

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020			31.12.2019		
	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne des Artikels 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35						
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	12.000	12.000		12.000	12.000	
Überschussfonds	42.859	42.859		37.605	37.605	
Ausgleichsrücklage	86.955	86.955		114.939	114.939	
Nachrangige Verbindlichkeiten	29.476		29.476	30.990		30.990
Abzüge						
Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	171.290	141.814	29.476	195.534	164.544	30.990
Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel	171.290	141.814	29.476	195.534	164.544	30.990
SCR	71.807			70.362		
MCR	32.313			31.663		
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu SCR	238,5%			277,9%		
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu MCR	530,1%			617,5%		
Ausgleichsrücklage						
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	153.714			184.544		
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	11.900			20.000		
sonstige Basiseigenmittelbestandteile	54.859			49.605		
Ausgleichsrücklage	86.955			114.939		
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	32.218			17.726		
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	32.218			17.726		

KAPITALMANAGEMENT

E.1.2.1. TIERING

Die Eigenmittel werden in drei Klassen („Tiers“) unterteilt. Die Einstufung der Eigenmittelbestandteile richtet sich danach, ob es sich um Basiseigenmittelbestandteile oder ergänzende Eigenmittelbestandteile handelt und inwieweit sie gemäß Art. 93 RRL 2009/138/EG folgende Merkmale aufweisen:

- ▶ **Ständige Verfügbarkeit:**
der Bestandteil ist verfügbar oder bei Bedarf einforderbar, um Verluste unter Zugrundelegung der Unternehmensfortführungsprämisse sowie im Falle der Liquidation vollständig aufzufangen
- ▶ **Nachrangigkeit:**
im Falle der Liquidation ist der Gesamtbetrag des Bestandteils verfügbar, um Verluste aufzufangen und die Rückzahlung der Bestandteile an ihre Inhaber wird solange verweigert, bis alle anderen Verpflichtungen, einschließlich der Verpflichtungen der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen gegenüber den Versicherungsnehmern und den Anspruchsberechtigten von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen, erfüllt worden sind
- ▶ **Ausreichende Laufzeit:**
ist ein Eigenmittelbestandteil befristet, wird seine relative Laufzeit im Vergleich zur Laufzeit der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen des Unternehmens berücksichtigt
- ▶ **Keine Rückzahlungsanreize**
- ▶ **Keine obligatorischen laufenden Kosten**
- ▶ **Keine Belastungen**

TIER	Ständige Verfügbarkeit um Verluste abzudecken	Nachrangigkeit	Ausreichende Laufzeit	Keine Rückzahlungsanreize	Keine obligatorischen laufenden Kosten	Keine sonstigen Belastungen
Tier 1	X	X	X	X	X	X
Tier 2		X	X	X	X	X
Tier 3				Rest		

Tier 1 – die Basiseigenmittelbestandteile werden in Tier 1 eingestuft, wenn sie folgende Merkmale weitgehend aufweisen:

- ▶ **Ständige Verfügbarkeit**
- ▶ **Nachrangigkeit**

Wobei die folgenden Eigenschaften weitgehend berücksichtigt werden:

- ▶ **Ausreichende Laufzeit**
- ▶ **Keine Rückzahlungsanreize**
- ▶ **Keine obligatorischen laufenden Kosten**
- ▶ **Keine Belastungen**

Überschussfonds werden gemäß Art. 96 Z 1 RRL 2009/138/EG in Tier 1 eingestuft.

Tier 2 – die Basiseigenmittelbestandteile werden in Tier 2 eingestuft, wenn sie das folgende Merkmal weitgehend aufweisen:

- ▶ Nachrangigkeit

Wobei folgende Eigenschaften berücksichtigt werden:

- ▶ Ausreichende Laufzeit
- ▶ Keine Rückzahlungsanreize
- ▶ Keine obligatorischen laufenden Kosten
- ▶ Keine Belastungen

Tier 3 – alle sonstigen Basiseigenmittelbestandteile, die nicht unter die oben erwähnten Tier 1- und Tier 2-Eigenmittelbestandteile fallen, werden gemäß Art. 94 Abs. 3 RRL 2009/138/EG in Tier 3 eingestuft.

E.1.2.2. TIER 1

Die Basiseigenmittel der Gesellschaft werden zur Gänze als Tier 1 (gebunden und nicht gebunden) eingestuft und bestehen aus Grundkapital, Überschussfonds und Ausgleichsrücklage.

Im Geschäftsjahr 2019 kam es zur Kündigung, bzw. Teilkündigung von 6 Ergänzungskapitalanleihen durch die Gläubiger im Nominale von insgesamt 17.921 Tsd. EUR, wobei 7.680 Tsd. EUR in 2024 fällig werden und 10.241 Tsd. EUR in 2025.

Per 28.03.2021 ist eine weitere Teilkündigung einer nachrangigen Anleihe mit einem Nominale in Höhe von 436 Tsd. EUR unter Beachtung der 5-jährigen Kündigungsfrist erfolgt.

Die gekündigten nachrangigen Verbindlichkeiten sind anteilig anrechenbar. Zur Anrechenbarkeit der nachrangigen Darlehen zu den Eigenmitteln musste mangels Regelung im VAG 2016 auf das VAG 1978 zurückgegriffen werden, wonach die Anrechnung der gekündigten Anleihen anteilig zu kürzen ist.

EINBEZAHLTES GRUNDKAPITAL

Das Grundkapital in Höhe von 12.000 Tsd. EUR (2019: 12.000 Tsd. EUR) ist voll eingezahlt und steht dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung. Es gab keine Änderungen im Berichtszeitraum.

Eingezahltes Kapital

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Grundkapital – voll eingezahlt	12.000	12.000	0

KAPITALMANAGEMENT

ÜBERSCHUSSFONDS

Überschussfonds gelten als akkumulierte Gewinne, die noch nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurden. Gemäß § 172 Abs. 3 VAG in Verbindung mit § 92 Abs. 5 VAG entspricht der in Tier 1 einzustufende Überschussfonds den noch nicht erklärten Beträgen der Rückstellung für erfolgsabhängige Prämienrückerstattung in der Krankenversicherung und der Rückstellung für Gewinnbeteiligung bzw. erfolgsabhängige Prämienrückerstattung in der Lebensversicherung, sofern sie nicht für die Sicherstellung der vertraglich garantierten Leistungen verwendet werden. Die der Rückstellung für erfolgsabhängige Prämienrückerstattung bzw. Gewinnbeteiligung zugewiesenen Beträge dürfen nur für die Gewinnbeteiligung der Versicherungsnehmer verwendet werden. In Ausnahmefällen dürfen noch nicht erklärte Beträge der Rückstellung für erfolgsabhängige Prämienrückerstattung bzw. Gewinnbeteiligung aufgelöst werden, um im Interesse der Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten einen Notstand abzuwenden. In dem Sinn geht hervor, dass der Überschussfonds keine Befristung hat.

Überschussfonds

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Überschussfonds	42.859	37.605	5.254

Der Überschussfonds hat sich ggü. dem Geschäftsjahr 2019 um 5.254 Tsd. EUR erhöht, dies ist im Wesentlichen auf die Erhöhung der freien RfB im Geschäftsjahr 2020 zurückzuführen.

AUSGLEICHSRÜCKLAGE

Die Ausgleichsrücklage entspricht dem Gesamtüberschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich folgender Posten:

- ▶ dem Betrag, der vom Versicherungsnehmer gehaltenen eigenen Aktien
- ▶ den vorhersehbaren Dividenden, Ausschüttungen und Entgelten
- ▶ dem (eingezahlten) Grundkapital und zugehörigem Emissionsagio
- ▶ dem Überschussfonds
- ▶ den (eingezahlten) Vorzugsaktien und zugehörigem Emissionsagio
- ▶ dem Betrag der latenten Netto-Steueransprüche

Wesentliche Schlüsselemente der Ausgleichsrücklage sind:

- ▶ die Kapital- und Gewinnrücklage, die in der UGB/VAG Bilanz berücksichtigt sind, abzüglich des Überschussfonds
- ▶ die Differenzen aus der unterschiedlichen Bewertung in der UGB/VAG Bilanz und der Solvenzbilanz für die Kapitalanlagen
- ▶ die Differenzen aus den marktbewerteten technischen Rückstellungen im Vergleich zu den UGB/VAG Rückstellungen
- ▶ der Ansatz der marktbewerteten Rückversicherungsforderungen und
- ▶ die latenten Steuern

Die Änderungen im Zinsumfeld können erhebliche Auswirkungen auf die Positionen Kapitalanlagen und versicherungstechnische Rückstellungen haben, die in der Regel gegenläufig ausfallen. Damit unterliegt die Ausgleichsrücklage unvorhersehbaren Schwankungen, welche über den Geschäftsplanungshorizont nur schwer zu planen sind. Als risikomindernde Maßnahme hat das Unternehmen im Risikomanagementsystem ein Asset Liability Management implementiert, welches aktiv- und passivseitige Zinsrisiken und Fälligkeitsstrukturen analysiert und steuert. Zudem erstellt die BAWAG PSK Versicherung Sensitivitätsanalysen (siehe Kapitel D.5.) die zeigen, wie sich der Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten verändert, wenn einzelne Parameter angepasst werden.

Folgende Tabelle zeigt die Ausgleichsrücklage beginnend vom Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvenzbilanz:

Ausgleichsrücklage

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	153.714	184.544	-30.830
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	0	0	0
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	11.900	20.000	-8.100
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	54.859	49.605	5.254
Grundkapital	12.000	12.000	0
Überschussfonds	42.859	37.605	5.254
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	0	0	0
Ausgleichsrücklage	86.955	114.939	-27.984

Die Ausgleichsrücklage verringerte sich im Berichtszeitraum von 114.939 Tsd. EUR per 31.12.2019 auf 86.955 Tsd. EUR per 31.12.2020. Die wesentlichen Gründe für die Veränderung liegen in dem geringeren Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, -30.830 Tsd. EUR, und in der Ausschüttung einer um +8.100 Tsd. EUR niedrigeren Dividende für das Geschäftsjahr 2020 sowie in der Erhöhung des Überschussfonds in Höhe von -5.254 Tsd. EUR.

Die Aktivseite der Marktwertbilanz zeigt in Summe einen Rückgang von 99.493 Tsd. EUR und die Passivseite der Marktwertbilanz ist um 68.663 Tsd. EUR gesunken. Diese Veränderung ergibt sich aus einem Preiseffekt, i.e. im Wesentlichen der Veränderung der Zinskurven da die Gesellschaft überwiegend in zins-sensitive Anleihen und Darlehen investiert, und einem Mengeneffekt, i.e. den abreifenden Beständen vor allem in der Versicherung mit Überschussbeteiligung.

KAPITALMANAGEMENT

Veränderung des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten – Aktiva

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	42	66	-23
Immobilien, Beteiligungen, Aktien, Organismen für gemeinsame Anlagen, Derivate	237.343	262.973	-25.629
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	11.208	0	11.208
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	148.893	182.725	-33.832
Aktien	61.398	52.404	8.994
Organismen für gemeinsame Anlagen	15.844	27.341	-11.497
Derivate	0	503	-503
Anleihen	1.396.229	1.472.318	-76.090
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	578.145	563.544	14.601
Darlehen und Hypotheken	45.271	40.686	4.585
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	-7.121	-6.460	-661
Forderungen	12.023	11.092	932
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	10.549	8.503	2.046
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	1.474	2.588	-1.114
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	9.464	23.620	-14.156
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	2.199	5.250	-3.051
Summe Aktiva	2.273.596	2.373.089	-99.493

Veränderung des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten – Passiva

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Versicherungstechnische Rückstellungen Lebensversicherung exkl. index- und fondsgebundene Lebensversicherungen	1.466.085	1.550.675	-84.590
Versicherungstechnische Rückstellung index- und fondsgebundene Lebensversicherungen	532.126	515.076	17.050
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	14.620	15.181	-561
Rentenzahlungsverpflichtungen	2.704	2.567	137
Latente Steuerschulden	10.513	14.958	-4.445
Derivate	311	577	-265
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.126	994	132
Verbindlichkeiten	61.116	57.245	3.870
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	39.638	38.328	1.311
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	1.702	1.873	-171
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	19.775	17.044	2.731
Nachrangige Verbindlichkeiten	31.026	30.990	36
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	253	282	-29
Summe Passiva	2.119.882	2.188.545	-68.663

Die Dividenden werden insofern vom Vorstand festgelegt und dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, als sie den definierten Detailzielen nicht zuwiderlaufen, die sich auf

- ▶ den Erhalt der Eigenmittel auf einem stabilen Niveau, sowie
- ▶ die Vermeidung einer wesentlichen Über- oder Unterdeckung der vom Management gesetzten Solvenzziele

beziehen.

Die vom Management festgelegten Solvenzziele gehen von einer Quote von mindestens 140 % nach Solvabilität II aus. Bei Annäherung an diesen Wert sind jedenfalls Maßnahmen zu setzen.

Des Weiteren werden bei der Berechnung des Dividendenvorschlags lokalstatutarische Vorschriften, wie z.B. Ausschüttungssperren oder der Erhalt einer ausreichenden Überdeckung bei der Bedeckung der versicherungstechnischen Reserven, beachtet.

Unter Beachtung dieser Vorgaben hat der Vorstand für das Geschäftsjahr 2020 eine Ausschüttung in Höhe von 11.900 Tsd. EUR dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, der diesen Vorschlag angenommen hat.

E.1.2.3. TIER 1 UND 2

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

In den Jahren bis und inklusive 2009 hat die BAWAG PSK Versicherung insgesamt acht Ergänzungskapitalanleihen im Nominale von insgesamt 30.907 Tsd. EUR begeben, die sie als Basiseigenmittel anrechnet. Die BAWAG PSK Versicherung wendet die Übergangsmaßnahmen zur Erleichterung der Einführung von Solvabilität II, wie im § 335 Abs. 9 VAG beschrieben, auf die Ergänzungskapitalanleihen an.

Die Ergänzungskapitalanleihen werden gemäß Art. 82 Abs. 3 lit. c DV EU 2015/35 entweder dem Tier 1 oder, im Fall der Überschreitung der Grenze von 20 % des Gesamtbetrags der Tier 1 Bestandteile, dem Tier 2 angerechnet.

Der Marktwert der nachrangigen Verbindlichkeiten wird unter Anwendung eines Discounted Cash Flow (DCF) Modells berechnet. Die Laufzeit für jede der Ergänzungskapitalanleihen wird, auf Grund des Kündigungsrechts bzw. der Kündigungsfrist von 5 Jahren, mit 5 Jahren angenommen. Im Fall von gekündigten Anleihen wird die Laufzeit entsprechend angepasst. Als Parameter gehen die Laufzeit, der Ausgabespread, die Spot-Rate (risikoloser Zinssatz), die Euro-Swap-Kurve (Fixed Rate vs. Euribor sixmonths Rate) in die Berechnung ein.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019	Veränderung
Marktwert der nachrangigen Verbindlichkeiten, die nicht den Basiseigenmitteln angerechnet werden können	1.550	0	1.550
Marktwert der nachrangigen Verbindlichkeiten, die den Basiseigenmitteln angerechnet werden	29.476	30.990	-1.514
Summe	31.026	30.990	36

Der Marktwert der nachrangigen Verbindlichkeiten ist im Jahresvergleich um 36 Tsd. EUR gestiegen.

KAPITALMANAGEMENT

6 Ergänzungskapitalanleihen mit einem Nominale in Höhe von insgesamt 17.921 Tsd. EUR wurden unter Beachtung der Kündigungsfrist von 5 Jahren im Geschäftsjahr 2019 gekündigt. Für die Berechnung des Marktwertes der gekündigten Anleihen wurde die Restlaufzeit entsprechend angepasst, der Ausgabespread ist unverändert, um Art. 75 Abs. lit. b der RRL 2009/138/EG zu entsprechen, der verlangt, dass bei der Bewertung der Verbindlichkeiten keine Berichtigung zwecks Berücksichtigung der Bonität des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens vorgenommen wird. Damit haben alleine die Zinskurven, Spot-Rate und Euro-Swap-Kurve eine Auswirkung auf den Wert.

Die gekündigten nachrangigen Verbindlichkeiten sind anteilig anrechenbar. Zur Anrechenbarkeit der nachrangigen Darlehen zu den Eigenmitteln musste mangels Regelung im VAG 2016 auf das VAG 1978 zurückgegriffen werden, wonach die Anrechnung der gekündigten Anleihen anteilig zu kürzen ist. Dies stellt sich wie folgt dar:

Nachrangige Verbindlichkeiten – zu den Eigenmitteln anrechenbar

	gekündigt per	Betrag in Tsd. EUR	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025
AT0000502844	05.12.24	5.000	5.000	4.000	3.000	2.000	1.000	0	0
AT0000A0G4N3	29.12.24	500	500	400	300	200	100	0	0
QOXDB9955143	31.12.24	2.180	2.180	1.744	1.308	872	436	0	0
Rückzahlung in 2024		7.680	7.680	6.144	4.608	3.072	1.536	0	0
AT0000330519	27.03.25	5.000	5.000	5.000	4.000	3.000	2.000	1.000	0
AT0000330501	28.03.25	291	291	291	233	174	116	58	0
AT0000A0B5R6	30.09.25	4.950	4.950	4.950	3.960	2.970	1.980	990	0
Rückzahlung in 2025		10.241	10.241	10.241	8.193	6.144	4.096	2.048	0
AT0000330501	28.03.26	436	436	436	436	349	262	174	87
Rückzahlung in 2026		436	436	436	436	349	262	174	87
AT0000330931		2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
AT0000341193		5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
AT0000A0B5R6		5.050	5.050	5.050	5.050	5.050	5.050	5.050	5.050
AT0000A0G4N3		500	500	500	500	500	500	500	500
nicht gekündigt		12.550	12.550	12.550	12.550	12.550	12.550	12.550	12.550
Summe anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten		30.907	30.907	29.371	25.787	22.115	18.444	14.772	12.637

Aufgrund der guten Solvenzsituation der Gesellschaft plant die BAWAG PSK Versicherung dzt. nicht, die gekündigten nachrangigen Verbindlichkeiten durch neue zu ersetzen.

BESCHREIBUNG DER NACHRANGIGEN VERBINDLICHKEITEN

Die nachrangigen Verbindlichkeiten, in Folge die Ergänzungskapitalanleihen, sind gemäß den zum Zeitpunkt ihrer Begebung gültigen VAG-Bestimmungen ausgestaltet:

§ 73c Abs. 2 VAG 1978 besagt, dass Ergänzungskapital eingezahltes Kapital ist,

- 1) das dem Versicherungsunternehmen vereinbarungsgemäß auf mindestens fünf Jahre unter Verzicht auf die ordentliche und außerordentliche Kündigung zur Verfügung gestellt wird,
- 2) für das Zinsen nur ausbezahlt werden dürfen, soweit sie im Jahresüberschuss (handelsrechtlicher Gewinn vor Nettoveränderung der Rücklagen) gedeckt sind,
- 3) das vor Liquidation nur unter anteiligem Abzug der während seiner Laufzeit eingetretenen Nettoverluste zurückgezahlt werden darf und
- 4) das im Liquidationsfall erst nach Befriedigung oder Sicherstellung jener Forderungen zurückzuzahlen ist, die weder Eigen- noch Partizipationskapital darstellen.

Partizipations- und Ergänzungskapital waren insgesamt bis zu einem Betrag in Höhe von 50 % des Eigenmittelerfordernisses zu berücksichtigen. Ergänzungskapital mit fester Laufzeit war bis zu einem Betrag von 25 % des Eigenmittelerfordernisses anrechenbar. Erfüllte ein Versicherungsunternehmen nicht das Eigenmittelerfordernis, so bezogen sich die Grenzen auf die Eigenmittel (§ 73c Abs. 3 VAG 1978).

Nominale, Währung und Emissionsdatum

ISIN	Emissionsdatum	Währung	Nominale Betrag in Tsd. EUR
QOXDB9955143	31.12.1996	EUR	2.180
AT0000330501	28.12.2000	EUR	727
AT0000330931	30.11.2001	EUR	2.000
AT0000330519	27.09.2002	EUR	5.000
AT0000341193	30.09.2002	EUR	5.000
AT0000502844	05.12.2005	EUR	5.000
AT0000A0B5R6	30.09.2008	EUR	10.000
AT0000A0G4N3	29.12.2009	EUR	1.000
Summe		EUR	30.907

KAPITALMANAGEMENT

VERLUSTAUSGLEICHSMECHANISMUS

Zu den Kapitalverlustausgleichsmechanismen, die bei einer signifikanten Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderungen greifen, sind in Bezug auf die nachrangigen Verbindlichkeiten folgende Anleihebedingungen zu zählen:

- ▶ Das eingezahlte Kapital ist im Liquidationsfall der Emittentin erst nach Befriedigung oder Sicherstellung jener Forderungen zurückzuzahlen, die weder Eigen- noch Partizipationskapital darstellen.
- ▶ Die Schuldverschreibungen werden der Emittentin auf deren Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt.
- ▶ Die Rückzahlung gekündigter Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert unter anteiligem Abzug der während ihrer Laufzeit eingetretenen Nettoverluste der Emittentin, wenn die Rückzahlung vor der Liquidation der Emittentin stattfindet.

Für ca. 38,8% des Nominales gilt, dass nur verzinst werden darf, soweit die Zinsen im Jahresüberschuss (handelsrechtlicher Gewinn vor Nettoveränderungen von Rücklagen) gedeckt sind, eine nachträgliche Aufholung der Zinszahlung ist nicht vorgesehen.

E.1.3. ANRECHNUNGSFÄHIGER BETRAG DER EIGENMITTEL ZUR BEDECKUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Anrechnungsfähiger Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung nach Tier

Angaben in Tsd. EUR	Basis-eigenmittel	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
31.12.2020	171.290	141.814	29.476	0	0
31.12.2019	195.534	164.544	30.990	0	0
Veränderung	-24.244	-22.730	-1.514	0	0

E.1.3.1. ANRECHNUNGSFÄHIGKEIT DER EIGENMITTEL

Zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung können gemäß Artikel 82 Abs. 1 der DV EU 2015/35 die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 1-Eigenmittel zur Gänze angerechnet werden, die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2- und Tier 3-Eigenmittel unterliegen quantitativen Begrenzungen:

- ▶ der anrechnungsfähige Betrag der Tier 1-Bestandteile muss mindestens die Hälfte der Solvenzkapitalanforderung ausmachen;
- ▶ der anrechnungsfähige Betrag der Tier 3-Bestandteile muss weniger als 15% der Solvenzkapitalanforderung ausmachen;
- ▶ die Summe der anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2- und Tier 3-Bestandteile darf nicht mehr als 50% der Solvenzkapitalanforderung ausmachen.

In Bezug auf die Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen unterliegen gemäß Artikel 82 Abs. 2 DV EU 2015/35 die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2-Bestandteile allen folgenden quantitativen Begrenzungen:

- ▶ Der anrechnungsfähige Betrag der Tier 1-Bestandteile muss mindestens 80% der Mindestkapitalanforderung ausmachen.
- ▶ Die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2-Bestandteile dürfen nicht mehr als 20% der Mindestkapitalanforderung ausmachen.

Innerhalb der anrechnungsfähigen Beträge der Tier 1-Bestandteile, mind. 50 % für die Solvenzkapitalanforderung, bzw. mind. 80 % für die Mindestkapitalanforderung, dürfen eingezahlte nachrangige Verbindlichkeiten, die zu Marktwerten bewertet wurden, oder nachrangige Verbindlichkeiten, für die eine Übergangsregelung in Anspruch genommen wurde, dies ist für die Ergänzungskapitalanleihen der BAWAG PSK Versicherung der Fall, nicht mehr als 20 % des Tier 1 Bestandteils ausmachen.

Zum Stichtag liegen keine Bestandteile vor, die von den Eigenmitteln aufgrund von Einschränkungen für Abzüge oder Belastungen abgezogen werden.

Anrechnungsfähiger Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung nach Tier

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019	
	Limite	angerechnet	Limite	angerechnet
SCR	71.807		70.362	
Tier 1 – mindestens 50 %	35.904	171.290	35.181	195.534
Tier 2		0		0
Tier 3 – maximal 15 %	10.771	0	10.554	0
Summe		171.290		195.534

E.1.4. ANRECHNUNGSFÄHIGER BETRAG DER BASISEIGENMITTEL ZUR BEDECKUNG DER MINDESTKAPITALANFORDERUNG

Anrechnungsfähiger Betrag der Eigenmittel zur Bedeckung der Mindestkapitalanforderung nach Tier

Angaben in Tsd. EUR	Basis-eigenmittel	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
31.12.2020	171.290	141.814	29.476	0	0
31.12.2019	195.534	164.544	30.990	0	0
Veränderung	-24.244	-22.730	-1.514	0	0

E.1.5. ÜBERLEITUNG DES EIGENKAPITALS GEM. UGB/VAG AUF DIE EIGENMITTEL GEM. SOLVABILITÄT II

Die wesentlichen Unterschiede zwischen Eigenkapital nach UGB/VAG und Eigenmittel nach Solvabilität II ergeben sich aus den Bewertungsvorschriften (siehe Kapitel D. „Bewertung für Solvabilitätszwecke“):

- ▶ Bewertung der Kapitalanlagen
- ▶ Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen
- ▶ Bewertung der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen
- ▶ aus den Bewertungsdifferenzen resultierende aktive und passive latente Steuern

KAPITALMANAGEMENT

Überleitung UGB/VAG Eigenkapital zum Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten in der Solvenzbilanz

	31.12.2020	31.12.2019	Abweichung
Grundkapital	12.000	12.000	0
Kapitalrücklagen	15.343	15.343	0
gebundene Kapitalrücklagen	727	727	0
nicht gebundene Kapitalrücklagen	14.616	14.616	0
Gewinnrücklagen	27.399	27.399	0
gesetzliche Rücklagen	473	473	0
freie Rücklagen	26.926	26.926	0
Risikorücklage	12.152	12.152	0
Bilanzgewinn	12.265	20.318	-8.054
UGB/VAG Eigenkapital	79.159	87.213	-8.054
Aufdeckung stiller Reserven und Lasten aus Kapitalanlagen	241.475	223.314	18.161
Aufdeckung stiller Reserven und Lasten bei den versicherungstechnischen Rückstellungen	-136.617	-94.360	-42.257
Umwertung der Rückversicherungsanteile	-7.121	-6.460	-661
Anpassung latenter Steuern	-23.235	-25.786	2.551
Umbewertung der nachrangigen Verbindlichkeiten	-108	-84	-24
Anpassung von sonstigen Positionen	160	706	-546
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	153.714	184.544	-30.830

E.1.6. ÜBERGANGSMASSNAHMEN ZUR EINFÜHRUNG VON SOLVABILITÄT II

Die Übergangsmaßnahmen betreffen die nachrangigen Verbindlichkeiten mit einem Marktwert in Höhe von 31.026 Tsd. EUR (2019: 30.990 Tsd. EUR), die auf Grund der (Teil-)Kündigung von 6 Anleihen mit dem um 1.550 Tsd. EUR gekürzten Wert in Höhe von 29.476 Tsd. EUR angerechnet werden.

Unter den Übergangsmaßnahmen zur Erleichterung der Einführung von Solvabilität II, vgl. § 335 Abs. 9 und 10 VAG 1978, ist festgelegt, dass bis zum 31. Dezember 2025 Basiseigenmittelbestandteile in die Tier 1 Basiseigenmittelbestandteile aufgenommen werden, vorausgesetzt, dass diese Bestandteile:

- ▶ Je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist, vor dem 1. Januar 2016 oder vor Inkrafttreten des delegierten Rechtsakts gem. Art. 97 der RRL 2009/138/EG ausgegeben wurden,
- ▶ am 31. Dezember 2015 gemäß dem VAG BGBl. Nr. 569/1978 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 42/2014 bis zu einem Betrag in Höhe von bis zu 50% des Eigenmittelerfordernisses berücksichtigt wurden und
- ▶ andernfalls nicht in Tier 1 oder Tier 2 gem. § 172 eingestuft würden.

Ad Punkt 1)

Der frühere der beiden genannten Termine ist der 18. Januar 2015, die DV EU/2015/35 wurde am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und trat gem. Art. 381 dieser Verordnung am 18. Januar 2015 in Kraft. Die nachrangigen Verbindlichkeiten der BAWAG PSK Versicherung wurden jedenfalls davor begeben, womit dieser Punkt erfüllt ist.

Ad Punkt 2)

Partizipations- und Ergänzungskapital war insgesamt bis zu einem Betrag in Höhe von 50 % des Eigenmittelerfordernisses zu berücksichtigen. Ergänzungskapital mit fester Laufzeit war bis zu einem Betrag von 25 % des Eigenmittelerfordernisses anrechenbar. Erfüllte ein Versicherungsunternehmen nicht das Eigenmittelerfordernis, so bezogen sich die Grenzen auf die Eigenmittel (§ 73c Abs. 3 VAG 1978).

Die 8 von der BAWAG PSK Versicherung begebenen nachrangigen Verbindlichkeiten haben keine feste Laufzeit und sind somit unter den bis zum 31. Dezember 2015 geltenden VAG Bestimmungen bis zu 50 % der Eigenmittel anrechenbar gewesen.

Das Eigenmittelerfordernis am 31. Dezember 2015 betrug 80.220 Tsd. EUR (Solvabilität I), 50% davon wären 40.110 Tsd. EUR. Die Summe der Nominalwerte der nachrangigen Verbindlichkeiten, 30.907 Tsd. EUR, liegt damit unter der Obergrenze von 50 %.

Ad Punkt 3)

Grundsätzlich sollen nur jene nachrangigen Kapitalien, die bereits unter Solvency I anrechenbar waren, für einen Übergangszeitraum von 10 Jahren (31. Dezember 2025) als Tier 1 oder Tier 2 Eigenmittel angerechnet werden können, sofern diese nicht ohnehin direkt als Eigenmittel anhand der Einstufung des VAG klassifiziert werden können. Die Grandfathering-Bestimmungen finden nur subsidiär Anwendung (vgl. Strukturierter Dialog im Rahmen der Vorbereitung auf Solvency II: Teil 3: Fit & proper, Eigenmittel & ORSA, Österreichische Finanzmarktaufsicht, Bereich Versicherungs- und Pensionskassenaufsicht AL JUDr. Stanislava Saria, PhD., Abt. II/1, 10.04.2015 „Strukturierter Dialog, FMA“, S. 31)

Die nachrangigen Verbindlichkeiten der BAWAG PSK Versicherung sind im Wesentlichen ident ausgestaltet und erfüllen die meisten, aber nicht alle geforderten Merkmale, um als Tier 1 oder 2 Eigenmittel anrechenbar zu sein (vgl. Art. 93 RRL 2009/138/EG):

Merkmal	Erläuterung	Erfüllung
Ständige Verfügbarkeit	Der Bestandteil ist verfügbar oder bei Bedarf einforderbar, um Verluste unter Zugrundelegung der Unternehmensfortführungsprämisse sowie im Falle der Liquidation vollständig aufzufangen;	Die ständige Verfügbarkeit ist gegeben, da der Bestandteil bei Emission voll eingezahlt wurde.
Nachrangigkeit	Im Falle der Liquidation ist der Gesamtbetrag des Bestandteils verfügbar, um Verluste aufzufangen, und die Rückzahlung der Bestandteile an ihre Inhaber wird solange verweigert, bis alle anderen Verpflichtungen, einschließlich der Verpflichtungen der Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen gegenüber den Versicherungsnehmern und den Anspruchsberechtigten von Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen erfüllt worden sind;	Die Anleihen enthalten Bestimmungen, die dem VAG zu dem Zeitpunkt der Begebung entsprochen haben, und die Nachrangigkeit wie folgt definieren: „das eingezahlte Kapital ist im Liquidationsfall der Emittentin erst nach Befriedigung oder Sicherstellung jener Forderungen zurückzuzahlen, die weder Eigen- noch Partizipationskapital darstellen.“

KAPITALMANAGEMENT

Merkmal	Erläuterung	Erfüllung
Ausreichende Laufzeit	Bei Beurteilung, inwieweit Eigenmittelbestandteile gegenwärtig und in Zukunft die genannten Merkmale aufweisen, wird die Laufzeit des Bestandteils, insbesondere die Frage, ob er befristet ist, gebührend berücksichtigt. Ist ein Eigenmittelbestandteil befristet, wird seine relative Laufzeit im Vergleich zur Laufzeit der Versicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen des Unternehmens berücksichtigt.	Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben keine feste Laufzeit: „Die Schuldverschreibung wird ohne festes Laufzeitende ausgestellt. Die Schuldverschreibungen werden der Emittentin auf deren Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt.“
Keine Rückzahlungsanreize	Der Bestandteil ist frei von Anforderungen oder Anreizen zur Rückzahlung des Nominalbetrags.	Die Anleihen enthalten keine Anreize zur Kündigung nach einer bestimmten Laufzeit, z.B. Step-ups in den Spreads, i.e. erhöhte Zinszahlungen nach einer festgesetzten Frist, die punitiv wirken können. Es ist geregelt, dass „die Rückzahlung gekündigter Teilschuldverschreibungen zum Nennwert unter anteiligem Abzug der während ihrer Laufzeit eingetretenen Nettoverluste der Emittentin erfolgt, wenn die Rückzahlung vor der Liquidation der Emittentin stattfindet.“
Keine obligatorischen laufenden Kosten	Der Bestandteil ist frei von obligatorischen festen Kosten.	Da die Ergänzungskapitalanleihen verzinst werden, wird dieser Punkt als nicht erfüllt betrachtet. „Die Zinsen für das eingezahlte Kapital dürfen nur ausbezahlt werden, soweit die Zinsen im Jahresüberschuss (handelsrechtlicher Gewinn vor Nettoveränderung von Rücklagen) gedeckt sind.“, bzw. „... dass das eingezahlte Kapital nur verzinst werden darf, ... soweit die Zinsen im Jahresüberschuss (handelsrechtlicher Gewinn vor Nettoveränderungen von Rücklagen) gedeckt sind.“
Keine Belastungen	Der Bestandteil ist frei von sonstigen Belastungen.	Außer der vereinbarten Zinszahlungen sind keine Belastungen vereinbart.

Ausgehend davon, dass eine Bedingung nicht erfüllt ist, i.e. obligatorische laufende Kosten liegen in Form von Zinsansprüchen der Kapitalgeber vor, die Ergänzungskapitalanleihen erfüllen aber jedenfalls die Anforderungen von Tier 3 Kapital, wurden die Grandfathering Bestimmungen in Anspruch genommen.

E.1.6.1. FÄLLIGKEITSTERMIN, ERSTER KÜNDIGUNGSTERMIN, WEITERE KÜNDIGUNGSTERMINE

Die Anleihebedingungen der nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen ident ausgestaltet und enthalten folgende Klauseln:

Laufzeit

Die Schuldverschreibung wird ohne festes Laufzeitende ausgestellt. Die Schuldverschreibungen werden der Emittentin auf deren Unternehmensdauer zur Verfügung gestellt.

Kündigung

Eine Kündigung in den ersten fünf Jahren ist ausgeschlossen, es sei denn, die vorzeitige Rückzahlung wird von der österreichischen Finanzmarktaufsicht genehmigt. Danach ist eine Kündigung seitens des Inhabers

der Schuldverschreibung jährlich zu den Kuponterminen mit einer fünfjährigen Kündigungsfrist gem. § 73c Abs. 6 VAG 1978 ganz oder in Teilbeträgen möglich. Die Kündigung muss spätestens fünf Tage vor dem relevanten Kündigungstermin schriftlich und eingeschrieben bekannt gegeben werden. Die Rückzahlung gekündigter Teilschuldverschreibungen erfolgt zum Nennwert unter anteiligem Abzug der während ihrer Laufzeit eingetretenen Nettoverluste der Emittentin, wenn die Rückzahlung vor der Liquidation der Emittentin stattfindet.

Wie bereits unter Punkt E.1.2.3. dargelegt, wurden 6 Ergänzungskapitalanleihen mit einem Nominale in Höhe von insgesamt 17.921 Tsd. EUR unter Beachtung der Kündigungsfrist von 5 Jahren im Geschäftsjahr 2019 gekündigt. Per 28.03.2021 ist eine weitere Teilkündigung einer nachrangigen Anleihe mit einem Nominale in Höhe von 436 Tsd. EUR unter Beachtung der 5-jährigen Kündigungsfrist erfolgt. Die Begebung neuer nachrangiger Verbindlichkeiten ist dzt. nicht geplant.

E.1.6.2. RÜCKZAHLUNGSANREIZE

Rückzahlungsanreize können in der Form vereinbart werden, dass die Zinsen, die sich aus Basis, z.B. Euro Inter Bank Offered Rate (EURIBOR) für die betreffende Laufzeit, und Spread, der das individuelle Risiko des Emittenten abdeckt, zusammensetzen, nach einer gewissen Laufzeit einen erhöhten Spread vorsehen. Ist dieser Spread so hoch, dass er punitiv wirkt, wird der Anreiz zur Rückzahlung oder Umschuldung hoch sein.

Die Ergänzungskapitalanleihen der BAWAG PSK Versicherung weisen keine Step-up Klauseln auf.

E.1.7. WESENTLICHE BESTANDTEILE DER ERGÄNZENDEN EIGENMITTEL

Die BAWAG PSK Versicherung hat keine ergänzenden Eigenmittel im Bestand.

E.1.8. BESCHREIBUNG DER POSITIONEN, DIE VON DEN EIGENMITTELN ABZUZIEHEN SIND

E.1.8.1. ABZUG DER BETEILIGUNGEN AN FINANZ- UND KREDITINSTITUTEN GEM. ART. 68 UND 70 DV EU/2015/35

Gemäß Artikel 68 und 70 DV EU/2015/35 werden die Basiseigenmittel in folgenden Fällen reduziert:

- ▶ Der Wert der einzelnen Beteiligung an einem Finanz- und Kreditinstitut übersteigt 10% der Basiseigenmittel des Versicherungsunternehmens.
- ▶ Die Summe der Marktwerte der sonstigen Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten (jene, welche 10% im Einzelnen nicht übersteigen) übersteigen 10% der Basiseigenmittel des Versicherungsunternehmens
- ▶ Im Falle von strategischen Beteiligungen erfolgt kein Abzug des Beteiligungswertes.

Da keine der Bedingungen auf die BAWAG PSK Versicherung zutrifft, erfolgt kein Abzug der Beteiligungswerte für Finanz- und Kreditinstitute.

E.1.8.2. BESCHRÄNKUNGEN AUF DIE ANRECHENBAREN EIGENMITTEL, DIE SICH AUF DIE VERFÜGBARKEIT UND ÜBERTRAGBARKEIT INNERHALB DES UNTERNEHMENS AUSWIRKEN

Es liegen keine Beschränkungen hinsichtlich Verfügbarkeit und Übertragbarkeit auf die anrechenbaren Eigenmittel vor. Alle Eigenmittel des unternehmensrechtlichen Jahresabschlusses können den Eigenmitteln gemäß Solvabilität II angerechnet werden. Das Unternehmen hat keine Sonderverbände im Bestand, welche bei der Ermittlung der Eigenmittel berücksichtigt werden müssen.

E.2. SOLVENZKAPITALANFORDERUNG (SCR) UND MINDESKAPITALANFORDERUNG (MCR)

E.2.1. SOLVENZKAPITALANFORDERUNG (SCR)

Die Solvenzkapitalanforderung (SCR) beschreibt den Verlust an Eigenmitteln, der sich ergibt, wenn die einzelnen Bilanzposten der Solvency II Marktwertbilanz (Assets und Liabilities) in den Risikofaktoren, denen sie im Modell ausgesetzt werden, entsprechend einem 1-Jahres Value-at-Risk auf dem 99,5% Quantil gestresst werden, was einem 200-jährigen Ereignis entspricht.

§ 175 Abs. 1 VAG 2016 definiert, dass Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen die Solvenzkapitalanforderung entweder mit der Standardformel gemäß dem 4. Abschnitt VAG 2016 oder unter Verwendung eines internen Modells gemäß dem 5. Abschnitt VAG 2016 berechnen können.

Der Genehmigungsprozess um die Erweiterung des genehmigten partiellen internen Modells um das Risikomodul „operationelles Risiko“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich – mit der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde – abgeschlossen werden. Somit wird die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß § 175 VAG 2016 für die BAWAG PSK Versicherung ab dem 31.12.2020 mit Hilfe eines genehmigten (vollständigen) internen Modells bestimmt.

Bei der zugrundeliegenden maßgeblichen risikofreien Zinskurve wird im internen Modell analog zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II (Technical Provisions) eine Volatilitätsanpassung (Volatility Adjustment) gemäß Art. 77d RRL 2009/138/EG sowie im Rahmen der Kreditrisikomodellierung zusätzlich eine dynamische Volatilitätsanpassung eingesetzt. Im Falle eines Kreditschocks ändert sich die Volatilitätsanpassung und wirkt damit risikomindernd auf das Kreditrisiko.

Die größten Auswirkungen auf die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung mit dem internen Modell gegenüber der Standardformel haben dabei die unterschiedliche Kalibrierung des Stornorisikos und der höhere Diversifikationseffekt. Aufgrund der unterschiedlichen Berechnungsweise (Unterschiede zwischen Standardformel und internem Modell werden in Kapitel E.4. erläutert) lassen sich die beiden Resultate jedoch nicht vergleichen.

Gegenüber dem Vorjahreswert von 70.362 Tsd. EUR hat sich die SCR um 1.445 Tsd. EUR (+2,1%) auf 71.807 Tsd. EUR erhöht. Eine Änderungsanalyse ist in Abschnitt E.2.2. zu finden.

Im internen Modell werden im Financial & Credit-Bereich die Risikofaktoren sowie die Kalibrierung der Verteilungen und der Stresse durch die Generali Group bestimmt und deren Angemessenheit für das Unternehmen lokal bestätigt, während dies in den Underwriting-Risiken zum Großteil lokal durchgeführt wird. Die Verluste, welche die Bilanzposten durch den Stress gegenüber ihren erwarteten Werten (entsprechen den Werten zum Ende der Berichtsperiode) erfahren, werden nach Risikofaktoren kategorisiert und anschließend zu einem Gesamtrisiko aggregiert. Die bei der Aggregation zu berücksichtigenden Diversifikationseffekte werden über einen Copula-Ansatz berechnet, welcher unter Mitwirkung der lokalen Einheiten auf Gruppenebene bestimmt wird. Weitere Informationen zum internen Modell finden sich in Abschnitt E.4.

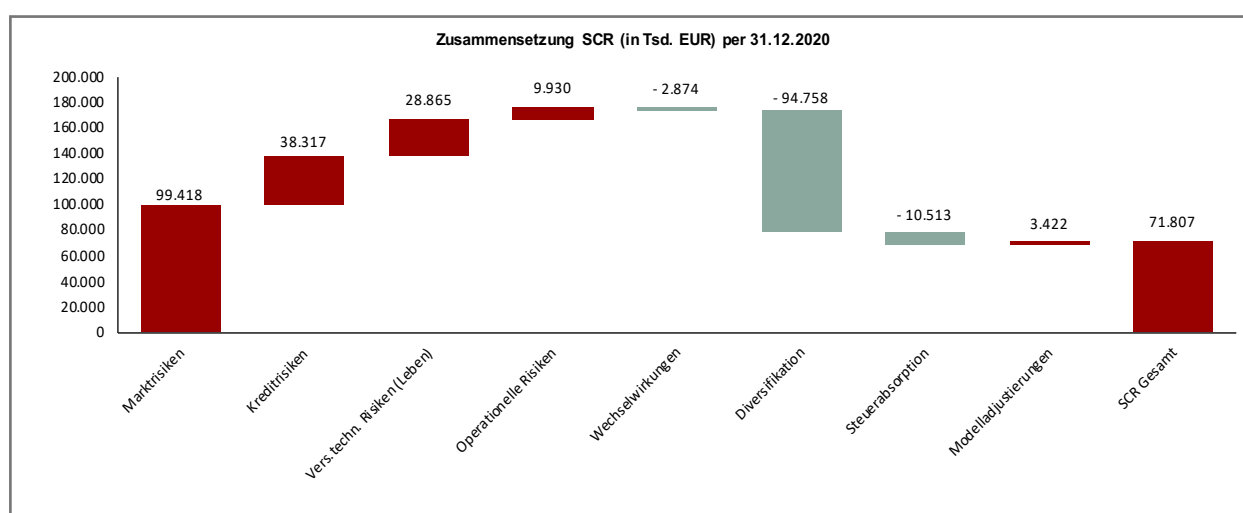
Die Mindestkapitalanforderung (MCR) wird in Abschnitt E.2.6. detailliert ausgewiesen.

E.2.2. SOLVENZKAPITALANFORDERUNG AUFGETEILT NACH RISIKEN

Die Solvenzkapitalanforderung (SCR) setzt sich aus mehreren Risiken zusammen, die ihrerseits wiederum in Einzelrisiken untergliedert werden. Zuerst werden die einzelnen Risiken isoliert (vor Diversifikation) berechnet. Alle Zahlen sind nach Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen

gemäß Solvency II (Technical Provisions) bewertet. Diese Ausgleichsfähigkeit berücksichtigt, dass aus dem gewinnberechtigten Geschäft eine Reduktion der Verbindlichkeiten im Stressfall resultiert, weil den Kunden dann weniger Gewinnbeteiligung zusteht. Neben den Einzelrisiken werden auch risikoubergreifende Effekte berücksichtigt, die sich aus der Wechselwirkung verschiedener Risiken ergeben, nicht eindeutig einem Risiko geordnet werden können und aus der Art der Risikomodellierung resultieren. Die Diversifikation kann als Differenz zwischen der Summe aller Risiken isoliert und der Summe aller Risiken nach Diversifikation aufgefasst werden.

Folgende Darstellung zeigt schematisch den Aufbau der Solvenzkapitalanforderung für die BAWAG PSK Versicherung per 31. Dezember 2020:



Die Solvenzkapitalanforderung setzt sich nach Diversifikation aus folgenden Beiträgen zusammen:

Beiträge zum SCR

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020		31.12.2019		Veränderung in %	
	Standalone	nach Diversifikation	Standalone	nach Diversifikation	Standalone	nach Diversifikation
Marktrisiken	99.418	61.272	91.185	60.614	9,0 %	1,1 %
Kreditrisiken	38.317	15.976	33.118	16.864	15,7 %	-5,3 %
Vers.techn. Risiken (Leben)	28.865	707	25.003	-569	15,4 %	-224,3 %
Operationelle Risiken	9.930	3.817				
Wechselwirkungseffekte	-2.874		-4.066		-29,3 %	
Diversifikationseffekte	-94.758		-72.396		30,9 %	
Operationelle Risiken Standardformel (2019)			7.482			
Steuerabsorption	-10.513		-14.958		-29,7 %	
Modelladjustierungen	3.422		4.995		-31,5 %	
SCR Gesamt	71.807		70.362		2,1 %	

KAPITALMANAGEMENT

Das Marktrisiko vor Diversifikation ist gegenüber dem Vorjahr weitgehend stabil (+9,0%). Es ist in die weiteren Risiken Aktien, Aktienvolatilität, Immobilien, Zinsen, Zinsvolatilität, Wechselkurs und Konzentration unterteilt. Vor Diversifikation kommt der größte Anteil am Marktrisiko mit 58,7% (2019: 59,5%) aus dem Zinsänderungsrisiko. Das Aktienrisiko trägt mit rund 17,5% (2019: 17,3%) nennenswert zum Marktrisiko bei, gefolgt vom Immobilienrisiko mit 9,4% (2019: 7,9%) und dem Zinsvolatilitätsrisiko mit 8,8% (2019: 10,6%). Die restlichen Risiken innerhalb des Marktrisikos sind mit einem Anteil von 5,6% (2019: 4,7%) von geringer Bedeutung.

Das Kreditrisiko ist in die Einzelrisiken Spread und Ausfall unterteilt. Hiervon hat das Spreadrisiko einen Anteil von 59,5% (2019: 54,7%) und das Ausfallrisiko einen Anteil von 40,5% (2019: 45,3%).

Das lebensversicherungstechnische Risiko (vor Diversifikation) steigt gegenüber dem Vorjahr um +15,4%. Das lebensversicherungstechnische Risiko ist in die Einzelrisiken Sterblichkeit, Langlebigkeit, Invalidität/Morbidität, Kosten, Storno und Katastrophen (Sterblichkeit) unterteilt. Hier stellen das Langlebighkeitsrisiko mit 31,9% (2019: 25,0%) und das Kostenrisiko mit 31,2% (2019: 26,5%) die größten Anteile auf Einzelrisikoebene dar. Das Sterblichkeitsrisiko nimmt 17,9% (2019: 21,5%) Anteil ein, gefolgt vom Katastrophenrisiko (Sterblichkeit) mit einem Anteil von 10,7% (2019: 13,6%). Die restlichen Risiken innerhalb des lebensversicherungstechnischen Risikos sind mit einem Anteil von 8,3% (2019: 13,3%) von geringer Bedeutung.

Das operationelle Risiko wird zum 31.12.2020 erstmalig mit dem (genehmigten) internen Modell ausgewiesen, wodurch die Änderungen zum Vorjahr auf die unterschiedlichen Kalibrierungen zurückzuführen sind.

Die ausgewiesenen Modelladjustierungen beinhalten SCR-Erhöhungen, die sich aus Erhöhungen aufgrund von Anpassungen der Gruppenparametrisierung im Rahmen der Risikokalibrierungen zur Berücksichtigung lokaler Spezifika ergeben.

Berücksichtigung der latenten Steuern

Der Wert der Steuerabsorption (Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern) spiegelt die risikomindernde Wirkung wider, die sich aus Änderungen der latenten Steuern im Stressfall ergibt. Existiert in der Marktwertbilanz im Saldo mit den korrespondierenden Aktivpositionen eine latente Steuerverbindlichkeit, so stellt dieser Betrag die maximal mögliche Steuerabsorption dar. Existiert im Saldo eine latente Steuerforderung, so wird die maximal mögliche Steuerabsorption auf null reduziert.

Der Wert der aktiven und passiven latenten Steuern der Solvenzbilanz wird in Kapitel D.1. erläutert. Der gesamte zur Risikominderung herangezogene Betrag ist durch latente Steuerverbindlichkeiten gemäß Marktwertbilanz gedeckt. Darüber hinaus werden keine zusätzlichen latenten Steuern in Anrechnung gebracht. Es werden insbesondere keine (und somit auch keine wesentlichen) latenten Steueransprüche aus einer Projektion wahrscheinlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne in Anrechnung gebracht.

E.2.3. INFORMATION ÜBER VEREINFACHTE BERECHNUNGEN BEI DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Es kommen keine vereinfachten Berechnungen zum Einsatz.

E.2.4. INFORMATION ÜBER UNTERNEHMENSSEZIFISCHE PARAMETER BEI DER BERECHNUNG DER SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Das Unternehmen verwendet keine unternehmensspezifischen Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG.

E.2.5. INFORMATION ÜBER ETWAIGE KAPITALAUFSCHLÄGE AUF DIE SOLVENZKAPITALANFORDERUNG

Es werden keine Kapitalaufschläge auf die SCR angewendet.

E.2.6. BERECHNUNG DER MINDESKAPITALANFORDERUNG (MCR)

Die Mindestkapitalanforderung wird gemäß Art. 129 RRL 2009/138/EG bestimmt. Sie beträgt per 31. Dezember 2020 32.313 Tsd. EUR für die BAWAG PSK Versicherung. Sie wird gemäß Art. 249 und 251 der DV EU/2015/35 als MCR Linear berechnet. Sie muss jedoch mindestens 3.700 Tsd. EUR betragen und gemäß Art. 248 DV EU/2015/35 zwischen $0,25 \cdot \text{SCR}$ (MCR Floor) und $0,45 \cdot \text{SCR}$ (MCR Cap) liegen.

Für die BAWAG PSK Versicherung zeigen die Komponenten zur Bestimmung der MCR folgende Werte:

Beiträge zur MCR

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
MCR Linear	55.164	55.635
MCR Cap	32.313	31.663
MCR Floor	17.952	17.591

Aufgrund der Berechnungsregeln kommt die MCR damit auf 32.313 Tsd. EUR zu liegen, da die MCR Linear über dem MCR Cap zu liegen kommt. Gegenüber dem Vorjahreswert (2019) von 31.663 Tsd. EUR hat sich die MCR somit um 650 Tsd. EUR (+2,1 %) erhöht.

MCR Linear errechnet sich aus folgenden fünf Komponenten (mit Werten für die BAWAG PSK Versicherung):

MCR Berechnung – Leben

Angaben in Tsd. EUR	31.12.2020	31.12.2019
Versicherungstechnische Rückstellungen ohne Risikomarge in Bezug auf garantierte Leistungen für Lebens-/Rückversicherungsverpflichtungen mit Überschussbeteiligung (1)	1.377.187	1.428.985
Versicherungstechnische Rückstellungen ohne Risikomarge in Bezug auf künftige Überschussbeteiligungen (2)	45.858	76.877
Versicherungstechnische Rückstellungen ohne Risikomarge für indexgebundene Lebens-/Rückversicherungsverpflichtungen (3)	530.555	513.178
Rückstellungen ohne Risikomarge für alle anderen Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (4)	38.648	41.370
Gesamtrisikokapital, d.h. die Summe des Risikokapitals aller Verträge, die Lebens-/Rückversicherungsverpflichtungen begründen (CAR)	2.952.747	3.284.286

KAPITALMANAGEMENT

Die Berechnungsvorschrift lautet $MCR\ Linear = 0,037*(1) - 0,052*(2) + 0,007*(3) + 0,021*(4) + 0,0007*CAR$. Daraus ergibt sich eine MCR Linear von 55.164 Tsd. EUR.

Die Änderung der MCR gegenüber dem Vorjahr ist auf die Veränderung des MCR Cap und somit auf die Veränderung in der SCR zurückzuführen, da sich das MCR Cap direkt daraus ableitet.

E.3. VERWENDUNG DES DURATIONSBASIERTEN UNTERMODULS AKTIENRISIKO BEI DER BERECHNUNG DER SCR

Die BAWAG PSK Versicherung verwendet das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko nicht.

E.4. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN STANDARDFORMEL UND INTERNEN MODELLEN (IM)

Zwecke, für die das Unternehmen ein internes Modell verwendet:

Neben der Ermittlung der regulatorischen SCR wird auf Daten des internen Modells auch bei folgenden Themen zurückgegriffen:

- ▶ Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA)
- ▶ Asset-Liability-Management
- ▶ Profitabilitätsanalyse von Segmenten
- ▶ Neugeschäftsbewertung
- ▶ Überwachung der Effizienz der Rückversicherung
- ▶ Prognose der Solvenzkapitalanforderung auf Basis der aktuell vorliegenden Plandaten
- ▶ Sonstige Fragestellungen der wert- und risikoorientierten Unternehmenssteuerung

Geltungsbereich des internen Modells

Um die Komplexität ihres Geschäfts und die spezifischen Risikoprofile der mit ihr verbundenen Gesellschaften adäquater erfassen und abbilden zu können, hat die Assicurazioni Generali S.p.A. ein internes Modell entwickelt. Der Genehmigungsprozess um die Erweiterung des genehmigten partiellen internen Modells um das Risikomodul „operationelles Risiko“ konnte im Berichtsjahr erfolgreich – mit der Genehmigung durch die zuständige Aufsichtsbehörde – abgeschlossen werden. Somit wird die regulatorische Solvenzkapitalanforderung gemäß § 175 VAG 2016 für die BAWAG PSK Versicherung ab dem 31.12.2020 mit Hilfe eines genehmigten (vollständigen) internen Modells bestimmt. Die nicht quantifizierbaren Risiken („Nicht Säule I Risiken“) werden dabei wie bisher im Rahmen des qualitativen Risikomanagement-Prozesses und teilweise zusätzlicher spezieller Risikobewertungsmethoden abgedeckt.

Beschreibung der im internen Modell für die Berechnung der Wahrscheinlichkeitsverteilungsprognose und der Solvenzkapitalanforderung verwendeten Methoden

Das interne Modell verwendet als Risikomaß den Value-at-Risk mit einem Konfidenzintervall von 99,5% gemäß Solvabilität II-Anforderung. Dieses wird auf einer aggregierten Wahrscheinlichkeitsverteilung von möglichen Einjahresveränderungen der ökonomischen Eigenmittel gebildet. Eine solche Gesamtwahrscheinlichkeitsverteilung wird mit Hilfe von Monte-Carlo-basierten Simulationsmethoden gebildet. Hierbei werden zufällig Szenarien für alle Einzelrisiken (Risikofaktoren) erstellt, die sowohl ihrer jeweiligen Randverteilung (Verteilung des Einzelrisikos, zum Beispiel Aktienpreise) gemäß der Kalibrierung des internen Modells gehorchen als auch in den richtigen Abhängigkeiten zu den anderen Risikofaktoren stehen, was im Modell über einen Copula-Ansatz gelöst ist. Über die Abhängigkeitsstruktur der Risikofaktoren werden Diversifikationseffekte mitberücksichtigt.

Im Unterschied zur Standardformel, in welcher von multivariat normalverteilten Einzelrisiken ausgegangen wird, die über Korrelationsmatrizen miteinander in Verbindung gebracht und aggregiert werden, bietet das interne Modell einen allgemeineren Ansatz, der außer der Normalverteilung auch andere Randverteilungen für die Risikofaktoren zulässt und die Abhängigkeiten über eine Copula-Struktur modelliert. So kann für jeden Risikofaktor eine angemessene Verteilung gefunden werden.

Unterschiede zwischen der Standardformel und dem internen Modell

Anders als in der Standardformel (mehrstufiger Aggregationsmechanismus) wird im internen Modell die Aggregation zum Gesamtrisiko in einem Schritt durchgeführt. Die Diversifikationseffekte im internen Modell resultieren aus der unternehmensindividuellen Exponierung gegenüber den Risikofaktoren und deren Abhängigkeitsstruktur und werden nicht wie in der Standardformel pauschal mittels Korrelationsmatrizen vorgegeben. Die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern wird wie in der Standardformel bestimmt und dazu addiert. In der Kategorisierung der Risiken gibt es jedoch wesentliche Unterschiede.

Zur Sicherstellung der kontinuierlichen Angemessenheit des internen Modells und der zur Berechnung verwendeten Daten hat die BAWAG PSK Versicherung eine Modell-Governance mit Validierungs- und Änderungsprozessen implementiert. Die Modell-Governance legt Verantwortlichkeiten fest und definiert die FreigabeprozEDUREN innerhalb der einzelnen Berechnungsschritte der Solvenzkapitalanforderung sowie im Validierungs- und Änderungsprozess.

Die Angemessenheitsprüfung des internen Modells sowie der zugrundeliegenden Risikokalibrierungen und der Datenqualität erfolgt im Rahmen des Validierungsprozesses. Hier kommen sowohl statistische Verfahren als auch Experteneinschätzungen zum Einsatz, letztere bei nicht hinreichendem Datenmaterial.

Um die Abdeckung aller wesentlichen quantifizierbaren Risiken gewährleisten zu können, wird jährlich eine sogenannte „Profit & Loss Attribution“, also eine Zuordnung von Gewinnen und Verlusten zu den einzelnen Risiken, durchgeführt. Kann die Veränderung der ökonomischen Eigenmittel durch tatsächliche Gewinne oder Verluste bis auf einen vernachlässigbaren Anteil entsprechender Risiken zugeordnet werden, so kann von einer vollständigen Modellabdeckung ausgegangen werden.

Im Rahmen des Änderungsprozesses wird die Angemessenheit des internen Modells hinsichtlich der korrekten Abbildung des Risikoprofils für das Unternehmen kontinuierlich überprüft. So wird gewährleistet, dass ein allfälliger Änderungsbedarf zeitnah erkannt und behoben wird.

Die versicherungstechnischen Risiken der Lebensversicherung werden in der Standardformel durch die EIOPA auf dem Bestand eines angenommenen durchschnittlichen europäischen Lebensversicherers kalibriert. Dabei wird für jedes Risiko jeweils ein Stresspunkt bestimmt, der von allen Unternehmen einheitlich angewendet wird. Im Unterschied dazu werden im internen Modell Verteilungen auf dem unternehmenseigenen Bestand gebildet, wodurch die spezifischen Ausprägungen wie Altersstruktur, Geschlechterverteilung oder die Zeichnungspolitik berücksichtigt werden. Somit kann ein realistischeres Bild der versicherungstechnischen Risiken gezeichnet werden.

Auch bei den Marktrisiken werden in der Standardformel Stressfaktoren vorgegeben, die auf einem angenommenen durchschnittlichen Investmentportfolio kalibriert werden. Im internen Modell kann durch die stärkere Granularität bei der Bildung von Assetklassen das unternehmensindividuelle Portfolio besser abgebildet werden. Dies erlaubt eine genauere Bewertung der Marktrisiken.

KAPITALMANAGEMENT

Anders als in der Standardformel werden die Aktien- und Zinsvolatilität als eigenständige Risiken ausgewiesen. Beim Zinsänderungsrisiko werden neben Parallelverschiebungen auch Änderungen der Steigung und Verformungen der Zinskurve berücksichtigt.

Das Kredit-Spreadrisiko wird im internen Modell anders als in der Standardformel, wo es als Teil der Marktrisiken geführt wird, dem Kreditrisiko zugeordnet.

Das Kreditrisiko umfasst im internen Modell daher alle Kreditrisiken, das heißt Forderungsausfallsrisiko, Rating-Migration und Ausweitung der Creditspreads von Anleihen. Anders als in der Standardformel wird das Forderungsausfallsrisiko auch für das Anleihenportfolio bestimmt. Zudem werden europäische Staatsanleihen nicht als risikolos betrachtet, wie dies in der Standardformel der Fall ist. Durch die höhere Granularität bei der Aufteilung in Anleiheklassen sowie der spezifischen Kalibrierung der zur Risikoberechnung verwendeten Verteilungen, ergibt sich ein realistischeres Bild des Kreditrisikos als in der Standardformel.

Während das operationelle Risiko mit der Standardformel „gesamthaft“ berechnet wird (die Basiskapitalanforderung für das operationelle Risiko ergibt sich aus dem größeren Betrag der Kapitalanforderung für operationelle Risiken auf der Grundlage verdienter Prämien und der Kapitalanforderung für operationelle Risiken auf der Grundlage versicherungstechnischer Rückstellungen), wird das operationelle Risiko mit dem internen Modell sehr granular anhand eines sehr detaillierten „OpRisk (and Compliance Risk) Event-Type“-Katalog bestimmt. Dieser Ereigniskatalog ist mehrstufig aufgebaut und wird auf der 3. Ebene im Rahmen von (Szenario-)Analysen mit den definierten „Risk Ownern“ (zumeist Abteilungsleiter) und deren Risikoanalysten bewertet und im Anschluss mit dem internen Modell auf die „Hauptrisikokategorien“ des operationellen Risikos („Interner Betrug“, „Externer Betrug“,...) aggregiert.

Art und Angemessenheit der im internen Modell verwendeten Daten

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Ermittlung der Solvenzkapitalanforderung ist die Qualität und Angemessenheit der zugrundeliegenden Daten im gesamten Berechnungsprozess. Die Generali Group hat über entsprechende Leitlinien, Richtlinien und Operating Procedures/Technical Guidelines Maßnahmen und Prozesse vorgegeben, die für das Unternehmen etabliert worden sind. Hierbei werden sowohl die Daten zur Risikokalibrierung des internen Modells als auch alle weiteren vom Unternehmen verwendeten Daten und Datenflüsse zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderung regelmäßigen Qualitätskontrollen unterworfen und in einem eigens zu Datenqualitätszwecken erschaffenen Datenverzeichnis („Data Directory“) dokumentiert.

E.5. NICHTEINHALTUNG DER MCR UND DER SCR

Die BAWAG PSK Versicherung weist per 31.12.2020 eine Solvenzquote von 238,5 % (2019: 277,9 %) und eine MCR-Bedeckungsquote von 530,1 % (2019: 617,5 %) aus. Sie hält somit sowohl die Mindestkapitalanforderung als auch die Solvenzkapitalanforderung ein.

E.6. SONSTIGE INFORMATIONEN

Die BAWAG PSK Versicherung hat in den vorangegangenen Kapiteln alle relevanten und wesentlichen Informationen offengelegt.

Die Gesellschaft wendet im Zuge des internen Modells eine stochastische Volatilitätsanpassung an und hat für SCR und MCR die Sensitivität bezüglich einer Nichtanwendung der Volatilitätsanpassung berechnet. Die Auswirkung dieser Maßnahme bei Zinssätzen auf die Solvabilität des Unternehmens wird im Abschnitt D.2.6. angeführt sowie im Anhang dargestellt.

F. Annex

F.1. MELDEBÖGEN

S.02.01.02 Bilanz

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert	
		31.12.2020
Vermögenswerte		C0010
Immaterielle Vermögenswerte	R0030	0
Latente Steueransprüche	R0040	0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050	0
Sachanlagen für den Eigenbedarf	R0060	42
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070	1.633.572
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080	11.208
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090	148.893
Aktien	R0100	61.398
Aktien – notiert	R0110	0
Aktien – nicht notiert	R0120	61.398
Anleihen	R0130	1.396.229
Staatsanleihen	R0140	818.457
Unternehmensanleihen	R0150	547.127
Strukturierte Schuldtitel	R0160	29.271
Besicherte Wertpapiere	R0170	1.374
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180	15.844
Derivate	R0190	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200	0
Sonstige Anlagen	R0210	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220	578.145
Darlehen und Hypotheken	R0230	45.271
Policendarlehen	R0240	14
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260	45.257

ANNEX

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert	
	31.12.2020	
	C0010	
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270	-7.121
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0280	0
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290	0
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300	0
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0310	-7.121
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320	0
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen	R0330	-7.121
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340	0
Depotforderungen	R0350	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360	10.549
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380	1.474
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390	0
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410	9.464
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420	2.199
Vermögenswerte insgesamt	R0500	2.273.596

Verbindlichkeiten

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert	
		31.12.2020
Verbindlichkeiten		C0010
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	0
Bester Schätzwert	R0540	0
Risikomarge	R0550	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung nach Art der Nichtlebensversicherung	R0560	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	0
Bester Schätzwert	R0580	0
Risikomarge	R0590	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	1.466.085
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	0
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	0
Bester Schätzwert	R0630	0
Risikomarge	R0640	0
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	1.466.085
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	0
Bester Schätzwert	R0670	1.454.572
Risikomarge	R0680	11.513
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	532.126
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	0
Bester Schätzwert	R0710	530.555
Risikomarge	R0720	1.572
Eventualverbindlichkeiten	R0740	0
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	14.620
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	2.704
Depotverbindlichkeiten	R0770	0

ANNEX

Angaben in Tsd. EUR	Solvabilität II – Wert	
	31.12.2020	
	C0010	
Latente Steuerschulden	R0780	10.513
Derivate	R0790	311
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	0
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	1.126
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	39.638
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	1.702
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	19.775
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	31.026
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	1.550
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	29.476
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	253
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	2.119.882
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	153.714

Meldebogen S.05.01.02 Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

Angaben in Tsd. EUR	Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen							Lebensrückversicherungsverpflichtungen			Gesamt
	Krankenversicherung	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Lebensversicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Krankenversicherungsverpflichtungen	Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Krankenversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung	Lebensrückversicherung		
	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300		
Gebuchte Prämien											
Brutto	R1410	0	96.713	67.360	25.449	0	0	0	0	189.522	
Anteil der Rückversicherer	R1420	0	663	18	1.463	0	0	0	0	2.144	
Netto	R1500	0	96.050	67.342	23.986	0	0	0	0	187.378	
Verdiente Prämien											
Brutto	R1510	0	96.836	67.303	25.472	0	0	0	0	189.611	
Anteil der Rückversicherer	R1520	0	663	18	1.463	0	0	0	0	2.144	
Netto	R1600	0	96.172	67.285	24.009	0	0	0	0	187.466	
Aufwendungen für Versicherungsfälle											
Brutto	R1610	0	234.287	55.740	16.434	0	0	0	0	306.462	
Anteil der Rückversicherer	R1620	0	181	83	347	0	0	0	0	611	
Netto	R1700	0	234.107	55.657	16.088	0	0	0	0	305.851	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen											
Brutto	R1710	0	133.185	-17.636	3.725	0	0	0	0	119.274	
Anteil der Rückversicherer	R1720	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Netto	R1800	0	133.185	-17.636	3.725	0	0	0	0	119.274	
Angefallene Aufwendungen	R1900	0	16.319	4.434	7.286	0	0	0	0	28.040	
Sonstige Aufwendungen	R2500									91	
Gesamtaufwendungen	R2600									28.130	

ANNEX

Meldebogen S.12.01.02 Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

Angaben in Tsd. EUR

		Versicherung mit Überschussbeteiligung			Verträge ohne Optionen und Garantien
		C0020	C0030	C0040	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010	0	0		
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020	0	0		
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge					
Bester Schätzwert					
Bester Schätzwert (brutto)	R0030	1.418.716	0	530.555	
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen	R0080	-4.329	0	0	
Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	1.423.045	0	530.555	
Risikomarge	R0100	11.172	1.572	0	
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen		0	0	0	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0110	0	0	0	
Bester Schätzwert	R0120	0	0	0	
Risikomarge	R0130	0	0	0	
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	1.429.889	532.126	0	

Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherung					Gesamt (Lebens- versicherung außer Kranken- versicherung, einschließlich fondsgebundenes Geschäft)
Verträge mit Optionen und Garantien		Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen und Garantien	Renten aus Nichtlebensver- sicherungs- verträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungs- verpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenver- sicherungs- verpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft		
C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0150	
	0			0	0	0	
	0			0	0	0	
0	0	0	35.856	0	0	1.985.127	
0	0	0	-2.792	0	0	-7.121	
0	0	0	38.648	0	0	1.992.248	
0	341	0	0	0	0	13.085	
0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	
0	0	0	0	0	0	0	
0	36.197	0	0	0	0	1.998.212	

Meldebogen 22.01.21 Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

Angaben in Tsd. EUR		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahme bei Zinssätzen	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	1.998.212	0	0	10.165	0
Basiseigenmittel	R0020	171.290	0	0	-9.595	0
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	171.290	0	0	-9.595	0
SCR	R0090	71.807	0	0	56.057	0
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	171.290	0	0	-9.595	0
Mindestkapitalanforderung	R0110	32.313	-0	0	22.850	0

Meldebogen 23.01.01 Eigenmittel

Angaben in Tsd. EUR		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35						
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	R0010	12.000	12.000		0	
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	R0030	0	0		0	
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen	R0040	0	0		0	
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit	R0050	0		0	0	0
Überschussfonds	R0070	42.859	42.859			
Vorzugsaktien	R0090	0			0	0
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio	R0110	0			0	0
Ausgleichsrücklage	R0130	86.955	86.955			
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0140	29.476		29.476	0	0
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche	R0160	0				0
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden	R0180	0	0	0	0	0
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen						
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen	R0220	0				
Abzüge						
Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	R0230	0	0	0	0	
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	R0290	171.290	141.814	29.476	0	0

ANNEX

Meldebogen 23.01.01 Eigenmittel Fortsetzung

Angaben in Tsd. EUR		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Ergänzende Eigenmittel						
Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann	R0300	0			0	
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können	R0310	0			0	
Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können	R0320	0			0	0
Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen	R0330	0			0	0
Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG	R0340	0			0	
Andere Kreditbriefe und Grantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/ EG	R0350	0			0	0
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0360	0			0	
Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung - andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG	R0370	0			0	0
Sonstige ergänzende Eigenmittel	R0390	0			0	0
Ergänzende Eigenmittel gesamt	R0400	0			0	0
Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel						
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0500	171.290	141.814	29.476	0	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel	R0510	171.290	141.814	29.476	0	
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0540	171.290	141.814	29.476	0	0
Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel	R0550	171.290	141.814	29.476	0	

Angaben in Tsd. EUR		Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
SCR	R0580	71.807				
MCR	R0600	32.313				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR	R0620	238,5 %				
Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR	R0640	530,1 %				

		C0060	
Ausgleichsrücklage			
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R0700	153.714	
Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)	R0710	0	
Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte	R0720	11.900	
Sonstige Basiseigenmittelbestandteile	R0730	54.859	
Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sonderverbänden	R0740	0	
Ausgleichsrücklage	R0760	86.955	
Erwartete Gewinne			
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung	R0770	32.218	
Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung	R0780	0	
Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)	R0790	32.218	

Meldebogen S.25.03.21 Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die interne Vollmodelle verwenden

Eindeutige Nummer der Komponente	Komponentenbeschreibung	Berechnung der Solvenzkapitalanforderung
C0010	C0020	C0030
1	Marktrisiken	67.936
2	Kreditrisiken	29.683
3	Versicherungstechnisches Risiko Leben	13.347
6	Immaterielle Vermögensgegenstände	0
7	Operationelle Risiken	9.930
10	Steuerkappung	0
11	Modelladjustierungen	3.422

ANNEX

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung		C0100
Undiversifizierte Komponenten gesamt	R0110	124.318
Diversifikation	R0060	-52.510
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG übergangsweise	R0160	
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag	R0200	71.807
Kapitalaufschläge bereits festgesetzt	R0210	
Solvenzkapitalanforderung	R0220	71.807
Weitere Angaben zur SCR		
Höhe/Schätzung der gesamten Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen	R0300	
Höhe/Schätzung der gesamten Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern	R0310	-10.513
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für den übrigen Teil	R0410	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände	R0420	
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios	R0430	
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304	R0440	
		JA / NEIN
		C0109
Zugrundelegung des Durchschnittssteuersatzes	R0590	nein
Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern (LAC DT)		LAC DT
		C0130
Betrag/Schätzung der LAC DT	R0640	-10.513
Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten	R0650	-10.513
Betrag/Schätzung der LAC DT wegen wahrscheinlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne	R0660	
Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Rücktrag, laufendes Jahr	R0670	
Betrag/Schätzung der LAC DT wegen Rücktrag, künftige Jahre	R0680	
Betrag/Schätzung der maximalen LAC DT	R0690	-10.513

Meldebogen S.28.01.01 Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040		
MCRL- Ergebnis	R0200	55.164		
			C0050	C0060
			Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rück- stellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risiko- kapital (nach Abzug der Rückver- sicherung/Zweck- gesellschaft)
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	1.377.187		
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	45.858		
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230	530.555		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240	38.648		
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)- versicherungsverpflichtungen	R0250			2.952.747
Berechnung der Gesamt-MCR				
			C0070	
Lineare MCR	R0300	55.164		
SCR	R0310	71.807		
MCR-Obergrenze	R0320	32.313		
MCR-Untergrenze	R0330	17.952		
Kombinierte MCR	R0340	32.313		
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3.700		
			C0070	
Mindestkapitalanforderung	R0400	32.313		

F.2. GLOSSAR

A

Alternative Bewertungsmethoden

Bewertungsmethoden, die mit Art. 75 der RRL 2009/138/EG in Einklang stehen und die für gleiche oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten nicht nur die notierten Marktpreise heranziehen (vgl. Art. 1 Z 1 DV EU/2015/35).

Aufsichtsbehörde

Diejenige einzelstaatliche Behörde oder diejenigen einzelstaatlichen Behörden von Mitgliedstaaten, die auf Grund von Rechts- oder Verwaltungsvorschriften für die Beaufsichtigung von Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen zuständig sind (vgl. § 5 Z 16 VAG).

Ausgleichsrücklage

Innerhalb des Überschusses der Aktiva über die Passiva sind einzelne Positionen bereits separat ausgewiesen, vom dann verbleibenden Überschuss sind weitere Abzüge vorzunehmen, die nach Anpassungen verbleibende Rechengröße wird als Ausgleichsrücklage bezeichnet. Vom Überschussbetrag sind insbesondere folgende Positionen in Abzug zu bringen

- ▶ gehaltene eigene Aktien;
- ▶ vorhersehbare Dividenden;
- ▶ Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten bei Vorliegen definierter Voraussetzungen

Die Ausgleichsrücklage wird im Regelfall positiv sein, jedoch auch negative Werte sind denkbar. Eine Kriterienprüfung zur Klassifizierung ist nicht vorgesehen. Die Ausgleichsrücklage ist somit jedenfalls als Tier 1-Kapital zu klassifizieren (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 147f).

Auslagerung

Eine Vereinbarung jeglicher Form, die zwischen einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und einem Dienstleister getroffen wird, bei dem es sich um ein beaufsichtigtes oder nichtbeaufsichtigtes Unternehmen handeln kann, auf Grund derer der Dienstleister direkt oder durch weiteres Auslagern einen Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit erbringt, die ansonsten vom Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen selbst erbracht werden würde (vgl. § 5 Z 36 VAG).

B

Basiseigenmittel

Der Teil des Überschusses der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten, der die folgenden Bestandteile umfasst (vgl. Art. 69 DV EU/2015/35):

- ▶ eingezahltes Grundkapital und zugehöriges Emissionsagiokonto;
- ▶ eingezahlter Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen;
- ▶ eingezahlte nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit;
- ▶ Überschussfonds, die nicht als Versicherungs- und Rückversicherungsverbindlichkeiten angesehen werden;
- ▶ eingezahlte Vorzugsaktien und zugehöriges Emissionsagiokonto;
- ▶ eine Ausgleichsrücklage;
- ▶ eingezahlte nachrangige Verbindlichkeiten.

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn

Auch EPIFP oder Expected Profits in Future Premiums – der erwartete Barwert künftiger Zahlungsströme, die daraus resultieren, dass für die Zukunft erwartete Prämien für bestehende Versicherungs- und Rückversicherungsverträge – die aber ungeachtet der gesetzlichen oder vertraglichen Rechte des Versicherungsnehmers auf Beendigung des Vertrags aus einem beliebigen Grund außer dem Eintritt des versicherten Ereignisses möglicherweise nicht gezahlt werden – in die versicherungstechnischen Rückstellungen aufgenommen werden (vgl. Art. 1 Z 46 DV EU/2015/35).

Beteiligung

Beteiligung - das direkte Halten oder das Halten im Wege der Kontrolle von mindestens 20 % der Stimmrechte oder des Kapitals an einem Unternehmen (vgl. Art. 13 Abs. 20 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 26 VAG).

Beteiligung, qualifizierte – das direkte oder indirekte Halten von mindestens 10 % des Kapitals oder der Stimmrechte eines Unternehmens oder eine andere Möglichkeit der Wahrnehmung eines maßgeblichen Einflusses auf die Geschäftsführung dieses Unternehmens (vgl. Art. 13 Z 21 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 27 VAG).

Als Beteiligung wird auch das direkte oder indirekte Halten von Stimmrechten oder Kapital an einem Unternehmen betrachtet, auf das nach Ansicht der Aufsichtsbehörden ein maßgeblicher Einfluss tatsächlich ausgeübt wird (vgl. Art. 212 Abs. 2 letzter Satz RRL 2009/138/EG)

Bewertungseinheit

Bei der Bilanzierung von Derivaten ist der Grundsatz der Einzelbewertung heranzuziehen. Unter bestimmten Bedingungen ist allerdings die Bildung einer Bewertungseinheit mit einem abgesicherten Grundgeschäft zulässig (vgl. AFRAC Austrian Financial Reporting and Auditing Committee, Stellungnahme "Die Unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten", Dezember 2012, RZ 28).

Voraussetzungen für die Bildung von Bewertungseinheiten sind formaler und materieller Natur. Die formalen Anforderungen setzen die dokumentierte Widmung zu Beginn der Sicherungsbeziehung voraus, die die Identifikation des abzusichernden Risikos, die Festlegung des Beginns der Sicherungsbeziehung und die nachvollziehbare Begründung aller materiellen Voraussetzungen umfasst. Die materiellen Voraussetzungen umfassen die qualitative Eignung des abgesicherten Grundgeschäfts, das Vorliegen eines Absicherungsbedarfs, das Bestehen einer Absicherungsstrategie und die qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument (Vgl. AFRAC Austrian Financial Reporting and Auditing Committee, Stellungnahme "Die Unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten", Dezember 2012, RZ 29 ff).

Liegt eine Bewertungseinheit vor, ist das Derivat nicht gesondert zu bewerten: Bewertungsobjekt ist vielmehr das abgesicherte Grundgeschäft zusammen mit dem Derivat (Vgl. AFRAC Austrian Financial Reporting and Auditing Committee, Stellungnahme "Die Unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten", Dezember 2012, RZ 45).

Ist aus dem abgesicherten Grundgeschäft aufgrund der darauf anzuwendenden Bewertungsbestimmungen ein Verlust zu erfassen, ist dabei die gegenläufige Wertentwicklung des Derivats zu berücksichtigen. Eine kompensierende Bewertung ist allerdings nur in jener Höhe zulässig, als die Sicherungsbeziehung effektiv ist, der ineffektive Teil darf nicht berücksichtigt werden (Vgl. AFRAC Austrian Financial Reporting and Auditing Committee, Stellungnahme "Die Unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten", Dezember 2012, RZ 47).

D

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Finanzielle Vermögenswerte, die entstehen, wenn Gläubiger besichert oder nicht besichert Mittel an Schuldner (Privatpersonen), einschließlich Cash-Pools, verleihen (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

Derivate

Ein Derivat ist ein Finanzinstrument oder ein anderer Kontrakt mit allen drei nachstehenden Merkmalen:

- ▶ Seine Wertentwicklung ist an einen bestimmten Zinssatz, den Preis eines Finanzinstruments, einen Rohstoffpreis, Wechselkurs, Preis- oder Zinsindex, ein Bonitätsrating, einen Kreditindex oder eine ähnliche Variable gekoppelt, sofern bei einer nicht finanziellen Variablen diese nicht spezifisch für eine der Vertragsparteien ist (auch „Basiswert“ genannt).
- ▶ Es erfordert keine Anfangsauszahlung oder eine, die im Vergleich zu anderen Vertragsformen, von denen zu erwarten ist, dass sie in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, geringer ist.
- ▶ Es wird zu einem späteren Zeitpunkt beglichen (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

E

Eigenmittel

Als Ergebnis der Umwertung der Bilanzpositionen der UGB/VAG-Bilanz hin zur Solvenzbilanz ergibt sich als Residualgröße der Überschuss der Aktiva über die Passiva. Dieser ist weiter zu untergliedern, d.h. einzelne Eigenmittelbestandteile sind innerhalb des Überschusses separat auszuweisen, diese erhöhen allerdings die Eigenmittel nicht. Folgende Bestandteile sind hierbei von praktischer Bedeutung (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 146f):

- ▶ Eingezahltes Grundkapital samt Kapitalrücklage bei Aktiengesellschaften
- ▶ Überschussfonds
- ▶ Latente Netto-Steueransprüche
- ▶ Ausgleichsrücklage

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Entspricht dem Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen (einschließlich Finanzrückversicherungen und Zweckgesellschaften) (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

F

Fit & Proper

Alle Mitarbeiter des Versicherungsunternehmens verfügen über die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde, die zu einer ordnungsgemäßen Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderlich sind (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 57).

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Beträge überfälliger Zahlungen von Versicherungsnehmern, Versicherern und anderen Akteuren im Versicherungsgeschäft, die nicht in die Zahlungszuflüsse der versicherungstechnischen Rückstellungen einbezogen werden (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

Funktion

Eine interne Kapazität innerhalb des Governance-System zur Übernahme praktischer Aufgaben; das Governance-System schließt die Risikomanagementfunktion, die Compliance-Funktion, die interne Revisions-Funktion und die versicherungsmathematische Funktion mit ein (vgl. Art. 13 Z 29 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 37 VAG).

G

Gebuchte Prämien

Die Prämien, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums an ein Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen zu zahlen sind, unabhängig davon, ob diese Prämien sich ganz oder teilweise auf einen Versicherungs- oder Rückversicherungsschutz in einem anderen Zeitraum beziehen (vgl. Art. 1 Z 11 DV EU/2015/35).

Grandfathering

Auf die Eigenmittel bezogen liegt die Bedeutung darin, dass nur jene nachrangigen Kapitalien, die bereits unter Solvency I anrechenbar waren, für einen Übergangszeitraum von 10 Jahren (31. Dezember 2025) als Tier 1 oder Tier 2 Eigenmittel angerechnet werden können, sofern diese nicht ohnehin direkt als Eigenmittel anhand der Einstufung des VAG klassifiziert werden können (vgl. FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Strukturierter Dialog im Rahmen der Vorbereitung auf Solvency II, Teil 3 Fit & Proper, Eigenmittel & ORSA, S 31, Wien, 10. April 2015).

Grundkapital

Das Grundkapital kann

- ▶ voll eingezahltes Grundkapital,
- ▶ abgerufenes Grundkapital,
- ▶ eingefordertes, aber noch nicht eingezahltes Grundkapital,

sein (vgl. Durchführungsverordnung (EU) 2015/2450 der Kommission vom 2. Dezember 2015, L347/619).

Grundsatz unternehmerischer Vorsicht, auch Prudent Person Principle

In Bezug auf das gesamte Vermögensportfolio dürfen Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen lediglich in Vermögenswerte und Instrumente investieren, deren Risiken sie angemessen erkennen, messen, überwachen, managen, steuern können, über deren Risiken sie angemessen berichten können und deren Risiken sie bei der Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs gemäß § 111 Abs. 1 Z 1 VAG angemessen berücksichtigen können (vgl. § 124 Abs. 1 VAG)

K

Konzentrationsrisiko

Sämtliche mit Risiken behaftete Engagements mit einem Ausfallspotenzial, das umfangreich genug ist, um die Solvabilität oder die Finanzlage der Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen zu gefährden (vgl. Art. 13 Z 35 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 43 VAG).

Kreditrisiko

Das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderung der Finanzlage, das sich aus Fluktuationen bei der Bonität von Wertpapieremittenten, Gegenparteien und anderen Schuldern ergibt, gegenüber denen die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen Forderungen haben, und das in Form von Gegenparteausfallrisiken, Spread-Risiken oder Marktrisikokonzentrationen auftritt (vgl. Art. 13 Z 32 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 40 VAG).

L

Liquiditätsrisiko

Das Risiko, dass Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen nicht in der Lage sind, Anlagen und andere Vermögenswerte zu realisieren, um ihren finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen (vgl. Art. 13 Z 34 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 42 VAG).

M

Marktrisiko

Das Risiko eines Verlustes oder nachteiliger Veränderungen der Finanzlage, das sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe und in der Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ergibt (vgl. Art. 13 Z 31 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 39 VAG).

Mindestkapitalanforderung (MCR)

Das MCR stellt das Mindestausmaß an Eigenmitteln dar, das ein Versicherungsunternehmen zu jedem Zeitpunkt halten muss. Eine Unterschreitung dieser Mindesteigenmittel kann schwerwiegende aufsichtsrechtliche Maßnahmen bis zum Konzessionsentzug haben (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 140).

N

Nachrangige Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, bei denen ein Gläubiger im Insolvenzfall hinter allen anderen Gläubigern zurückzustehen hat oder überhaupt die Gläubigerstellung verliert (vgl. UGB Unternehmensgesetzbuch Kommentar, Univ. Prof. Dr. Ulrich Torggler LL.M., Universität Wien, 2. Auflage, Linde Verlag, Wien 2016, S 1112, Rz 9).

Nachrangige Verbindlichkeiten gelten als Basiseigenmittelbestandteile. Sie sind ihrer Verlustausgleichsfähigkeit entsprechend in verschiedene Tiers (Klassen) einzustufen. Der Gesetzgeber hat hier zur Erleichterung des Übergangs in das neue Aufsichtsregime Übergangsbestimmungen geschaffen (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 148).

O**Operationelles Risiko**

Das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitern oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt (vgl. Art. 13 Z 33 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 41 VAG).

Organismen für gemeinsame Anlagen

Ein Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“) gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates oder ein alternativer Investmentfonds (AIF) gemäß Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2011/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

Outsourcing

Eine Vereinbarung jeglicher Form, die zwischen einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen und einem Dienstleister getroffen wird, bei dem es sich um ein beaufsichtigtes oder nichtbeaufsichtigtes Unternehmen handeln kann, aufgrund derer der Dienstleister direkt oder durch weiteres Outsourcing einen Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit erbringt, die ansonsten vom Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen selbst erbracht werden würde (vgl. Art. 13 Z 28 RRL 2009/138/EG).

P**Polizzendarlehen**

Polizzenbesicherte Darlehen an Versicherungsnehmer (Darlehen mit Versicherungsscheinen als Sicherheit) (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

Proportionalität

Das Proportionalitätsprinzip wird unter Solvency II an mehreren Stellen verankert (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 21):

Einerseits haben die Mitgliedstaaten gem. Art. 29 Abs. 3 RRL sicherzustellen, dass die Vorschriften der RRL auf eine Art und Weise angewandt werden, die dem Wesen, dem Umfang und der Komplexität der Risiken angemessen sind, die mit der Tätigkeit der (Rück-) Versicherungsunternehmen einhergehen (vgl. insbes. § 268 Abs. 3 VAG).

Andererseits ist die Europäische Kommission gem. Art. 29 Abs. 4 RRL verpflichtet, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Rahmen der Durchführungsmaßnahmen auf Level 2 entsprechend zu beachten.

Außerdem wird in Art. 41 Abs. 2 RRL in Zusammenhang mit den allgemeinen Governance-Anforderungen festgehalten, dass das Governance-System der Wesensart, dem Umfang und der Komplexität der Tätigkeiten der (Rück-) Versicherungsunternehmen angemessen sein soll (vgl. insbes. § 107 Abs. 1 VAG).

Aus der Präambel der RRL 2009/138/EG in Verbindung mit der DV EU/2015/35 lassen sich folgende Anhaltspunkte für die Ermittlung der Reichweite des Proportionalitätsprinzips ableiten (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 22):

Der Sinn und Zweck der verhältnismäßigen Anwendung des Solvency II Regelwerkes besteht darin,

- ▶ kleine und mittlere (Rück-)Versicherungsunternehmen, oder
- ▶ auf bestimmte Versicherungsarten spezialisierte, bzw.
- ▶ Dienste für bestimmte Kundensegmente anbietende (vgl. EG 20 RRL), oder
- ▶ firmeneigene (Rück-)Versicherungsunternehmen (vgl. EG 21 RRL9)

nicht übermäßig zu belasten.

- ▶ Die Solvency II Regelung folgt dem Konzept der doppelten Proportionalität, d.h. das Proportionalitätsprinzip soll sowohl für die Anforderungen an (Rück-)Versicherungsunternehmen als auch für die Wahrnehmung der Aufsichtsbefugnisse gelten (vgl. Erwägungsgründe 18f RRL 2009/138/EG). Für die Praxis folgt daraus Folgendes:
 - ▶ Die (Rück-)Versicherungsunternehmen müssen selbst beurteilen, welche Pflichten je nach Wesensart, Umfang und Komplexität ihren Risiken bzw. ihrer Tätigkeit angemessen sind.
 - ▶ Diese unternehmerische Selbsteinschätzung unterliegt der Überprüfung durch die Aufsichtsbehörden, die ihre Ermessensspielräume im Sinne des Proportionalitätsprinzips berücksichtigen.
- ▶ Das Proportionalitätsprinzip entfaltet Wirkungen in beide Richtungen: es rechtfertigt nicht nur weniger strenge Anforderungen für die (Rück-)Versicherungsunternehmen mit einem einfacheren Risikoprofil, sondern umgekehrt auch strengere Anforderungen für die (Rück-)Versicherungsunternehmen mit einem komplexeren Risikoprofil.

R

Rechnungszins

Der Rechnungszins zählt zu den versicherungsmathematischen Grundlagen, wie auch die biometrischen Risiken, die für die Erstellung der Tarife und die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendet werden (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 33).

Auf Grund der versicherungsmathematischen Grundsätze muss eine gerechte Berechnung der Prämien und Leistungen gewährleistet werden. Der Rechnungszins ist nur ein Teil der versicherungsmathematischen Tarifierung. Die konkrete Höhe des Rechnungszinses soll sich nicht pauschal an dem höchstzulässigen Prozentsatz orientieren, sondern ist unter Berücksichtigung der individuellen Merkmale des Versicherungsproduktes und entsprechender Kriterien, wie beispielsweise Garantien und Optionen des Produktes oder Laufzeit der Verpflichtung, festzusetzen. Die Berücksichtigung von Kriterien hat im Interesse der Versicherten zu erfolgen, was auch dazu führen kann, dass im Einzelfall bestimmten Kriterien ein höheres Gewicht beigemessen wird (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 34).

Risikolose Basiszinskurve

Eine risikolose Zinskurve, die in der gleichen Weise abgeleitet wird wie die bei der Berechnung des in Art. 77 Abs. 2 der RRL 2009/138/EG genannten besten Schätzwerts zu verwendende maßgebliche risikolose Zinskurve, allerdings ohne Matching-Anpassung, Volatilitätsanpassung oder vorübergehende Anpassung der maßgeblichen risikolosen Zinskurve gemäß Art. 308c der genannten Richtlinie (vgl. Art. 1 Z 36 DV EU/2015/35).

Risikominderungstechniken

Sämtliche Techniken, die die Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen in die Lage versetzen, einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Risiken auf eine andere Partei zu übertragen (vgl. Art. 13 Z 36 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 44 VAG).

Rückkauf

Alle Möglichkeiten zur vollständigen oder teilweisen Beendigung eines Vertrags, einschließlich

- ▶ Einer Beendigung aus freien Stücken mit oder ohne Zahlung eines Rückkaufswerts,
- ▶ eines Wechsels des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens durch den Versicherungsnehmer,
- ▶ einer Beendigung wegen ausbleibender Prämienzahlung des Versicherungsnehmers (vgl. Art. 1 Z 13 DV EU/2015/35).

S

Schlüsselfunktion

Als Schlüsselfunktion innehabende Personen gelten Personen, die für das Versicherungsunternehmen mit Blick auf seine Geschäftstätigkeit und Organisation besonders wichtige Funktionen wahrnehmen. Dies sind zum einen Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten und zum anderen andere Schlüsselfunktionen, zu denen jedenfalls die Governance-Funktionen zählen (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 58).

SCR Standardformel

Mit der Standardformel für das Solvenzkapital sollen die wesentlichen quantifizierbaren Risiken erfasst werden, denen die meisten Versicherungsunternehmen ausgesetzt sind. Eine Standardformel ist nach ihrer Art und Beschaffenheit ein standardisiertes Berechnungsverfahren und daher nicht auf das individuelle Risikoprofil eines bestimmten Unternehmens zugeschnitten. Die Standardformel folgt einem modularen Ansatz, bei dem das gesamte Risiko, dem ein Versicherungsunternehmen ausgesetzt ist, in Risikomodulen unterteilt ist. Für jedes Risikomodul wird eine Kapitalanforderung bestimmt. Die Kapitalanforderung auf der Ebene von Risikomodulen wird unter Verwendung von Korrelationsmatrizen aggregiert, um die Kapitalanforderung für das gesamte Risiko zu erhalten. Das SCR setzt sich aus einer Basis-Solvenzkapitalanforderung, einer Kapitalanforderung für operationelle Risiken und einem Anpassungsterm zusammen (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 117).

Staatsanleihen

Anleihen, die von öffentlicher Hand begeben werden, sei es von Zentralstaaten, supranationalen staatlichen Institutionen, Regionalregierungen oder Kommunalverwaltungen, und Anleihen, die vollständig, vorbehaltlos und unwiderruflich von der Europäischen Zentralbank, den Zentralstaaten der Mitgliedstaaten und den Zentralbanken garantiert werden, die auf die einheimische Währung dieses Zentralstaats und der Zentralbank lauten und aus dieser Währung finanziert sind, sowie Anleihen, die von multilateralen Entwicklungsbanken gemäß Artikel 117 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 oder internationalen Organisationen gemäß Artikel 118 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 garantiert werden, wobei die Garantie die Anforderungen nach Art. 215 der DV EU/2015/35 erfüllt (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01)

Strukturierte Schuldtitel

Hybride Wertpapiere, die ein festverzinsliches Wertpapier (Rendite in Form fester Zahlungen) mit einer Reihe von derivativen Komponenten kombinieren. Ausgenommen von dieser Kategorie sind festverzinsliche Wertpapiere, die von Staaten ausgegeben werden. Betrifft Wertpapiere, in die Derivate gleich welcher Kategorie eingebettet sind, einschließlich Credit Default Swaps („CDS“), Constant Maturity Swaps („CMS“) und Credit Default Options („CDOp“). Vermögenswerte dieser Kategorie werden nicht entbündelt (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01)

T

Tiering

Versicherungsunternehmen sind verpflichtet, ihre Eigenmittelbestandteile anhand vordefinierter Kriterien und entsprechend ihrer Werthaltigkeit in drei Qualitätsstufen, sog. Klassen oder Tiers einzustufen. Vom Grundgedanken her sollen die Tiers die Verlustausgleichsfähigkeit des Eigenmittelbestandteils widerspiegeln. Kapital höchster Qualität mit ständiger Verfügbarkeit und Verlustausgleichsfähigkeit im going-concern, aber auch im winding-up, soll hierbei als Tier 1-Kapital klassifiziert werden. Als Tier 2- bzw. Tier 3-Kapital sind Eigenmittelbestandteile einzustufen, die nicht den strengen Kriterien des Tier 1-Kapitals standhalten und eine geringere Verlustausgleichsfähigkeit aufweisen (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 149).

U

Überschussanteile

Überschussanteile, künftige und künftige Überschussbeteiligung – künftige Leistungen außer index- und fondsgebundenen Leistungen aus Versicherungs- oder Rückversicherungsverträgen, die eines der folgenden Merkmale aufweisen (vgl. Art. 1 Z 35 DV EU/2015/35):

Sie beruhen rechtlich oder vertraglich auf einem oder mehreren der folgenden Ergebnisse

- ▶ Dem Ergebnis eines bestimmten Bestands an Verträgen, eines bestimmten Typs von Verträgen oder eines einzelnen Vertrags;
- ▶ Den realisierten oder nicht realisierten Kapitalanlageerträgen eines bestimmten Portfolios von Vermögenswerten, die vom Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen gehalten werden;
- ▶ Dem Gewinn oder Verlust des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens oder Sondervermögens, das den die Leistungen begründenden Vertrag ausstellt;
- ▶ Sie basieren auf einer Deklaration des Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmens, und der Zeitpunkt oder Betrag der Leistungen liegt ganz oder teilweise in seinem Ermessen;

Überschussfonds

Überschussfonds gelten als akkumulierte Gewinne, die noch nicht zur Ausschüttung an die Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten deklariert wurden (vgl. RRL 2009/138/EG Art. 91 Abs. 1) Es handelt sich um die zum Berechnungstichtag vorhandenen, noch nicht erklärten Beträge der Rückstellung für Gewinnbeteiligung. Diese Beträge stehen grundsätzlich dem Versicherungsnehmer zu (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 105).

In Ausnahmefällen dürfen noch nicht erklärte Beträge der Rückstellung für Gewinnbeteiligung aufgelöst werden, um im Interesse der Versicherungsnehmer und Anspruchsberechtigten einen Notstand abzuwehren (vgl. § 92 Abs. 5 VAG 2016).

Unternehmensanleihen

Von Unternehmen begebene Anleihen (vgl. DV (EU) 2015/2450 Anhang II, S.02.01).

V

Verbundenes Unternehmen

Verbundenes Unternehmen - ein Tochterunternehmen oder ein anderes Unternehmen, an dem eine Beteiligung gehalten wird, oder ein Unternehmen, das mit einem anderen Unternehmen aufgrund eines mit diesem Unternehmen geschlossenen Vertrages oder einer Satzungsbestimmung dieser Unternehmen einer einheitlichen Leitung unterstehen, oder wenn das Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan dieses Unternehmens sowie dasjenige eines oder mehrerer Unternehmen, sich mehrheitlich aus denselben Personen zusammensetzen, die während des Geschäftsjahres und bis zur Aufstellung des konsolidierten Abschlusses im Amt sind (vgl. Art. 212 Abs. 1 lit. b RRL 2009/138/EG iVm Art. 12 Abs. 1 Richtlinie 83/349/EWG).

Ein Tochterunternehmen oder anderes Unternehmen, an dem eine Beteiligung gehalten wird, oder ein Unternehmen, das mit einem anderen Unternehmen durch eine Beziehung gem. Art. 22 Abs. 7 der Richtlinie 2013/34/EU verbunden ist (vgl. Art. 1 Z 49 DV EU/2015/35).

Verdiente Prämien

Die Prämien, die sich auf das von einem Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen in einem bestimmten Zeitraum gedeckte Risiko beziehen (vgl. Art. 1 Z 12 DV EU/2015/35).

Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen

In vielen Lebensversicherungsverträgen ist neben einer garantierten Versicherungsleistung auch eine Gewinnbeteiligung vereinbart. Gewinne werden mit dem Versicherungsnehmer geteilt und stellen eine höhere Versicherungsleistung in Aussicht. Erleidet das Versicherungsunternehmen einen Verlust, so wird dieser in der Regel eine Auswirkung auf die zukünftige Gewinnzuweisung haben. Insgesamt wird ein Teil des erlittenen Verlustes in der Solvenzbilanz durch die Verringerung der gesamten versicherungstechnischen Rückstellung absorbiert werden. Im Falle des Eintretens eines Verlustes kann dies zu einer niedrigeren Gewinnbeteiligung führen und hat somit einen risikomindernden Effekt. Diese risikomindernden Effekte der zukünftigen Überschussbeteiligungen können bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung berücksichtigt werden. (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 142).

Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern

Durch die latenten Steuern fließen die steuerlichen Effekte, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung in der Solvenzbilanz im Vergleich zu den Steuerwerten ergeben, in die Solvenzbilanz. Sie bilden somit die steuerlichen Effekte ab, die wirtschaftlich (in der Solvency II-Welt) bereits entstanden sind, aber ihre steuerlichen Auswirkungen noch nicht entfaltet haben. Der risikomindernde Effekt, der auf Grund der Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern angesetzt werden kann, entsteht daraus, dass sich die Höhe der Aktiva und Passiva der Solvenzbilanz auf Grund des Stresses, bzw. Schocks verändern und daher in der gestressten Solvenzbilanz auch die Höhe der latenten Steuern neu zu berechnen ist. Ergo sind daher die latenten Steuern vor Schock und nach Schock zu ermitteln und zu vergleichen. Bei Eintritt eines hypothetischen 200-Jahres-Ereignisses entsteht ein Verlust in entsprechender Größenordnung, der vom Unternehmen als virtueller Verlustvortrag genutzt werden kann. Somit wird dem Unternehmen ein Vorgriff auf diesen ökonomischen Nutzen über die Anpassung für die Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern ermöglicht (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 143f).

Versicherungstechnisches Risiko

Das Risiko eines Verlustes oder einer nachteiligen Veränderung des Wertes der Versicherungsverbindlichkeiten, das sich aus einer unangemessenen Preisfestlegung und nicht angemessenen Rückstellungsannahmen ergibt (vgl. Art. 13 Z 30 RRL 2009/138/EG und § 5 Z 38 VAG).

W

Wesentlichkeit

Ausdruck des Proportionalitätsprinzips ist auch der Grundsatz der Wesentlichkeit, wonach nur wesentliche Risiken zu berücksichtigen sind. Welche Risiken als wesentlich eingestuft werden sollen, hängt wiederum von einer unternehmensindividuellen Skalierung der Wesentlichkeit ab. Dieses Prinzip hat seinen Ursprung in den IFRS und wird explizit nur in Zusammenhang mit den Offenlegungspflichten und der Bewertung zum Ausdruck gebracht. In diesem Kontext hat der Wesentlichkeitsgrundsatz etwa zur Folge, dass die (Rück-) Versicherungsunternehmen all jene Informationen offenzulegen haben, deren Nichtveröffentlichung oder unvollständige Darstellung die Entscheidungsfindung der Adressaten des öffentlichen Berichts über Solvabilität und Finanzlage beeinflussen könnte (vgl. Handbuch Versicherungsaufsicht – VAG 2016, Stand: Juli 2016, FMA Österreichische Finanzmarktaufsicht, Verlag LexisNexis, Wien 2016, S 22).

F.3. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A	
Abs.	Absatz
AEM	Adjusted Equity Methode
AfA	Absetzung für Abnutzung
AFRAC	Austrian Financial Reporting and Auditing Committee
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ALM	Asset Liability Management
AR	Aufsichtsrat
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
Art.	Artikel
ATX	Austrian Traded Index
B	
BAWAG PSK Bank	BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG
BAWAG PSK Versicherung	BAWAG P.S.K. Versicherung AG
BCM	Business Continuity Management, Betriebliches Kontinuitätsmanagement
BEL	Best Estimate Liabilities
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMSVG	Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz
BörseG	Börsegesetz
BPG	Betriebspensionsgesetz
bps	Basispunkt
BPV	BAWAG P.S.K. Versicherung AG
BSCR	Basissolvenzkapitalanforderung
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
BW	Betriebswirtschaft
C	
CAR	Capital at Risk
CAT	Catastrophe, Katastrophe, Naturkatastrophe
CDOp.	Credit Default Options
CDS	Credit Default Swap
CEE	Central and Eastern Europe, Zentral- und Osteuropa

ANNEX

CEO	Chief Executive Officer, Vorsitzender des Vorstands
CFO	Chief Financial Officer
CInSO	Chief Insurance Officer
CIO	Chief Investment Officer
CMP	Capital Management Plan
CMS	Constant Maturity Swap
CONSOB	Commissione Nazionale per le Società e la Borsa
COO	Chief Operating Officer
CRO	Chief Risk Officer
CSO	Chief Sales Officer

D

DAX	Deutscher Aktienindex
DBO	Defined Benefit Obligation
DCF	Discounted Cash Flow
dgl.	dergleichen
d.h.	das heißt
DI	Diplom Ingenieur
Dott.	Dottore
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
DT	Deferred Taxes, latente Steuern
DV EU/2015/35	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission zur Ergänzung der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und Rückversicherungstätigkeit

E

EBS	Economic Balance Sheet/partielles internes Modell der internationalen Generali Gruppe
EEA	Europäischer Wirtschaftsraum
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELBA	Electronic Banking
EM	Eigenmittel
EMEA	Europe, Middle East and Africa - Europa, Naher Osten und Afrika
EOF	Eligible Own Funds
EPIFP	Expected Profits in Future Premiums
etc.	et cetera, und so weiter
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Inter Bank Offered Rate

Europäische Reiseversicherung	Europäische Reiseversicherung AG
exkl.	exklusive
EZB	Europäische Zentralbank

F

FATCA	Foreign Account Tax Compliance Act
Fed	Federal Reserve System
Ff	fortfolgend
FH	Fachhochschule
FLV	fondsgebundene Lebensversicherung
FMA	Österreichische Finanzmarktaufsicht
FM-GwG	Finanzmarkt Geldwäschegesetz
FTE	Full Time Equivalent

G

gem.	gemäß
Generali Gruppe international	Assicurazioni Generali S.p.A.
Generali Holding Vienna	Generali Holding Vienna AG
Generali Gruppe Österreich	Generali Holding Vienna AG
Generali Versicherung	Generali Versicherung AG
gg.	gegen
ggf.	gegebenenfalls
GHV	Generali Holding Vienna AG
GIAM	Generali Insurance Asset Management S.p.A. SGR
GIE	Generali Investments Europe S.p.A. SGR
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Geschäftsordnung
GuV	Gewinn und Verlust

H

HS	Hauptstück
----	------------

I

IAS	International Accounting Standards
IDD	Insurance Distribution Directive, Versicherungsvertriebsrichtlinie
idF	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel

ANNEX

i.e.	id. est. - das ist, das heißt
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	internes Kontrollsystem
ILV	indexgebundene Lebensversicherung
IM	Internes Modell
inkl.	inklusive
Internationale Generali Gruppe	Assicurazioni Generali S.p.A.
InvFG	Investmentfondsgesetz
iSd	im Sinne des
ISIN	International Securities Identification Number, Internationale Wertpapierkennnummer
IT	Informationstechnologie
IVASS	Instituto per la Vigilanza sulle Assicurazioni
iVm	in Verbindung mit
iZm	im Zusammenhang mit

K

KAGB	Kapitalanlagengesetzbuch
KFS	Fachgutachten, Richtlinien, Stellungnahmen und Empfehlungen der Fachsenate der Kammer der Wirtschaftstreuhänder
KFS/BW	Fachgutachten, Richtlinien, Stellungnahmen und Empfehlungen der Fachsenate der Kammer der Wirtschaftstreuhänder/Betriebswirtschaft
KLV	klassische Lebensversicherung
KMU	kleines oder mittleres Unternehmen
KVI	Kollektivvertrag Innendienst

L

LAC	Loss Absorbing Capacity, Verlustausgleichsfähigkeit
lfd.	laufend
lit.	Litera, Buchstabe
LP	Limited Partnership
LoB	Line of Business, Geschäftsbereich
lt.	laut
LTIP	Long Term Incentive Plan
LV-GBV	Lebensversicherung-Gewinnbeteiligungsverordnung

M	
max.	maximal
MCR	Minimum Capital Requirement, Mindestkapitalanforderung
Mgmt.	Management
mind.	mindestens
Mio.	Million(en)
MRA	Market Risk Analyzer
Mrd.	Milliarde(n)
MRSA	Main Risk Self Assessment
MSCI	Morgan Stanley Capital International
MVBS	Market Value Balance Sheet

N	
n	no
NPV	Net Present Value, Barwert
NY	New York

O	
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OeNB	Österreichische Nationalbank
OVAG	Österreichische Volksbanken Aktiengesellschaft
OF	Own Funds
OGAW	Organismen für gemeinsame Anlagen
OpRisk	operationelles Risiko
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment, Unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

P	
PEP	Political Exposed Person
PESTLE	Political, Economic, Social, Technological, Legal, Environmental
PIM	partiell internes Modell
PKW	Personenkraftwagen
PPP	Prudent Person Principle
PR	Public Relation
PRIIPs	Packaged Retail and Insurance-based Investment Products, Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukten
PwC	Price Waterhouse Coopers

ANNEX

Q

QRT	Quantitative Reporting Template
-----	---------------------------------

R

RAF	Risk Appetite Framework
-----	-------------------------

RÄG	Rechnungslegungsänderungsgesetz
-----	---------------------------------

rd.	rund
-----	------

RfB	Rückstellung für Gewinnbeteiligung
-----	------------------------------------

RL 2013/34/EU	Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates
---------------	--

RM	Risk Management
----	-----------------

RRL 2009/138/EG	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvency II)
-----------------	---

RSt.	Rückstellung
------	--------------

S

SA	Szenarioanalyse
----	-----------------

SAA	Strategic Asset Allocation
-----	----------------------------

S.A. R.L.	Société à responsabilité limitée
-----------	----------------------------------

SCR	Solvency Capital Requirement, Solvenzkapitalanforderung
-----	---

SF	Standardformel
----	----------------

SFCR	Solvency and Financial Condition Report, Bericht über die Solvabilität und Finanzlage
------	---

SGR	Società di gestione del risparmio
-----	-----------------------------------

SIX	SIX Financial Information
-----	---------------------------

S.p.A.	società per azioni
--------	--------------------

SPV	Special Purpose Vehicle, Zweckgesellschaft
-----	--

STIP	Short Term Incentive Plan
------	---------------------------

Stv	Stellvertreter
-----	----------------

T

TAA	Tactical Asset Allocation
-----	---------------------------

TOO	Total One Obligo
-----	------------------

TOR	Target Operating Result
-----	-------------------------

Tsd.	Tausend
------	---------

U	
u.a.	unter anderem
UGB	Unternehmensgesetzbuch
US(A)	United States (of America), Vereinigte Staaten von Amerika
USD	US Dollar
UW	Underwriting

V	
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz 2016
VaR	Value at Risk
Verordnung (EG) 1606/2002	Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards
Vgl.	Vergleiche
VO EU/2015/2452	Durchführungsverordnung (EU) 2015/2452 der Kommission vom 2. Dezember 2015 zur Festlegung technischer Durchführungsstandards hinsichtlich der Verfahren, Formate und Meldebögen für den Bericht über die Solvabilität und Finanzlage gemäß der Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates
VersVG	Versicherungsvertragsgesetz
vers.techn.	versicherungstechnisch
VM	Versicherungsmathematiker(in)
VM-Funktion oder VMF	versicherungsmathematische Funktion
VO	Verordnung
VPI	Verbraucherpreisindex
VS	Vorstand
VStG	Verwaltungsstrafgesetz
VU	Versicherungsunternehmen
VU-RLV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen
VVO	Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs

Y	
y	yes
YE	Year End

Z	
Z	Ziffer
z.B.	zum Beispiel
ZZR	Zinszusatzreserve

Impressum

BAWAG P.S.K. Versicherung AG
1220 Wien, Kratochwjlestraße 4
Aktiengesellschaft mit Sitz in Wien
Firmenbuch HG Wien: FN 86678V
UID-Nummer: ATU 36810206
DVR: 0463442

Telefon: +43 1 546 16-74 000, Fax: +43 1 546 16-74 700
Internet: www.bawagpsk-versicherung.at
E-Mail: versicherung@bawagpsk-versicherung.at

Produktion: Druckerei Hans Jentsch & Co GmbH, Wien

